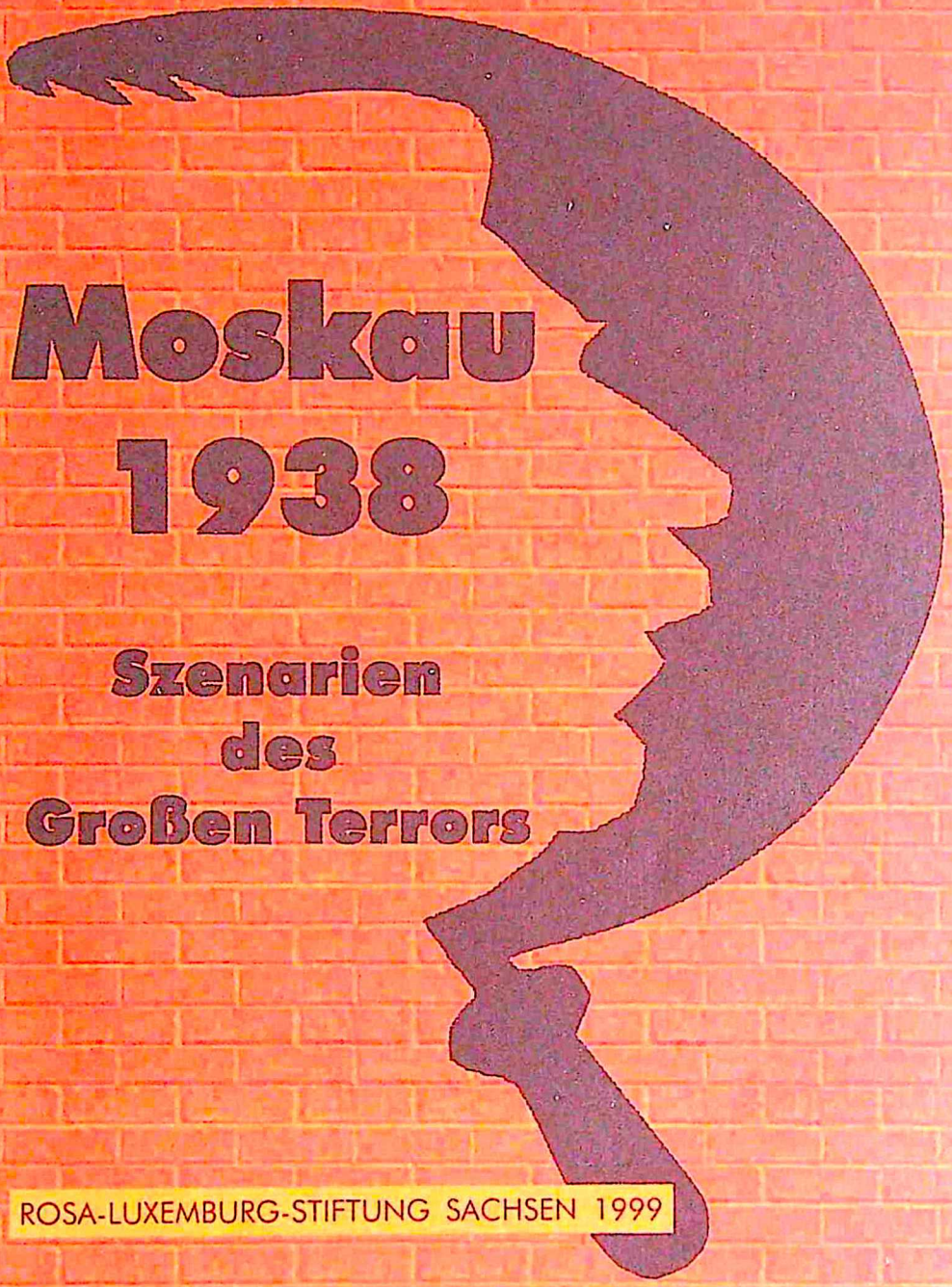

Moskau 1938

Szenarien des Großen Terrors

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 1999

MOSKAU 1938

SZENARIEN DES GROSSEN TERRORS

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN 1999

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
herausgegeben von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz

ISBN 3-89819-019-6

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 1999
Sternwartenstr. 31
D-04103 Leipzig

Redaktion: Willi Beitz, Olaf Kirchner und Ursula Wohlfeld
Titelgestaltung: Hans Rossmanit unter Verwendung von Motiven aus Andrej Vaganov: 1929. Kollektivizacija. In: Ogonëk. Moskau (1988)37.
Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Zum Geleit 5

Manfred Neuhaus: Begrüßung 7

I Der Große Terror: Vorgeschichte – Abläufe – Folgen 9
Wladislaw Hedeler: Szenarien des Großen Terrors. Die Vorbereitung der Moskauer Prozesse durch das Politbüro des ZK der KPdSU(B) und die Führung des NKWD 9
Ulla Plener: Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus – eine Grundlage des Massenterrors 29
Bernhard H. Bayerlein: Weltüberwachung statt Weltrevolution. Zum Verhältnis von Terror und Rationalität in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre 42
Steffen Dietzsch: Die Lüge des Terrors oder Wie übersteht man den Schrecken? 66
Lutz-Dieter Behrendt: Die »roten Professoren« und der Große Terror 72
Andreas Eichler: Transformation vom »unorganisierten Kapitalismus« zur »organisierten Planwirtschaft«? oder Ist eine Bucharin-Kritik nach dem 15. März 1938 noch möglich? 84

II Internationale Dimensionen 99
Carola Tischler: »Es ist notwendig, über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden«. Zur Rolle der KPD-Führung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder während des stalinistischen Terrors 99
Eva Seeber: Die Beseitigung der Kommunistischen Partei Polens (KPP) und die Mitwirkung des Präsidiums des EKKI 1937–1940 109
Frido Seydewitz: Zehn Jahre in den Fängen des NKWD (1938–1948). Flucht in die Verfolgung 127

Klaus Kinner: Der Große Terror und das Ende der Volksfrontpolitik. Der Fall Münzenberg 134
Herbert Mayer: Deutsche und internationale Sozialdemokratie und die Moskauer Prozesse 147

III Schriftsteller und Terror 161
Willi Beitz: Schriftsteller und Terror – 1937/1938 und die Folgen 161
Wolfgang Geier: Wahrnehmungen des Terrors. Der Fall Gide–Feuchtwanger 169

Zu den Autoren dieses Heftes 187

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 191

Zum Geleit

Fünfzig Jahre nach den Moskauer Prozessen sind diese Exzesse des stalinistischen Terrors noch immer eine offene Wunde der Linken. Nach dem Ende des Parteikommunismus und »Staatssozialismus«, der im Gefolge der Russischen Revolution 1917 entstanden war, ergeben sich jedoch neue Zugänge für die historische Analyse dessen, was verkürzt und pauschalisiert mit dem Allerweltsbegriff Stalinismus beschrieben wird.

Die Veranstalter des hier dokumentierten Kolloquiums vom 25. April 1998 wollten den Versuch unternehmen, genauer zu hinterfragen, wie die Mechanismen des Zusammenspiels von Partei- und Staatsapparat beschaffen waren, die den Großen Terror inszenierten. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Untersuchung der politischen Emigration und einzelner Schicksale politischer Emigranten. Schließlich wurde gefragt nach den Auswirkungen dieses Klimas der Denunziation und Verfolgung auf die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, auf die kommunistische Weltbewegung, auf Antifaschismus und Bündnispolitik, auf Kunst und Kultur.

Die im vorliegenden Band versammelten Beiträge entstanden vor dem Erscheinen der deutschen Ausgabe des »Schwarzbuches des Kommunismus«, waren aber konzipiert als Wortmeldung zu der seitdem anhaltenden Debatte.

Begrüßung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen,

herzlich willkommen zu unserem Kolloquium »Szenarien des Großen Terrors – Moskau 1938«. Ich freue mich, daß Frido Seydewitz unter uns weilt und das Wort nehmen wird. Ein besonderer Gruß gilt auch Dr. Johann Georg Reißmüller, Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.

Die Idee zur heutigen Debatte verdanken wir Slawik Hedeler und Klaus Kinner. Sie haben sich damit nicht nur Freunde gemacht.

Die vor sechs Jahrzehnten in Moskau inszenierten Schauprozesse gelten als Menetekel des Stalinismus. Wadim Rogowin dokumentiert in einer Untersuchung, deren soeben erschienene deutsche Übersetzung unsere Stifftung fördern konnte, daß Stalin die Vernichtung der kommunistischen Parteiführung bis in die Einzelheiten orchestriert hat. Wie Rogowin zeigt, tat er dies nicht aus Paranoia, sondern aus politischem Kalkül, um die Herrschaft der neuen Machtelite zu sichern. Diesem staatlich organisierten Terror fielen die gesamte Parteiführung der Revolution von 1917, die überwiegende Mehrheit der Militärführung und der für die Wirtschaft Verantwortlichen zum Opfer. Dimitri Wolkogonow spricht von 21 Millionen Inhaftierten, von denen ein Drittel nicht überlebte.

Aus der heutigen Perspektivwe erscheint die Reaktion vieler westlicher Intellektueller auf die Moskauer Prozesse, denken wir an Männer wie Romain Rolland, Henri Barbusse, Bertolt Brecht oder Lion Feuchtwanger, absurd und aberwitzig. Was hat so bedeutende Köpfe gegen Tatsachen blind gemacht, die, wie es heute scheint, selbst dem oberflächlichsten Beobachter nicht verborgen bleiben konnten?

Gestatten Sie noch eine letzte Anmerkung: Wenn wir in Leipzig über das wohl schändlichste Kapitel in der Geschichte der kommunistischen Bewegung reden, sollten wir Trude Richters gedenken. Sie hat mehr aushalten müsssen, als ich mir vorzustellen vermag. Als sie hochbetagt und vielgeehrt im Epochenjahr 1989 starb, blieben zwei Jahrzehnte ihres Lebens, die GULag-Jahre, in den offiziellen Nekrologen ausgeblendet. Ihr GULag-Report »Totgesagt« konnte erst 1990 vollständig erscheinen.

Unser Vereinsfreund Alfred Klein, der ihn im Mitteldeutschen Verlag herausgegeben hat, kann ermessen, wie schwierig es war, die »Verschwörung des Schweigens« zu durchbrechen.

So ungeheuerlich und schmerzlich es auch sein mag, und damit möchte ich unser Kolloquium eröffnen, zu diesem qualvollen Prozeß der Wahrheitsfindung gibt es keine Alternative. Ich wünsche uns eine streitbare Debatte und viele neue Einsichten.

Prof. Dr. Manfred Neuhaus
Stiftungsvorsitzender
Leipzig, 25. April 1998

I Der Große Terror: Vorgeschichte – Abläufe – Folgen

WLADISLAW HEDELER

Szenarien des Großen Terrors. Die Vorbereitung der Moskauer Prozesse durch das Politbüro des ZK der KPdSU(B) und die Führung des NKWD

Die Autoren der neuesten, aus dem Russischen ins Deutsche übersetzten Publikationen über die dreißiger Jahre in der UdSSR[1] nehmen auf unterschiedliche Weise Bezug auf die Ereignisse von 1934 bis 1939. In die Zeitspanne zwischen dem XVII. und XVIII. Parteitag der KPdSU(B) fielen nicht nur die Schauprozesse 1936, 1937 und 1938 sondern auch die Annahme der Verfassung 1936, die Stachanowbewegung und die Entscheidung über den zweiten Fünfjahrplan. In der russischen Geschichtsschreibung hat sich für die allgemeine Kennzeichnung dieser Jahre der Begriff »Großer Terror« durchgesetzt. Selbstverständlich stehen die von den Autoren gewählten Blickwinkel und Schwerpunkte, die vorgestellten Zäsuren und Biographien im Zusammenhang mit der wechselvollen Geschichte der Öffnung der Moskauer Archive seit dem Präsidentenerlaß vom August 1991. Handbücher, die erstmalig über Strukturen und Mitarbeiter der miteinander kooperierenden zentralen Apparate der Partei, des NKWD und der Komintern Auskunft geben, Abhandlungen und Dokumenteneditionen, die deren Funktionsweisen und Mechanismen erschließen, dokumentieren den in den letzten acht Jahren zu verbuchenden Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Wechselbeziehungen zwischen dem Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU(B) und der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD der UdSSR.

1 Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn 1998. Die in diesen Band aufgenommenen Beiträge der russischen Historiker entstanden in den Jahren 1992 bis 1996 (Wadim S. Rogowin: 1937 Jahr des Terrors. Essen 1998). Rogowin schloß die Arbeit am Buch im Oktober 1995 ab.

Die Zugangsmöglichkeit zu den Quellen 1998 unterscheidet sich grundlegend von der im Jahre 1992, als weder die Beschaffenheit noch die Steuerung und Arbeitsweise der Repressivapparate bekannt waren. Russische Autoren schildern, wie schwer es war, Akteneinsicht zu erhalten und die Forschungsarbeit bis zur Publikation zu führen. Witali Schentalinskis Studie »Sklaven der Freiheit«,[2] bemerkte zutreffend ein Rezensent, »spiegelt nicht den Konsens einer neuen Gesellschaft, sondern die umstrittene Stimme einer liberalen Minderheit, die sich gegen das Gewicht dieses fatalen Erbes stemmt«.[3] In der neuesten, von Wladislaw Koljashin besorgten Dokumentation »Gebt mir die Freiheit zurück«[4] wird diese Einschätzung aufgegriffen. Immer wieder ist die Rede vom Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (APRF) und dem Zentralen Archiv des FSB (ehemals KGB-Archiv, ZA FSB).

Zu den aus dem APRF an das Russische Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Geschichte (ehemals Zentrales Parteiarchiv, RCChIDNI) übergebenen und von uns eingesehenen Beständen gehören die während der Haussuchungen bei den Angeklagten der drei Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938 beschlagnahmten Dokumente, die in Stalins Privatarchiv aufbewahrt wurden. Hierzu gehören u. a. die Bestände Nikolai Bucharin (27 Akteneinheiten mit insgesamt 5.371 Blatt), Lew Kamenew (179 Akteneinheiten mit insgesamt 20.665 Blatt), Grigori Sinowjew (99 Akteneinheiten mit insgesamt 12.001 Blatt), Karl Radek (51 Akteneinheiten). Aus dem Archiv des Außenministeriums erhielt das RCChIDNI Dokumente, die Andrej Wyschinskis Tätigkeit als Generalstaatsanwalt der UdSSR zum Inhalt haben.

Zu den sich im Prozeß der Öffnung befindenden Beständen gehört das Privatarchiv (287 Akteneinheiten) des Volkskommissars des Innern von 1936–1938, Nikolai Jeshow. Dieser Bestand enthält Dokumente, die die Abstimmung und Planung der Moskauer Schauprozesse zwischen Parteiführung und Leitung des Sicherheitsdienstes von der Vorbereitung und Durchführung des Prozesse bis hin zur Auswahl und Vorbereitung

2 Deutsch unter dem Titel Witali Schentalinski: Das auferstandene Wort. Verfolgte russische Schriftsteller in ihren letzten Briefen, Gedichten und Aufzeichnungen. Aus den Archiven sowjetischer Geheimdienste. Bergisch Gladbach 1996.

3 Michael Ignatieff: Geflüster aus dem Abgrund. Künstler unter Stalin – Stimmen aus den Geheimarchiven. In Lettre International. Berlin (1996)35. S. 29.

4 V. F. Koljažin: Vernite mne svobodu! Memorial'nyj sbornik dokumentov iz archivov byvšego KGB. Moskau 1997.

der Angeklagten auf den Prozeß erhellen. Besonders aufschlußreich ist das von Jeshow in den Jahren 1935 bis 1937 erarbeitete und Stalin zur Endredaktion vorgelegte Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus«.[5]

Außerdem befinden sich im Bestand Jeshow seine Notiz- und Tagebücher aus den Jahren 1930–1938, Manuskripte der Abhandlungen »Zu einigen Fragen der Parteiarbeit« (1935) und »Zur Frage der Parteiarbeit nach der Überprüfung der Parteidokumente« (1936), Reden auf den Plenartagungen des Zentralkomitees der KPdSU(B), Berichte an Jeshow über die Entwicklung in allen wichtigen Bereichen von Politik und Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens der Sowjetunion, Briefe und Eingaben von Repressierten und ihren Angehörigen 1934–1937, Dokumente der Zentralen Parteikontrollkommission, Dokumente und Berichte der Untersuchung im Mordfall Kirow, Materialien zur Vorbereitung der Schauprozesse 1933–1937 sowie Jeshows persönlicher und dienstlicher Briefwechsel.

Zu den bereits vollständig oder in Auszügen edierten Archivbeständen gehören die sogenannten Sondermappen, in denen Beschlüsse und Entscheidungen Stalins und des Politbüros des ZK der KPdSU(B) festgehalten wurden, das von Stalins Sekretären geführte Besucherbuch des Kabinetts im Kreml, die Stenogramme der Plenartagungen des Politbüros und der Zentralen Parteikontrollkommission der KPdSU(B) vom Dezember 1936 und Februar–März 1937. Ins Deutsche übersetzt sind u. a. Briefe von und an Nikolai Bucharin, in der Untersuchungshaft entstandene Buchmanuskripte, Rededispositionen und Briefe an die Angehörigen, an Stalin und die Mitglieder des Politbüros.

Diese wenigen Angaben mögen genügen, um das Übergewicht des noch nicht verarbeiteten empirischen Materials in Erinnerung zu rufen und vorschnelle Definitionen der Komplexität dahinter verborgener Wirklichkeit zu relativieren. Bisher konnten die Szenarien der Moskauer Schauprozesse vom Erscheinungsbild her erschlossen werden. Die von Leo Trotzki im Exil und Nikolai Bucharin im »Letzten Wort« getroffene Feststellung, daß sich alle Prozesse letzten Endes gegen Stalins Hauptfeind richteten, hält die Erscheinung fest, erklärt jedoch nicht das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Element der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ven-

5 Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii. Moskau (im weiteren RCChIDNI). Fonds 671. Opis 1. Delo 274.

tilfunktion erfüllte. Es ging um mehr, als nur um die Begleichung persönlicher Rechnungen, um mehr, als die Befriedigung der Rachegelüste Stalins.

Anhand von zwei Dokumenten, die aus den oben genannten Moskauer Archivbeständen stammen, lassen sich der Anfang und das Ende, die Idee und die Ausführung der Moskauer Schauprozesse genauer skizzieren. Bei dem ersten Dokument handelt es sich um das von Jeshow 1935 begonnene und von Stalin sowie Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) redigierte Manuskript, das ein Szenario der Schauprozesse sowie die Grundelemente der Rundschreiben des ZK der KPdSU(B) in den Jahren des Großen Terrors enthält. Bei dem zweiten Dokument handelt es sich um das Stenogramm des Schauprozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« vom 2. bis 12. März 1938, im Umfang von 1.200 Blatt, das im Zentralen Archiv des FSB aufbewahrt wird.

Unabhängig von der lückenhaften Berichterstattung in den Medien der dreißiger Jahre sind Untersuchungshaft und Prozeßverlauf (im APRF, ZA FSB und RCChIDNI) vollständig dokumentiert. Es ist heute möglich, die Aufeinanderfolge der Verhaftungswellen der Angeklagten und »Zeugen«, das Ineinandergreifen der die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Prozesses begleitenden Propagandakampagnen, die auf höchster Ebene abgestimmte Fabrikation der Prozeßmaterialien sowie die für Folgeprozesse in der Provinz relevante Signalfunktion der Großen Prozesse zu rekonstruieren. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, die Entstehung und Überarbeitung des im Führungszirkel der Partei erdachten, in den Gefängnissen und Folterkammern des NKWD einstudierten und mit Hilfe der Staatsanwaltschaft umgesetzten Drehbuchs aus der Innensicht der agierenden Machthaber, ihrer Gefolgsleute sowie der Opfer und nicht in erster Linie durch die Außenwahrnehmung prominenter ausländischer oder ins Ausland abgeschobener Beobachter zu untersuchen.

Fred E. Schraders These, daß »die Prozesse ab Mitte 1936 *plötzlich* hereinbrechen, daß sie weder direkt von den früheren Parteisäuberungen vorbereitet worden« sind, daß es keine direkte Verbindung zum Kirowmord gibt und die Prozesse in den Jahren des Großen Terrors nicht in einer Linie mit den ersten Schauprozessen stehen, hält einer Prüfung unter Einbeziehung der neuen zugänglichen Dokumente ebensowenig stand wie die Behauptung, »daß die Moskauer Zentrale die Kritik der Basis am Apparat [der von Moskau aus als einzige *black box* erscheint]

bereits aktiv unterstützt und dessen intendierten Selbstreinigungsprozeß für unerläßlich« gehalten hatte.[6] Daß die Führung der Partei und des Staates nicht in sich zerstritten war, im Politbüro keine »Falken« den »Tauben« (wie die immer noch wiederholte Version behauptet) gegenüberstanden, hat Oleg Chlewnjuk in seinen Studien überzeugend gezeigt.[7]

Im Juni 1935 hielt Jeshow, Sekretär des ZK und Mitglied der Zentralen Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU(B), zum ersten Mal ein Referat auf einer Plenartagung des Zentralkomitees. Er berichtete über die angeblichen Pläne des Sekretärs und Mitgliedes des Zentralen Exekutivkomitees Abel Jenukidse für eine Verschwörung. Schritt für Schritt sollten die Funktionäre an den neuen politischen Kurs gewöhnt werden, denn ein Teil der auf dem XVII. Parteitag im Februar 1934 gewählten Kandidaten und Mitglieder des ZK der KPdSU(B) lehnten Stalins Orientierung auf den Terror ab. Der im Dezember 1934 auf den Sekretär der Leningrader Parteiorganisation Sergej Kirow abgegebene Schuß war im wahrsten Sinne des Wortes der Startschuß für jene Hetzjagd auf die Partei- und Staatseliten.

Im Zentralkomitee der KPdSU(B) war das Vorgehen gegen die »Abweichler« gründlich vorbereitet worden. Die für die leitenden Parteiorgane zuständige Abteilung legte von 1935 bis 1937 Listen vor, in denen die Namen der ausgeschlossenen und der mit Parteistrafen belegten Nomenklaturkader, geordnet nach Tätigkeitsbereichen, erfaßt worden waren.[8] Darunter befanden sich Aufstellungen der im Zusammenhang mit dem Kronstädter Aufstand ausgeschlossenen Parteimitglieder,[9] jener, die die Plattform der 83 vom 25. Mai 1927 unterzeichnet und die Parteireinigung 1936 durchlaufen hatten,[10] und jener Mitglieder oppositioneller Gruppierungen, die 1928 bis 1929 aus dem Institut für Marxismus-Leninismus und dem Zentralen Parteiarchiv der KPdSU(B) entlassen worden waren. Ferner wurden Auskunftsberichte über Sympathisanten der Moskauer Opposition, geordnet nach Kreisleitungen und Einrichtungen,[11] Na-

6 Siehe Fred E. Schrader: Der Moskauer Prozeß 1936. Zur Sozialgeschichte eines politischen Feindbildes. Frankfurt am Main 1995. S. 111 und 124.

7 Siehe O. V. Chlevnjuk: Politbjuro. Mechanizmy političeskoj vlasti v 1930-e gody. Moskau 1996. S. 168–169.

8 Siehe RCChIDNI. Fonds 17. Opis 71 [Sammlung von Dokumenten der inneren Opposition in der KPdSU(B) 1921–1937].

9 Siehe RCChIDNI. Fonds 17. Opis 71. Delo 2 (mit einem Umfang von 50 Blatt).

10 Siehe ebenda. Delo 20 (22 Blatt).

11 Siehe ebenda. Delo 32 (135 Blatt).

menslisten der während der Prozesse von Januar 1935 bis Januar 1937 belasteten, aber noch nicht verurteilten Parteimitglieder, die Ausschlußlisten der Mitglieder von Bezirksleitungen,[12] eine Liste der internen, von 1923 bis 1927 angelegten Parteidokumente, die von Mitarbeitern des Marx-Engels-Lenin-Institutes und des Moskauer Bezirksparteiarchivs durchgearbeitet wurden, um die Mitwirkung der vom 21. Dezember 1936 bis zum 17. Februar 1937 ausgeschlossenen Moskauer Funktionäre in oppositionellen Gruppen zu belegen,[13] bereitgestellt.

Außer den hier erwähnten Auskunftsberichten und Namenslisten, die zum Beginn der »Säuberungskampagnen« in der KPdSU(B) am 1. Januar, 1. Februar bzw. 15. Februar 1937 vorlagen, gibt es Listen, die die Ausschlüsse im Ergebnis des Umtauschs der Parteidokumente von April bis Juli 1937 widerspiegeln bzw. einen Eindruck über die vom 1. Januar bis 20. Juni 1937 durchgeführte Umsetzung jener Parteifunktionäre vermitteln, die einmal der Opposition nahestanden.[14] Weitere Listen enthielten die Namen der vom 1. Januar bis 2. Juni 1937 entlassenen Nomenklaturkader der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK. Zu den ZK-Abteilungen, die besonders gründlich überprüft wurden, gehörten die Abteilung Presse und Verlage in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1937, die Abteilung Kultur, in der Zeit vom 1. Januar bis 20. Juni 1937,[15] sowie die Abteilungen Transportwesen und Industrie,[16] Landwirtschaft, Finanzen und Handel.[17]

Mitte März 1936 ließ Jeshow die Kaderunterlagen aller Sinowjew, Kamenew, Bucharin und Radek nahestehenden Mitarbeiter aus der Akademie der Wissenschaften der UdSSR überprüfen. Von Anfang an richtete sich die Säuberung nicht nur gegen die Trotzkisten, sondern gegen die Parteiopposition in ihrer Gesamtheit. Das Zentralkomitee beschloß am 20. Mai 1936, die Fälle aller inhaftierten Trotzkisten wieder aufzunehmen, dem NKWD zu übergeben und die Höchststrafe zu beantragen. »Auch Jeshow macht seine Sache gut«, schrieb Lasar Kaganowitsch am 12. Oktober 1936 an Sergo Ordshonikidse über die Sitzung des Po-

12 Siehe ebenda. Delo 34 (115 Blatt).
13 Siehe ebenda. Delo 117 (Namensliste im Umfang von 250 Blatt).
14 Siehe ebenda. Delo 41 (141 Blatt).
15 Siehe ebenda. Delo 48 (88 Blatt).
16 Siehe ebenda. Delo 42 (123 Blatt). – Ebenda. Delo 43 (341 Blatt).
17 Siehe ebenda. Delo 44 (293 Blatt). – Ebenda. Delo 45 (272 Blatt).

litbüros vom Vortag. »Er hat sich auf Stalinsche Weise an die Arbeit gemacht.«[18]

Jeshow nahm in den Entwurf des Typoskripts auf, daß die »Rechten, anstatt die Waffen zu strecken, eine Untergrundorganisation geschaffen haben«. Stalin stimmte dieser Lesart zu und ordnete an, die »Rechtsabweichler« zusammen mit den »Trotzkisten« zu verurteilen. Das NKWD erhielt den Auftrag, einen Schauprozeß gegen Trotzkis und Sinowjews Gefolgsleute vorzubereiten. Dieser Prozeß sollte sich von allen vorhergehenden durch die Aufdeckung einer »grandiosen Verschwörung« unterscheiden. Am 29. Juni 1936 wurden die Parteiorganisationen in einem internen Rundschreiben, das sich weitgehend auf Jeshows Ausarbeitung stützte, über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung der »terroristischen Aktivitäten des trotzkistisch-sinowjewistischen konterrevolutionären Blocks« informiert.[19] Kurz danach, am 7. August 1936, legte Wyschinski Stalin die erste Variante der für den Schauprozeß 1936 vorgesehenen Anklageschrift vor. Nach zwei Überarbeitungen akzeptierte Stalin Wyschinskis Entwurf.

Während die im Stalinschen Führungszirkel vorbereiteten Moskauer Schauprozesse immer deutlichere Konturen annahmen, glaubten manche Parteimitglieder, daß mit Jeshows Amtseinführung eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Partei- und Terrorapparat eingetreten war. Bucharin »sah Jagoda [den Vorsitzenden des NKWD] in den letzten Jahren als demoralisierten Beamten und Karrieristen an, der seine revolutionäre Vergangenheit vergessen hatte« und war überzeugt, daß Jeshow sich nicht auf Fälschungen einlassen würde. Während des Dezemberplenums des ZK der KPdSU(B) 1936, auf dem Jeshow über »Antisowjetische, trotzkistische und rechte Organisationen« referierte, wurde diesen Funktionären schlagartig klar, wie sehr sie sich geirrt hatten. Von November bis Dezember 1936 hatte das NKWD neues, Bucharin »belastendes Material« zusammengetragen und neues fabriziert. Auszüge aus diesen, u. a. von Radek »bereitgestellten« Aussagen trug Jeshow auf dem Dezemberplenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) vor.

---

18 Stalinskoe Politbjuro v 30e gody. Sbornik dokumentov. Moskau 1995. S. 150–152.

19 Siehe Zakrytoe pis'mo CK VKP(b) O terrorističeskoj dejatel'nosti trockistsko-zinov'evskogo kontrrevoljucionnogo bloka. In: Izvestija CK KPSS. Moskau (1989)8. S. 100–115 (deutsche Übersetzung siehe Schauprozesse unter Stalin. 1932–1952. Berlin 1990. S. 222–251).

Bucharin hatte im Zuge der Bearbeitung des Stenogramms seiner häufig von Zwischenrufen unterbrochenen Entgegnung auf Jeshows Rede aufschlußreiche Ergänzungen in sein Manuskript auf dem Dezemberplenum des ZK der KPdSU(B) vorgenommen. So fügte er ein, »daß es ihm, *in der Rolle des Angeklagten*«, ausgesprochen schwerfalle zu sprechen, obwohl er wüßte, wie wichtig »Wachsamkeit und Kampf gegen die Parteifeinde ist, die sich neben der Schädlingstätigkeit *auch dem Terror* verschrieben« haben. Er schwöre »bei Lenins letztem Atemzug«, daß alles, was auf dem Plenum gegen ihn vorgebracht wurde, reine Verleumdung sei.[20] Als Bucharin darauf hinwies, daß zahlreiche, während der Gegenüberstellungen geäußerte Vorwürfe völlig haltlos seien, rief der einstige Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission und Mitglied des Politbüros Kaganowitsch dazwischen, daß dies eine rein juristische Angelegenheit sei, die nichts mit der politischen zu tun habe.

In den Pausen der Plenartagung im Dezember 1936 fanden Gegenüberstellungen Bucharins und Alexej Rykows mit dem »Verbindungsmann der parteifeindlichen Gruppe« um Martemjan Rjutin, E. Kulikow, dem Mitarbeiter im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Lew Sosnowski und dem ehemaligen Stellvertretenden Volkskommissar für Schwerindustrie, Georgi Pjatakow statt. Da die »Beweise« weder ausreichten, die Beschuldigten zu überführen, noch, sie zu einem Geständnis zu zwingen, wurde die Klärung auf Antrag Stalins auf das nächste Plenum des ZK der KPdSU(B) im Februar 1937 vertagt. Klärung bedeutete in diesem Fall die Ausdehnung der Verhaftungen.

In dieser Zeit überarbeitete Jeshow das Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution«, an dessen Redaktion mehrere Politbüromitglieder mitgewirkt hatten. Bis zur Einstellung der Arbeit am Typoskript folgten noch zwei Bearbeitungsrunden. Beginn und Ende der Arbeit fielen mit Beginn und Ende der Arbeit am Lehrbuch »Geschichte der UdSSR«, einem Projekt, das in den »Kurzen Lehrgang« der Geschichte der KPdSU(B) mündete, zusammen. Von 1935 bis zu seiner Amtsenthebung am 9. April 1938 hatte Jeshow als Theoretiker und Praktiker an der Planung und Durchführung von 13 Schauprozessen mitgewirkt. Jeshow übte nicht nur eine allgemeine Kontrolle aus, sondern griff aktiv in die Vorbereitung der Schauprozesse ein, nahm an Verhören und Gegenüberstellungen teil und wies die Untersuchungsführer an, wie sie die Verhöre zu führen hatten.

---

20 Siehe RCChIDNI. Fonds 17. Opis 2. Delo 574. Blatt 1–39.

Von März 1935 an empfing Stalin Jeshow regelmäßig zur Berichterstattung. Stalin setzte sich über die Einwände aus dem NKWD hinweg und verlangte, Sinowjew in den Mordfall Kirow zu verwickeln. »Sucht die Mörder unter den Sinowjewisten!« – lautete Stalins Auftrag, erinnerte sich Jeshow auf dem Februar–März-Plenum 1937 des ZK.[21] Nicht Beweise, sondern das Geständnis der Mitwisserschaft blieb Grundlage der Verurteilung. »Für den Begriff der Teilnahme ist nicht das Vorhandensein eines Kausalzusammenhanges, sondern eines Zusammenhanges der gegebenen Person mit dem begangenen Verbrechen überhaupt erforderlich«, hob Wyschinski in seiner Rede auf der ersten Unionskonferenz über Fragen der Wissenschaft des Sowjetrechts und des Sowjetstaates am 16. Juli 1938 hervor.[22]

Mit der Bitte um weitere Direktiven hatte Jeshow Stalin am 17. Mai 1935 einen Entwurf der Abhandlung »Über die konterrevolutionäre Organisation Sinowjews und Kamenews« vorgelegt. Bereits am 19. Mai wurde er zu Stalin bestellt.[23] Im Laufe der Arbeit wurde das Typoskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« ständig ergänzt, umgeschrieben und umbenannt. Die Überschrift der endgültigen Fassung wurde durch den Zusatz »... zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus« erweitert. Stalins Vorgabe, die Angeklagten nicht als eine Gruppe von Theoretikern, sondern als »Spione und Verbrecher« darzustellen, erklärt die Streichung des IV. Kapitels über »›Führer‹ und Kader der konterrevolutionären Gruppe Sinowjews und Kamenews«. Stalins Einschätzung wurde von Jeshow in der »Einleitung« aufgegriffen und mit der Forderung, die revolutionäre Wachsamkeit nach dem Mord an Kirow weiter zu erhöhen, verbunden. Ursprünglich wollte Jeshow nur einen Artikel für die theoretische Zeitschrift des ZK der KPdSU(B) »Bolschewik« schreiben. Während der Vorbereitung der Reden für die Plenartagungen des ZK der KPdSU(B) im Dezember 1936 und Februar–März 1937 war der Entwurf zu einer umfangreichen Broschüre angewachsen. Die Veränderung des Titels weist auf die Grundlinie der Aktualisierung und den eigentlichen gravierenden Einschnitt beim Über-

---

21 Siehe Rede Jeshows in der Vormittagssitzung am 3. März 1937. In: Voprosy istorii. Moskau (1995)2. S. 16–21.

22 Siehe A. J. Wyschinski: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht. In: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie. Berlin 1953 (im weiteren A. J. Wyschinski: Die Hauptaufgaben ...). S. 105.

23 Siehe Posetiteli kabineta Stalina. In: Istoričeskij archiv. Moskau (1995)3. S. 166.

gang von den »kleinen Prozessen« nach dem Mordanschlag auf Kirow zum »Großen Terror«. Aufgrund der Einbeziehung von »Geständnissen«, Zeugenaussagen und Auszügen aus Gegenüberstellungen der jeweils aktuellsten Voruntersuchung eignete sich die Materialsammlung für die Erstellung von Informationen und Rundschreiben des Zentralkomitees, die an die Grundorganisationen der KPdSU(B) weitergeleitet wurden. Obwohl weder der geplante Artikel noch die Broschüre erschien, hat das von Jeshow aufbereitete und kommentierte Material auch im Verlauf der Auswertung der Plenartagung den Weg an die Parteibasis und in die Kreisdienststellen des NKWD der UdSSR gefunden. Aufschlußreich sind die zahlreichen Marginalien, Zusätze und Streichungen, die von Jeshow und den zur redaktionellen Arbeit herangezogenen Politbüromitgliedern stammen.

Kapitel I gibt einen Überblick über den »Kampf der konterrevolutionären Organisation Sinowjews und Kamenews«. Die Darstellung der drei Etappen wurde von Jeshow und den hinzugezogenen Politbüromitgliedern ständig überarbeitet und durch Einfügung von Aussagen aus den gerade laufenden Verfahren aktualisiert. Der Schwerpunkt lag auch in Jeshows Referaten während des Februar/März-Plenums des ZK auf der dritten Etappe.

Die dritte Etappe begann nach dem XV. Parteitag der KPdSU(B) (Dezember 1927) und reichte bis zum Tage der »Liquidierung der Sinowjew-Kamenew-Opposition durch das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten«. Dabei wurde Sinowjews angebliche Verstrickung in die Ermordung Kirows aufgedeckt. Vom XV. Parteitag an bildete, so behauptete Jeshow, die Opposition eine »besondere, konterrevolutionäre Spionagegruppe« innerhalb der Partei. Sinowjew und seine Anhänger, »gestand« Kamenew in der Voruntersuchung zum Prozeß 1935, wollten keine neue, keine eigene Partei schaffen, sondern setzten auf Änderung der Politik der KPdSU(B). Daher, hob Jeshow hervor, heuchelten sie Loyalität und hofften auf Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei. »Unsere Gespräche und Kontakte zu den anderen Gruppen trugen parteifeindlichen Charakter«, gaben Sinowjew und Kamenew »unter der Last der Beweise« zu. »Sie hatten die Partei betrogen, um die eigenen Kader zu retten«, betonte Jeshow. »Im Herbst 1932 ist es ihnen gelungen, den Kontakt zur ›konterrevolutionären Gruppierung um Martemjan Rjutin‹ herzustellen.« Während Sinowjew und Kamenew ihre »kapitulantenhafte, menschewistische Linie durch linke Demagogie« zu tarnen verstanden, als sie das ZK beschuldigten, eine Politik im Interesse der Kulaken

zu betreiben, verfolgten sie in der letzten Zeit mit den Rechten einen »auf die Verteidigung der Kulaken hinauslaufenden Kurs«. Die Zerschlagung der »Rechten Opposition« mache die Pläne der Sinowjew-Kamenew-Gruppe zunichte. Was der UdSSR schade, könne der Opposition nutzen. Sinowjews Anhänger setzten, lautete eine andere These Jeshows, auf Terror. Sie wollten die Sowjetmacht um jeden Preis schwächen. In Stalin sahen die Oppositionellen in der KPdSU(B) die Ursache allen Übels. Da sie nicht mehr auf die Gewinnung der Mehrheit der Parteimitglieder hoffen konnten, »blieb ihnen nur die Orientierung auf Beseitigung Stalins«.

Nach der Ermordung Kirows sei es dem NKWD gelungen, schrieb Jeshow 1935 im Typoskript, »ein Netz terroristischer Gruppierungen«, es handelte sich um fünf miteinander verbundene Gruppen, zu enttarnen. Die Verschwörer, teilte Jeshow mit, seien bis in die nächste Umgebung Stalins vorgedrungen. Zwei Gruppen hätten im Kreml – in der Regierungsbibliothek und in der Kommandantur, – drei außerhalb gewirkt. Jeshow nannte die »terroristische Gruppe von Militärs, die terroristische Gruppe der trotzkistischen Jugend und die konterrevolutionäre terroristische Gruppe ehemaliger aktiver Teilnehmer der weißgardistischen Bewegung«. Insgesamt wurden 110 Personen verhaftet. Unter den Verhafteten waren 18 Mitarbeiter der Regierungsbibliothek, fünf Verwandte Kamenews und deren Familienangehörige (u. a. sechs Hausfrauen), 16 Arbeitskollegen aus der Verwaltung der Kremlkommandantur, sowie elf im Kreml beschäftigte Telefonistinnen, Pförtner und Reinigungskräfte, die ständig Kontakt zu diesem Personenkreis hatten.

Jeshows Hinweise auf das lebhafte Echo, das Trotzkis Appell unter den Oppositionellen hervorrief, veranlaßte die Redakteure zu Randbemerkungen im Typoskript wie »stärkere Hervorhebung der Spionage« oder »Aussagen der Terroristen einfügen«, immerhin mußte bewiesen werden, daß es keine Basis für den Trotzkismus gab. Wenn Beispiele für entlarvte trotzkistische Gruppen genannt wurden, dann immer verallgemeinernd (die Datierung wurde in der Regel gestrichen), bzw. in Verbindung mit dem Hinweis auf das Doppelzünglertum ihrer Mitglieder, die nur zum Schein mit dem Trotzkismus gebrochen hätten. Um die Diffamierung zu betonen, wurde die Kennzeichnung der Angeklagten als Terroristen und Spione, die mit Kulaken und Banditen zusammenarbeiteten, hervorgehoben.

Dafür wurden sämtliche konkrete Beispiele für Arbeiterproteste wie Streiks und die Ablehnung der Stachanowbewegung, politische Plattfor-

men oder Versuche, den Politunterricht zu nutzen, um den Protest zum Ausdruck zu bringen, aus dem Manuskript gestrichen. Im offiziellen Sprachgebrauch war dieser (in Odessa, Leningrad und Woronesh beobachtete) Widerstand eine Folgeerscheinung »trotzkistischer Beeinflussung«, ein »Ergebnis der Irreführung«, aber nie Ausdruck eigener Interessen, oder gar ein Beleg für die Kollision mit den von oben verordneten Direktiven. »Sabotage« wurde stets mit einem »Oberbanditen« oder »Schädling« in Zusammenhang gebracht. Mangelhafte Beherrschung der Technik, Probleme in der Belieferung mit Ersatzteilen, Inkompetenz der Leitung oder der Zwang, koste es was es wolle, den vorgegebenen Direktiven Rechnung zu tragen, wurden nicht als Gründe für Havarien akzeptiert.

Der von Jeshow im Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus« durchgehaltene Grundtenor – Entlarvung der früheren Oppositionellen als Terroristen und Konterrevolutionäre – wurde von Stalin in den Reden auf den Plenartagungen des ZK der KPdSU(B) im Februar–März 1937 und Juni 1937 aufgegriffen und in den ihm vorgelegten Entwurf des »Kurzen Lehrgangs« eingefügt.[24] Stalin hatte an der Endredaktion des von Jeshow verfaßten Entwurfes »Über die terroristische Tätigkeit der konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistisch-kamenewschen Gruppe« mitgewirkt und folgende Schlußfolgerungen hervorgehoben: »Es trifft nicht zu, daß Sinowjew und Kamenew ausschließlich die moralische und politische Verantwortung für den Mord an Kirow tragen. Beide haben – wie die Untersuchung beweist – auch den Mordbefehl gegeben.« Die »Sinowjewisten« müßten daher nicht nur enttarnt und aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch verhaftet werden, lautete die Anweisung im »Rundschreiben« des ZK an die Grundorganisationen. Weiter war davon die Rede, daß »die Anhänger Sinowjews und die Trotzkisten die Speerspitze gegen die Partei- und Staatsführung bilden und in der UdSSR als fünfte Kolonne agieren«.

In der Rede zum 1. Tagesordnungspunkt des Februar/März-Plenums des ZK der KPdSU(B) 1937 »Der Fall Bucharin und Rykow« griff Jeshow das zuvor im Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen

24 Siehe RCChIDNI. Fonds 558. Opis 3. Delo 77. – Istorija VKP(b). Kratkij kurs. Gospolitizdat 1938. Pod red. Em. Jaroslavskogo i P. Pospelova, odobren komissiej CK VKP(b) dlja partijnych i leninskich kursov, a także dlja komsomol'skich organizacij. Moskau, Leningrad 1938. 342 S. [Druckfassung zur Endkorrektur].

Konterrevolution und zum Faschismus« entwickelte Szenario auf. Seinen Angriff auf Bucharin bereitete er durch Attacken gegen die Bucharinschule und die Rjutin-Plattform vor. Viele ZK-Mitglieder wiesen Bucharins Zweifel und die Kritik am Vorgehen des NKWD als Verleumdung zurück. »In heutiger Zeit«, unterstrich Bucharin, »verrichten die meisten sogenannten Organe des NKWD – dieser entarteten Organisation ideenleerer, demoralisierter, gut versorgter Beamter, die die frühere Autorität der Tscheka dem krankhaften Mißtrauen Stalins zuliebe, mehr wage ich nicht zu sagen, ausnutzen und auf Orden und Ruhm versessen sind – schändliche Dinge [...] Ein jedes ZK-Mitglied, ein jedes Parteimitglied können diese ›wundertätigen Organe‹ zermalmen, zu einem Verräter, einem Terroristen, Diversanten und Spion machen. Und wenn Stalin Zweifel an sich selbst aufkämen, die Bestätigung würde nicht lange auf sich warten lassen.«[25]

Wyschinski hatte die Entwürfe der Anklageschrift und der Urteilsbegründung im Prozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« Stalin Ende Februar 1937 zur Bestätigung vorgelegt.[26] In den Mittelpunkt der Anklageschrift wollte er die These vom Kampf zweier Programme, zweier Konzeptionen stellen. Das eine Programm, »das Programm der sowjetischen Regierung, ziele auf den Sieg des Sozialismus in der UdSSR, auf die Liquidierung aller Überreste des Kapitalismus, auf Unabhängigkeit und Wahrung der territorialen Einheit, auf Antifaschismus und Annäherung an friedliche, nichtfaschistische Staaten, ein Bündnis gegen den Aggressor, und auf Friedenspolitik. Das andere Programm, das Programm der trotzkistischen Bande, zielte auf Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR, auf die Unterordnung des Landes unter die faschistischen Staaten, richtete sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse und die Friedenspolitik des Landes.«

Dabei solle die Sache nicht so dargestellt werden, als ob die eine Partei einfach mehr Glück gehabt hatte, als die andere, sondern als Kampf zweier Programme, von denen das sowjetische Programm den Interessen der Revolution entspricht und vom Volk mitgetragen wird,

---

25 Nikolai Bucharin: An die künftige Generation führender Parteifunktionäre. In: A. M. Larina-Bucharina: Nun bin ich schon weit über zwanzig. Göttingen 1989. S. 428. Die hier zitierte Übersetzung (siehe »Unpersonen« – wer waren sie wirklich? Berlin 1990. S. 10) gibt Bucharins Brief exakter wider.

26 Siehe Andrej Vyšinskij tov. Stalinu. In: RCChIDNI. Fonds 588. Opis 2. Delo 155. Blatt 22.

während das andere zutiefst konterrevolutionär ist und im Volk auf Ablehnung stößt. Diese trotzkistische Bande, fügte Wyschinski handschriftlich in den maschinengeschriebenen Entwurf ein, sei zu einer Agentur ausländischer Spionagedienste geworden.

Stalin bestand in seinen Bemerkungen zum Entwurf des Generalstaatsanwaltes[27] darauf, vier Punkte besonders herauszuarbeiten, »1) daß alle Angeklagten vor und nach der Oktoberrevolution gegen Lenin gekämpft haben; 2) daß die damit zusammenhängende Frage zu beantworten ist, warum jene Leute, die von Vielen immer noch als Kampfgefährten Lenins angesehen werden, so tief gefallen sind. Ihr Fall begann bereits zu Lebzeiten Lenins, der auf dem X. Parteitag bei der Begründung des Beschlusses über das Fraktionsverbot in aller Deutlichkeit gesagt hatte, daß jene, die im Sozialismus an ihren Fehlern festhalten, ins Lager der Feinde, der Weißgardisten und Imperialisten, geraten. Und Lenin hatte recht behalten. Nach Lenins Tod fanden sich die Oppositionellen alle im Lager des Feindes wieder. In diesem Zusammenhang ist 3) die Frage zu beantworten, warum das Schädlingswesen der Trotzkisten nicht schon früher erkannt wurde und die Partei keine Versuche unternommen hatte, sie umzuerziehen?« Jetzt sei klar geworden, daß die Parteifeinde auch über eine eigene Plattform verfügten, hob Stalin hervor. »Ihr Herzstück ist der Rückzug in den Kapitalismus, die Verwirklichung einer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht gerichteten Politik. 4) Das Urteil des sowjetischen Gerichts zielt auf die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Land.«

Unter Berücksichtigung dieser von Stalin vorgegebenen Schwerpunkte verfaßte Wyschinski einen ausführlichen Entwurf der Einleitung, die ausschließlich auf den Nachweis der Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten bzw. der Agententätigkeit für die Ochrana gerichtet war. Die Angeklagten wurden von Prozeßbeginn an kriminalisiert. »Ich interessiere mich nicht für Ideologie, sondern für Kriminologie«, fiel Wyschinski Bucharin während der Abendsitzung vom 3. März 1938 ins Wort. Damit sprach er ein Grundmuster politischer Prozesse in der Sowjetunion an. Wyschinski brachte alle gängigen Feindbilder vor: Trotzki habe die Arbeit der Spione aus dem Ausland angeleitet, Bucharin sie vor Ort koordiniert. Diese Vorgaben spielten in der Auswertung des Prozesses durch Generalstaatsanwalt Wyschinski und Stalins Stellvertreter Mo-

27 Siehe ebenda. Blatt 17–21.

lotow eine erstrangige Rolle. »Der Prozeß gegen den antisowjetischen rechtstrotzkistischen Block zeigte, daß die der UdSSR und der Sache des Sozialismus feindlichen Kräfte bestrebt sind, eine verbrecherische Tätigkeit zu entfalten. Sie verwirklichen sie nicht einzeln, sondern organisiert, auf dem Wege der Vereinigung ihrer verbrecherischen Anstrengungen.« Als charakteristische Besonderheit hob Wyschinski die Tatsache hervor, daß sich in diesem Block »Trotzkisten, Bucharinleute, Sinowjewleute, Menschewiki, Sozialrevolutionäre, bürgerliche Nationalisten, ehemalige Provokateure und Agenten der zaristischen Ochrana, weißgardistische Offiziere und ausländische Faschisten vereinigt« hätten. Als zweite Besonderheit führte Wyschinski das Fehlen eines Programms, einer politischen Plattform an.[28]

Ein Vergleich des im ZA FSB aufbewahrten Stenogramms des dritten Moskauer Schauprozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« mit dem veröffentlichten »vollständigen Prozeßbericht«[29] zeigt, daß eigentlich nur der Staatliche Ankläger Wyschinski, dessen Hauptaufgabe darin bestand, den jeweiligen Angeklagten in der Rolle des reuigen Sünders vorzuführen, als Akteur gezeigt wurde.

Die Angaben zu den Biographien der Angeklagten wurden Jeshows Ausarbeitung »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus« angepaßt. Nach der redaktionellen Bearbeitung lasen sich die Biographien der angeklagten Revolutionäre wie die von Konterrevolutionären, Ausbeutern oder Agenten. Die Familiengeschichte und die Lebensläufe wurden umgeschrieben, um dem offiziell vorgegebenen Feindbild Rechnung zu tragen. Am einfachsten ließ sich das bewerkstelligen, wenn es möglich war, die Eltern als Kapitalisten oder kirchliche Würdenträger »zu entlarven«. Diese Redaktion war Teil einer langfristig geplanten und Schritt für Schritt vollzogenen Revision der Parteigeschichte.

Zu den gravierendsten Eingriffen in das von den Untersuchungsführern mit den Angeklagten einstudierte Stenogramm gehört, daß der gegen Bucharin erhobene Vorwurf, Verfasser der Rjutin-Plattform zu sein, zugunsten einer anderen Legende – nämlich der, daß Bucharin Lenins

---

28 Siehe A. J. Wyschinski: Die Hauptaufgaben ... S. 100.

29 Siehe Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkisten«, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.–13. März 1938. Vollständiger stenographischer Bericht. Moskau 1938.

Ermordung geplant habe – fallengelassen wurde. Im Ergebnis dieser »Beweisführung« konnte Lenins Einschätzung, Bucharin sei der »Liebling der Partei«, ins Archiv verbannt werden. Da Bucharin seinen Gegnern keinen Anhaltspunkt für den Nachweis auch nur eines Anzeichens von Illoyalität bot, erfolgte der Angriff über die Geschichte – Bucharin mußte am Ende des Prozesses als Organisator des Attentats auf Lenin »überführt« werden.

Wyschinski gab nicht nur vor, wie die Angeklagten ihre »verbrecherische Tätigkeit« zu periodisieren hatten, sondern bestimmte auch das Gewicht der »Straftaten«. Um Anhaltspunkte in den Aussagen der Angeklagten zu finden, mußten diese verallgemeinert und verabsolutiert werden, wobei Einschränkungen und Relativierungen dem Rotstift der Korrektoren zum Opfer fielen. Im Ergebnis dieser Nachbesserung des Stenogramms wurden aus vereinzelten Begegnungen »stabile und ständige Kontakte«, aus der angeblichen »Planung von Terror und Sabotage« ihre praktische Ausführung, aus einem kurzen Wortwechsel im Präsidium einer Konferenz eine »Instruktion des Angeworbenen durch seinen Agentenführer«. Aus einem einzigen »Auftrag« wurde im veröffentlichten »vollständigen Prozeßbericht« die »ständige Weitergabe von Informationen an die Geheimdienste« – dabei war es eigentlich egal, ob es sich um die Ochrana oder den Intelligence Service handelte.

Im Ausland spielende Ereignisse und Kontakte wurden nur angedeutet und vorsichtig umschrieben, um die Fehler und Pannen aus den vorhergehenden Prozessen nicht zu wiederholen. Nach der Lektüre des Prozeßberichtes sollte der Eindruck entstehen, »daß Trotzki ständig mit allen Verschwörern in Verbindung gestanden« habe. Die »verkappten Trotzkisten« befolgten noch während der Hauptverhandlung Trotzkis Direktiven, unterstrich Wyschinski unter Hinweis auf Nikolai Krestinskis Verhalten. Ungeachtet aller Bemühungen war es den Redakteuren unmöglich, sämtliche Hinweise auf die Tätigkeit der Opposition zu streichen. Aber die erfundenen oder umgeschriebenen Aktivitäten der »Verschwörer« durften nicht mit der Kritik am aktuellen Kurs der Partei in Verbindung gebracht werden. Schließlich ging es darum, von den eigentlichen Ursachen der Unzufriedenheit der Bevölkerung abzulenken, sie nicht mit der Linie der Parteiführung, sondern nur mit der »Schädlingstätigkeit der Konterrevolutionäre« in Zusammenhang zu bringen.

Um jede Ablenkung vom Generalthema zu vermeiden, wurden sogar Hinweise auf nationale Besonderheiten »konterrevolutionärer Tätigkeit« getilgt. Keine Erwähnung fand die bisherige Tätigkeit der Angeklagten

im Partei- oder Staatsapparat, denn sie standen als »Schädlinge im Dienste des ausländischen Kapitals« und nicht als aktive Mitgestalter sowjetischer Politik vor Gericht. Nie wurden dem Leser konkrete Beispiele für die »konterrevolutionäre Tätigkeit« mitgeteilt.

Bucharin stand als »entlarvter Spionageführer«, als ein die Mitglieder des »Blocks der Rechten und Trotzkisten« anleitender »Oberspion« und »Organisator von Aufständen« vor Gericht. Alle diesbezüglichen Stellen sind nachträglich in das verfälschte Stenogramm eingefügt worden. Immer, wenn es der Anklagevertretung an Beweisen mangelte, kamen die im Verlauf der Voruntersuchung »aufgedeckten Verbindungen« zu den im zweiten Moskauer Schauprozeß 1937 und im Verfahren gegen die »Militärverschwörer« Angeklagten ins Spiel.

Die in den Prozeßbericht aufgenommenen Reden der Verteidiger sind gekürzt, davon betroffen sind vor allem jene Passagen, in denen Nikolai Kommodow und Ilja Braude ihre Mandanten entlastende Momente vortrugen. Sie durften nur noch um ein mildes Urteil bitten. An dieser Stelle sei angemerkt, daß, als Wyschinski am Vorabend des ersten Moskauer Schauprozesses die Karriereleiter zu erklimmen begann, Kommodow es sich noch leisten konnte, die Argumentation des Staatsanwaltes energisch und kompromißlos in Frage zu stellen. 1938, als Widerspruch und Widerstand im politischen Sprachgebrauch synonym verwendet wurden, war nicht einmal mehr an Widerrede zu denken. Braude und Kommodow begannen ihre Plädoyers mit einer prinzipiellen Zustimmung zur Anklageformel. Um ihrer Rolle als Verteidiger überhaupt gerecht werden zu können, mußten sie Kompromisse eingehen und von Wyschinski vorgegebene Beschuldigungen aufgreifen und vertiefen. Nach der redaktionellen Bearbeitung lesen sich diese Reden wie Variationen der von Wyschinski vorgetragenen Anklageformel.

Einzig und allein Wyschinski hatte das Recht, zu erklären und zu interpretieren. Sache der Angeklagten war es, zu antworten. Alles, was beide Seiten – Ankläger und Angeklagte – vor der Urteilsverkündung als gleichberechtigte Kontrahenten zeigte, was an eine gewöhnliche Beweiserhebung erinnerte, was offenlegte, wie die Angeklagten in Abhängigkeit von ihrer Verteidigungsstrategie die Aussagen strukturierten, ist aus dem ursprünglichen Stenogramm nicht in den Prozeßbericht übernommen worden. Getilgt wurden Hinweise auf Widerspruch oder Kritik an der Anklageschrift. Daraus folgte, daß auch jene Aussagen, in denen die Angeklagten betonten, von den in der Anklageschrift angeführten »Tatsachen« nichts zu wissen, oder in denen sie betonten, keine Verbrechen

zu gestehen, die sie nicht begangen hätten, redaktionell bearbeitet werden mußten.

Bezüge der Angeklagten auf die Geschichte der KPdSU(B) und der aktuellen Auslegung widersprechende Interpretationen wurden gestrichen, bzw. erwähnte Gruppen zu Oppositionsgruppen erklärt, legale Arbeit als illegale Tätigkeit ausgegeben. Im Ergebnis der redaktionellen Bearbeitung wandelte sich die Parteiopposition in eine kriminelle Vereinigung.

Die neuen Formeln und Denkmuster der stalinistischen Parteigeschichtsschreibung wurden den Angeklagten in den Mund gelegt. Unterschiede in der Sprache und im Denken der Opfer und der Täter lassen sich eigentlich nicht nachweisen, beide sind – bis in die kleinsten Nuancen – völlig identisch. In der Opposition gab es – ebenso wie in der KPdSU(B) – keine Meinungsverschiedenheiten, die Untersuchungsführer konnten sie sich nur monolith wie die Kommunistische Partei vorstellen. Auch die Direktiven waren hier wie da ein für allemal verbindlich und mußten nicht geändert, nicht den Verhältnissen angepaßt werden. Die »Verbindungen zwischen den Gruppen und den einzelnen Mitgliedern« rissen – laut dem vorgegebenen Szenario – nie ab, die Opposition erschien als mächtige Kraft, als allgegenwärtiges Schreckgespenst, das sich nie aus der »konterrevolutionären Arbeit« zurückzog.

Rückschläge in der Tätigkeit der Opposition im Ergebnis von Verhaftungswellen, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Opposition, die auf Fluktuation, Abbruch der Beziehungen, Ausstieg oder Isolation der Kader zurückzuführen waren, damit zusammenhängende Unterbrechungen bzw. Pausen, oder gar eine »Zerschlagung der Opposition«, von der einige Angeklagte sprachen, waren im Prozeßszenario nicht vorgesehen. Die von fast allen Angeklagten vorgebrachte Einschätzung »uns schwand der Boden unter den Füßen, es ist unmöglich, gegen die Linie der Partei zu kämpfen«, wurde rigoros gestrichen.

Gleichzeitig wurde den Aussagen hinzugefügt, daß die »Oppositionellen weder über Masseneinfluß verfügten, noch danach strebten, unter den Massen zu arbeiten«. Denn wer sich auf die Massen orientierte, konnte kein »Verschwörer« sein – eine »Kombination von Massenarbeit und Verschwörung« von der z. B. Bucharin während des dritten Moskauer Schauprozesses immer wieder sprach, schloß die Redaktion vollkommen aus.

Aus den Aussagen der Angeklagten wurde alles gestrichen, was auf Probleme mit ihrer »Schädlingstätigkeit«, auf Zweifel und begründbare

Einschränkungen (wie fehlende Erfahrung, Erpreßbarkeit, altersbedingte Unerfahrenheit im Falle der »Anwerbung durch die Ochrana« usw.) schließen ließ. Entlastende Begründungen wurden nur dann akzeptiert, wenn sie als Ausweis der »notwendigen Tarnung der Schädlingstätigkeit« ausgelegt werden konnten.

Hinweise auf Sprache und Verhörtechnik des NKWD (unfreiwillige Aussagen unter der Folter, Erpressung der Angeklagten und Androhung, die Angehörigen zu verhaften) wurden nur dann nicht gestrichen, wenn es darum ging, Jagoda zu belasten. Aussagen, die als Beschwerden ausgelegt werden konnten, wurden ins Gegenteil verkehrt. Gestrichen wurden Hinweise auf die Rolle des NKWD bei Säuberungen in der KPdSU(B).

Um Wyschinski als alleinigen Akteur auftreten zu lassen, wurde sogar das, was der Vorsitzende des Gerichts vorbringen mußte, auf ein Minimum reduziert. Während Wyschinskis – als Empfehlungen zur Prozeßführung – an die Adresse des Vorsitzenden gerichtete Weisungen aus dem Stenogramm in den Prozeßbericht übernommen wurden, fielen alle an Wyschinski gerichteten Bemerkungen des Gerichtsvorsitzenden Wassili Ulrich dem Rotstift zum Opfer. Im Prozeßbericht findet sich kein einziger Hinweis darauf, daß die Ausführungen des Staatlichen Anklägers nicht immer dem Prozeßreglement Rechnung trugen. Ulrichs Aufforderung, die »Angeklagten als Angeklagte und nicht als Gegner anzusprechen«, wurde gestrichen, während Wyschinskis Rechtfertigung für sein Verhalten in den Prozeßbericht übernommen wurde.

Die von der Rehabilitierungskommission vorgenommene Überprüfung brachte eine Reihe von Verstößen gegen geltendes Recht an den Tag. Alle vor dem ersten Geständnis angelegten Akten wurden nicht in die Hauptverhandlung einbezogen. Wyschinski fragte entgegen seiner Gewohnheit nie nach, wenn die Untersuchungsgefangenen Aussagen über die Haftbedingungen verweigerten. In einigen Strafakten fehlen die Haft- und Haussuchungsbefehle, bzw. sie wurden nachträglich eingefügt. Bei den die Angeklagten belastenden »Zeugenaussagen« handelte es sich häufig um Erfindungen der Untersuchungsführer, die Verlängerung der Untersuchungshaft wurde in den seltensten Fällen beantragt. Die Rechte der Angeklagten auf Verteidigung wurden beschnitten. Nicht nur, daß ihnen keine Zeit blieb, die Anklageschrift gründlich zu lesen, das Gericht operierte mit »Beweismitteln«, die den Angeklagten unbekannt waren, in der Hauptverhandlung wurden Vorwürfe erhoben, die nie Gegenstand der Voruntersuchung gewesen waren. Diese Beispiele für Rechtsbeu-

gung wurden nicht aus dem Stenogramm gestrichen. Das Urteil geht, was der Strafprozeßordnung widerspricht, über die Anklageschrift hinaus. Davon, daß »Bucharin für den Putsch der linken Sozialrevolutionäre im Jahre 1918 verantwortlich« zu machen sei, und daß der Angeklagte Arkadi »Rosengolz im August 1937 plante, Stalin zu ermorden«, war zuvor nicht die Rede.

Als Anfang 1938 die Voruntersuchung gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« abgeschlossen und die Anklageschrift in Vorbereitung war, begann eine ordentliche Plenartagung des ZK der KPdSU(B). Georgi Malenkow, Abteilungsleiter im Zentralkomitee, räumte »Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Mitgliedern« ein und kritisierte das bürokratische Verhalten der Funktionäre im Hinblick auf berechtigte Eingaben. Genaugenommen wiederholte er nur das, was Jeshow 1936 vor dem Moskauer Parteiaktiv ausgeführt hatte. Jetzt war die Reihe an Jeshow. Mit Blick auf Genrich Jagodas Verurteilung im dritten Moskauer Schauprozeß war eigentlich klar, was kommen würde. Am 9. April 1938 wurde mitgeteilt, daß Nikolai Jeshow von Lawrenti Berija als Chef des NKWD abgelöst sei und das Volkskommissariat für Schiffahrt übernehme.

ULLA PLENER

Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus – eine Grundlage des Massenterrors

Schicksale von bekannten und unbekannten Kommunisten, die Opfer des hier zur Debatte stehenden Terrors wurden, führen übereinstimmend zu dem Schluß, daß dieser Terror nicht zuletzt deshalb möglich wurde, weil er sich auf die weitgehende (um nicht zu sagen: uneingeschränkte) Verachtung der Persönlichkeit im Parteikommunismus der dreißiger Jahre stützen konnte. Davon strotzen die bei der Kaderabteilung der Komintern gesammelten Personalakten ebenso wie die sogenannten Strafakten des NKWD. Jene Verachtung spricht ganz besonders aus den Leidenswegen der Opfer bis hin zum millionenfachen Tod durch Erschießen oder Strafarbeit.

Wenn auf diesem Kolloquium die »Mechanismen des Zusammenspiels von Partei- und Staatsapparat [...], die den großen Terror inszenierten«, zur Debatte stehen, so müssen wir auch auf die persönlichkeitsnegierenden Normen des innerparteilichen Lebens und der damaligen kommunistischen Parteiethik zu sprechen kommen. Diese hatten schon innerhalb der Parteien selbst ein – organisatorisches, geistiges, moralisches – Terrorregime installiert, und sie bildeten mit die Grundlagen dafür, daß die Apparate der KI und der kommunistischen Parteien auch den äußeren, vom NKWD ausgeübten Terror gegenüber Kommunisten (hier ist nur dieser Aspekt des Massenterrors im Blick) duldeten und zum Teil mittrugen. Wir sollten auch nach einigen geistigen Quellen fragen, von denen diese Normen gespeist wurden, wie auch nach den Zeitumständen, die sie (die Normen wie die Quellen) begünstigt hatten.

Gestützt auf eigene biographische Forschungen zu Persönlichkeiten der ersten Kommunistengeneration dieses Jahrhunderts, die Aktenstudien der o. g. Art einschlossen, auf Memoiren und Biographien von Kommunisten, die den kommunistischen Terror am eigenen Leibe erlebt und deshalb mit dem Parteikommunismus gebrochen hatten, und auf das Jahrhundertbuch »Die Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss, hatte ich in einer Studie versucht, mich diesen Fragen zu nähern. Sie wurde

1993/1994 in zwei Teilen an verschiedenen Stellen publiziert,[1] aber nirgendwo diskutiert. Deshalb greife ich auf einige darin formulierte Thesen speziell unter dem Aspekt des Terrors im Parteikommunismus zurück, um sie hier zur Diskussion zu stellen.

Der Ausschluß der selbständig denkenden Persönlichkeit aus dem Parteiverständnis, verbunden mit weitgehender Reduktion der lebendigen Bewegung auf den Parteiapparat als Instrument der jeweiligen Parteiführung bzw. des Parteiführers war eines der konstitutiven Momente des Stalinismus.

Zu den Ecksteinen der persönlichkeitsnegierenden Normen des Parteikommunismus, die dem Terrormechanismus mit zugrunde lagen, gehörten nach meiner bisherigen Erkenntnis vor allem das stalinistische, also die Persönlichkeit ausschließende, Disziplinverständnis sowie Mißtrauen als ein Grundprinzip der Parteiethik.

Demokratische, von der emanzipatorischen Idee der Persönlichkeitsbefreiung geleitete Kommunisten verstanden die Parteidisziplin als eine freiwillige, bewußte, konkrete, Widerspruch vertragende und akzeptierende, die selbständig denkende Persönlichkeit bejahende, auf ihr gründende, nur durch sie lebendige Disziplin. Für dieses Verständnis standen Kommunisten wie Willi Münzenberg.

In der KPdSU, der Komintern und ihren Parteien (subsumiert im Begriff Parteikommunismus) setzte sich nach Lenins Tod das Disziplinverständnis in einer der ursprünglichen Bedeutungen dieses Wortes durch: (lat.) Zucht/Ordnung; also Disziplin als Zwang, eigenes Denken und Widerspruch ausschließender Gehorsam gegenüber der Führung, abstrakt, autoritär, die Persönlichkeit negierend und in »der Sache« auflösend. Diese Art Disziplin war die Achse eines bürokratischen und patriarchalischen Parteiverständnisses.

Den grundlegenden Widerspruch im Disziplinverständnis hatte Münzenberg in der Erklärung über die Gründe seines Austritts aus der KPD, veröffentlicht am 10. März 1939, mit den Worten zusammengefaßt: Es ginge um »Grundbegriffe der innerparteilichen Demokratie« und um die

---

1 Siehe Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck: Persönlichkeit – Bewegung – Partei. Impressionen aus biographischer Forschung zum Thema Persönlichkeit im stalinistischen Parteiverständnis der dreißiger Jahre. In: Utopie kreativ. Berlin (November/Dezember 1993)37/38 (erster, einleitender Teil der Studie). - Ulla Plener: Ausschluß der Persönlichkeit – Grundsatz stalinistischen Parteiverständnisses. In: Wolfgang Gehrcke (Hrsg.): Stalinismus – Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte. Bonn 1994 (Hauptteil der Studie).

»Auffassung über das Verhältnis der Partei zu dem einzelnen Mitglied«. Denn, so seine Argumentation, die proletarische Revolution könne nur von Menschen gewonnen werden, »und zwar von solchen Menschen, die von der Richtigkeit der durch eigene Erkenntnisse gewonnenen Ideen überzeugt sind und in *freiwilliger* revolutionärer Disziplin die größten Leiden und Opfer auf sich nehmen [...] Mit reglementierten, kommandierten und schikanierten toten Seelen ist der revolutionäre Krieg nicht zu gewinnen [...]« Er habe geglaubt, »die Anerkennung dieser politischen Prinzipien innerhalb der kommunistischen Partei, wenigstens eine freie und öffentliche Diskussion in ihrem Rahmen erreichen zu können«. Er habe sich geirrt.[2]

Die bürokratisch gehandhabte Disziplin wurde zum Gesetz der Linientreue, mündete in das Entweder-Oder-Denken und sicherte das Meinungsmonopol der jeweiligen Führung. Das Mitglied als eigenständig denkende Persönlichkeit war ausgeschlossen, es wäre sonst nur ein Störfaktor gewesen.[3]

---

2 Babett Groß: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Leipzig 1991. S. 465f. (Hervorhebung im Original).

3 Peter Weiss läßt Hodann im Gespräch mit Münzenberg sagen: Für ihn sei kein Platz mehr in der Partei, »wohl weil du schreibst, das Kostbarste in der Partei sei der Kämpfer, das Mitglied, der Mensch. Das ist eine Beleidigung der allmächtigen Führung. Und wie kannst du heute eintreten für die Meinungsfreiheit, für Unabhängigkeit. Diese ist Mangel an Parteilichkeit, ist Ausflucht, um die 3. Internationale, die SU kritisieren zu können. Unabhängigkeit ist wertlos heute, da es nur das Entweder-Oder gibt.« (Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1983. Bd. II. S. 56). – Siehe auch den Disput über Parteidisziplin, den Hodann, Arzt bei den Interbrigaden in Spanien, im Kreis verwundeter Freiwilliger, zumeist Kommunisten, mit Diaz, dem Beauftragten aus dem Stab von André Marty (Vertreter der Komintern bei den Interbrigaden) führt, der in dem von H. geleiteten Hospital »über jede Abweichung von der korrekten Linie zu wachen« hatte. Es ging um den »Widerspruch zwischen Hodanns Forderung der Aufrichtigkeit, des Infragestellens, der Kritik und der von Diaz betonten Notwendigkeit bedingungsloser Übereinstimmung mit der ausgegebenen Linie«. Hodann: »Du meinst, du könntest die Parteidisziplin einzig mit dem Prinzip von Befehl und Gehorsam aufrechterhalten«, wie es an der Front berechtigt sei; hier aber »muß das Zusammenwirken, das es in einem Kampfabschnitt gab, auf eine andere Art praktiziert werden. Die Verantwortung, die jeder im Felde trug, ist immer noch die gleiche, nur hat sie weniger mit unmittelbarer Anpassung und Einordnung zu tun als mit einer Selbständigkeit, die noch formuliert werden muß.« Als Kommissar habe sich D. des Menschen, nicht des Soldaten anzunehmen, »hast du alles zu tun, um die Initiativkraft, die Erfindungsgaben jedes einzelnen zu fördern«. Es ging Hodann um die »Bedeutung der eigenen Person« in der Partei. »Rief Diaz zu ideologischer Festigkeit auf, so erklärte Hodann,

Die Anforderung der Linientreue – willkürlich gehandhabt entsprechend den aktuellen Vorgaben der jeweiligen Parteiführung – mündete in den geistigen Terror. Parteidisziplin als Pflicht zur Linientreue bedingte schließlich die Gefolgschaft bei Terrormaßnahmen: ob organisatorischer oder geistiger Art in der Partei – oder als Repressionen seitens der Sowjetorgane.

Die bürokratische, autoritäre Disziplin, durchgesetzt von dem im Auftrag der bestimmenden Parteiführer agierenden Apparat, schuf den Mechanismus, der die Deformation kommunistischer Parteien seit Mitte/Ende der zwanziger Jahre bewirkte – und dem kommunistischen Terror freien Lauf ließ.

Neben dieser Art Parteidisziplin kam die Negation der Persönlichkeit in den dreißiger Jahren besonders darin zum Ausdruck, daß in den Parteien der Komintern die »gewöhnlichen« ethischen Normen menschlicher Beziehungen unter Parteimitgliedern zugunsten einer »Parteiethik«

---

daß unsere Loyalität nie Schaden nehmen könne am Anspruch, die Politik, die wir zu unserer eigenen gewählt hatten, auch einem fortwährenden Studium zu unterziehn.« Der Disput kommt nur zögerlich in Gang – aus »Furcht vor einer Anzeige durch den Kommissar«. Das von diesem verfochtene Gebot der bedingungslosen Gefolgschaft wird auch mit dem Argument gestützt, offene Diskussion würde der Bewegung schaden, da der geringste Fehler vom Feind ausnutzbar sei. Darauf entgegnet Münzer, Schriftsetzer aus Norddeutschland: Das würde bedeuten, daß »auch wir davon ausgingen, Verräter in den eigenen Reihen zu haben, doch solches anzuerkennen weigre ich mich, vielmehr wird in der Hemmung, am Disput teilzunehmen, unsre ganze undemokratische Erziehung sichtbar.« Und er dringt zu den psychischen Ursachen der blinden Disziplinbereitschaft vor: »Wir können uns nicht befreien, wenn wir nicht das System, das uns unterdrückt, und die Bedingungen, aus denen das System erwächst, beseitigen. Wie aber soll die Befreiung von uns ausgehen, wie sollen die Umwälzungen vollzogen werden, wenn wir (als kapitalistische Lohnarbeiter – U. P.) immer nur gelernt haben, uns zu fügen, uns unterzuordnen und auf Anweisungen zu warten [...] Daß wir uns zurechtweisen lassen, erniedrigen lassen, das liegt in unserm Wesen [...] Aus unsrer Demut wurde das Ideal der Parteidisziplin, der Parteitreue [...] Alle unsre Bemühungen um Befreiung waren bedingt vom Versuch, die Vorherrschaft der Autoritäten abzuwerfen und endlich dorthin zu gelangen, wo wir selbst zu urteilen und zu bestimmen hatten. Dabei gerieten wir immer wieder vor die von oben, die uns erklärten, wir wüßten nicht, was das Richtige für uns sei und daß deshalb die Führung für uns handeln müsse [...] Unsre Organisationen sind wie Erdschichten, die abgehoben werden müssen, damit wir uns selbst finden können.« Es sei keine Gleichheit vorhanden, immer stoße man auf jemanden, »der uns vorschreibt, was wir zu tun haben«, unaufhörlich würde man reglementiert werden. Alles, was den Mitgliedern vorgesetzt werde, könne noch so richtig sein, und es sei doch falsch, »solange es nicht von uns, von mir selbst kommt« (ebenda. S. 222–228).

verdrängt wurden, die zu einem schändlichen Überwachungs- und Säuberungsmechanismus führte, – und dieser machte schließlich auch vor physischem Terror nicht halt.

»Die Treue zur Partei geht über persönliche Treue« – das wurde zum Grundsatz der kommunistischen Ethik erhoben. Alles Private hatte zurückzutreten gegenüber »der Sache«. Persönliche Freundschaft war bedeutungslos gegenüber dem Interesse »der Partei«. Was/wer »die Partei« war, wem die Treue zu gelten hatte, – das bestimmte die jeweilige Parteibürokratie.

Der Treue-Grundsatz paarte sich mit der Forderung nach »revolutionärer Wachsamkeit« in den Reihen der Partei, was dazu führte, daß an die Stelle des Vertrauens unter Genossen – die unerläßliche Grundlage einer Parteimitgliedschaft in der Arbeiterbewegung – das *Mißtrauen* trat. Es wurde zur eigentlichen zentralen Parteinorm. Mißtraut wurde jedem, der eigenständig dachte, allemal dem, der einmal inhaftiert worden war; verdächtig war jeder, der mit einem von »der Partei« ausgestoßenen Genossen befreundet war oder gar nur mit ihm zu tun hatte.

Aus Mißtrauen und Verdacht erwuchs sehr schnell der Vorwurf des Verrats. Auf dem Verdacht des Verrats bauten aber die Verfolgungsmaßnahmen, sie wurden damit begründet; Verrat war der zentrale Vorwurf. Schon auf ihn gründete sich der (in der Partei) geistige und der (vom NKWD ausgeübte) physische Terror.

Eine menschenfeindliche, weil persönlichkeitsnegierende und auf Mißtrauen fußende, Atmosphäre beherrschte weitgehend die kommunistischen Parteien der dreißiger Jahre. Anstelle der Toleranz regierte die Intoleranz, auch dem Freund gegenüber; anstelle der Hilfsbereitschaft für in Not Geratene trat Versagen der Hilfe, besonders wenn der-/diejenige mit einem politisch »Verdächtigen« befreundet, verwandt oder verheiratet war – die Sippenhaft wurde zur Norm! Denunziation wurde zum Beweis der Zuverlässigkeit eines Parteimitglieds. Dazu kamen Zank und Arglist, Rivalitäten und Machtkämpfe unter den Führern oder im Apparat selbst.[4] Verleumdungen waren an der Tagesordnung. Zu den Mitteln

4 Siehe jüngste Auskünfte – auch namentliche – anhand des erstmals vollständig veröffentlichten Protokolls der »Brüsseler« Konferenz (Oktober 1935) von Wolfgang Kießling: Nachgedachtes zum Brüsseler Protokoll. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (1998)1. S. 97. – Wilhelm Pieck: »[...] Ich habe an vielen Konflikten unserer Parteiführungen teilgenommen [...] Aber ich habe noch nie einen solchen Zustand mitgemacht, wie wir ihn in dieser Führung der Partei haben, wo

des geistigen oder moralischen Zwanges gehörten Gerüchte, Intrigen, Ausschlußdrohungen, Ausschlüsse.

Aus Zeitgründen können diese Aussagen an dieser Stelle nicht anhand konkreter Schicksale von Kommunisten, die Opfer dieser persönlichkeitsfeindlichen Normen der damaligen kommunistischen Parteiethik wurden, belegt werden.[5] Peter Weiss, Arthur Koestler, Babette Gross schildern das unter anderem am »Fall« Willi Münzenberg.

Im Apparat der Komintern wurden handfeste Instrumente geschaffen, die den geistigen Zwang (mit der Parteimoral gleichgesetzt) institutionalisierten. »Nach Lenins Tod, sagte Ström [bei Peter Weiss – U. P.], war das EKKI nur noch eine Instanz, die Verhöre ausübte, Strafen erteilte, Abbitte, Bekenntnisse, Buße verlangte.«[6] Zum Instrument dafür wurden die Internationale Kontrollkommission (IKK) und die Kaderabteilung der Komintern (über beides verfügten auch die angeschlossenen Parteien), die – auf Anforderung – den Organen des NKWD »belastendes« Material zur Verfügung stellten oder entlastendes (mit wenigen Ausnahmen) verweigerten.

Welche geistigen Quellen speisten das Verdrängen der Persönlichkeit aus den Normen des Parteikommunismus? Eine systematische Analyse

---

zwischen Genossen eine solche Gehässigkeit vorhanden ist, daß vielfach es zu der akuten Gefahr von Tätlichkeiten gekommen ist. Und das sogar unter den Schwierigkeiten unserer illegalen Sitzungen im Auslande. Genossen, das ist unmöglich! Wenn man sich nicht gegenseitig traut, wenn man sich gegenseitig beschimpft, wenn man sich mit Fäusten gegenübertritt – wenn das nicht nur vorübergehend auf momentanen Erregungen beruht, sondern wenn das eineinhalb Jahre geht (Zwischenruf Ilekert: System wird!), dann ist es eben nicht mehr möglich zusammenzuarbeiten [...]« (ebenda).

5 Neben der angeführten Studie siehe u. a. Ulla Plener: Richard Ulbricht, ein deutscher Facharbeiter. Hat sich nicht als schuldig bekannt – und wurde erschossen. Vernehmungsprotokolle, Anklageschrift und weitere Dokumente aus dem Archiv des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB). In: Utopie kreativ. Berlin (Mai 1991)9. – Ulla Plener: Auskünfte einer NKWD-Akte über den letzten Weg und Tod deutscher Kommunisten in der Sowjetunion (1936–1939): Willy Leow-Hofmann, Hans Rogalla, Josef Schneider, Paul Scholze, Harry Wilde. In: Ebenda (Januar/Februar 1994)39/40. – Ulla Plener: Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902–1946). Berlin 1996. – Ulla Plener (Hrsg.): Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin. Frankfurt/Oder 1997.

6 Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1983. Bd. II. S. 293.

steht aus, ist vielleicht gar nicht möglich. Hier sollen nur einige solcher Quellen genannt werden (z. T. wurden sie von den damaligen Opfern im Nachhinein angeführt).

Einen allgemeinen Grund nannte Margarete Buber-Neumann. Sie sah ihn in dem nach dem ersten Weltkrieg weit verbreiteten »Drang nach gemeinsamem Handeln«, der für viele »die letzte Konsequenz des gesellschaftlichen Denkens, wie es mit dem Marxismus eingesetzt hatte«, war. »Wir wollten mit den Vorurteilen aufräumen, die unserer Meinung nach die bürgerliche Welt der Vergangenheit so beklemmend eingeengt hatten [...] Wir wollten nicht mehr für uns selber leben, sondern eine Gemeinschaft aufbauen.« Es war, besonders für viele Intellektuelle, »ein ehrlicher Versuch, aus der Isolierung herauszutreten, um die gesamten Lebensäußerungen des Einzelnen zu erhöhen und sich einer Gemeinschaft völlig verbunden zu fühlen«. Dies war evtl. eine der Quellen für die Bereitschaft, die eigene Individualität zurückzustellen. »Im Laufe der Jahre«, schrieb Buber-Neumann weiter, »ist allerdings geradezu dieses gesellschaftliche Denken zu einer unerträglichen Fessel geworden, und gerade im Namen des Marxismus werden die schwersten Verbrechen gegen die Würde und Unabhängigkeit des Einzelmenschen verübt.« Diese Konsequenz ahnten damals nur wenige. »Für uns andere besaß der Satz noch volle Gültigkeit: Nicht was dem Einzelnen, sondern nur was der Gemeinschaft nutzt, ist gut.«[7]

Arthur Koestler faßte diesen Gedanken in dem Satz zusammen: Die Kommunisten hätten »die Idee von der Menschheit über die Idee vom Menschen gesetzt«.[8]

Neben diesem »Gemeinschaftsdenken« – und als Teil davon – war es wohl die in der kommunistischen Bewegung damals verbreitete »Anbetung des Proletariats«, das als Träger der gemeinschaftlichen Idee und Praxis verstanden wurde. Dazu hatte – Kautsky folgend – Lenin beigetragen, der in seinen Reden und Schriften zu einer Zeit, als die kommunistischen Parteien sich konstituierten, »das Proletariat« weitgehend überhöhte, geradezu personifizierte und als ein monolithes Subjekt behandelte, das alles Gute und Fortschrittliche aus der Vergangenheit für

---

7 Margarete Buber-Neumann: Illusion und Wirklichkeit des Kommunismus. In: Faszination des Kommunismus? Bd. II. München 1962. S. 16.

8 Arthur Koestler: Autobiographische Schriften. Bd. I. Frankfurt am Main 1993. S. 477.

die Zukunft verkörpere.[9] Daraus ergab sich für das Verhältnis Klasse – Partei (als Vertreterin der Klasse) – Persönlichkeit, daß der Einzelne sich »der Klasse« (also »der Partei«, und das waren dann die Parteiführung und ihr Apparat) ganz und gar unterzuordnen hatte.

Die Konsequenz für die kommunistische Moral war, daß sie ausschließlich als Klassenmoral definiert wurde. Kommunistische Sittlichkeit, sagte Lenin in seiner Rede über die Aufgaben der kommunistischen Jugendverbände im Oktober 1920, sei voll den Interessen des Proletariats, des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet. »Sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und dem Zusammenschluß aller Werktätigen um das Proletariat dient, das eine neue, die kommunistische Gesellschaft aufbaut.«[10] Moral wurde so auf die Beziehung des Einzelnen zum Ganzen, zur Klasse, beim Kommunisten – zu »der Partei« verkürzt. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen, und dieser einzelne Mensch, wurden damit bedeutungslos.[11]

Moral reduzierte Lenin auf Methode, auf »Erziehung zum Kommunismus«. Das Individuum, die Persönlichkeit trat zurück, wenn er sich mit Problemen der Moral auseinandersetzte. So z. B. wenn er an Inessa Armand 1915 schrieb, Moral, individuelle menschliche Gefühle/Beziehungen könnten in einer politischen Broschüre nur als »klassenmäßige Typen« behandelt werden; dagegen müßte man einzelne individuelle Fälle

---

9 Kennzeichnend für Lenin waren z. B. die Worte, an die sich Clara Zetkin aus einem Gespräch mit ihm über Moral und Liebe erinnerte: »Das Proletariat ist eine aufstrebende Klasse. Es braucht nicht den Rausch zur Betäubung oder als Stimulus – sowenig den Rausch sexueller Übersteigerung wie den Rausch durch Alkohol. Es darf und will nicht sich vergessen, nicht vergessen die Abscheulichkeit, den Schmutz, die Barbarei des Kapitalismus. Es empfängt die stärksten Antriebe zum Kampf aus seiner Klassenlage, aus dem kommunistischen Ideal! Es braucht Klarheit, Klarheit und nochmals Klarheit! Deshalb, ich wiederhole es, keine Schwächung, Vergeudung, Verwüstung von Kräften. Selbstbeherrschung, Selbstdisziplin ist nicht Sklaverei, auch nicht in der Liebe.« (Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin 1924/1925. In: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. III. Berlin 1960. S. 142). – Ähnlich beschrieb »den Proletarier« zwei Jahrzehnte früher (1903) Karl Kautsky, und Lenin zitierte ihn damals (1904) ausführlich (siehe W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 7. S. 325f.).

10 W. I. Lenin: Die Aufgaben der kommunistischen Jugendverbände. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 283.

11 Arthur Koestler: »ich war ein Teil der Partei, so wie meine Hände und meine Eingeweide ein Teil von mir selber waren. Es war keine Beziehung; es war Identität.« (Arthur Koestler: Autobiographische Schriften. Bd. I. Frankfurt am Main 1993. S. 361).

»in einem Roman behandeln (denn hierbei bilden den Ausgangspunkt die *individuellen* Umstände, die Analyse der *Charaktere* und der seelischen Verfassung der *betreffenden* Typen)«.[12]

Diese Position Lenins ging wiederum auf Kautsky zurück, der im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in vielen Punkten sein Lehrmeister war. Das Individuum, die Persönlichkeit waren bei Kautsky auf der Strecke geblieben, als er sich mit dem Kantschen kategorischen Imperativ auseinandersetzte.[13] Den wissenschaftlichen Sozialismus reduzierte Kautsky auf die ökonomische Begründung des Sozialismus.

Vielleicht rührte auch aus dieser Verkürzung des Sittlichen auf das Klassenmäßige her, daß sich im Bewußtsein vieler Kommunisten der Satz aus dem Kommunistischen Manifest, die Kommunisten strebten anstelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation an, »worin die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« zu der Auffassung verkehrte, die »freie Entwicklung aller« sei die Bedingung für »die freie Entwicklung eines jeden«.

Die Reduktion des Moralischen auf das »dem Proletariat« Nützliche ließ die Parteiethik schließlich zum (selbst auferlegten oder von »der Partei« abgeforderten) Zwang verkommen.

Die »Anbetung des Proletariats« hatte eine weitere negative Konsequenz im Parteikommunismus der dreißiger Jahre: Die soziale Abstammung wurde zum Kriterium für politische Zuverlässigkeit. Wer selbst Arbeiter war und aus einer Arbeiterfamilie stammte, war automatisch vertrauenswürdiger als jemand, der Angestellter oder gar Intellektueller war oder aus einem entsprechenden Elternhaus bzw. Milieu kam. Nicht zuletzt hieraus rührte das verächtliche Verhalten gegenüber der Intelligenz insgesamt, das oft in Intelligenzfeindlichkeit ausartete, das geistige Leben in der Partei zusätzlich verkümmern ließ – und den innerparteilichen Zwang stützte.

Solche Auffassungen verbanden sich mit der »substitutionistischen Konzeption des Aufbaus des Sozialismus – und der sozialistischen/kommunistischen Politik im allgemeinen« (Ernest Mandel). Nach dieser Konzeption habe die Partei *anstelle* der wirklich existierenden Arbeiterklasse zu regieren (wegen deren – in der Masse – mangelnden Bewußtseins

12 W. I. Lenin an Inès Armand, 24. Januar 1915. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 35. S. 159 (Hervorhebungen im Original).

13 Siehe Karl Kautsky: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Berlin, Bonn 1980.

oder Deklassierung oder warum auch immer). Dann sind, so Mandel, der Apparat der Partei bzw. ihre Führung bzw. ihre »unfehlbaren Führer« die entscheidenden Instrumente, um die Gesellschaft zu verändern. Und das nährt »eine vertikalistische, etatistische, paternalistische und autoritäre Konzeption der Macht«.[14]

Die Stellvertreterposition in Verbindung mit dem Anspruch »der Partei« (also ihrer Führer, ihres Apparats), »im Auftrag der Geschichte« zu handeln – und das auf der Basis der Moral der »Nützlichkeit für die Sache« – ließ im Umgang »der Partei« mit den Mitgliedern das Mitglied als eigenständige Persönlichkeit verschwinden – es wurde zum auswechselbaren »Schräubchen«.

Es waren wohl auch »die theoretischen Gewißheiten des Marxismus« (seit Mitte/Ende der zwanziger Jahre stalinistisch interpretiert und dogmatisiert), die zu starren Positionen der Parteien der Komintern und damit zu Fehlinterpretationen der Wirklichkeit, der politischen Kräfte, der Stimmungen in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung führten – und auf die Situation und die Atmosphäre in diesen Parteien selbst zurückschlugen: Die dadurch bewirkte geistige Unbeweglichkeit mündete unter der Flagge der geforderten Linientreue in den geistigen Terror, der schließlich ein physischer wurde.

Als solche »Gewißheiten« wurden von Zeitzeugen u. a. der starre Wirtschaftsdeterminismus, der dogmatisch gefaßte Klassengegensatz, das Schwören auf die Enteignung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln genannt. Die Überzeugung von der Wissenschaftlichkeit und Richtigkeit der einmal gewonnenen, vielfach zu Unrecht auf Marx zurückgeführten, Erkenntnisse und die damit verbundene Siegesgewißheit (die – von Kommunisten übernommene kautskyanische – »Naturnotwendigkeit des Sozialismus«) förderten »ein Gefühl ungeheurer Überlegenheit gegenüber Nichtkommunisten«[15] und mündeten in Unduldsamkeit und Verachtung, Arroganz und Aggressivität gegenüber Andersdenkenden, außerhalb der Partei genauso wie in den eigenen Reihen.

Eine geistige Grundlage für Aggressivität und Gewaltbereitschaft war wohl auch der Widerspruch zwischen der »prometheischen *Vision*« der menschlichen Emanzipation und dem destruktiven, auf gewaltsame Zer-

---

14 Ernest Mandel: Oktober 1917. Staatsstreich oder soziale Revolution? Zur Verteidigung der Oktoberrevolution. Köln 1992. S. 73.

15 Margarete Buber-Neumann: Illusion und Wirklichkeit des Kommunismus. In: Faszination des Kommunismus? Bd. II. München 1962. S. 20.

störung gerichteten *Haß* gegen die bestehende kapitalistische Ordnung – den »beiden Polen des kommunistischen Glaubens«.[16] Dabei wurde in den Führungsetagen des kommunistischen Apparats Gewalt auf physische Gewalt reduziert und nicht – wie von Marx und auch von Lenin – in erster Linie als sozialer Zwang (durch Massenaktionen, gesetzliche Mittel, öffentliche Meinung u. a.) verstanden.

Wenn von geistigen Quellen für die Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus die Rede ist, sollten (nicht um sie zu entschuldigen, sondern auf der Suche nach Erklärungen) die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise im allgemeinen und die menschenfeindlichen Zeitumstände dieses 20. Jahrhunderts im besonderen in Erinnerung gerufen werden, die auf die Normen des Parteilebens und der Parteiethik einwirkten. Um nur einige zu nennen:

Die Zeit war von Konfrontationen verschiedenster Art geprägt. Diese kulminierten im Weltkrieg 1914–1918 und seinen Folgen, dem millionenfachen Tod, Hunger, massenhafter materieller und geistiger Verelendung. Die nackte physische Gewalt des Krieges (auch des nachfolgenden Bürgerkrieges in Rußland, in Ansätzen auch in Deutschland) wurde zum sozialen, politischen und geistigen Grunderlebnis der Generation, die, dem »gemeinschaftlichen Denken« zugewandt, wenige Jahre darauf Funktionen in den neu gegründeten kommunistischen Parteien bzw. im Sowjetstaat übernommen hat. Der Gewalt »des Kapitals« und seiner Regierungen (auch einer sozialdemokratischen 1919 in Deutschland) sollte nunmehr die Gewalt »des Proletariats« entgegengesetzt werden.

Die Bedingungen nach dem Weltkrieg stärkten das Grunderlebnis der Gewalt: Sie wurden sozialökonomisch zunächst von den Folgen des Krieges, dann von der kapitalistischen Rationalisierung und schließlich von der großen Wirtschaftskrise bestimmt, politisch – jedenfalls in Deutschland – von den Halbheiten staatlicher Institutionen, die so vieles aus dem Kaiserreich in die Weimarer Republik hinübergerettet hatten, geprägt. Die Folge waren erschütterndes soziales Elend in Arbeiterfamilien, staatlich praktizierte Gewalt und Diskriminierungen. Peter Weiss über einen schwedischen Kommunisten: »Er brauchte sich, Neunzehnhundert Dreißig, nicht zu fragen, wie er zum Kommunisten geworden war, eine einzige Folgerichtigkeit hatte ihn in die Partei geführt, eine unaufhörliche Erfahrung des Gegensatzes zwischen Starken und Schwa-

16 Arthur Koestler: Autobiographische Schriften. Bd. I. Frankfurt am Main 1993. S. 343.

chen, Machthabern und Ausgebeuteten, ein unartikulierter Trieb zuerst, dann ein bewußter Wille, sich gegen das Unrecht zur Wehr zu setzen.«[17]

Eine (allgemeinhistorische) Grundlage für das Zurückdrängen der Individualität in der Arbeiterbewegung (nicht nur in ihrem kommunistischen Teil) ist wohl die widersprüchliche Lage des Lohnarbeitenden in der kapitalistischen – bürgerlichen – Gesellschaft: Seine ihm als Bürger zustehenden politischen Rechte mußte er sich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert erst noch erkämpfen, was ohne eigene Organisation als Machtmittel dafür nicht möglich war. Aber die Organisation wirkte zugleich nivellierend auf die Entfaltung der freien Individualität – in den kommunistischen Parteien der dreißiger Jahre auf die Spitze getrieben aufgrund des persönlichkeitsnegierenden Disziplinverständnisses und der entsprechenden Parteiethik.[18]

Die Wurzel des hierarchischen Denkens »nach Oben« (Peter Weiss), der »vertikalistischen Konzeption der Macht« (Ernest Mandel) ist wohl nicht zuletzt in den allgemeinen Bedingungen der produktionstechnischen und politischen (der Staats-) Organisation, wie sie sich mit der kapitalistischen Produktionsweise herausgebildet hatte (und die heute immer noch bestimmend ist), zu suchen.

Einige – sozialpsychische und psychische – Ursachen dafür, daß sich bei Kommunisten die Disziplin des Zwanges durchsetzen konnte, benennt Peter Weiss im Disput der Interbrigadler in Spanien über Parteidisziplin, darunter nicht zuletzt: die »ganze undemokratische Erziehung« als kapitalistische Lohnarbeiter, die wir »immer nur gelernt haben, uns zu fügen, uns unterzuordnen und auf Anweisungen zu warten [...] Aus unserer Demut wurde das Ideal der Parteidisziplin, der Parteitreue [...]«[19]

Die persönlichkeitsnegierenden Gepflogenheiten des Parteikommunismus sollten wir nicht der vermeintlichen »Fehlkonstruktion des marxistischen Menschenbildes«, also nicht Marx und Engels, auch nicht Lenin, anlasten. Bei allen drei Genannten lassen sich genügend »Beleg-

17 Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1983. Bd. II. S. 98.

18 Zur Problematik Arbeiterbewegung/Individuum siehe Bernd Florath: Individualität des Citoyen und Arbeiterbewegung. In: Vielfalt marxistischen Denkens. Vortragsreihe der Hellen Panke e. V. Berlin 1995. S. 61f.

19 Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1983. Bd. II. S. 227. Die Bedeutung der Demut, mit anderen Sprachen verglichen, schließt ein: Ergebenheit, Unterwürfigkeit, auch: Erniedrigung; verbal: unterwerfen, bändigen, bezähmen, gefügig machen, auch: in Zwangsjacke stecken.

stellen« finden, wo sie die Rolle des Individuums, der Persönlichkeit (auch ihrer Psyche und Gefühlswelt) als Faktor in der Geschichte gebührend erläutern. »Krasse Vereinseitigungen und Beschneidungen individueller Freiheiten, eine unzulässig verabsolutierte Behandlung des Menschen nach klassenmäßigen Zuordnungen«[20] sind nicht deren Theorie immanent. Sie wurden von Interpreten späterer Generationen vorgenommen und dogmatisiert – auf die Spitze getrieben von Stalin und anderen Führungskräften der KPdSU und der Komintern. Auch an dieser Stelle sei gesagt: Jede Generation von Kommunisten/Sozialisten ist für die Analyse der Situation ihrer Zeit und die theoretischen, politischen, organisatorischen Schlußfolgerungen daraus selbst verantwortlich. Die Ursachen für unsere Unzulänglichkeiten, Mißerfolge und Scheitern sollten wir nicht den »Klassikern« anlasten, sie müssen in unserem eigenen Denken und Tun (oder Nichttun) gesucht werden.

20 Siehe u. a. Gerhard Hoyer: Weimar: Marx und ein Mythos. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 14./15. März 1998. – Siehe auch Beitrag von Steffen Dietzsch in diesem Band. Zum letzteren nebenbei: Es ist wohl eher absurd als aufklärend, das gewaltsame Vorgehen der Bolschewiki nach 1917 auf einen einzigen Satz von Marx (der zudem einen zutiefst humanistischen Inhalt hat) zurückzuführen ...

BERNHARD H. BAYERLEIN

Weltüberwachung statt Weltrevolution. Zum Verhältnis von Terror und Rationalität in der Geschichte der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre

ZUR EINFÜHRUNG. DIE TERRORFRAGE ALS ELEMENT DER STALINISMUSFORSCHUNG

Im Jahre 1937 erreichte der Terror in der Sowjetunion einen Höhepunkt Die Jeshowschtschina, genannt nach Stalins »Bluthund« Jeshow an der Spitze des NKWD, griff nach der Organisierung des Zweiten Moskauer Prozesses gegen Radek, Pjatakow u. a. und der physischen Liquidierung eines Gutteils der alten Bolschewiki auf die gesamte sowjetische Gesellschaft über. Einer der denkwürdigsten Zeitabschnitte des Jahrhunderts zeigte, was in Europa möglich war, bevor sich im Zweiten Weltkrieg die Nacht vollends über den Kontinent senkte. Doch der Terror betraf nicht nur russische und sowjetische Strukturen.

Auch die Komintern war mehr als nur marginal von den »großen Säuberungen« betroffen, was nicht unbedingt eine neue Erkenntnis ist.[1] Der Terror ist keineswegs eine neue Entdeckung der Historiker, er wurde bereits lange vor der archivöffnenden Jahrhundertwende als Strukturelement des Stalinismus analysiert, wie die Arbeiten von Conquest, Lazitch, Broué, Lewytzki u. a. m. belegen. Neu und äußerst hilfreich ist nun die Darlegung konkreten empirischen Materials, die besonders von

---

1 Siehe als aktuellen Literaturbericht mit interessanten methodologischen Vorschlägen Brigitte Studer/Berthold Unfried: At the Beginning of History. Visions of the Comintern after the Opening of the Archives. In: Review of Social History. Vol. 42. xxxxxx 1991. S. 419-446. – Die ausführlichste und auf den neuesten Forschungsstand eingehende Geschichte der Komintern siehe Pierre Broué: Histoire de l'Internationale Communiste 1919-1943. Paris 1997 (im weiteren Pierre Broué: Histoire de l'Internationale Communiste ...).

russischen,[2] französischen und deutschen Historikern vorangetrieben wird.[3] Ein wirkliches Problem kann heute allerdings darin gesehen werden, daß die Entsprechung Stalinismus = Terror entweder als alleiniges oder wichtigstes Strukturelement realsozialistischer Gesellschaften gesehen[4] oder auch als vollkommen neue Entdeckung betrachtet wird. Auch besteht die Gefahr, daß solches genauso bereitwillig von der wissenschaftlich und journalistisch veröffentlichten Meinung als neuer Grundkonsens akzeptiert wird, wie es nur allzu häufig vor der »Wende« als unwissenschaftlich zurückgewiesen wurde.

Was die Terrormaßnahmen gegen die Komintern in den dreißiger Jahren angeht, hat nach ersten bahnbrechenden Arbeiten des Petersburger Historikers Boris Starkow und seines französischen Kollegen Pierre Broué die Forschung in der Zwischenzeit eine Reihe weiterer konkreter Ergebnisse geliefert.[5] Broué untersuchte das Drehbuch des Terrors; er stieß dabei auf Planungen für die Bildung eines Blocks der Oppositionen in der Sowjetunion in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre und lenkte die Aufmerksamkeit auf zwar diffuse, gleichwohl reelle Profilierungen diverser parteioffizieller Strömungen (deutsche »Versöhnler«, »Neumann-Remmele-Gruppe« mit ihren Verbindungen zu polnischen und russischen

---

2 Ohne Vollständigkeit zu erreichen, seien hier die Namen von Roginski, Jakowlew, Ochotin, Chlewnjuk, Firsow, Rogowin, Watlin, Adibekow, Lebedewa und Narinski genannt.

3 Was die deutsche Emigration angeht siehe hierzu die Arbeiten von Reinhard Müller und Carola Tischler. Beispielsweise veranschaulicht die von Reinhard Müller publizierte Parteiversammlung der deutschen Schriftsteller in Moskau aus dem Bestand der Agit-Propabteilung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI), daß bereits für die Periode vor dem Ersten Moskauer Prozeß alle Merkmale der totalitären Vernichtungspolitik Andersdenkender vorhanden waren. Siehe Reinhard Müller (Hrsg.): Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf u. a. Die Säuberung. Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinbek bei Hamburg 1991. – Siehe auch Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945. Münster 1996.

4 Siehe als besonders spektakuläres Beispiel Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné/Andrzej Pazkowski/Karel Bartosek/Jean-Louis Margolin unter Mitarbeit von Rémi Kauffer/Pierre Rigoulot/Pascal Fontaine/Yves Santamaria/Sylvain Boulouque/Joachim Gauck/Ehrhart Neubert: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel »Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR« von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert. Aus dem Französischen von Irmela Arnsperger/Bertold Galli/Enrico Heinemann u. a. München, Zürich 1998.

5 Hier sind auch die Arbeiten Brigitte Studers, Berthold Unfrieds, Aleksandr Watlins, Leonid Babitschenkos, Natalija Lebedewas und Kevin McDermotts zu nennen.

Kommunisten – Lenski, Madjar, Knorin, Lominadse u. a.). Wie es sich nun deutlicher herauszuschälen beginnt, war das Stalin-Jeshowsche Drehbuch nicht ausschließlich ein Phantasieprodukt.[6]

Starkow untersuchte das Schicksal des 1937 verhafteten und erschossenen Komintern-Sekretärs Pjatnizki. Er stieß dabei auf laufende Vorbereitungen eines Vierten Moskauer Prozesses gegen den sogenannten »Antikominternblock«, eines Monsterprozesses gegen die Komintern. Noch nicht völlig klären konnte er die Frage nach den zentralen Steuerungsmechanismen dieser Kampagne, vieles weist jedoch auf den unmittelbaren Einfluß des Generalsekretärs bzw. seines Sekretariats hin, wie es auch die deutschsprachige Forschung empirisch nachzuweisen beginnt. Hier sei auf die Arbeiten des Bucharin-Spezialisten Wladislaw Hedeler hingewiesen, sowie die Reinhard Müllers, der bisher unzugängliches und außerordentlich wichtiges Quellenmaterial in großem Umfang sichten, die Interventionen und Befehle des NKWD rekonstruieren und ihre Auswirkungen besonders auf die deutsche Emigration in der Sowjetunion untersuchen konnte. Auch die Forschungen zum Anti-Kominternblock hat er weitergeführt.[7] Neben den genannten haben Leonid Babitschenko, Aleksandr Watlin und natürlich Fridrich Firsow substantielle Beiträge zur Periodisierung der Repressionsschübe sowie zur zentralisierten Steuerungspraxis erbracht.[8]

---

6 Siehe Pierre Broué: Trotsky et le Bloc des oppositions de 1932. In: Cahiers Léon Trotsky. Grenoble (1980)5. S. 5–37. – Pierre Broué: Histoire de l'Internationale Communiste ... Besonders S. 711ff.

7 Siehe hierzu Wladislaw Hedeler: Publikationen über die Schauprozesse der Jahre 1936, 1937 und 1938. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. Köln IV/V(1997/1998)9–13 (derzeit in Drucklegung). – Wladislaw Hedeler: Jeshows Szenario. Der Moskauer Schauprozeß 1938. In: Mittelweg 36. Hamburg 38(1998)2. S. 61–75. – Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks«. Ein vierter Moskauer Schauprozeß. In: Jahrbücher für historische Kommunismusforschung. Berlin 1996 (im weiteren Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ...). S. 187–214. – Reinhard Müller (Hrsg.): »Wir kommen alle dran«. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion. In: Mittelweg 36. Hamburg 36(1997)6. S. 20–45.

8 Siehe Leonid Babitschenko: Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. Köln II(1994/1995)5/6 (im weiteren Leonid Babitschenko: Die Moskvin-Kommission ...). S. 35–39. – Aleksandr Vatlin: In: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn, München,

Neue Dokumente aus sowjetischen Archiven belegen nun deutlicher, daß Stalin vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Repressionswelle gegen internationale Kommunisten auslöste, sie als Spione verfolgen und blutige Säuberungen auch in den Kominternschulen durchführen ließ.[9] Für die historische Kommunismusforschung insgesamt gilt, daß, intensiver als die Frage nach Ablauf und Mechanismen der Repressionswellen, die bereits Historiker wie Conquest, Tucker und Broué beschäftigten,[10] heute die Frage nach Tätern und Opfern und das Ausmaß der Verstrikkungen diskutiert werden. Allerdings ist gerade diese Frage nur sehr schwer zu beantworten.[11] Die für den Repressionsprozeß zentralen sowjetischen und Kominternorgane waren bis heute unter dieser Fragestellung noch nicht Gegenstand einer systematischen wissenschaftlichen Untersuchung. Auch aufgrund der wieder restriktiveren Archivpraxis muß bei einer Abwägung der personellen Verstrickungen augenblicklich noch große Behutsamkeit und Geduld bewiesen werden. Dringend erforderlich ist hingegen die Analyse des politisch-organisatorischen Umfelds, der sowjetischen und der Kominternstrukturen und ihrer Zuordnung zum gesamten Repressionssystem, in denen nicht nur deutsche Funktionäre wie Pieck, Ulbricht oder auch Wehner tätig waren. Darüber hinaus erweist sich eine historisch-philologische Analyse der juristischen, polizeilichen und politischen Legitimationsschriften (Gerichtsakten, Verhörprotokolle, Anklageschriften usw.) als äußerst sinnvoll. Denn so kann die offizielle, sozusagen systemeigene Konstruktion des Terrorgeflechts rekonstruiert und mit dem bisher bekannten empirischen Material über diese Ereignisse konfrontiert werden.

So sollen im folgenden Beitrag bisherige Versuche vertieft werden, am Beispiel eines organisatorischen Segments der Komintern sowohl die

---

Wien, Zürich 1998. – Fridrich Igorowitsch Firsow: Mechanism of power realization in the Comintern. In: Centenaire Jules Humbert-Droz. Colloque sur l'Internationale Communiste. La Chaux-de-Fonds 1992. S. 449–466.

9 Siehe Leonid Georgiewitsch Babitschenko: Die Kaderschulung der Komintern. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung. Berlin 1993. S. 37–59.

10 Siehe Robert Conquest: The Great Terror. Stalin's purge of the thirties. Revised Edition. Londres, Basingstoke 1973. – Robert Tucker: Stalin in Power. The Revolution From Above 1928–1941. London, New York [u. a.] 1990. – Pierre Broué: Histoire de l'Internationale Communiste ...

11 Siehe hierzu besonders die Arbeiten von Berthold Unfried und Reinhard Müller. – Berthold Unfried: Lebenserinnerungen aus der Welt des Stalinismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. (1992)3. S. 343–360.

Veränderungen des politisch-organisatorischen Umfelds im Säuberungsprozeß als auch einige der offiziell herangezogenen Konstrukte und Legitimationsketten zu analysieren, um – trotz der noch unbefriedigenden Archivlage – zu verifizierbaren Hypothesen zu gelangen.[12]

Als »Nervenzentrum« der Komintern für die Herstellung und Sicherung der (zumeist konspirativen) Verbindungen mit den Kommunistischen Parteien sowie innerhalb des Apparates des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) zuständig war die Abteilung für Internationale Verbindungen (Otdel meždunarodnoj svjazi; die russische Abkürzung OMS ist allgemein gebräuchlich). Der Verbindungsabteilung oblag die Versorgung der kommunistischen Parteien mit Presse, Dokumenten und Instruktionen, die Sicherstellung der Finanzierung u. a., die Kommunikation und der Nachrichtendienst und schließlich der Transport von Menschen, Gütern und Informationen zu Land, zu Wasser und per Funk. Hierzu gehörten Entwicklungen von Codes, Chiffrierungen und Dechiffrierungen, der Versand von Informationen, Dokumenten, Direktiven und Geld sowie die Versetzung von Kominterfunktionären von Land zu Land, die Herstellung und Fälschung aller Art von Dokumenten, Pässen und Chiffren. Über alle Erdteile verstreute Vorposten der OMS waren die sogenannten Verbindungspunkte. Die Eliteabteilung der Komintern okkupierte das gesamte oberste Stockwerk der in der Mochowaja gelegenen Moskauer Kominternzentrale. Nach dem VII. Weltkongreß 1935 als Verbindungsdienst des Sekretariats des EKKI reorganisiert (Služba svjazi, SS), wurde die OMS/SS zu einer Hauptzielscheibe des Terrors. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges erfolgte die Ausgliederung des versorgungswirtschaftlichen Teils des Verbindungsdienstes (und des EKKI-Sekretariats?) als Institut Nr. 301, geheime Sender und chiffrierte Telegramme waren die Hauptkommunikationsinstrumente während des Zweiten Weltkriegs. Traditionell war der Verbindungsdienst ein Verbindungsknoten der Komintern zu den russischen zivilen und militärischen Nachrichtendiensten, der Staatlichen Politischen Verwaltung (Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie, GPU) bzw. NKWD und der Nachrichtendienstlichen Hauptverwaltung des Generalstabs (Glavnoe Razvedyvatel'noe Upravlenie, GRU).

---

12 Siehe hierzu insbesondere die Arbeit von Peter Huber: Kontroll- und Repressionsmechanismen in der Zentrale der Kommunistischen Internationale. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin XXX(1994)1. S. 1–28.

Die Frage nach einer dem Terror zugrunde liegenden Rationalität hat in der Forschung bisher zu divergierenden Antworten geführt. Handelte es sich um »Kriegsmaßnahmen der Stalinschen Hierarchie« zur eigenen Machtabsicherung (Wollenberg), um ein primär sozialgeschichtlich zu untersuchendes Phänomen der Terrorisierung der gesamten Gesellschaft, oder, wie im Fall der Komintern, um ein recht undurchdringliches Geflecht des Terrors.[13] Noch vor der Teilöffnung des Kominternarchivs wurden herkömmliche Erklärungsmuster für die »Säuberungen« in Zweifel gezogen. So verwarf die Denkschule um Getty und Rittersporn die auf Stalin zentrierten Beweggründe für den Terror; sie diagnostizierten eine chaotisch funktionierende Partei, deren Zentrum in Moskau die Kontrolle über die Peripherie bereits zu Beginn der dreißiger Jahre entglitten sei.[14] Dieser Ansatz vermag der Interpretation des Terrors in der sowjetischen Gesellschaft neue Perspektiven zu eröffnen. Für die Analyse der Repressionsmechanismen in der Kominternzentrale in Moskau ist er jedoch kaum anwendbar. Der Kominternapparat, in dem einige hundert Kommunisten zumeist ausländischer Herkunft in den Abteilungen der Komintern, Verlagen und Schulen arbeiteten, war relativ übersichtlich und schuf bei der Weitergabe der Anleitungen von oben kaum Transmissionsprobleme. Der Handlungsspielraum eines unteren Entscheidungsträgers in der Kominternzentrale war viel enger und vor allem leichter kontrollierbar als jener eines sowjetischen Parteisekretärs auf dem Lande.

Autoren wie Conquest und besonders Broué sehen die Schauprozesse und die »Säuberungen« im Kominternapparat hingegen als Präventivschlag Stalins gegen parteiinterne Gruppierungen, die trotz offizieller Lobgesänge auf den Parteiführer mit dem Gedanken von dessen Abset-

---

13 Siehe hierzu Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? Ein erster Einblick in Mechanismen und Strukturen von Komintern und KPdSU im Kontext des stalinistischen Terrors anhand der Bestände im Moskauer Komintern-Archiv. In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Berlin 1993 (im weiteren Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? ...). S. 103–124.

14 Siehe J. Getty: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938. Cambridge 1985. – G. T. Rittersporn: Simplifications stalinienes et complications soviétiques. Tensions sociales et conflits politiques en URSS 1933–1953. Paris 1988. – In ähnliche Richtung zielt auch Roberta T. Manning: Government in the Soviet Countryside in the Stalinist Thirties: the Case of Belyi Raion in 1937. Pittsburgh 1985.

zung und Rückkehr zu einem anderen innerparteilichen Regime spielten. Die Aufdeckung und Zerschlagung des »Oppositionsblocks« um M. N. Rjutin im Jahr 1932 habe den Kreis um Stalin in Panik versetzt und darin bestärkt, daß die reumütigen ehemaligen Parteioppositionellen aus den Jahren 1925 bis 1929 lediglich auf eine Gelegenheit warteten, um ihre oppositionelle Tätigkeit fortzusetzen bzw. ihn von der Macht zu verdrängen. Quellen in westlichen Archiven (Harvard, Stanford) und in Moskau bestätigen die Bedeutung der frühen dreißiger Jahre als Ausgangspunkt des Terrors.[15] Während Teile der Forschung dahin tendieren, in der Konstruktion des Anti-Komintern-blocks ausschließlich fiktive Elemente zu erkennen, die in erster Linie die Verbindungen zu den Anklagen vor den drei Moskauer Prozessen herstellen sollten, ist es vorstellbar, daß künftige Arbeitsergebnisse nichtsdestoweniger mit konkreten Belegen diverser Blockbildungen in der Komintern aufwarten werden.[16] Auch im Falle der Komintern konnte der Terror als Strukturelement in der Zwischenzeit auch empirisch unterlegt werden, beispielsweise anhand von Kaderakten.[17] Doch systematischere, über Täter-Opfer-Verhältnisse hinausgehende international-vergleichende Untersuchungen des Rationalitätsproblems waren bisher seltener. In welcher Form wurde nun der Verbindungsdienst der Komintern in den Strudel des Terrors hineingezogen?

DAS NERVENZENTRUM DER KOMINTERN ALS ZIELSCHEIBE DES TERRORS

In den dreißiger Jahren wurden die Kontakte des Verbindungsdienstes mit dem NKWD immer enger. Regelmäßig wurden Informationen über Ausländer und sowjetische Bürger ausgetauscht, die der »Unzuverlässigkeit«, »Doppelzüngigkeit«, »Klassenfeindschaft« und anderer Vergehen verdächtigt wurden. Bereits Anfang der dreißiger Jahre führte die Internationale Kontrollkommission der Komintern (IKK) die Tatbestände der

15 Pierre Broué: Trotsky. Paris 1988. S. 707–712. – Robert Conquest: The Great Terror. A Reassessment. New York 1990. S. 23–27. – Näheres zum Interpretationsansatz von Broué in: Pierre Broué: Rolle und Funktion von Säuberungen im Rahmen des kommunistischen Herrschaftssystems. In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Berlin 1993. S. 538–546.

16 Siehe beispielsweise die Interpretation bei Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ... Besonders S. 188ff.

17 Siehe hierzu besonders die Arbeiten von Peter Huber und Reinhard Müller.

»Provokation« und des »Verrats« ein, mittels derer es in einigen kommunistischen Parteien angeblichen »Agenten der Geheimpolizei« gelungen sei, teilweise sogar bis in die Parteiführungen vorzudringen.[18]

Die Verbindungen zwischen OMS und NKWD waren dabei auch instrumenteller Natur. Der Verbindungsdienst nutzte auch den Feldjägerdienst und andere Spezialdienste des NKWD und umgekehrt.[19] Doch seit Mitte der dreißiger Jahre wurde der Personalbestand des Verbindungsdienstes des EKKI systematisch mit Mitarbeitern des NKWD aufgefüllt. So forderte z. B. der langjährige Leiter der OMS und Pjatnizki-Adlatus Abramow bereits 1935 den Leiter der NKWD-Verwaltung Ufa, I. P. Kosakow, zur Arbeit in der OMS an.

Dramatische Ereignisse signalisierte Manuilski, der am 1. Oktober 1937 Malenkow eine Liste von vakanten Stellen im EKKI mitteilte, darunter auch – Abramow war wohl gerade erschossen worden – die eines »Leiters der OMS« und eines Leiters der Kaderabteilung des EKKI. Die entsprechenden Leiter und politischen Verantwortlichen, der Pole Krajewski, der Russe Tschernomordik und der Armenier Alichanow wurden allesamt 1937 umgebracht. Am besten wären diese Stellen – so empfahl Manuilski – mit Mitarbeitern des NKWD zu besetzen. Weitere vakante Stellen seien der Geschäftsführer des Apparates des EKKI (für einen »Mitarbeiter vom Typ des Geschäftsführers des ZK«), sieben politische Adjutanten für die Sekretäre des EKKI, fünf politische Referenten in der Presse- und Agitationsabteilung sowie in der Redaktion der »Kommunistischen Internationale« (für den »Typ eines Redakteurs einer Gebietszeitung«), acht Stellen in der Kaderabteilung (für den »Typ eines Sekretärs eines Kreis[partei]komitees«) u. a. m.[20]

Der internationale Verbindungsdienst war zu einer wichtigen Zielscheibe des Terrors geworden. Huber spricht sogar von der am stärk-

---

18 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Vorzeichen des Terrors und der Moskauer Prozesse. Die Internationale Kontroll-Kommission, die Disziplinierung und Kriminalisierung der Komintern und des internationalen Kommunismus. Eine Vorstudie. In: Centenaire Jules Humbert-Droz. Colloque sur l'Internationale Communiste. La Chaux-de-Fonds 1992. S. 531–556.

19 Siehe G. M. Adibekov/È. N. Šachnazarova/K. K. Širinja: Organizacionnaja struktura Kominterna, 1919–1943. Moskau 1997. S. 200.

20 Siehe Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii. Moskau (im weiteren RCChIDNI). Fonds 495. Opis 73. Delo 58. Blatt 20–22 (zit. in G. M. Adibekov/È. N. Šachnazarova/K. K. Širinja: Organizacionnaja struktura Kominterna, 1919–1943. Moskau 1997. S. 246, Fußnote 32).

sten betroffenen Abteilung der Komintern.[21] In der Tat wurden ihre Leiter und die politisch verantwortlichen Sekretäre – Abramow-Mirow, Melnikow, Grolman, Pjatnizki und Trilisser (Ps.: Moskwin) – verhaftet und von den Organen des NKWD erschossen. Noch höher lag die Anzahl der Opfer der Stalinschen Unterdrückungspolitik unter den KP-Funktionären, die auf verantwortlichen Posten in der OMS eingesetzt waren. Manuilskis Äußerungen sind wohl nicht unbedingt dem ihm eigenen Zynismus zuzuschreiben; er betrieb konsequent und zuerst die Russifizierung des Apparats. Doch die Verbindungsabteilung der Komintern wurde auf eine spezifische Art russifiziert. Sie wurde weitgehend komplett durch NKWD-Personal übernommen. Über die konkreten Auswirkungen läßt sich an dieser Stelle nur spekulieren. Der Verbindungsdienst der Komintern wurde zu einem Zeitpunkt regelrecht enthauptet und in ein Instrument der sowjetischen politischen Polizei transformiert, als die nicht zuletzt über seine Kanäle laufende Hilfe für Spanien zu einer Existenzfrage der spanischen Republik wurde.

Zu den Opfern gehörten ebenfalls die auf Außenposten oder im Moskauer Apparat eingesetzten nichtrussischen Mitarbeiter der OMS, wie die Schweizerin Lydia Düby (Ps. Paskal), die vor allem ab 1933 für die Verbindungen und Aufklärung im äußerst wichtigen Pariser »Punkt« der OMS (»Punkt 20«) zuständig war.[22] Unter ihr arbeiteten der von Richard Krebs (Ps.: Jean Valtin) in seiner Komintern-Saga »Out of the Night« erwähnte Walter Ginsburger (später: Pierre Vallon, Ps.), wahrscheinlich als Anlaufstelle für die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI), sowie der spätere Geheimdienstmann des GRU, Henri Robinson. Der OMS/SS-Mitarbeiter Edouard war beauftragt, in Paris im Herbst einen Sonderverbindungsapparat aufzubauen, vermutlich mit Spanien, wo der Bürgerkrieg tobte.[23] Der Pariser Apparat, in dem auch Josip

21 Siehe Peter Huber: The Cadre Department, the OMS and the »Dimitrov« and »Manuil'skij« Secretariats during the Phase of Terror. In: Mikhail Narinsky/Jürgen Rojahn (Hrsg.): Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents. Amsterdam 1996 (im weiteren Peter Huber: The Cadre Department ...). S. 122–152 und 134.

22 Siehe hierzu ausführlicher Bernhard H. Bayerlein/Peter Huber: Première esquisse des structures répressives du Komintern. Le cas des communistes suisses. In: Communisme. Paris (1992–1993)32/33/34. S. 147–176. Hier S. 149f. – Peter Huber: The Cadre Department ... S. 12ff. – Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern. Zürich 1994 (im weiteren Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz ...). S. 28–33.

23 Siehe Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz ... S. 32.

Broz (Ps.: Tito) arbeitete, war zentral für Rekrutierung und Transport der Freiwilligen für die Internationalen Brigaden zuständig. Nicht nur Lydia Dübi und ihr Mitarbeiter Karl Brichman wurden Opfer gezielter Terrormaßnahmen, sondern auch die Leiterin des Kurierdienstes der OMS bzw. des zentralen Sektors des SS in Moskau, die Schweizerin Berta Zimmermann, die Frau des legendären Fritz Platten, der seinerseits 1938 umgebracht wurde. Der ehemalige Schatzmeister der KPD, Arthur Gohlke (Ps.: Rosenfeld) war Kaderleiter im Moskauer Verbindungsdienst, er wurde im November 1937 erschossen.[24]

Auf Abramow, der vermutlich bis Oktober 1936 Leiter des Verbindungsdienstes blieb,[25] folgte B. N. Melnikow[26] ebenfalls nur bis ca. Mai 1937, als auch er Opfer der blutigen Säuberungen wurde. Ihm folgte vermutlich bis Dezember 1937 J. Anvelt und mit ihm das nächste Opfer. Anvelt, ein Lehrer und Rechtsanwalt aus Estland, war zugleich eine der Hauptfiguren der Internationalen Kontrollkommission und überlebte das Jahr 1938 nicht. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich den internationalen Verbindungsapparat der Komintern als Opfer eines wirklichen Gemetzels vorzustellen, das erst mit den Bestallungen von K. P. Sucharjow und schließlich I. A. Morosow aufhörte. Die beiden Nachfolger der Erschossenen kamen beide aus den Diensten des NKWD.

ENTSCHEIDUNGS»GRÜNDE« UND DREHBÜCHER: DAS RATIONALE IM IRRATIONALEN

Die Hintergründe der Verstrickungen des Verbindungsdienstes als Zielscheibe des Terrors konnte bisher noch nicht vollständig aufgeklärt werden. Aufschlußreich kann hier der Stellenwert sein, der der OMS im Rahmen des – wie wir heute sicher wissen – weitgehend konstruierten

---

24 Siehe Peter Huber: The Cadre Department ... S. 134. Der ehemalige Schatzmeister der KPD war der in die Sowjetunion emigrierte Arthur Gohlke. Sein Kadaver wurde vor kurzem unter den 20.000 auf dem Friedhof Butowo in der Nähe von Moskau verscharrten Opfern entdeckt.

25 Nach anderen Quellen ist Mirow-Abramow auch bereits 1935 Opfer der Stalinschen Unterdrückungsmaßnahmen geworden (siehe Peter Huber: The Cadre Department ... S. 132).

26 Bei Huber und bei Müller irrtümlich B. N. Miller/Müller (siehe Peter Huber: The Cadre Department ... S. 132. – Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ... S. 191).

Terrorgeflechts beigemessen wurde. Ohne eine Rekonstruktion dieses terroristischen Drehbuchs auf der Ebene der Komintern (das sich vermutlich von entsprechenden Handlungsmustern in der KP der Sowjetunion unterschied) läßt sich diese Frage nicht beantworten. Erst vor kurzem haben nun Veröffentlichungen und Dokumente über die Vorbereitungen des Anti-Kominternprozesses zentrale neue Erkenntnisse erbracht. Die Planungen für einen Vierten Moskauer Prozeß kreisten um den abgesetzten Sekretär und obersten Organisationsleiter der Komintern, der auch für die OMS zuständig war. Die Anklageschrift, ein typisches Dokument der sogenannten Amalgamierungstechnik, d. h. der Verschmelzung des faschistischen äußeren und oppositionellen inneren Feindes in einer angeblichen Verschwörung gegen Stalin und die Sowjetunion, wurde jüngst von Müller vorgestellt.[27] In seinen Veröffentlichungen hatte Starkow[28] auch Vermutungen darüber angestellt, warum es nicht zum Prozeß kam. Es scheint, daß es trotz allen Drucks und aller Torturen dem NKWD nicht gelang, Pjatnizki – und mit ihm eine Reihe weiterer Angeklagter, die präpariert werden sollten – zu brechen und zu einem Geständnis zu zwingen.[29]

In seiner konkreten Ausschnittsfunktion kann die Geschichte der OMS zur Hypothesenbildung über das zentrale Forschungsproblem der Rationalität des Terrors beitragen; dies um so mehr, als neuerdings auch auf sowjetische Anklageschriften und Verhörprotokolle des NKWD von Komintern-Verantwortlichen zurückgegriffen werden kann. Bei dem Versuch einer Modellierung dessen, was man das »Drehbuch der Repression« (Hedeler) nennen könnte, gibt es nun auch Hinweise darauf, daß es ein solches in der Tat gegeben hat. Die Rede ist von einem Jeshowschen Manuskript unter dem Titel »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus«, das er gemeinsam mit Stalin von Fall zu Fall auch ergänzt oder überschrieben haben soll.[30]

27 Siehe Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ... S. 189ff.

28 Siehe Boris Starkow: The Trial that was not held. In: Europe-Asia Studies. XLVI(1994). S. 1297–1315.

29 Siehe Boris Starkov: Letzter Kampf eines Kominternsekretärs. Osip A. Pjatnickij und der Moskauer Prozeß gegen die Komintern. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. Köln I(1993/1994)3/4. S. 41–43.

30 Zu diesem, dem in diesem Band veröffentlichten Tagungsbeitrag von Wladislaw Hedeler entnommenen Zitat siehe Meinhard Stark: Stalinistischer Terror, Massenrepressalien, GULag. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung. Berlin 1998. S. 357–361.

Ein weiterer Hinweis auf die zentrale Planung: Erste übergreifende Unterdrückungsmaßnahmen großen Stils gegen Komintemmitarbeiter und ausländische Emigranten in der Sowjetunion führte seit ca. Januar 1936 unter Anleitung von Manuilski als Sekretär des EKKI eine spezielle Kommission, die sogenannte Moskwin-Kommission durch, die vom ehemaligen Leiter der Auslandsabteilung des NKWD, dem finsteren Trilisser, geleitet wurde. Unter dem Pseudonym Moskwin war dieser seit dem VII. Weltkongreß (mit Jeshow) Mitglied und sogar Sekretär des EKKI – und als solcher für Kader- und Personalfragen, nicht zuletzt auch für die OMS zuständig.[31] Die von der Kommission verfügten Überprüfungen waren recht personalintensiv. Es gibt Hinweise darauf, daß zeitweise mehr als 60 Kontrolleure unterwegs waren. Sechs Unterkommissionen teilten sich die Aufgaben auf. Dem zugrunde lagen geheime Beschlüsse der KP der Sowjetunion im Sinne einer ausländerfeindlichen, chauvinistisch prorussischen Politik, die 1936 auf die Ausweisung von Ausländern zielten, einschließlich der als nicht standfest charakterisierten Absolventen der Kominternschulen. Darüber hinaus sollten generell die Bedingungen für einen Parteiübertritt in die KP der Sowjetunion erschwert werden. Bisher galt die Tradition, daß jeder permanente Komintemmitarbeiter Mitglied der KP der Sowjetunion werden mußte.

Im Laufe des Jahres 1936 folgten die konkreten Überprüfungen des Personals, die von den Kommissionsmitgliedern Anvelt und Wilhelm Florin, dem ehemaligen KPD-Funktionär aus dem Ruhrgebiet – beide waren Mitglieder der IKK –, Georgi Alichanow als Sektorleiter der Kaderabteilung, Trilissers Assistent Filimonow sowie einem gewissen Samsonow angeleitet wurden. Von Oktober 1936 an nahm man sich gemeinsam mit der Kaderabteilung durch die neu benannte Kommission zur Überprüfung der Qualifikation den gesamten Apparat des EKKI und darüber hinaus die (antifaschistische!) Emigration vor. Rückrufe nach Moskau waren die Folge, viele gingen auf ihre letzte Reise. In der zweiten Jahreshälfte begannen im Rahmen gewisser vorgegebener Kontingente laut Empfehlungen, die die Kaderabteilung (teilweise durchaus auch eigenmächtig) aussprach, die Entlassungen oder ganz unmittelbar die Überstellungen an das NKWD. Auf einer Sitzung vom Januar 1937 stand die Entlassung von 71 Mitarbeitern (von insgesamt ca. 400 in Moskau) des EKKI zur Entscheidung, was, wie der russische Historiker Babitschenko

31 Siehe Leonid Babitschenko: Die Moskvin-Kommission ... S. 38.

schrieb, »faktisch die Lahmlegung der gesamten EKKI-Tätigkeit« bedeutete.[32]

Nicht mehr zweifelhaft ist, daß die 1937/1938 ihren Höhepunkt erreichenden blutigen Säuberungen systematisch-bürokratisch vorbereitet wurden. Inhaltlich waren die Begründungen für die Maßregelungen oder die Überantwortungen an die Erschießungskommandos anfangs noch durchaus konkreter Natur. Gegen Ende des Jahres 1936 reichten die äußerst unscharfen und nicht mehr weiter begründeten Vorwürfe des »Trotzkismus« oder »Brandlerismus« zur Kriminalisierung aus. In der Zwischenzeit schien man in Moskau – parallel zur politisch-rassistischen »Säuberung« der Emigration – nach Jeshowschem Vorbild eine Art Anklagenkorsett gegen die der Verschwörung beschuldigten Komintermmitarbeiter angefertigt zu haben. Die »großen Säuberungen« funktionierten grosso modo auf Grundlage einer neuen, allgemeingültigen und zumeist auf Amalgamierungsrhetorik basierenden Verfolgungs»logik«.[33]

Während es 1936 noch hieß, daß durch vermeintliche Unachtsamkeit der Komintermmitarbeiter ein »Eindringen« verdächtiger ausländischer Kommunisten ermöglicht wurde, basierten 1937 die konkreten Beschuldigungen des NKWD –wie in jüngst publizierten Protokollauszügen dokumentiert – auf Untersuchungen gegen eine angeblich von Pjatnizki und Knorin angeleitete »konterrevolutionäre Anti-Komintemorganisation«, der auch Béla Kun angehört haben soll.[34] Trotz der weitgehend auf Zwang und Erpressung beruhenden Anklagen und ihres konstruierten Charakters ist die Analyse dieser Argumentationsketten durchaus von Nutzen. In den Vernehmungsprotokollen des NKWD und kürzlich aufgetauchten Rehabilitierungsakten der Militärstaatsanwaltschaft der Sowjetunion wird die Entstehung dieser vermeintlichen konterrevolutionären Organisation näher spezifiziert.[35]

---

32 Siehe ebenda.

33 Siehe hierzu Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? ...

34 Weitere Anklagen, beispielsweise gegen Hermann Remmele, bestätigen die drei Genannten als »Leiter« der Organisation (siehe Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ... S. 190).

35 Siehe Bernhard H. Bayerlein/Peter Huber: Protokolle des Terrors (I). Béla Kun und Lajos Mad'jar in russischen KGB-Dokumenten. Zwei Schlüsselfälle des Komintern-Terrors. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. Köln III(1996)7/8. S. 53–71.

Ausgangspunkt der Verschwörung war – in der stalinistischen Verfolgungslogik betrachtet – ein vermeintlicher »polnisch-deutscher Block«, der Anfang der dreißiger Jahre (man findet auch Hinweise auf das XII. Plenum des EKKI) von den »Gruppen« um Heinz Neumann und Lenski (Ps. von Julian Leszczyński) gebildet worden sein soll.[36] Zu dieser Gruppe soll dann Knorin gestoßen sein, der als Leiter des Mitteleuropäischen Büros auch für Polen zuständig war. Aufschlußreich ist der Hinweis, daß die »Gruppe Neumann« auch für die Niederlage der Komintern verantwortlich gemacht wurde, die dem Machtantritt Hitlers tatenlos zugesehen hatte.[37] Dies sei der Ausgangspunkt für die Bildung eines sogenannten (Anti-)Kominternblocks gewesen, der auch als feindliche »Organisation im EKKI« bezeichnet wurde. Der Protokollauszug aus dem Verhör von Abramow, das er kurze Zeit vor seiner Erschießung wohl nicht ohne physische Mißhandlungen überstand, enthält einige Angaben über die vermeintliche Struktur dieser »Organisation«. So wird die Bildung einer»Führung« der »Organisation im EKKI« auf Ende 1932/ Anfang 1933 datiert, als leitende Gründungsmitglieder werden Pjatnizki, Knorin, Kun und Krajewski genannt. Um die Leiter gruppierten sich jeweils entsprechende Mitarbeiter, bei Pjatnizki sollen dies Wassiljew, Grolman, Virtanen sowie Idelson, der Instrukteur der Orgsektion gewesen sein, bei Knorin Smoljanski, Karolski und zusätzlich einige deutsche Mitarbeiter des Mittel-Europäischen Sekretariats. Um Béla Kun schließlich sollen sich Heinrich Süsskind sowie weitere, von diesem entsandte Personen aus Mitteleuropa geschart haben.

Wie wird nun die Rolle der OMS im Konstrukt dieser Verschwörung beschrieben? Von den leitenden Mitarbeitern der (Antikomintern-)Organisation soll der Pjatnizki sehr verbundene Madjar häufiger als andere nach Paris gereist sein. Dort soll er – neben Münzenberg, der ebenfalls Mitglied der Organisation war – mit dem Sekretariat Trotzkis und mit zahlreichen Mitgliedern der Organisation, besonders aus der Kommunistischen Partei Deutschlands, in Kontakt getreten sein. Diese Kontaktaufnahme sei mit Unterstützung Walters erfolgt, des stellvertretenden Leiters der Par[tei]abteilung der OMS. Die Vermutung ist nicht abwegig, daß es sich bei diesem Walter um Josip Broz (Ps.: Tito) gehandelt haben könnte, der um diese Zeit in Paris für den EKKI-Apparat tätig war.

---

36 Siehe ebenda. S. 58 und 66 (Aussage Kun).
37 Siehe ebenda. S. 69 (Aussage Madjar).

Unter den Mitgliedern der Organisation soll Madjar direkt Kontakt mit Pjatnizki gehabt haben. Für die Verbindungen nach England und Skandinavien sollen häufiger Mering, für weitere Kontakte auch Karolski benutzt worden sein. Letzterer habe sich ebenfalls Münzenberg angeschlossen. Bereits 1934/1935 habe die »Organisation« alles versucht, um die Nachfolge Dimitroffs als neuem Sekretär des EKKI zu hintertreiben. Und schließlich habe sich mit dieser Organisation auch die »alte konterrevolutionäre« Gruppe um Sinowjew und Bucharin zusammengeschlossen.

Die Bedeutung der OMS im Rahmen dieser Konstruktion ist unschwer zu erkennen. So soll Madjar über Kanäle der OMS – wie wir gesehen haben, möglicherweise auch Münzenberg – als Mitglied der (Antikomintern-)Organisation mit dem Sekretariat Trotzkis in Kontakt getreten sein. Ein zweiter wichtiger Hinweis auf die OMS liegt darin, daß einige der Leitungskader in der Schule für Funkverkehr der Komintern (dem sogenannten zweiten Punkt, der von der OMS betrieben wurde) angeworben worden seien. Dort habe später Abramow persönlich auch weitere Treffen organisiert.

Die Selbstanklage Abramows lautete, die OMS habe weiterhin, nach seinem Gang in das norwegische Exil, den Kontakt zu keinem geringeren als Trotzki in Kopenhagen hergestellt. Über den Kopenhagener Punkt der OMS sollen die Führer der illegalen Organisation im EKKI unmittelbar mit Trotzki verkehrt haben. Gleichwohl seien alle Fäden bei Pjatnizki zusammengelaufen, der besonderen Wert darauf gelegt haben soll, diese Verbindungen persönlich zu kontrollieren: »Deshalb gab Pjatnizki – soll sich Abramow in seiner Verhöraussage weiter geäußert haben – sobald er vom Pariser Punkt der OMS vom Umzug Trotzkis nach Skandinavien erfuhr, Anweisung, den nächstliegenden, am besten funktionierenden Punkt der OMS in Kopenhagen zu nutzen. Kopenhagen wurde vor dem Stockholmer Punkt der Vorzug gegeben, weil sich hier nicht nur mehr Mitglieder der Organisation – Mitarbeiter des Punktes – aufhielten, sondern auch, weil dort Genrichkowski [Henrykowski] war, der – wie die Führung entschied – den Auftrag bekam, die reguläre systematische zweiseitige Verbindung zwischen Kopenhagen und dem neu auftauchenden Ort des Aufenthaltes von Trotzki unterhalten.«[38]

38 Bernhard H. Bayerlein/Peter Huber: Protokolle des Terrors. Teil II. A. L. Abramov-Mirov und V. G. Knorin in Verhörprotokollen des NKVD (Aussage Knorin). In: Bernhard H. Bayerlein: Entwaffnete Utopien. Utopies désarmées. Disarmed Utopia.

Henrykowski ist das Pseudonym des polnischen Kommunisten und für die RGI zuständigen Kominternfunktionärs Saul Amsterdam (man findet auch Amsterdam-Henrykowski). Auch in dieser Passage kehrt das Motiv einer polnischen Hauptverantwortung für die Verschwörung wieder. Denn Henrykowski sollte, wie Abramow weiter berichtete, »diese Verbindung unter Ausnutzung sowohl von Dänen als auch von Polen, die Mitglieder der Organisation waren«, anbahnen. Und Abramow fuhr fort: »Über diese Personen traf auch die Post von Genrichkowski ein, die er an die Führung schickte. Die gesamte für die Führung der Organisation eintreffende Post aus dem Ausland wurde von mir oder von Rylski an Pjatnizki abgeliefert, der die anderen Führungsmitglieder nach seinem Dafürhalten mit der Post selbst vertraut machte. Ich bekam seinerzeit nur einmal von Pjatnizki die Erlaubnis, irgend etwas aus dem Pressematerial, das per Post eingetroffen war, an Béla Kun, Knorin, Krajewski und Tschernomordik zu übergeben. Die Rede ist vom ›Bulletin der Opposition‹ [...].«[39]

Sowohl die Konstruktion des deutsch-polnischen Blocks von 1932 als auch die Verstrickungen polnischer oder für Polen zuständiger Komintermmitarbeiter sind auch als Vorbereitung zur de-facto-Vernichtung der KP Polens zu sehen. Ein Jahr vor Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes, am 16. August 1938, befaßte sich das Präsidium des EKKI, wie es lapidar hieß, mit organisatorischen Problemen der KP Polens. In Wirklichkeit handelte es sich dabei um eine der blutigsten Aktionen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Auslöschung und physische Vernichtung einer ganzen Partei und besonders der Führung und Leitungsapparate der KP Polens mit ca. 5.000 Opfern. Das Präsidium des EKKI bestätigte die Auflösung der KP Polens. Das entsprechende Dokument wurde aus der unmittelbaren Umgebung Stalins, im Namen der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU von Schkirjatow dem Präsidium des EKKI zugeleitet. Soweit es eine erste Entzifferung im Kominternarchiv erlaubte, war die Zustimmung des Präsidiums des EKKI zur Ermordung der polnischen Kommunisten und ihrer Führungsspitze von Dimitroff, Ma-

---

Utopias desarmadas. Razoružennye utopii. Wandlungsprozesse und Akteure im Spektrum der Komintern. Lateinamerika, das romanische Europa und die Sowjetunion. In Memoriam Jürgen Mothes. Leipzig 1999 (Aussage Abramov) (derzeit in Drucklegung) (im weiteren Bernhard H. Bayerlein/Peter Huber: Protokolle des Terrors. Teil II ...).

39 Ebenda.

nuilski, Moskwin (d. i. Trilisser), Kuusinen, Florin und Togliatti unterzeichnet.[40]

Eine Schlüsselepisode laut Drehbuch der Anklage war der Wechsel von Dimitroff in die Kominternführung im Herbst 1934 und Anfang 1935. In diesem Fall soll »die Organisation« kurz vor dem Weltkongreß der Komintern (Juli 1935) brieflich von einem »wahrscheinlichen Rücktritt Pjatnizkis vom Posten des Sekretärs des EKKI und von der Möglichkeit des Rücktritts auch von Knorin und Béla Kun« informiert haben. Die Formen der Verbindung sollen gleichwohl bis auf weiteres unverändert geblieben sein, die Führung der »Organisation im EKKI« sollte weiter über den Kopenhagener Punkt der OMS mit Trotzki verkehren. Knorin seinerseits gab in seinem Verhör an, von Abramow kurz vor dem VII. Weltkongreß, und zwar über Ruth Fischer, einen Brief der »trotzkistischen Internationale« erhalten zu haben. Hierin soll davon die Rede gewesen sein, »daß man Dimitroff nicht an die Spitze der Komintern lassen dürfe und bestrebt sein müsse, den Apparat des EKKI vollständig zu beherrschen«.[41] Knorin zufolge standen Pjatnizki mit Bucharin in Kontakt, Kostanjan mit Lominadse, und Madjar schließlich mit Sinowjew und Ruth Fischer in direkter Verbindung. Abramow-Mirow schließlich soll mit Trotzki selbst in Kontakt gestanden haben.[42]

Aus dem Verhörprotokoll Abramows gehen weitere möglicherweise nicht unwichtige Details über die angebliche Verstrickung des OMS in dieses Komplott hervor. So habe man beschlossen, bei eventuellen Veränderungen in der Führung der Verbindungsabteilung des EKKI »die Führung der Organisation über denselben Kopenhagener Punkt [zu] übermitteln, über welchen [Punkt] man in Zukunft mit Oslo verkehren soll.« Gleichzeitig sollte eine direkte Funkverbindung mit Oslo hergestellt werden. Die OMS erschien damit als Zentrum der Verschwörung gegen die Komintern. Denn, wie es hieß, seien die alten Verbindungen der »Organisation« über den internationalen Kanal, die OMS, aufrechterhalten worden. Sie sollten wie früher funktionieren, d. h. wohl wie zu Zeiten Pjatnizkis und Abramows. Abramow hob ebenfalls die Bedeutung einer regulären Verbindung über den Pariser Punkt der OMS hervor, was ein

40 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? ... S. 117.

41 Bernhard H. Bayerlein/Peter Huber: Protokolle des Terrors. Teil II ... (Aussage Knorin).

42 Siehe ebenda.

deutlicher Hinweis auf die Gründe sein könnte, warum viele der westlichen Mitarbeiter der OMS in Paris ihr Leben lassen mußten. Folgt man dem Wortlaut, zentrierte auch Knorin die zentralen Beschuldigungen in seinem Verhör um die Person Abramow und die Kanäle der OMS. Abramow wurde beschuldigt, gemeinsam mit Münzenberg Subventionen und diverse Zahlungen aus den Budgetreserven der Komintern entnommen und an zahlreiche oppositionelle Nebenorganisationen in Westeuropa (Antifaschistisches Komitee, die Zeitschrift »Monde« unter der Leitung von Barbusse u. a. m.) weitergegeben zu haben.[43] Vor dem VII. Weltkongreß soll wiederum Henrykowski (d. i. Saul Amsterdam) die Post aus Kopenhagen nach Moskau weitergeleitet haben, darunter nicht nur das »Bjulleten' Oppozicii«, sondern angeblich auch zwei Briefe Trotzkis an Radek und Pjatnizki. Letztere will Abramow – wie er selbst aussagte – geöffnet an die Adressaten übergeben haben.

Eine makabre Abrundung erhielten die Beschuldigungen durch den Einschluß Jagodas und Radeks. Denn schließlich soll Pjatnizki außerdem mit Jagoda, dem von Stalin abgesetzten Leiter des NKWD und dem ebenfalls von Stalin den Schergen überantworteten Radek in Kontakt gestanden haben. Abramow soll seinerseits den Vorsitzenden des NKWD, dessen Prozeß vorbereitet wurde, »über die Lage mit der Verbindung zu Trotzki und zu den wichtigsten trotzkistischen Gruppen in Europa« regelmäßig informiert haben. Auch nach der Ernennung Melnikows als Nachfolger Abramows sei sich Jagoda, der, wie Abramow fortfuhr, diesen als »alten Trotzkisten« gekannt haben soll, der Verbindungen über den Kanal der »Organisation« sicher gewesen. Und schließlich will Abramow auf Anweisung Jagodas von Kulanow Geld erhalten und es wiederum über Henrykowski [d. i. S. Amsterdam] nach Oslo weitergeleitet haben.

Die wohl größtenteils konstruierten oder erpreßten Aussagen erklären bzw. legitimieren im Sinne der Befehlsgeber die Schärfe des Vorgehens gegen den Verbindungsdienst der Komintern. Dank der OMS-Kanäle konnte die seinerzeit höchste Form des Verrats, der Kontakt zu Trotzki in Frankreich bzw. in Norwegen hergestellt werden. Durch den Leiter der OMS wurden Trotzki und das Sekretariat der Vierten Internationale finanziert.

Trotz der völlig abwegigen »Beweisführung« an der Spitze, was die Kontakte zu Trotzki und dem Sekretariat der Vierten Internationale an-

43 Siehe ebenda.

geht, können gerade im Falle der OMS die Hinweise auf die Verbindungen natürlich nicht als reine Konstrukte analysiert werden. Der erklärende Hinweis Müllers auf das Produzieren einer möglichst großen Anzahl von »Verbindungen« als (nach Hannah Arendt) selbstreferentielle Eigenschaften totalitärer Diktaturen ist zwar hilfreich. Im Falle der OMS, deren (insofern auch durchaus gelungene) Aufgabe explizit die Herstellung und Unterhaltung eines weltumspannenden illegalen Kontakte- und Kommunikationsnetzes für Informationen, Güter und Gelder war, schießt er allerdings über das Ziel hinaus.[44] Die Verbindungsabteilung war nun einmal für die Unterhaltung eines weitverzweigten, multidirektionalen und multifunktionalen internationalen Verbindungsnetzes zuständig, das in Gänze kaum kontrollierbar war.[45] Bei allen Hyperbolien geben die Komintern-Saga des Jan Waltin (Ps. von Richard Krebs) oder die Beschreibung des gescheiterten militärisch-zivilen Aufstands unter Prestes in Brasilien 1935 diesbezüglich lebendige Schilderungen der Arbeitsweise dieser Netze, Akteure und ... Verbindungen.[46]

Analysiert man diese Konstrukte als historische Phänomene und betrachtet sie nicht nur als eine Art Teufelszeug, ist es frappierend, daß in den Beschuldigungen die aktuelle Situation, die aktuelle Politik sowohl der Komintern als auch der sowjetischen Führung weitgehend abwesend sind. Dies stellt den Historiker vor die Herausforderung, deren tatsächliche Präsenz namhaft zu machen. Betrachten wir hierzu zwei zentrale neue Informationen, die über die beiden Hauptbetroffenen der »Säuberung« vorliegen. Einerseits wissen wir nun, daß Pjatnizki festgenommen wurde, nachdem er auf dem Juliplenum des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion 1937 – das den Massenterror zum Prinzip erhob – prinzipiell gegen den Terror als Mittel zur Lösung der Probleme sowie gegen seine Ausweitung aufgetreten war. Nicht ganz so neu, jedoch kaum richtig verarbeitet, ist die Kenntnis darüber, daß zwei zentrale Angeklagte des Zweiten Moskauer Prozesses, Radek und Pjatakow, gegen den von Stalin anfangs verfolgten Kurs der Nichteinmischung im spanischen Bürgerkrieg ein stärkeres Engagement der Sowjetunion für die spanische Republik im Sinne des Internationalismus gefordert hatten.

---

44 Siehe Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ... Besonders S. 191.

45 Eine Veröffentlichung über diese z. T. durchaus faszinierenden Facetten der Tätigkeit der OMS ist in Vorbereitung.

46 Siehe William Waack: Camaradas! Nos arquivos secreta da revolução brasileira de 1935. São Paulo 1993.

Hier könnten wir es durchaus mit zwei zentralen *links* tun haben, die den Terror gegen die KP der Sowjetunion mit dem Terror gegen die Komintern nicht nur personell, sondern auch inhaltlich verknüpften. Es ging offensichtlich der Stalinschen Führung auch darum, zu verhindern, daß grundsätzliche politische Dissense – die realiter bestanden – an die (Partei-)Öffentlichkeit gelangten. Hierzu mag passen, daß Abramow im Bucharin-Prozeß als Verbindungsglied zwischen Jagoda und Trotzki genannt wird, doch (zumindest nach den veröffentlichten, allerdings gefälschten Protokollen) auf Kominternangelegenheiten nicht ausführlicher eingegangen wurde. Dies hätte manche Dissense bezüglich Stalins Außenpolitik entschleiert.[47]

Im konkreten Fall führte der Terror zur de-facto-Übernahme des Verbindungsdienstes der Komintern durch das NKWD. Suchen wir nach dem eigentlichen Grund, so wird dieser von Dimitroff und Manuilski in einem gemeinsamen Brief an den Sekretär des ZK, A. Andrejew, genannt. Die Abteilung wurde als wichtigstes Organ der Komintern eingeschätzt: »In der letzten Zeit haben die Organe des NKWD eine Reihe von Volksfeinden aufgespürt und eine weitverzweigte Spionageorganisation im Apparat der Komintern aufgedeckt. Als besonders ›ungesäubert‹ erwies sich die wichtigste Abteilung der Komintern, der Nachrichtendienst, der jetzt völlig aufgelöst werden muß. Die Neubildung dieser Abteilung durch neue, sorgfältig ausgewählte und überprüfte Mitarbeiter muß in Angriff genommen werden.«[48]

ERSTE SCHLUSSFOLGERUNGEN: DIE »ÜBERNAHME« DES VERBINDUNGSDIENSTES DER KOMINTERN DURCH DAS NKWD

Während einer ersten Phase stellten ausländische, nichtrussische Mitarbeiter die Mehrheit der Mitarbeiter der OMS/SS (die Anzahl der Moskauer Mitarbeiter des Verbindungsdienstes betrug zu dieser Zeit etwa zwischen 65 und 100). Mit und nach den »großen Säuberungen« wurden diese durch jüngere sowjetische Apparatschiks ersetzt, die vorher entweder im NKWD oder im GRU gearbeitet hatten. Trilisser, der als

47 Siehe Ypsilon [Karl Volk]: Pattern for World Revolution. Chicago, New York 1947.
48 RCChIDNI. Fonds 17. Opis 120. Delo 259. Blatt 33 (zit. in Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« ... Besonders S. 192).

Sekretär des EKKI den Verbindungsdienst von Juni 1937 bis November 1938 geleitet hatte, gelangte dorthin als Chef des Internationalen Sektors der GPU. Auch der neue Leiter des Verbindungsdienstes, K. P. Sucharjow, kam vom NKWD zur Komintern. Gerade nach den Säuberungen gehörten ältere Mitarbeiter der OMS, wie Ja. Sysman (Süssmann), A. A. Samojlow oder P. Ch. Mesis zu den großen Ausnahmen,[49] mit der Russifizierung war Anfang der vierziger Jahre gleichzeitig die Verjüngung der bis zu hundert Mitarbeiter umfassenden Personalbestands in Moskau perfekt. Zugleich wurde der Dienst insgesamt von ausländischen Einflüssen abgeschottet. Dabei entzieht sich die Neuorganisation des weltweiten OMS-Netzes und der Verbindungspunkte augenblicklich noch unserer Kenntnis.

Gleichwohl verweisen die Untersuchungen eines zentralen Mechanismus des Kominternapparates und die Sezierung der Aufgaben der Organe im Einzelfall, ihre Verbindungen mit den russischen staatlichen Organen und der GPU auf eine fundamentale Transformation der Apparate seit der Leninschen Periode. Würde man das hier dargestellte Beispiel der Abteilung für internationale Verbindungen verallgemeinern, wäre zwar die Hypothese, daß die Komintern insgesamt (als leitender Apparat) in eine Abteilung des NKWD transformiert wurde, augenblicklich eine noch unerlaubte »pars pro toto«-Verallgemeinerung. Das Einzelbeispiel der OMS illustriert gleichwohl diesen fundamentalen Mechanismus der Transformation zumindest zentraler Bestandteile des Kominternapparates von einer internationalistisch orientierten (und auch in Teilen strukturierten) Leitungsebene zu einem russischen, von der politischen Polizei dominierten Apparat. Die Konsequenzen dieser Entwicklung reichen weit über die Komintern hinaus, die ohnehin 1943 aufgelöst wurde. De facto hatte das NKWD neben dem eigenen Apparat zusätzlich eine Kontrolle über den internationalen Verbindungsapparat der Komintern errichtet. Damit war eine Grundlage dafür geschaffen, daß der russische Nationalkommunismus und seine staatlichen Unterdrückungsorgane die Kontrolle über die einzelnen nationalen kommunistischen Sektionen in Zukunft definitiv absichern konnten. Dies bedeutete jedoch auch, daß Stalin seine Außenpolitik (Hitler-Stalin-Pakt, Vernichtung des polnischen Staates, in gewissem Sinne auch die Volksfrontpolitik in Spanien u. a.) nur mit terroristischer Hilfe durchsetzen konnte.

---

49 Siehe Peter Huber: The Cadre Department ...

Zum Schluß noch eine Bemerkung zum allgemein-historischen Interesse dieser Entwicklung: Die Bedeutung einer so weitreichenden und komplexen Transformation kann nur unter Heranziehung der sozial-kulturellen Grundlagen der Entwicklung der Sowjetunion sowie einer neu fundierten Analyse der internationalen Entwicklung des parteioffiziellen Kommunismus schlüssig erklärt werden. Denn nur die Errichtung eines universalen Repressionssystems hatte solches möglich gemacht, und dies bedeutete das notwendig verschachtelte gleichzeitige Durchsetzen von moralischer Repression, politischer, ideologischer, psychologischer, ökonomischer und schließlich auch physischer Repression.

Bei der Suche nach dem »wahren Grund« für die Verhaftungen im Kominternapparat kann mit Broué die Repression auch als ein Schwächezeichen des Regimes gesehen werden. Zumindest bedarf das Bild einer monolithischen sowjetischen Partei und Gesellschaft und a fortiori einer einheitlichen Komintern einer Revision. Auf der einen Seite ist – im Widerspruch zu einem noch teilweise lebendigen Dimitroff-Mythos – die Dominanz Stalins über die Entscheidungen der Komintern und ebenfalls über die Zentralmechanismen der Repression für die dreißiger Jahre nicht mehr in Frage zu stellen.[50] Zentral ist die Historisierung dieser strukturellen Beziehung. Denn hinter den Akklamationsorgien des Parteiapparats verbarg sich ein Oppositionspotential, das trotz Abschwörungen und Treuebekenntnissen den Bezug zur Revolution noch nicht gänzlich verloren hatte und gegebenenfalls vielleicht auch zur Absetzung Stalins bereit war. Der Terror selbst löste seinerseits erneute Resistenz aus. Nach einem ersten Einblick in Teile des Kominternarchivs können die »Säuberungen« im Apparat der Komintern durchaus als Präventivschlag einer verunsicherten, nur noch auf das NKWD gestützten sowjetischen Führungsspitze gegen drohende Gefahren und vermutete potentielle Opponenten charakterisiert werden. Die »Säuberungen« in der Komintern sind insofern nicht mit »blindem Terror« zu erklären, sie wären vom Standpunkt der Immanenz Stalinscher Überlegungen betrachtet auch nicht grundsätzlich »dysfunktional«.[51] Insofern sind auch die Anklagekonstrukte und »Drehbücher« nicht als rein fiktionale, aus der Ästhetik der Dik-

50 Dies belegt auch die neuere russische Forschung. Siehe u. a.: Meinhard Stark: Stalinistischer Terror, Massenrepressalien, GULag. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung. Berlin 1998.

51 Siehe Überlegungen in Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz ... S. 373–375.

taturen heraus zu erklärende Phänomene mißzuverstehen. Vielmehr ähneln diese Phänomene in ihren Strukturen – soweit unsere, allerdings weiter zu überprüfende Arbeitshypothese[52] – Palimpseststrukturen, die zwar Veränderungen, Aufschmelzungen und Übertünchungen beinhalten, in denen jedoch die Verbindung zu den ursprünglichen Formen nicht völlig aufgelöst ist.[53] Es ergibt sich ein weites, spannendes Arbeitsfeld in der neuen Welt der ex-sowjetischen Archive.

Nicht nur die Strukturelemente des Stalinismus sind für die Geschichtsbetrachtung interessant, sondern unter Einbeziehung des Akteursansatzes – der Entfaltungsprozeß von krimineller Energie gegen kulturell geprägte Vorstellungswelten, oppositionelle Bewegungen und Regungen und die Abschmelzung revolutionärer Grundüberzeugungen. Insofern sollte der Terror verstärkt in seinem symbolischen Aspekt der Zerstörung einer konkreten Utopie gesehen werden. Die Entsprechung Stalinismus = Terror wird vielleicht heute von der wissenschaftlich und journalistisch veröffentlichten Meinung genauso unkritisch als neuer Grundkonsens akzeptiert wie sie vor der »Wende« als unwissenschaftlich zurückgewiesen wurde.

Zwar nahmen die Ausmerzungen von »Parteifeinden« auch in der Komintern eine gewisse Eigendynamik an und verschlangen auch Vorreiter des Terrors, die nicht im geringsten oppositionelle Ansichten hegten. Doch wird nicht zuletzt am Schicksal Pjatnizkis selbst deutlich, der wie kein zweiter die Komintern kannte, daß es starke Widerstände gegen den Terror als Mittel der »Säuberungen« gegeben hat. Vielleicht gab es sogar eine fundamentale Opposition gegen den Plan, die Komintern unter eine vollständige Kontrolle des NKWD zu bringen. Die Frage nach dem diktatorischen Charakter der vielfältig verflochtenen und letztlich mit der russischen Staatspartei verbundenen Organisationen sollte sich nun kla-

---

52 Siehe hierzu meine Fallstudie zu den sogenannten Versöhnlern, die Broué mit Recht auch als »unitarische Kommunisten« bezeichnet. Bernhard H. Bayerlein: Die unbekannte Geschichte der »Versöhnler« in der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung. In: Avgust Lešnik (Hrsg.): The crisis of the social ideas. A Festschrift for Marjan Britovšek. Ljubljana 1996. 321–340.

53 Pierre Broué hat zur Erklärung dieser Strukturen und des »Blocks der Oppositionen« den Terminus »Palimpsest« herangezogen. Dieser Begriff stammt aus der Handschriftenlehre und bezeichnet eine wiederbeschriebene Handschrift (lat. Codex rescriptus).

rer durch systematische und kohärente biographische Analysen der sie tragenden Personen bestimmen lassen. Dies bietet sich der Forschung als nächster Schritt an.

STEFFEN DIETZSCH

Die Lüge des Terrors oder Wie übersteht man den Schrecken?

»Am besten läßt sich die Planwirtschaft in einem Staat praktizieren, der die Sterbetermine seiner Bürger kennt.«
(Stanisław Jerzy Lec)

Das Jahr siebenunddreißig war, wie es der russische Schriftsteller Juri Dombrowskij (1909–1978) einmal nannte, »ein böses, heißes Jahr, Vorbote künftigen Unheils«.[1]

Diese Zeit des exzessiven, nach innen gerichteten und längst nicht mehr schichten-, sozial- oder klassenorientierten Massenterrors in den Dreißigern markiert einen definitiven Bruch in der Kultur sozialer Revolutionen überhaupt. Diesen Kulturbruch sehe ich also nicht schon in den Greueln des Roten Terrors unmittelbar nach der Oktoberrevolution (bis 1921), der, wenn man ihn mit »kaltem« Blick betrachten könnte, der blinde, verzweifelte Blutrausch eines ums Überleben kämpfenden Neuen war, und der am ehesten noch mit Robespierres Terror von 1794 zu vergleichen, wenn auch nicht zu entschuldigen wäre. Vor diesem Grauenvollen konnte rudimentär immerhin noch am Ort des Geschehens öffentlich gewarnt werden, wie etwa in Maxim Gorkis Zeitung »Nowaja Shisn« [Neues Leben][2] zwischen Winter 1917 und Sommer 1918. Zudem gab es hier im Kriegskommunismus – als eine Mischung von Behauptungstrotz und Warnung an den Feind – immerhin noch eine gewisse grausige »Glasnost« durch die Publikation einschlägiger wöchentlicher und lokaler Tscheka-Bulletins.[3] Auch erreichten noch besorg-

1 Juri Dombrowskij: Die Fakultät unnützer Dinge. Frankfurt am Main 1990 [Paris 1978]. S. 595.

2 Siehe die deutsche Ausgabe dieser Zeitungsartikel unter dem Titel Maxim Gorki: Ein Jahr Russische Revolution. In: Süddeutsche Monatshefte. München (1918)Oktober-Heft. S. 6–62.

3 Siehe S. P. Melgunow: Der rote Terror in Rußland 1918–1923. Berlin 1924. – Alfons Paquet: Im kommunistischen Rußland. Jena 1919. S. 120–125.

te Stimmen von Sympathisanten die Akteure der Revolution. So schrieb beispielsweise der alte Wladimir Korolenko im Sommer 1920, kurz vor seinem Tode, an den Volkskommissar Lunatscharski: »Ich bin der Ansicht, daß nicht alle Mittel dem Wohl des Volkes dienen, und für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß Erschießungen auf dem Verordnungsweg, zum System erhoben und nun schon seit über einem Jahr praktiziert, nicht zu diesen Mitteln gehören.«[4]

Auf diese Weise verblaßte natürlich sehr schnell der *charme universel d'Octobre* – ein schönes Bild, mit dem François Furet jüngst zutreffend die ursprüngliche Faszination jener Revolution veranschaulicht hat.

Was jetzt aber, seit dem Mord an Kirow (Dezember 1934), an Schrecken die Sowjetunion überzog, verweigerte sich jedem Begreifen. Auch heute noch! Dennoch will ich im folgenden eine provisorische Annäherung an das Abgründige der *Jeshowschtschina*, wie die Russen jene Zeit des Großen Terrors selber nennen, versuchen.[5] Als Schlüssel zum Verstehen benutze ich nicht so sehr Begriffe, als vielmehr – metaphorisch – das Bild von der Großen Lüge.

DIE GROSSE LÜGE

Zum Erschrecken und zur Furcht, die wie ein Schatten zu allem Terror gehören, kam jetzt noch die universelle Lüge hinzu. Sie wurde seither

---

4 Wladimir Korolenko an A. W. Lunatscharski, 19. Juni 1920. In: Sowjetliteratur. Berlin 42(1990)1. S. 116.

5 Der sowjetische Diplomat Alexander Barmine, der unter dem Eindruck des Großen Terrors 1937 die Sowjetunion verließ, machte in seinen Erinnerungen das Undenkbare dieser neuartigen allumfassenden Vergeltungswut 20 Jahre nach dem Oktober namhaft, die sich gar nicht mehr in das ehemalige Koordinatensystem von revolutionärer Härte und Unbarmherzigkeit gegenüber dem Klassenfeind einfügen ließe: »In den ersten Jahren wurden viele antibolschewistische Sozialisten lediglich des Landes verwiesen. Der Prozess gegen die sozialistischen Revolutionäre des Jahres 1922 hatten nur bedingte Todesurteile gebracht, obwohl die Angeklagten tatsächlich mit der Waffe in der Hand zur Zeit des Bürgerkrieges gekämpft und einen Anschlag gegen Lenin vorbereitet hatten [...] Die Helden des Ramsin-Prozesses, die sich schuldig bekannten [...], wurden nach kurzer Gefängnisstrafe pardonniert und wieder in ihre früheren Stellungen eingesetzt. Die russischen Menschewiken [...] hatten lediglich lange Gefängnisstrafen erhalten [...] Nein. Stalin würde es nie über sich bringen, das Blut seiner früheren Gefährten zu vergießen [...]« (Alexander Barmine: Einer der entkam. Wien [1948]. S. 405f.).

die Verkehrsform aller gesellschaftlichen Diskurse in den Diktaturen des Proletariats. Die Lüge ist es, die sich mit jenem verhängnisvollen Bruch in der Revolutionskultur entwickelte, und die Lüge ist es, die wie ein undurchdringlicher Nebel alle gesellschaftlichen Verhältnisse einhüllte, ja sie entwirklichte (nur unmittelbare Nähe wie Liebe oder Freundschaft konnte in jenem Dunst als Wahrhaftiges überstehen).

Eine Stimme aus dem Inneren dieses Gebirges der Lüge hat das einmal so beschrieben: »Die gewöhnliche, menschliche Welt war verschwunden. An ihrer Stelle war eine Welt der Lüge entstanden, die alles beherrschte. Es logen die Spitzel, die völlig Unschuldige denunzierten, es logen die Untersuchungsrichter, die falsche Beschuldigungen erhoben, es logen die Zeugen, die etwas bezeugten, was nie gewesen war [...] und es logen schließlich sogar die Beschuldigten, die Verbrechen gestanden, die sie gar nicht begangen hatten [...] aber eine unbekannte Macht zwang die Menschen, an diese Lüge zu glauben, obgleich sie wußten, daß alles Lüge war.«[6]

Dieses umfassende Potential von Lügen, d. h. sprachliche und nichtsprachliche Kommunikation *cum intentione fallendi*, die Macht also von Täuschungen bzw. Selbsttäuschungen, erreichte hier in der stalinistisch gesteigerten Phase des Bolschewismus, im – wie Furet diese Zeit nennt – »zweiten Bolschewismus«,[7] namentlich eben seit dem Großen Terror, eine historisch *singuläre* Ausgestaltung. Dieses Exorbitante der Lüge unterscheidet den Stalinismus, den ich eine »Erlösungsdiktatur« nennen will, auch von anderen zeitgenössischen Gewaltherrschaften, von Rassen- oder Religionsdiktaturen (die man »Behauptungsdiktaturen« nennen könnte). »Die Lüge des Kommunismus«, so nahm es jedenfalls der russische Philosoph Nikolai Berdjajew bereits zu Beginn jener Schreckenszeit in den Dreißigern wahr, »ist aber gewaltiger als alle seine Wahrheiten. Sie ist vor allem eine geistige, nicht eine soziale Lüge. Falsch und ungeheuer ist der Geist des Kommunismus selbst.«[8]

Hier wäre also eine Funktion von Lüge namhaft zu machen, die mit dem schließlichen Schicksal des Kommunismus heute in enger Verbindung steht: nämlich die Virtualisierung und letztliche Aufhebung (bzw. alltagspraktische Vergleichgültigung) der politisch-administrativen, künstlerischen, wissenschaftlichen u. a. Sphären jener Diktatur (Diktatur

6 Nikolai Narokow: Wenn das Salz schal wird. Granz, Wien, Köln 1957. S. 137.
7 François Furet: Das Ende der Illusion. München, Zürich 1998. S. 180.
8 Nikolai Berdjajew: Wahrheit und Lüge des Kommunismus. Luzern 1934. S. 25.

eben, die – schon nach Lenins Worten vom Herbst 1920 – *eine durch nichts eingeschränkte, durch keinerlei Gesetze, absolut durch keinerlei Regeln gehemmte, sich unmittelbar auf die Gewalt stützende Macht*[9] ist). Der Stalinismus ist jene *Gegenkultur*, vielleicht als *kulturkonterrevolutionäre* Bewegung zu bezeichnen, in der nicht die Untertanen die Obrigkeit abschaffen, sondern die Obrigkeit ihre Untertanen.

In dieser Gesellschaft, in der »die Lüge Allgemeingut und Bürgerpflicht ist«,[10] herrscht neben dem permanenten Mangel an Gütern für das alltägliche Leben vor allem auch ein Mangel an *symbolischen Gütern*. Diese aber sind für die Mentalität und Identität, für den Zusammenhalt und die Resistenz eines Gemeinwesens schlechthin entscheidend. Die Lüge von der Weisheit und den Leistungen des *Einen* Führers muß jetzt all die traditionellen Großen Erzählungen (in Religion, Mythos und Kunst) ersetzen. Diese Lügen etablieren sich schnell und mit Gewalt als *Gegen-Wahrheit*. Diese »Gegen-Wahrheiten«, d. h. diese Surrogate symbolischer Güter, haben einen unübersehbar nihilistischen Impetus: Sie polen nämlich alle bisher verbindlichen Werte (von wahr und falsch, gut und böse, schön und häßlich usw.) um. Dieser Mechanismus ist glänzend beschrieben worden von George Orwell[11] oder auch von Czesław Miłosz.[12]

Kurz: diese – mit Verlaub – »Neuen Wahrheiten« modifizieren, d. h. entwirklichen schließlich auch die Erinnerungen, das Wissen und sogar die schriftlichen bzw. bildlichen Dokumente vom *eigenen* revolutionären Herkommen. Daß man jetzt (1936–1938) gerade zuerst die Sieger im Bürgerkrieg in die Hölle schickte, hatte lügenpraktisch also durchaus einen Sinn. Waren sie es doch, die kompetent und mit großer Autorität jene *zweite* Lüge von der Erfindung der Sowjetunion durch den Triumvirn Stalin (neben den längst toten Lenin und Dzierżyński) hätten zurückweisen können. Die *erste* Lüge von der Erfindung der Sowjetunion durch die Volksmassen war seit 1927 im Umlauf – begründet, inszeniert und zelebriert durch Sergej Eisensteins Film »Oktober«, dessen authentische Fassung im übrigen auch sofort beanstandet wurde.

---

9 Siehe W. I. Lenin: Geschichtliches zur Frage der Diktatur (Notizen). In: W. I. Lenin. Werke. Bd. 31. S. 343.

10 François Furet: Das Ende der Illusion. München, Zürich 1998. S. 369.

11 Siehe George Orwell: 1984. Zürich 1950 [London 1949]. Besonders Teil 3, Kapitel 3.

12 Siehe Czesław Miłosz: Verführtes Denken. Frankfurt am Main 1974 [La Pensée captive. Paris 1953]. S. 16–37.

Als Anton Ciliga, Mitbegründer der jugoslawischen kommunistischen Partei sowie Komintern-Mitarbeiter und zwischen 1927 und 1935 in Moskau, im Jahre 1938 in Paris bei Editions Gallimard seine Memoiren veröffentlicht, gibt er ihnen einen Titel, der den geistigen Zustand des Sowjetkommunismus in jener Epoche erfahrungsgesättigt zusammenfaßt – »Au pays du grand mensonge« [Im Land der großen Lüge].[13]

DIE LÜGE ALS PREIS FÜR DEN BRUCH MIT DER GESCHICHTE?

In den Macht- und Schreckenslügen des Stalinismus wird der Horizont der klassischen politischen Lüge weit überschritten. Schon ein ganz früh Enttäuschter des Kommunismus, Pierre Pascal, der lange an exponierter Stelle in Moskau lebte, mußte wahrnehmen, »daß dieses Regime nicht nur ein geplatzter Traum, sondern eine organisierte Lüge ist«.[14] Die Lüge »von oben« tritt jetzt aus dem Dunkel des Geheimnisses heraus, es beginnt eine neuartige, absolute Verschmelzung von Öffentlichkeit und Lüge. Dieser Mechanismus ist ein paar Jahre nach dem Großen Terror erstmals beschrieben worden von Alexandre Koyré, im Jahre 1943. Die Überwältigung des common sense durch die terrorgestützte Macht-Lüge bezeichnete Koyré als »Verschwörung im vollen Lichte des Tages«.[15] Kann man das aber überhaupt noch, so fragt Koyré, sinnvollerweise mit dem Begriff »Lüge« bezeichnen? Ist nicht dies der Preis, wenn man Brüche im historischen Kontinuum organisieren will? Ist nicht diese universelle Täuschung eigentlich sinngleich mit Veränderung, mit Umsturz des Bestehenden? »So scheint sich die Lüge«, meinte neuerdings Furet, »auf der das sowjetische Herrschaftssystem basiert, unter dem Banner der Revolution allgemein zu verbreiten.«[16]

---

13 In deutscher Sprache unter dem Titel »Im Land der verwirrenden Lüge«. Köln 1954. Ciliga wurde in der »Prawda« vom 21. Juli 1937 (»Internationale der Spione«) neben Ruth Fischer, Andres Nin und Lázaro Cárdenas, der als mexikanischer Präsident Trotzki Asyl gewährte, »entlarvt« (siehe Wadim S. Rogowin: 1937. Jahr des Terrors. Essen 1998. S. 378).

14 François Furet: Das Ende der Illusion. München, Zürich 1998. S. 158. – Sowjetrußland hatte sich zum Entsetzen vieler also gerade »als Land der Staatslüge schlechthin entpuppt« (ebenda. S. 363).

15 Alexandre Koyré: Betrachtungen über die Lüge [1943]. Deutscher Erstdruck in »Freibeuter«. Berlin (Juni 1997)72. S. 12.

16 François Furet: Das Ende der Illusion. München, Zürich 1998. S. 469.

Auf diese Weise aber wurde mit der Vergangenheit (die es eigentlich immer bloß als Projektion der Gegenwart des Einen Führers gab!) auch die Gegenwart in jener Gesellschaft natürlich immer scheinhafter, immer virtueller. Der politische Alltag hier wurde gleichermaßen empfindlich wie resistent gegen historisches Nachfragen. Die Protagonisten dieser Schein-Welten waren von ihrem gesetzmäßigen unaufhaltsamen Fortschreiten felsenfest überzeugt und konnten doch gleichzeitig durch ein Gedicht, ein Flugblatt, ein Bild oder einen Witz in hysterische Angstanfälle verwickelt werden. In dieser Unberechenbarkeit vegetierte jene Kultur der Imagination und Improvisation, in der sich eine umfassende Entwirklichung aller Lebens- und Denkverhältnisse vollzog, bis hin zum endlichen Kollaps.

Eine lange (noch bei Koyré) unbeachtet gebliebene Pointe jenes Mechanismus der Lüge als mentale Betriebsform jener Erlösungsgesellschaften war es, daß sich dieser Prozeß ab einer bestimmten Stufe gewissermaßen »subjektfrei« vollzieht, d. h. niemand war oder ist noch Herr der Lüge. Sartre hat diese Konstellation einmal zutreffend beschrieben: »Und glauben wir nur nicht, daß die leitenden Männer die Wahrheit kannten und verbargen: Die Wahrheit existierte ganz einfach nicht, und niemand verfügte über die Mittel, ihr auf die Beine zu helfen.«[17]

WIE ÜBERSTEHT MAN DEN SCHRECKEN?

Wie übersteht man diese Gegen-Welt des Terrors? Als man Ilja Ehrenburg einmal fragte, wie es komme, daß er, der Jude, Kosmopolit, Freund Bucharins, den Großen Terror überlebt hat, da konnte er nur die Achsel zucken – Zufall ...

---

17 Jean-Paul Sartre: Der Sozialismus, der aus der Kälte kam. In: Jean-Paul Sartre: Gesammelte Werke in Einzelausgaben. Politische Schriften. Bd. 6: Plädoyer für die Intellektuellen. Interviews, Artikel, Reden 1950–1973. Hrsg. von Vincent von Wroblewsky. Reinbek bei Hamburg 1995. S. 368. – Und: »Diese konfektionierten Menschen verkehrten untereinander nur durch die Vermittlung des dem Menschen entgegengesetzten anderen.« (ebenda. S. 363f.).

LUTZ-DIETER BEHRENDT

Die »roten Professoren« und der Große Terror

Zu den Personengruppen, die unter dem stalinistischen Terror der dreißiger Jahre besonders zu leiden hatten, gehörten die »roten Professoren«. So nannte man die Studenten und Absolventen der von 1921 bis zur Jahreswende 1937/1938 existierenden Institute der Roten Professur (IRP), die ursprünglich mit dem Ziel gegründet worden waren, den für die Umgestaltung von Hochschulwesen und Wissenschaft in Sowjetrußland notwendigen marxistischen Hochschullehrernachwuchs zu züchten. Damit war das IRP anfangs die ranghöchste und wissenschaftlich anspruchsvollste der Bildungsinstitutionen der Partei. Mit Erweiterung der Aufgabenstellung und mit der Bildung von Zweiginstituten Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre verloren diese Einrichtungen ihre Exklusivstellung und wurden zu gewöhnlichen Parteihochschulen, die nicht mehr vorrangig für die Wissenschaft, sondern für alle Bereiche von Staat und Gesellschaft marxistisch-leninistisch gebildete Parteikader zur Verfügung stellten.[1]

Die Zöglinge dieser Institution, im zeitgenössischen sowjetischen Sprachgebrauch auch als *Ikapisten* (nach der Abkürzung IKP für Institut Krasnoj Professury) bezeichnet, betrachteten sich als Elite der Parteiintelligenz und nahmen ab der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre einflußreiche Positionen im Partei- und Staatsapparat, an Hochschulen und in der Kommunistischen Akademie ein. Noch 1931 als »Stalinsche Rote Professur«[2] betitelt – herabsetzend gemeint vom Stalingegner L. D. Trotzki, als Anerkennung empfunden vom IRP-Direktor M. N. Pokrowski und von den Ikapisten selbst – gerieten sie wie andere Abteilungen

1 Zur Geschichte der IRP siehe Lutz-Dieter Behrendt: Die Institute der Roten Professur: Kaderschmieden der sowjetischen Parteiintelligenz (1921–1938). In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. 45(1997)4. S. 597–621.

2 Siehe Rede Pokrowskis auf der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag des IRP am 1. Oktober 1931. In: Pamjati Michaila Nikolaeviča Pokrovskogo (1868–1932). Moskau 1932. S. 60.

der sowjetischen Eliten seit 1932 zunehmend ins Visier der Organe des NKWD. Ihren Höhepunkt erreichten die Verfolgungen in den Jahren 1936 und 1937, als durch sie die Arbeitsfähigkeit der Institute für Rote Professur ernsthaft gefährdet wurde.

Von Ende 1936 bis September 1937 verloren fünf der acht in Moskau bestehenden IRP durch Verhaftungen ihren Direktor, das IRP für Geschichte sogar zweimal. Auf der Neujahrsfeier des Instituts am 30. Dezember 1936 wurde T. M. Dubynja, am 24. September 1937 sein Nachfolger V. I. Sejmal festgenommen.[3] Die übrigen verhafteten Direktoren waren I. W. Laptjew (AgrarIRP), S. S. Dinamow (IRP für Literatur), W. G. Knorin (Parteihistorisches IRP), Ja. L. Berman (IRP für Sowjetaufbau und Recht).[4] In diesem Institut ereilte dasselbe Schicksal auch den stellvertretenden Institutsdirektor L. I. Ratner und den Leiter des angeschlossenen Instituts für Fernstudium A. O. Mischel, der bereits am 15. Dezember 1936 erschossen wurde.[5] Im Parteihistorischen IRP und im IRP für Weltwirtschaft und Weltpolitik fielen die stellvertretenden Direktoren F. A. Anderson, P. Ja. Wiksne und S. T. Artejew ebenfalls der Verhaftungswelle zum Opfer.[6] Am Leningrader IRP verlor der stellvertretende Direktor für Lehre A. A. Palzew sein Amt wegen »Schädlingsarbeit an der theoretischen Front«.[7] Außer Dinamow, Knorin und Berman waren alle Genannten ehemalige Hörer der Institute der Roten Professur.

Die Verfolgung richtete sich nicht nur gegen die Institutsleitungen, sondern traf ebenso Studenten[8] und Lehrer der Institute, unter letzteren sowohl zahlreiche Absolventen der IRP als auch andere bewährte Kommunisten, z. B. am IRP für Sowjetaufbau und Recht E. B. Paschukanis,

---

3 Siehe A. N. Artizov: Sud'by istorikov školy M. N. Pokrovskogo (seredina 1930-ch godov). In: Voprosy istorii. Moskau (1994)7. S. 37f.

4 Siehe Auszüge aus Protokollen von Sitzungen des Präsidiums des ZEK der UdSSR vom 27. August und 27. September 1937. In: Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii. Moskau (im weiteren GARF). Fonds 7668. Opis 1. Delo 2. Blatt 101 und 135.

5 Siehe »Večernjaja Moskva« vom 24. Juli 1991. S. 2.

6 Siehe A. N. Artizov: Kritika M. N. Pokrovskogo i ego školy. (K istorii voprosa). In: Istorija SSSR. Moskau (1991)1. S. 108.

7 Siehe Personalliste des Leningrader IRP vom 1. November 1937. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 2403. Blatt 16–21.

8 Am 15. August 1936 wurde z. B. der IRP-Student des ersten Studienjahres A. A. Bussygin verhaftet und am 4. Oktober 1936 erschossen (siehe »Večernjaja Moskva« vom 17. Juli 1991. S. 2).

der eine wichtige Rolle im Präsidium der Kommunistischen Akademie gespielt hatte, oder den ehemaligen Volkskommissar für Justiz N. W. Krylenko.[9] Betroffen waren gleichfalls parteilose Professoren wie der Mediävist P. F. Preobrashenski am IRP für Geschichte, der Literaturprofessor Franz P. Schiller am IRP für Literatur oder einige Lehrer für ökonomische Geographie am Ökonomischen IRP.[10]

Einige Zahlen mögen das Ausmaß der Verhaftungen illustrieren. Am stärksten war der Aderlaß unter den Lehrkräften und Studenten der Institute, die ihren Direktor verloren hatten. Im Agrarinstitut der Roten Professur zählte der amtierende Parteisekretär in einer Parteiversammlung am 5. September 1937 namentlich neun »Volksfeinde« und weitere neun ehemalige Mitglieder der Parteiorganisation auf, die er als »Betrüger« der Partei brandmarkte. Das war ein Fünftel der Institutsparteiorganisation. In einer Seminargruppe waren fast alle Studenten festgenommen worden.[11] Zwischen Frühjahr 1936 und Herbst 1937 wurden zwölf Professoren und Dozenten aus der Liste des Lehrkörpers des AgrarIRP gestrichen, weil sie Repressalien zum Opfer gefallen waren, unter ihnen Akademiemitglied L. S. Margolin und die Ikapisten D. G. Lurje (Leiter des Lehrstuhls für Agrartheorie und -politik), A. I. Gajster (Seminarleiter für Agrartheorie), M. I. Kubanin (Leiter des Kurses »Agrarfrage im Kapitalismus«), M. G. Smirnow (Lehrstuhlleiter für Philosophie), W. S. Schewkin (Philosophielehrer) und I. A. Doroschew (Lehrer für politische Ökonomie).[12] Am IRP für Sowjetaufbau und Recht blieben fast keine Lehrer übrig.[13]

---

9 Siehe Personalliste des IRP für Sowjetaufbau und Recht vom 1. Mai 1936. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 1881. Blatt 33–36.

10 Siehe Personalliste des IRP für Ökonomie vom 1. Mai 1936 (mit entsprechenden Streichungen). In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 1881. Blatt 42–46.

11 Siehe Stenogramm der geschlossenen Parteiversammlung des Agrarinstituts zur Lage in der Parteiorganisation des AgrarIRP (5.–9. September 1937). In: Central'nyj Archiv Obščestvennvych dviženij goroda Moskvy. Moskau (im weiteren CAODM). Fonds 474. Opis 1. Delo 119. Blatt 4 und 28.

12 Siehe Personallisten des AgrarIRP mit entsprechenden Streichungen vom 1. Mai 1936 und 10. Mai 1937. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 1881. Blatt 4–8. – Ebenda. Delo 2401. Blatt 10–13.

13 Von den 13 Hochschullehrern, die am 9. Oktober 1935 mit sehr positiven Beurteilungen der Attestationskommission des staatlichen Gelehrtenkomitees der UdSSR zur Berufung bzw. Bestätigung als Professor vorgeschlagen worden waren, unterrichteten Mitte 1937 noch zwei am IRP für Sowjetaufbau und Recht. Nur drei neue Lehrkräfte – S. S. Krawtschuk, N. N. Kumykin und A. M. Lwow, alle Absolventen des

Aus Furcht vor weiteren Verfolgungen verweigerten verschiedene Kandidaten den Einsatz an diesem Institut.[14] Von den Hochschullehrern des IRP für Geschichte wurden 1936 S. S. Piontkowski und die Ikapisten G. S. Fridljand, N. N. Wanag (Lehrstuhlleiter für Geschichte Rußlands und der UdSSR), T. M. Dubynja (Lehrstuhlleiterin für allgemeine Geschichte) und F. A. Gorochow (Lehrstuhlleiter für Philosophie) verhaftet. A. M. Pankratowa, ebenfalls eine Ikapistin, wurde »wegen Vernachlässigung der Wachsamkeit« am 27. August 1936 aus der Partei ausgeschlossen und nach Saratow verbannt.[15] 1937 folgten die Verhaftungen von Preobrashenski und des parteilosen Professors für chinesische Sprache Tschi Schisi sowie der Ikapisten I. W. Frolow, P. S. Drosdow, D. Ja. Kin und W. I. Sejmal. Der Lehrkörper war damit innerhalb von knapp zwei Jahren fast völlig aufgelöst.[16] Als einziger Ikapist blieb I. I. Minz am Institut. Dazu kamen die parteilosen Historiker B. D. Grekow, F. W. Potjomkin und M. W. Netschkina – sie hatte Mitte der zwanziger Jahre als »freie Hörerin« Seminare am IRP besucht – sowie IRP-Absolventen der Jahre 1936 (P. M. Fedossow) und 1937 (N. D. Bogoljubow, N. N. Jakowlew) sowie ein Student des dritten Studienjahres (E. T. Jurtschik), der den wegen der unerquicklichen Situation in seiner Abteilung zurückgetretenen Leiter der Ostabteilung des Instituts S. N. Rostowski, der erst 1935 nach Beendigung des Leningrader IRP an das Institut gekommen war, ersetzte.[17]

IRP für Sowjetaufbau und Recht in den Jahren 1931 und 1932 – waren eingestellt worden (siehe Listen der Lehrer vom 9. Oktober 1935 und 10. Mai 1937. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 2450. Blatt 2–5. – Ebenda. Delo 2401. Blatt 30–31).

14 Siehe S. M. Dubrovskij: Stenogramma vystuplenija po povodu 40-letija so dnja sozdanija Instituta Krasnoj Professury. In: Russkaja Gosudarstvennaja Biblioteka. Otdel Rukopisej. Moskau (im weiteren RGB OR). Fonds 797. Kartoteka 10. Edinica chranenija 18. Blatt 15f.

15 Siehe L. Derbov: »Bez prava zanimat'sja naučnoj dejatel'nost'ju«. In: Gody i ljudi. Vyp. 7. Saratow 1992. S. 102-126.

16 Siehe Personallisten des IRP für Geschichte vom 1. Mai 1935, 1. Mai 1936 und 10. Mai 1937. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 2308. Blatt 80–93. – Ebenda. Delo 1881. Blatt 16f. – Ebenda. Delo 2401. Blatt 15-20.

17 Siehe Arbeitsplan des IRP für Geschichte (November 1937 bis Januar 1938). In: GARF. Fonds R-5284. Opis 1. Delo 135. Blatt 272–276. – Protokoll der Sitzung des Lehrstuhls für Geschichte der UdSSR des IRP für Geschichte vom 22. Oktober 1937. In: Archiv Rossijskoj Akademii Nauk. Moskau (im weiteren ARAN). Fonds 638. Opis 2. Delo 53. Blatt 4f.

Im Parteihistorischen IRP wurden im Juni 1937 zusammen mit dem Direktor die Lehrer N. M. Wojtinski und A. I. Urasow, beide selber Zöglinge dieses Instituts, verhaftet.[18] Aus dem IRP für Weltwirtschaft und Weltpolitik schieden innerhalb von vier Monaten (1. September bis 31. Dezember 1936) sieben Lehrer aus, darunter die »roten Professoren« E. I. Gurwitsch und G. S. Roginski. Mitte 1937 folgte ihnen der Ikapist I. W. Murugow.[19] Im Ökonomischen IRP verringerte sich die Zahl der Lehrer zwischen 1936 und 1937 um sechzehn.[20] Das Leningrader IRP verlor durch Verhaftungen u. a. die Lehrstuhlleiter für Geschichte der Neuzeit und für Ökonomie, S. S. Bantke und G. W. Kascharski, sowie die Geschichtsprofessoren S. M. Dubrowski und S. B. Losinski und die Philosophielehrer W. N. Ralzjewitsch und G. S. Tymjanski, allesamt frühere IRP-Absolventen.[21] Nur im IRP für Philosophie, seit 1932 geleitet von dem »roten Professor« P. F. Judin, der 1930 führend am Kampf gegen die Deborin-Schule beteiligt war, gab es 1937 fast keine Veränderungen im Lehrkörper.[22]

Die Verfolgungen trafen aber nicht nur diejenigen Ikapisten, die an den IRP lehrten. Von den rund hundert Historikerabsolventen des IRP zwischen 1924 und 1930 wurde über die Hälfte in der zweiten Hälfte der

---

18 Siehe A. N. Artizov: Sud'by istorikov školy M. N. Pokrovskogo (seredina 1930-ch godov). In: Voprosy istorii. Moskau (1994)7. S. 37.

19 Siehe Brief I. P. Korenjewskis, des Gehilfen des stellvertretenden Direktors für Lehre, an das Staatliche Gelehrtenkomitee der UdSSR (26. Februar 1937). In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 2401. Blatt 27. – Personalliste des IRP für Weltwirtschaft und Weltpolitik vom 10. Mai 1937. In: Ebenda. Blatt 33f.

20 Unter ihnen waren die Ikapisten A. L. Awenir, S. S. Balsak, A. M. Kasanski, S. S. Pitschugin und W. S. Schewkin (siehe Personallisten des Ökonomischen IRP vom 1. Mai 1936 und 1. November 1937. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 1881. Blatt 42–48. – Ebenda. Delo 2403. Blatt 11–13).

21 Siehe Personallisten des IRP Leningrad vom 1. Mai 1936 und 1. November 1937. In: GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 1881. Blatt 50–60. Ebenda. Delo 2403. Blatt 16–21.

22 Die Personallisten des IRP für Philosophie vom 1. Mai 1936 und vom 10. Mai 1937 sind im Unterschied zu allen anderen IRP fast identisch (siehe GARF. Fonds 7668. Opis 1. Delo 1887. Blatt 38–40. – Ebenda. Delo 2401. Blatt 38–39).

23 Von 101 Absolventen (drei waren bereits verstorben, einer hatte die Sowjetunion verlassen) waren nach Ermittlungen des Autors, die alle verfügbaren Nachrichten über das Schicksal der in der Liste der Absolventen der Historischen Abteilung (siehe GARF. Fonds R-5284. Opis 1. Delo 139. Blatt 1–3) aufgeführten Ikapisten berücksichtigen, mindestens 50 von den Repressalien betroffen. Wenn diese Berechnungen auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, so scheinen sie doch der

dreißiger Jahre von Repressivmaßnahmen erfaßt.[23] Die Skala der Verfolgungen reichte von Parteiausschluß und ideologischem Druck über Ablösung von Funktionen, Umsetzung in weniger prestigeträchtige Bereiche, Entlassung und Berufsverbot bis zu Verhaftung, Lager, Verbannung und Erschießung, wobei die Zahl der Todesopfer groß war. Von den 1936/1937 im IRP für Geschichte verhafteten Lehrern überlebte niemand. Von den ersten 52 »roten Professoren« – Philosophen, Ökonomen und Historiker – die 1924 das IRP verließen, waren 42 der 49 Mitte der dreißiger Jahre noch Lebenden Repressalien ausgesetzt. Nur sieben von ihnen kehrten zurück.[24]

Ohne auf weitere Zahlen einzugehen, sei nur soviel betont, daß die größten Kontingente unter den verfolgten »roten Professoren« Ökonomen, Philosophen und Historiker stellten. Aber auch Absolventen des IRP für Naturwissenschaft (vor allem Genetiker wie I. I. Agol und W. N. Slepkow, die Physiker B. M. Gessen und L. M. Rubanowski, die Mediziner R. E. Jakson, N. N. Nikitin, I. S. Surta und Ja. M. Uranowski sowie der Chemiker B. M. Schpenzer), Agrarwissenschaftler (A. I. Gajster, M. I. Kubanin und Ja. P. Nikulichin), Rechtswissenschaftler (A. A. Alymow, A. I. Angarow, M. N. Dotschenko, O. P. Dsenis und M. E. Klimow) oder Literaten, die das IRP für Literatur besucht hatten (W. P. Surowkin, B. G. Resnikow, W. M. Kirschon, L. L. Awerbach, P. M. Aristowa, Hugo Huppert), waren Repressalien unterworfen.

Wenn man weiß, daß die »roten Professoren« Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre als Vorkämpfer für den Marxismus-Leninismus im Auftrag der KPdSU(B) maßgeblich an der Zerschlagung der bürgerlichen Wissenschaft beteiligt waren und mit ihrer klassenkämpferischen Polemik oft auch Argumente für die physische Vernichtung der nichtmarxistischen Professoren geliefert hatten, z. B. gegenüber den Hi-

---

Wahrheit näherzukommen als andere, nicht näher belegte Aussagen, die den Anteil der Repressierten unter den über 200 am IRP ausgebildeten Historikern mit etwa zwei Drittel angeben (siehe G. Gerasimenko: Bez viny vynovatye. In: »Literaturnaja gazeta«. Moskau vom 29. November 1989. S. 12. – V. A. Kumanev: 30-e gody v sud'bach otečestvennoj intelligencii. Moskau 1991. S. 82). Dieser Prozentsatz wird selbst dann nicht erreicht, wenn man die Verfolgungen der Nachkriegszeit in die Berechnungen einbezieht, da von den Historikern der Absolventenjahrgänge 1931 bis 1937 nach meinen Berechnungen nur etwa zehn Pozent den Repressalien zum Opfer fielen.

24 Siehe S. M. Dubrovskij: Stenogramma vystuplenija po povodu 40-letija so dnja sozdanija Instituta Krasnoj Professury. In: RGB OR. Fonds 797. Kartoteka 210. Edinica chranenija 18. Blatt 15.

storikern und Agrarwissenschaftlern,[25] erscheint die Verfolgung und teilweise Liquidierung der mit großem Aufwand an einem privilegierten Institut ausgebildeten Ikapisten schwer verständlich. Meines Erachtens ging es darum, durch den Terror der dreißiger Jahre die absolute Hörigkeit der Gesellschaftwissenschaftler gegenüber den jeweils aktuellen Forderungen und ideologischen Losungen der Parteiführung unter Stalin durchzusetzen und selbständiges Denken zu unterbinden. Das wird auch deutlich, wenn man untersucht, wen von den »roten Professoren« es getroffen hat und wen nicht. Auf den ersten Blick ist dabei keine Regel festzustellen, bei näherem Hinsehen werden jedoch einige Faktoren sichtbar, die zur Grundlage der Anklagen genommen oder mindestens im Hintergrund berücksichtigt wurden. Am gefährdetsten waren diejenigen, in deren Biographie sich verschiedene dieser Momente finden ließen.

Verdächtig waren von vornherein alle, die früher Mitglieder anderer linker Parteien (Menschewiki, Menschewiki-Internationalisten, Sozialrevolutionäre, Bund, Poalej-Zion, Anarchisten) gewesen waren, in ihrer Parteilaufbahn jemals oppositionelle Gruppierungen unterstützt oder bereits Parteistrafen erhalten hatten. Es war deshalb nicht zufällig, daß gerade der erste Absolventenjahrgang des IRP besonders stark den Repressalien ausgesetzt war, denn von diesen 52 Ikapisten hatten 21 vor ihrem Eintritt in die bolschewistische Partei anderen Parteien angehört, und 20 waren während ihres Studiums in »akademischen« und Parteisäuberungen zeitweilig aus der Partei bzw. aus dem IRP ausgeschlossen worden.[26]

Ebenso häufig waren die Bekanntschaft mit bereits Verhafteten oder familiäre Bindungen zu Verfolgten ein Verhaftungsgrund. Das betraf z. B. die Frauen von Bucharin (Gurwitsch) und von Jagoda (I. L. Awerbach), die am IRP Ökonomie bzw. Sowjetrecht studiert hatten.

Die tatsächliche oder vermeintliche Zugehörigkeit zu bestimmten wissenschaftlichen Schulen war ein weiterer Risikofaktor. Die Schüler Bucharins aus dem IRP wurden seit 1928/1929 kritisiert, bereits 1932

25 Siehe z. B. Klassovyj vrag na istoričeskom fronte. Doklady G. Zajdelja i M. Cvibaka o Tarle i Platonove i ich školach i prenija na ob"edinennom zasedanii Instituta istorii pri LOKA i leningradskogo otdelenija Obščestva istorikov-marksistov. Moskau, Leningrad 1931. – S. M. Dubrowskis Zusammenfassung seines eigenen Auftretens »gegen bürgerliche Theorien in der Agrarfrage« siehe RGB OR. Fonds 797. Opis 9. Delo 1. Blatt 21–40.

26 Einschätzung der Hörer des dritten Studienjahres des IRP vom Juni 1923 und vom Februar 1924. In: GARF. Fonds R-5284. Opis 1. Delo 102. Blatt 1–43.

erstmals verhaftet und zwischen 1936 und 1941 hingerichtet. Zu ihnen gehörten die Ikapisten A. Ju. Ajchenwald, P. K. Alexandrow, W. N. Astrow, E. W. Tschetlin, N. A. Karew, A. I. Karmalitow, W. W. Kusmin, D. P. Marczki, S. N. Radin, P. F. Saposhnikow, A. N. Slepkow, W. N. Slepkow, A. D. Sajzew und L. T. Shirow,[27] ferner E. S. Goldenberg, D. P. Rosit und A. I. Stezki.[28] Die oben genannten repressierten Historiker wurden der Pokrowski-Schule zugerechnet, obwohl sie teilweise Opponenten und Kritiker Pokrowskis waren. Entscheidend war, daß sie im IRP oder in der RANION seine Seminare und Vorlesungen besucht hatten bzw. unter seiner Leitung in diesen Institutionen, in der Kommunistischen Akademie oder in der Gesellschaft der marxistischen Historiker gearbeitet hatten.[29] Alle Philosophen der Deborin-Schule – die Ikapisten G. F. Dmitrijew, Ch. I. Garber, S. L. Gonikman, W. A. Jurinez, N. A. Karew, I. W. Podwolozki, Ja. E. Sten, G. S. Tymjanski, S. F. Wassiljew und I. K. Luppol – unterlagen Repressalien, die außer Deborin selbst niemand überlebte.[30] Es traf auch Schüler des Ökonomen I. I. Rubin und des Literaturwissenschaftlers P. F. Perewersew (z. B. I. M. Bespalow), die ebenfalls im IRP unterrichtet hatten.

Auffällig ist die große Anzahl repressierter Ikapisten, die im Rahmen ihres Studiums oder auf Forschungsreisen, als Teilnehmer internationaler Kongresse oder auch als Mitarbeiter der Komintern und der Kommunistischen Jugend-Internationale bzw. als Diplomaten im Ausland gewesen waren.[31]

---

27 Sie wurden im Fall der sogenannten parteifeindlichen konterrevolutionären Gruppe der Rechten Slepkow und andere (»Bucharin-Schule«) 1933 verurteilt (siehe Protokol No. 10 zasedanija Komissii Politbjuro CK KPSS po dopolnitel'nomu izučeniju materialov, svjazannych s repressijami, imevšimi mesto vo period 30-40-ch i načala 50-ch godov. In: Izvestija CK KPSS. Moskau (1990)2. S. 32–34). Von ihnen überlebte nur Astrow.

28 Siehe Stiven Koėn: Bucharin. Političeskaja biografija 1888–1938. Moskau 1988. S. 261.

29 Siehe A. N. Artizov: Sud'by istorikov školy M. N. Pokrovskogo (seredina 1930-ch godov). In: Voprosy istorii. Moskau (1994)7. S. 34–48.

30 Siehe I. Jachot: Podavlenie filosofii v SSSR (20-e 30-e gody). In: Voprosy filosofii. Moskau (1991)9–11. Luppol wurde erst im Februar 1941 verhaftet und starb 1943 im Lager.

31 Von 234 namentlich von mir erfaßten Ikapisten, die Repressalien unterworfen waren, hatten 77 längere oder kürzere Auslandsaufenthalte hinter sich. Das war die Hälfte der 148 Ikapisten, die in den zwanziger und dreißiger Jahren zeitweilig im Ausland waren.

Die zeitweilige Konzentration der Verfolgung auf bestimmte Nationalitäten machte auch um die IRP keinen Bogen. Die Repressalien gegen polnische Kommunisten führten 1937 beispielsweise zum Parteiausschluß und zur Verhaftung polnischer Studenten im AgrarIRP. Die Studentin Awishen erklärte in den Auseinandersetzungen um ihre Person, man ziehe sie nur deshalb zur Verantwortung, weil sie Polin sei.[32] Ebenfalls verhaftet wurden die polnischen IRP-Absolventen T. F. Dombal (Vizepräsident der Belorussischen Akademie der Wissenschaften), W. A. Gostinskaja (Dozentin für allgemeine Geschichte am IML in Gorki) und A. L. Awenir (Philosophielehrer am IRP für Ökonomie).[33] Der polnischen Ikapistin Jadwiga Siekierska, Philosophielehrerin am IRP für Literatur wurde der wissenschaftliche Grad aberkannt. Nicht zufällig erfolgte auch die Erschießung des am Leningrader IPR tätigen deutschen Ökonomielehrers Peter Löwen (Lewen) zusammen mit zahlreichen anderen deutschen Sowjetbürgern im November 1937.[34] Relativ groß war auch die Zahl von Ikapisten lettischer Nationalität, die von den Repressalien betroffen wurden. Zu ihnen gehörten außer den schon erwähnten Dsenis, Jakson, Rosit, Sten, Wanag, Wiksne und Sejmal der Parteihistoriker Ja. M. Krumin (Pilat), der Rußlandhistoriker O. A. Lidak sowie die Ökonomen Ja. K. Mergin und K. P. Soms (Kaufmanis).

Ikapisten in bestimmten herausgehobenen Positionen wurden besonders häufig Repressalien unterworfen. Einige Beispiele seien genannt: die Dekane der Historischen Fakultäten an den in Leningrad (G. S. Sajdel und sein Nachfolger S. M. Dombrowski), Moskau (Fridljand), Kasan (N. N. Jelwow) und Baku (B. N. Tichomirow) sowie am Pädagogischen Institut Swerdlowsk (N. E. Sastenker), die Direktoren des Moskauer Instituts für Geschichte, Philosophie und Literatur A. G. Prigoshin, des Historisch-Archäologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR S. G. Tomsinski, des Narimanow-Instituts für Orientalistik A. S. Gambarow, des Smolensker Instituts E. Ja. Gasganow, der Rektor der Staatlichen Universität in Gorki L. A. Mankowski, die Ersten

32 Siehe Stenogramm der geschlossenen Parteiversammlung des Agrarinstituts zur Lage in der Parteiorganisation des AgrarIRP (5.–9. September 1937). In: CAODM. Fonds 474. Opis 1. Delo 119. Blatt 4 und 8.

33 Siehe Vozvraščennye imena. Sotrudniki AN Belarusi postradavšie v period stalinskich repressij. Minsk 1992. S. 43. - Zabveniju ne podležit. Neizvestnye stranicy nižegorodskoj istorii (1918-1984 gody). Bd. 2. Nishni Nowgorod 1994. S. 403.

34 Siehe Neues Leben. Moskau (1998)2. S. 5.

Sekretäre der Gebietsparteikomitees von Nordossetien (K. S. Butajew), Moskau (A. I. Ugarow), Alma-Ata (K. V. Tabolow), Dagestan (N. M. Samurski) und der ASSR der Wolgadeutschen (Ch. Ch. Horst), der Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda im ZK der KPdSU(B) A. I. Stezki, die Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der Belorussischen SSR P. O. Gorin und I. S. Surta, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Usbekischen SSR S. Segisbajew; der Vorsitzende der Plankommission L. E. Marjasin, der Vorsitzende der Leitung der Staatsbank S. L. Kruglikow und sein Stellvertreter N. S. Berjosin, der Vorsitzende der Zentralverwaltung für Statistik I. A. Krawal.

Die Repressalien gegenüber den Ikapisten führten zu großer Unsicherheit unter Studenten und Lehrkräften in den IRP. Eine Atmosphäre des Mißtrauens und gegenseitiger Beschuldigungen breitete sich aus. In tagelangen Parteiversammlungen wurde die sogenannte Schädlingsarbeit der als angebliche »Volksfeinde« entlarvten Lehrer analysiert. Die Studenten des AgrarIRP, an dem schon dreimal ohne ihr Zutun das NKWD »Volksfeinde« aufgespürt hatte, stellten sich die Frage, ob es eine Garantie dafür gäbe, daß nicht »nach einigen Wochen oder Monaten oder sogar noch früher« erneut eine Versammlung mit der Mitteilung neuer Verhaftungen stattfinden werde. Völlig verunsichert fragten sie, »wie man das Wissen bewerten sollte«, das die Lehrer ihnen vermittelt hatten. Man könne nichts für die Prüfungen verwenden. Alles sei Ausschuß.[35] In den einzelnen Instituten wurden die Studenten beauftragt, die Vorlesungsmanuskripte und -stenogramme ihrer Lehrer auf antimarxistische und parteifeindliche Thesen hin zu durchforsten und ihre Ergebnisse öffentlich mitzuteilen.[36]

Die Professoren, die von Verhaftungen verschont blieben, waren dennoch in Angst und Schrecken versetzt, da sie jederzeit allein schon für die Bekanntschaft mit den Verhafteten und Verurteilten zur Rechenschaft gezogen werden konnten. So tauchten in der Anklage gegen Dubrowski wegen »Teilnahme an einer trotzkistisch-terroristischen Verschwörung im Moskauer IRP für Geschichte« nicht nur die Namen der

35 Siehe Stenogramm der geschlossenen Parteiversammlung des Agrarinstituts zur Lage in der Parteiorganisation des AgrarIRP (5.–9. September 1937). In: CAODM. Fonds 474. Opis 1. Delo 119. Blatt 48 und 76R.

36 Siehe Stenogramm der Beratung im IRP für Geschichte zu Methoden der Schädlingsarbeit an der historischen Front am 31. Oktober 1937. In: ARAN. Fonds 638. Opis 1. Delo 188. Blatt 17–55.

Verurteilten, sondern auch die der sich in Freiheit befindenden Ikapisten I. I. Minz, F. D. Kretow und I. W. Kusnezow auf.[37] Die in Lehre und Forschung verbleibenden »roten Professoren« wurden unter diesem lebensbedrohlichen Druck – oft unter Aufgabe früherer Positionen und Überzeugungen – zu bedingungslosen Erfüllungsgehilfen der Stalinschen ideologischen Richtlinien in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. A. W. Schestakow, einer der engsten Mitarbeiter Pokrowskis in der Gesellschaft der marxistischen Historiker, wurde zwar 1936 kurzzeitig aus der Partei ausgeschlossen, nach seiner Wiederaufnahme aber im Herbst 1937 als Lehrstuhlleiter für Geschichte der UdSSR an das von Hochschullehrern weitgehend entblößte IRP für Geschichte gesandt. In einem ausgedehnten Referat »Über die Schädlingsarbeit am IRP für Geschichte« am 31. Oktober 1937 nannte er als entscheidende Ursache dafür, daß in sehr viele große historische Institutionen, darunter auch in das IRP, »Volksfeinde« in die Leitung oder zumindestens zum Halten von Vorlesungen vorgedrungen seien, daß aus dem Stalin-Brief von 1931 an die »Proletarskaja revoljucija« und aus den Bemerkungen Stalins, Kirows und Shdanows zu den Geschichtslehrbüchern aus den Jahren 1934/1936 nicht die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen wurden. Die Auseinandersetzung sei nur mit dem verstorbenen Pokrowski geführt worden, die lebenden Anhänger seiner Schule hätten aber die Fehler unbehelligt weitergeführt.[38]

Die durch die Repressalien hervorgerufene Desorganisation des Studienbetriebs und der eklatante Lehrermangel haben sicher zu der überraschenden Auflösung der IRP im Januar 1938 – mitten im Studienjahr – beigetragen. Die unrühmliche Auflösung der Institute der Roten Professur führte dazu, daß fast zwanzig Jahre lang in der Sowjetunion ihre Rolle in der Übergangsperiode de facto verschwiegen wurde.

Wenn auch die größte Welle von Repressalien gegen die Ikapisten vorüber war, setzten sie sich doch auch in den Folgejahren fort. Es kam auch in den vierziger Jahren zu weiteren Opfern unter den »roten Professoren«. Einige der prominentesten seien genannt: der Leiter der sowjetischen Kriegswirtschaft und stellvertretende Ministerpräsident der

37 Siehe Antrag S. M. Dubrowskis auf Rehabilitierung aus dem Jahre 1937. RGB OR. Fonds 797. Opis 1. Delo 36. Blatt 2.

38 Siehe A. W. Schestakow: Methoden der Schädlingsarbeit an der historischen Front (31. Oktober 1937). In: ARAN. Fonds 638. Opis 1. Delo 188. Blatt 1R und 2. – Autobiografie A. W. Schestakows (1937). In: Ebenda. Opis 2. Delo 1. Blatt 1R.

UdSSR, N. A. Wosnessenski, die Ökonomin R. S. Lewina, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften, der Genetiker R. Ja. Shebrak, Präsident der Akademie der Wissenschaften der Belorussischen SSR, oder die Schriftsteller W. A. Astrow, A. Isbach und A. I. Sonin.

Während also durch die stalinistischen Verfolgungen die erste Generation von Ikapisten, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in leitende Positionen der Sowjetunion aufgestiegen waren, mit geringen Ausnahmen ihren Einfluß, oft auch ihr Leben verloren, begannen andererseits gerade in den dreißiger Jahren, in der Periode des Großen Terrors, einige Ikapisten – unter ihnen M. A. Suslow, B. N. Ponomarjow, P. N. Pospelow, L. F. Iljitschjow, A. Ja. Pelsche, B. M. Mitin, P. F. Judin, F. W. Konstantinow, B. M. Kedrow und I. I. Minz – ihre steile Karriere, die sie bis in die Spitzengremien der Kommunistischen Partei und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR führen sollte, wo sie besonders in den fünfziger und sechziger Jahren, teilweise sogar bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein wichtige ideologische und wissenschaftspolitische Positionen besetzten und die politisch-ideologische Atmosphäre der Sowjetunion maßgeblich prägten.[39]

39 Ausführlich dazu siehe Lutz-Dieter Behrendt: Der Nachlaß der »Roten Kaderschmiede«. Absolventen des Instituts der Roten Professur im öffentlichen Leben Rußlands nach dem Großen Terror. In: Intellektuelle Professionen: Ein Vergleich zwischen NS-Deutschland und Rußland unter Stalin (erscheint 1999 in Tübingen).

ANDREAS EICHLER

Transformation vom »unorganisierten Kapitalismus« zur »organisierten Planwirtschaft«? oder Ist eine Bucharin-Kritik nach dem 15. März 1938 noch möglich?

ERSTENS

Es ist das Schicksal jedes Theoretikers, daß sein Werk der Kritik unterzogen wird. Allein der Umstand, daß für die Verurteilung und Ermordung von Nikolai Bucharin die Anklage als theoretische Kritik verkleidet wurde und daß Stalin Elemente der Leninschen Kritik an Bucharins »Ökonomik der Transformationsperiode« für seine Zwecke mißbrauchen ließ, erhellt die Besonderheit dieses Schicksals. Verbietet sich danach eine Bucharin-Kritik, vor allem eine Erinnerung an die Leninsche Kritik an der »Ökonomik der Transformationsperiode« nicht von selbst? Nein, denn nicht jede Bucharin-Kritik ist eine stalinistische, die Leninsche Kritik an der »Ökonomik der Transformationsperiode« schon gar nicht. Diese wurde selbst noch in der DDR lediglich »marginal« behandelt.

Die Frage ist, unter welchen konkreten Bedingungen die theoretische Auseinandersetzung zwischen Lenin und Bucharin zustande kam, ob vielleicht in der Leninschen Kritik von linken Illusionen »Unabgegoltenes« in der Geschichte des Sozialismus zu finden ist, und ob nicht gerade das Festhalten an linken Illusionen zum Stalinschen Terror führte?

ZWEITENS

Noch im Februar 1917 waren die Bolschewiki mit 24.000 Mitgliedern nur eine zahlenmäßig kleine Partei. Anders als andere sozialdemokratische Parteien verfügte sie aber seit 1905/1907 über Erfahrungen in Bündnissen mit der Bauernschaft und dem liberalen Bürgertum im Rahmen des »Linksblockes«. Erst im Sommer 1917 formierte sich eine Interes-

senübereinstimmung zwischen der Mehrheit des russischen Volkes und den Bolschewiki, weil sich alle anderen politischen Kräfte verschlissen hatten und nicht mehr auf die entscheidenden Forderungen der Mehrheit nach Beendigung des Weltkrieges und Bodenreform eingehen konnten. Nur noch durch »Schritte in Richtung Sozialismus« konnten 1917 diese demokratischen Ziele realisiert werden. Die Revolution war insofern keine Verwirklichung einer Utopie, sondern ein konkreter Ausweg aus dem mörderischen Weltkrieg, der »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« (Georg F. Kennan), zu dem die Eliten der europäischen Mächte und der USA zu diesem Zeitpunkt aus eigener Kraft nicht fähig waren.[1] Die Bolschewiki vermochten 1917 den Kampf um Demokratie mit dem Kampf um Sozialismus zu vereinigen. Diese punktuelle Interessenübereinstimmung brachte einen großen Enthusiasmus hervor. Mit relativer Leichtigkeit wurden im Oktober 1917 die Bastionen der alten Macht erobert. Dies deutet darauf hin, daß der Machtwechsel schon vor dem »Sturm auf das Winterpalais« erfolgte, daß diese militärischen Operationen vor allem symbolische Bedeutung für die weitere Entwicklung hatte.[2]

Im März 1918 kritisierte Lenin die »linken Kommunisten«, die aus der Leichtigkeit des Sieges die »heroische« Illusion eines direkten, unmittelbaren, kurzen Weges zum Kommunismus ableiteten und theoretisch zu begründen versuchten. Die Entstehung solcher Illusionen sah Lenin als Begleiterscheinung des historischen Prozesses an. Er kritisierte das »Festhalten« an diesen Illusionen. Insofern sprach er von »intellek-

1 Mittlerweile wurde auch der exakte Nachweis darüber erbracht, daß der deutsche Generalstab zu Beginn des Ersten Weltkrieges wußte, daß, wenn sich Deutschland für den Krieg entscheidet, daraus ein langer, blutiger Zweifrontenkrieg wird und daß, wenn dies eintritt, dann die Niederlage zwangsläufig erfolgen wird. »Selbstmord aus Angst vor dem Tode« nennt der Historiker Stig Förster dieses Verhaltensmuster der Eliten des deutschen Kaiserreiches (siehe Interview von Claus Baumgart mit Stig Förster. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 24./25. September 1994).

2 Siehe Michel Foucault: Was ist Aufklärung? Was ist Revolution? – 1983 gehaltene Vorlesung. In: »tageszeitung«. Berlin vom 2. Juli 1984. – Umberto Eco bezog sich zustimmend auf diese Position von Foucault und versuchte noch einen Schritt weiter zu gehen: »In der Macht gibt es nie einen Unterschied zwischen Reform und Revolution, weil Revolution der Moment ist, in dem ein langer und langsamer Umstrukturierungsprozeß schließlich [...] eine Katastrophe [...], eine plötzliche Wende (erleidet) [...] Revolutionen wären dann, so gesehen, die Katastrophen langsamer Reformbewegungen, ganz unabhängig vom Willen der Subjekte; Zufallsergebnisse einer Endkomposition von Kräften, die einer seit langem herangereiften Strategie symbolischer Umstrukturierung gehorcht.« (Umberto Eco: Die Sprache, die Macht und die Kraft. In: Umberto Eco: Über Gott und die Welt. München 1987. S. 282).

tuellen ›Übermenschen‹« in der Partei, die Kampf um Demokratie und Kampf um Sozialismus einfach gleichsetzten und nicht beachteten, daß die bäuerliche Bevölkerung die Bolschewiki nur unterstützte, weil diese den Krieg zu beenden vermochten und die Bodenreform realisierten. Die Bauern könnten aber nicht für den Sozialismus sein, weil sie gar nicht wüßten, was Sozialismus ist.[3]

Lenin versuchte in diesem Zusammenhang 1918, nach dem Sowjetrußland vom Deutschen Kaiserreich die drakonischen Friedensbedingungen von Brest, verbunden mit einer gnadenlosen Demütigung des russischen Volkes, aufgezwungen wurden, die Aufmerksamkeit auf den friedlichen Aufbau und die Notwendigkeit einer Neubegründung der Bündnisbeziehungen zu lenken. Die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken begründete er auch mit den politischen Zielen der Ergreifung der Macht zum Zwecke der Beendigung des Krieges. Als nächste Aufgaben bezeichnete er strenge Rechnungsführung über die Produktion und tatsächliche Vergesellschaftung, d. h. nicht nur formelle Verstaatlichung.[4]

Allerdings brach noch im Jahre 1918 die Gewalt der Interventionskriege und des Bürgerkrieges über Sowjetrußland herein. Die an der Regierung beteiligten linken Sozialrevolutionäre, die die Bedingungen des Brester Friedens als unerträglich empfanden, gingen zusätzlich mit massivem Terror gegen die Repräsentanten des Friedensschlusses vor. Der deutsche Botschafter Graf Mirbach und Vertreter der Bolschewiki wurden von ihnen ermordet, Lenin bei mehreren Attentatsversuchen schwer verwundet. Ähnlich wie nach 1789 den »alten Mächten« fiel den westlichen Demokratien 1918 nichts besseres ein, als die unerwartete Entwicklung in Sowjetrußland mit plumper militärischer Gewalt liquidieren zu wollen. Gegen ihre ursprünglichen Zielsetzungen der Demobilisierung, an die die Erfolge von 1917 geknüpft waren, begannen die Bolschewiki mit dem Aufbau einer Armee und der systematischen Verteidigung. Gegen die Interventionsstreitkräfte wurde ein System der Kriegswirtschaft etabliert, das mit einer völligen Unterordnung des Lebens unter die Erfordernisse des Krieges, der Außerkraftsetzung des Geldverhältnisses, der Zuweisung von Nahrung und der Beschlagnahmung von bestimmten

3 Siehe W. I. Lenin: Siebenter Parteitag der KPR(B): Referat über Krieg und Frieden. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 79.

4 Siehe W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 231.

Gütern, d. h. mit einer extremen Militarisierung der Gesellschaft verbunden war.

Dieses spezifische Stadium Sowjetrußlands wurde von breiten Kreisen der linken Kommunisten, die zum Kampf um eine neue Gesellschaft angetreten waren, aber nicht wußten, wie diese aussehen sollte, mit der neuen Gesellschaft gleichgesetzt. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht. Der Ausdruck »Kriegskommunismus« ist konzentrierter Ausdruck dieser unmittelbaren Identifikation.

DRITTENS

Nur durch die Fähigkeit der »totalen Mobilisierung« und Militarisierung, Verhaltensmustern, die der erste Weltkrieg hervorbrachte, vermochte sich die junge Sowjetmacht gegen eine Übermacht von Feinden zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Im Jahre 1920 zeichnete sich der Übergang von den Interventions- und Bürgerkriegen zum friedlichen Aufbau bereits ab. Die bisherige Politik der Kriegswirtschaft verlor an Wirksamkeit. Anzeichen einer Krise waren spürbar. Deshalb unterstützte Lenin Bucharin grundsätzlich in seiner Arbeit zur Analyse der neuesten Entwicklung. Auch deshalb nahm er Bucharins Arbeit »Ökonomik der Transformationsperiode«[5] nach dem Erscheinen sofort zur Kenntnis. In seiner ausführlichen Lektüre und den zahlreichen Anmerkungen zum Buch drückt sich die Achtung aus, die er dem Theoretiker entgegenbrachte.

Einigkeit zwischen Bucharin und Lenin bestand vor allem in Fragen der praktischen Politik. Beide waren der Auffassung, daß die Revolution auch angesichts der verheerenden Interventions- und Bürgerkriege die einzige Möglichkeit eines Ausweges aus dem Weltkrieg und für die in Rußland lange verzögerte Bodenreform war. Unter den Bedingungen des Kriegszustandes verteidigten beide die Pflicht zur Ablieferung des Getreides durch die Bauern und auch die Anwendung von Zwang zur Durchsetzung der Ablieferungspflicht.

Diese Position war für die bisherige praktische Politik wichtig.[6] Die neuen Bedingungen waren damit allerdings nicht mehr begreifbar.

5 Siehe Nikolai Bucharin: Die Ökonomik der Transformationsperiode. Deutsche Übersetzung mit Anmerkungen Lenins. Hrsg. von Ruth Stoljarowa und Wladislaw Hedeler. Berlin 1990 (im weiteren Nikolai Bucharin: Die Ökonomik ...).

6 Siehe ebenda. S. 39 und besonders Kapitel 10. S. 217ff.

VIERTENS

Die Differenzen zwischen Lenin und Bucharin lagen vor allem auf theoretischem Gebiet. Bucharin hatte bei der Suche nach theoretischer Durchdringung der Übergangsperiode seine frühere marxistische Terminologie in entscheidenden Punkten durch die in Kreisen der linken Intelligenz »moderne« Terminologie von A. A. Bogdanow ersetzt.[7]

Die Leninsche Kritik begann schon beim Titel: Übergang und Transformation waren aus seiner Sicht Begriffe ganz unterschiedlicher theoretischer Tragweite.[8] Mit dem Ausdruck »Übergang« hatte Lenin im Sommer 1917 erstmals wieder einen Marxschen Begriff für die Kennzeichnung der Entwicklung vom Kapitalismus zu einem neuen Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur, neuen Naturaneignungsverhältnissen, neuen Eigentumsverhältnissen gebraucht.[9]

Bucharins kategorialer Ausgangspunkt für die Analyse der Übergangsperiode war der Bogdanowsche Ausdruck von der »planmäßigen Organisation«.[10] Von diesem Maßstab aus bezeichnete er den Kapitalismus als »unorganisierte Gesellschaft« und die kommunistische Alternative als »organisierte Gesellschaft«.[11] Mit dem Begriff »Transformation«, einem aus der Technik entlehnten Wort mit lateinischem Ursprung, bezeichnete er die »Umwandlung« der »unorganisierten« in die »organisierte« Gesellschaft. Die Transformation war die unmittelbare, schnelle, direkte Umwandlung in eine neue Gesellschaft.[12]

---

7 Siehe ebenda. S. 57 (Fußnote 9).

8 Siehe ebenda. Titelseite, S. 13 und 97 (Anmerkungen W. I. Lenins).

9 Siehe W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 472f.

10 Siehe Nikolai Bucharin: Die Ökonomik ... S. 57 (Fußnote 9). – Alexander Bogdanow prägte direkt den Ausdruck »planwirtschaftliches System« (siehe A. A. Bogdanow: Allgemeine Organisationslehre. Bd. I. Berlin 1926. S. 210).

11 Siehe Nikolai Bucharin: Die Ökonomik ... S. 16f.

12 Bucharin stand mit einer solchen Sichtweise nicht allein. In weiten Kreisen europäischer Wissenschaftler, Publizisten und Künstler war man sich darüber einig, daß nur eine radikale Wende zur »Planwirtschaft« eine solche Katastrophe wie den Weltkrieg künftig verhindern könne. Der scheinbar abrupte »Bruch« mit der alten kapitalistischen europäischen Welt transportierte jedoch im Kern nur das, was im Europa des Weltkrieges in nahezu allen Ländern als »Kriegswirtschaft« fungierte. Der Topos der »totalen Mobilmachung« lebt so bei ihren schärfsten Kritikern fort. Weil der theoretische Ausgangspunkt der »Transformationstheoretiker« eine Wirklichkeit unterstellte, die nicht vorhanden war, konnten auch deren Folgerungen nicht korrekt sein. Bogdanow war paradoxerweise ein versierter »Logiker« im Sinne der bloß

Die aktuellen theoretischen Differenzen zwischen Lenin und Bucharin müssen auf dem Hintergrund eine längeren Diskussion zur Analyse des neuen Stadiums des Kapitalismus gesehen werden. Beide anerkannten, daß das neue Stadium des Imperialismus mit einer neuen Stufe der Vergesellschaftung verbunden ist. Bucharin beharrte aber auf seiner Vorstellung, wonach es nunmehr nur noch einen »reinen« Imperialismus gebe, der alle kapitalistischen und vorkapitalistischen Verhältnisse abgelöst habe. In der Parteiprogrammdiskussion von 1917 meinte er gegen Lenin so auf bürgerlich-demokratische Ziele verzichten zu können. Die russischen Bauern spielten z. B. in dieser Sichtweise keine aktive Rolle mehr. Die Transformation sollte von einem »reinen« Imperialismus unmittelbar in einen »reinen« Kommunismus erfolgen. Der Ausdruck »Transformation« entsprach diesen unmittelbaren Vorstellungen von der »Übertragung« eines »reinen Systems« in ein anderes »reines System«.[13]

---

formalen Logik oder »Logistik« (Ernst Bloch). Gerade weil die Bogdanowsche Terminologie an der Oberfläche der Erscheinungen der Situation verblieb und weil sie in logistischer Sprache verfaßt war, besaß sie eine hohe Popularität bei der linken künstlerischen und technischen europäischen Intelligenz. Der Arzt und Philosoph Alexander Alexandrowitsch Bogdanow, geboren 1873 eigentlich als Alexander Malinowski, war einer der führenden theoretischen Köpfe des »Proletkult«, einer Bewegung der künstlerischen europäischen Avantgarde. Daneben verfaßte Bogdanow auch politökonomische Bücher und schrieb Romane. Er starb 1928 an einem Selbstversuch in dem von ihm gegründeten, weltweit ersten Institut für Bluttransfusion. Lenins Ausdruck »intellektuelle Übermenschen« spielte auf die emphatische Nietzsche-Begeisterung dieser Kreise an.

13 Die Leninsche Imperialismus-Analyse muß als »Hintergrund« der Diskussion um eine neue Gesellschaft nach 1917 gedacht werden. Lenin nahm aufmerksam die internationale sozialdemokratische Diskussion zur Kenntnis. Die neue Erscheinung des Imperialismus wurde in der Sozialdemokratie mit den Wesenszügen »Militarismus« und »Kolonialismus« bestimmt. Die interessanteste und tiefgründigste Arbeit war die »Akkumulation des Kapitals« von Rosa Luxemburg. Sie bezeichnete die Expansion des Kapitals in »nichtkapitalistisches Weltmilieu« als Wesen des Imperialismus (siehe Rosa Luxemburg: Ökonomische Schriften. In: Rosa Luxemburg: Werke. Bd. 5. Berlin 1975. S. 391). Lenin notiert in seinem Handexemplar neben diese Bestimmung: »Nicht um der ›Realisation des Mehrwerts‹ willen, sondern um der Bequemlichkeit der Ausbeutung willen [...] hat sich das Kapital in die wilden Länder verlagert. Die Zinsen sind höher! Das ist alles.« (V. I. Lenin: Zamečanija k R. Luksemburg: Nakoplenie kapitala. In: Leninskij Sbornik. Bd. XXII. Moskau 1933. Zitiert nach Hermann Lehmann: Vorwort zu Rosa Luxemburg: Ökonomische Schriften. In: Rosa Luxemburg: Werke. Bd. 5. S. 346). Lenins Sichtweise, die das Wesen des Imperialismus erfaßte, gleichzeitig aber auch zu differenzieren vermochte, stellte eine gewisse Ausnahme in der damaligen Diskussion dar. Es gab in seiner Sicht kein »Naturgesetz«, das im Imperialismus zu Hochrüstung und Kolonialismus führte. Die

In der genannten Diskussion um ein neues Parteiprogramm hob Lenin grundsätzlich gegen Bucharin hervor, daß es in der Wirklichkeit keinen »reinen Imperialismus« gebe: »Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund auf um, *und er kann es auch nicht.* Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er ›verknotet‹ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. *beseitigen kann* der Imperialismus *nicht* [...] Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus *als eines Ganzen* zu ›ersetzen‹. Denn ein solches Ganzes gibt es nicht.«[14] Lenin sah mit Austausch und Markt einen bestehenden Zusammenhang zwischen den verschiedenen Eigentumsformen, trotz der Dominanz des monopolistischen Kapitalverhältnisses.

FÜNFTENS

Auf den ersten Seiten der »Ökonomik der Transformationsperiode« formulierte Bucharin, daß mit der »organisierten gesellschaftlichen Wirtschaft« alle grundlegenden »Probleme« der politischen Ökonomie verschwänden. Die gesellschaftliche Wirtschaft würde nicht von den blinden Kräften des Marktes und der Konkurrenz reguliert, sondern von einem bewußt durchgeführten Plan. Es bleibe kein Raum für eine Wissenschaft von den »blinden Gesetzen« des Marktes, denn der Markt selbst fehle: »Auf diese Weise bedeutet das Ende der auf kapitalistischer Warenproduktion beruhenden Gesellschaft auch das Ende der politischen Ökonomie.«[15] Neben diese Passage notierte Lenin: »falsch. Sogar im reinen Kommunismus zumindest das Verhältnis Iv + m zu IIc? Und die Akkumulation?« Mit diesem Verhältnis der Kapitalreproduktion erinnert Lenin an die Überwindung des »Smithschen Dogmas« durch Marx, der

---

Unfähigkeit der »neureichen Bourgeoisie« zur langfristigen Interessenvertretung, die Sucht nach schnellem Reichtum war die Ursache. Andererseits nahm Lenin die Bücher und Artikel des Konservativen Lord Keynes zur Kenntnis, der noch ein anderes kulturelles Niveau der Bourgeoisie verkörperte.

14 W. I. Lenin: Einige Erwägungen zu den Bemerkungen der Kommission der gesamtrussischen Aprilkonferenz. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. S. 465f. (Hervorhebungen im Original).

15 Nikolai Bucharin: Die Ökonomik ... S. 17.

diesen Zusammenhang den »Elementarmechanismus der gesellschaftlichen Reproduktion« nannte. In diesem Punkt sah Lenin durch Marx den Zusammenhang und Unterschied von bewußter menschlicher Zwecksetzung und materiellen Formen der Gesellschaft konzentriert erfaßt.[16]

Bucharin berührte mit seiner Sichtweise, wonach es in der kommunistischen Gesellschaft keine Verhältnisse außerhalb des gesellschaftlichen Bewußtseins geben werde, weil alles geplant werde, einen zentralen Punkt der internationalen sozialdemokratischen Diskussion nach 1900. Als Frage nach dem Verhältnis von »Naturkausalität und Teleologie« war über das Verhältnis von objektiven Gesetzen und menschlicher Zwecksetzung gestritten worden. Auf Grundlage der neukantianischen Voraussetzungen überbetonten viele sozialdemokratische Theoretiker die eine oder die andere Seite oder begnügten sich mit einer Art Dualismus beider Prinzipien. Lenin war durch seine Marx-Hegel-Studien auf den konkreten Zusammenhang von menschlicher Zwecksetzung und objektiven Gesetzen gestoßen. So notierte er am Rande der Hegelschen Logik: »In der Geschichte geschieht durch die Handlungen der Menschen ›noch etwas anders (herauskommt), als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen‹ [...] ›Sie‹ (die Menschen) ›vollbringen ihr Interesse, aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag.‹«[17]

Im Marxschen Kapital sah Lenin die Weiterführung des Hegelschen philosophischen Ansatzes. Marx erfaßte den Zusammenhang von Gemeinsamkeit und Differenz menschlicher Denkformen in der Zwecksetzung und den Formen der resultierenden materiellen Verhältnisse. Das Formbewußtsein gewann Marx über die Linie Hegel–Aristoteles–Platon.

Bucharin bestimmte die Spezifik der sozialistischen Gesellschaft mit »planmäßiger Bedürfnisbefriedigung«.[18] Lenin schrieb neben diese Pas-

16 Siehe ebenda (Anmerkungen W. I. Lenins).

17 W. I. Lenin: Konspekt zu Hegels Philosophie der Geschichte. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. S. 298f. Der Ausdruck »Planwirtschaft« spiegelt eine ideologische Illusion wider, die aber immerhin so viel Wirkung zeigte, daß dagegen der Ausdruck »Marktwirtschaft« entwickelt wurde. Dieser Ausdruck hat eine ähnliche ideologische Funktion, lediglich mit anderem Vorzeichen, wie der Ausdruck »Planwirtschaft«. Trotz seiner Popularität ist dieser Ausdruck für die theoretische Analyse ungeeignet. Die Erscheinung des »Marktes« gibt es seit einigen tausend Jahren. Für die Bestimmung der Spezifik einer Gesellschaft ist der Ausdruck »Marktwirtschaft« ebenso wenig brauchbar, wie der Ausdruck »Planwirtschaft«.

18 Siehe Nikolai Bucharin: Die Ökonomik ... S. 182f.

sage: »[...] das geht nicht. Der Profit befriedigt auch gesellschaftliche Bedürfnisse«.[19] In der Programmdiskussion von 1900 hatte Lenin zu diesem Punkt geschrieben: »[...] ›die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Befriedigung der Bedürfnisse‹ [...] werden am Ende auch die Trusts vornehmen können. Es wäre genauer, wenn man sagte, ›auf Rechnung der *gesamten* Gesellschaft‹, [...] nicht nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder, sondern zur Sicherung der *höchsten* Wohlfahrt und der freien *allseitigen* Entwicklung *aller* Mitglieder der Gesellschaft.«[20]

Die Bestimmung einer Gesellschaft mit dem Ausdruck »planmäßige Organisation« oder »Planwirtschaft« war für Lenin unakzeptabel, weil damit nicht die Besonderheit einer Produktionsweise erfaßt wird. Geplant wird, seit Menschen arbeiten. Selbst bei exaktester Planung aber werden die Resultate menschlicher Zwecksetzung stets anders sein, als die Zielstellung. In der Planung kann stets nur Allgemeines vorweggenommen werden. Die Wirklichkeit ist jedoch immer konkret, d. h. es existiert mindestens auch das Gegenteil dieses Allgemeinen – das Besondere. Aus diesem Grund sah Lenin die Notwendigkeit der ständigen Korrektur der eigenen Zielstellungen.

Lenin notierte im Konspekt zum Briefwechsel von Marx und Engels eine Bemerkung in bezug auf die neukantianischen Grundlagen der deutschen Nationalökonomie, wonach von diesen ökonomische Verhältnisse mit Rechtsbegriffen verwechselt würden.[21] Gegen den linken Kommunisten Pjatakow bemerkte Lenin in der Diskussion, dieser verwechsle das ökonomische Wesen des Imperialismus mit dessen politischer Tendenz.[22] Bucharin reduzierte in der »Ökonomik der Transformationsperiode« »Vergesellschaftung« letztlich auf »Verstaatlichung«.

Die Frage der Planung war für Lenin kein wesentlicher Zug der sozialistischen Gesellschaft. Dagegen sah er in der Schaffung der Bedingungen für die allseitige Entwicklung aller Menschen einen Wesenszug einer neuen Gesellschaft, einer neuen Form des Verhältnisses zwischen Natur und Gesellschaft, der Naturaneignung. Hier störte ihn weniger,

19 Ebenda (Anmerkungen W. I. Lenins).

20 W. I. Lenin: Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 6. S. 40 (Hervorhebungen im Original).

21 Siehe V. I. Lenin: Konspekt »Perepiski K. Marksa i F. Engel'sa 1844–1883«. Moskau 1959. S. 154.

22 Siehe W. I. Lenin: Über ein Karikatur auf den Marxismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 23. S. 33.

daß die Gegensätze Vergesellschaftung und Individualität einen Widerspruch darstellen. Seiner Meinung nach muß die Politik Widersprüche lösen, d. h. Gegensätze vereinigen können. Dabei gelte es mit der Vereinigung von Interessengegensätzen die Formen zu finden, in denen sich die Gegensätze am effektivsten weiter entwickeln können.

SECHSTENS

Lenin wählte einen anderen theoretischen Weg als Bucharin. Die veränderten Bedingungen versuchte er nicht dadurch zu begreifen, daß er seine Terminologie wechselte. Mittels Reflexion, Nach-Denken, Zurückgehen usw. versuchte er seine eigenen theoretischen Voraussetzungen weiterzuentwickeln. Insofern hatte Lenins Methodensystem deutliche konservative Züge.

Auf empirischem Gebiet nahm er neben Zeitungsartikeln, Beschwerden, Protesten, Wirtschaftsstatistiken vor allem auch die Entwicklung des Schwarzmarktes zur Kenntnis. Auf theoretischem Gebiet ging er vom Marxschen Begriff und Begriffssystem der ökonomischen Gesellschaftsformation aus, interessierte sich zunehmend aber auch für Hegel und dessen Verarbeitung der Erfahrungen der französischen Revolution. Der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation wurde von Marx in bewußter Anlehnung an Hegel gewählt, um sich von utopischen Organisationstheorien (St. Simon, Fourier u. a.) abzugrenzen.[23]

---

23 Siehe Hans-Peter Jaeck: Die materialistische Erklärung des gesellschaftlichen Formationsprozesses. Zur Entstehung des Kategoriensystems der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx und Friedrich Engels. In: Formationstheorie und Geschichte. Berlin 1978. S. 19ff. Besonders S. 78–80. Den Begriff »Formation« führte er auf »Formieren« und »Form« zurück. Anders als Aristoteles faßte Hegel jedoch den Form-Begriff als negative Beziehung des Wesens auf sich selbst, mithin die Entwicklung des Wesens eines Systems und damit des Systems selbst. Der Zusammenhang mit dem Begriff der Reflexion, der Er-Innerung, des Nach-Innen-Gehens ist evident. In der Formierung, Formation sah Hegel die Selbstentwicklung komplexer Systeme adäquat erfaßt. An einem bestimmten Punkt erfolgt die Selbstreproduktion eines Systems durch Reflexion. Seit Hegel besitzt der Begriff der Reflexion auch einen ontologischen Aspekt. Im Unterschied zu Hegel hob Marx mit dem Prädikat »ökonomisch« jedoch die Hegelsche Hypertrophierung der Ideen-Formation auf. In Marxscher Sicht vollzog die kapitalistische Gesellschaft erst mit der Herausbildung des Industriekapitalverhältnisses um 1800, nach etwa 300 Jahren Handels- und Manufakturkapital, zu einem selbstreproduzierenden System. Lenin sah

Von diesem Ausgangspunkt des Zusammenhanges unterschied Lenin Zeitgeschichtsanalyse, Retrospektive und Prognose mit jeweils relativ differenzierten Methoden.[24]

Der Zusammenhang des Formationsbegriffes ermöglichte die gleichzeitige Analyse der Differenzen. So unterschied Lenin für Sowjetrußland 1. Patriarchalische Bauernwirtschaft, die im Grund Naturalwirtschaft ist; 2. Kleine Warenproduktion (hierzu gehört die Mehrzahl der Bauern, die Getreide verkaufen; 3. Privatwirtschaftlichen Kapitalismus; 4. Staatskapitalismus, 5. Sozialismus.[25]

Diese Methodologie ermöglichte Lenin die Analyse von Zusammenhang und Differenziertheit des Systems der ökonomischen Verhältnisse in Sowjetrußland. Aus dieser Sicht war Verstaatlichung der großen Industrie für ihn nur ein Moment der Vergesellschaftung.

SIEBTENS

Allgemeiner theoretischer Ausgangspunkt für Lenin war 1917 die Einsicht, daß Sowjetrußland nur eine Chance habe, wenn in Westeuropa ebenfalls eine Revolution zum Ausbruch käme. In der praktischen Politik hatte Lenin seit 1918 die Notwendigkeit der Verständigung des Proletariats mit den »Mittelschichten« gegen starke Vorbehalte der Partei hervorgehoben. Über Landwirtschafts-»Kollektivierungs«-Ideen durch linke Intellektuelle machte er sich lustig. Die Forderung der Mittelbauern aber nach Wiedereinführung des freien Getreidehandels bezeichnete er noch

---

mit dem Übergang zum monopolistischen Kapitalverhältnis ein neues dominierendes Verhältnis, das sich die vorkapitalistischen und privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse subsumiert, diese aber nicht beseitigt. Insofern hatte Lenin keine Illusionen darüber, daß die »Übergangsgesellschaft« zu einer neuen Form der Naturaneignung nicht die Fähigkeit zur Selbstreproduktion entwickeln kann. Das heute gängige Schlagwort vom »Kapitalismus ohne Arbeit« verkennt, daß dieses Phänomen nur die übernationalen monopolistischen Kapitalverhältnisse betrifft und daß diese nicht »verschwinden« oder »abgeschafft« werden, sondern lediglich ihre Fähigkeit zur Subsumtion aller anderen Verhältnisse, ihre Eigenschaft als »Motor« des »Fortschrittes« verlieren. Das Problem besteht nur darin, daß die Unternehmen aus diesem Bereich steuerlich noch so behandelt werden, als ob sie, wie einst zur Gründerzeit, noch Arbeitsplätze schaffen würden.

24 Siehe Wolfgang Küttler: Lenins Formationsanalyse. Rußland vor 1905. Berlin 1978.

25 Siehe W. I. Lenin: Über »linke« Kindereien und über Kleinbürgerlichkeit. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 328.

1920 als Gefahr der Rückkehr des Kapitalismus.[26] Doch in der außerordentlich schwierigen Situation von 1920/1921 entschied er sich zunächst zu einem politischen Interessenkompromiß: Die Ablieferungspflicht von Getreide wurde abgeschafft, die Naturalsteuer eingeführt, Überschüsse an Getreide konnten frei verkauft werden. Gedacht war an den »Übergang vom Kriegskommunismus zum geregelten sozialistischen Produktenaustausch«.[27] Die Folgen dieses Kompromisses wurden aber schon 1921 sichtbar. Der Markt war stärker: »Der Warenaustausch war ein Fehlschlag, der Privatmarkt hat sich als stärker erwiesen als wir [...].«[28] Die Kommission zur Abschaffung des Geldes mußte ihre Arbeit einstellen. Schrittweise brach sich bei Lenin die Erkenntnis Bahn, daß auch im Sozialismus mehrere Eigentumsformen nebeneinander existieren können müssen und daß dazu die Anerkennung eines Marktes notwendig ist. In einem Brief an Bucharin vom Frühjahr 1921 schrieb er, daß die proletarische Staatsmacht Fabriken, Eisenbahnen und Außenhandel in ihren Händen behält. Gleichzeitig werden aber die Tätigkeit von Händlern zugelassen: »Warum ist das unmöglich? Das ist eben Kapitalismus + Sozialismus.«[29]

Über die Forderungen linker Kommunisten nach »Produktionsdemokratie« machte sich Lenin lustig. Demokratie sei eine politische Kategorie, in der Produktion könne nicht darüber abgestimmt werden, ob produziert wird. In der Verfassung sah Lenin deshalb die politischen, d. h. die langfristigen ökonomischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung fixiert. Seine Vorstellungen von Sozialismus waren nicht nur mit einer einzigen Eigentumsform oder einem einzigen Besitzverhältnis verbunden.

Im Jahre 1921 konstatierte Lenin auf dem X. Parteitag, daß in Westeuropa keine dauerhafte proletarische Revolution mehr zu erwarten sei.[30] Gegen mannigfache Behinderungen suchte Sowjetrußland nach Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Westeuropa.

---

26 Siehe W. I. Lenin: IX. Parteitag der KPR(B): Rede bei Schließung des Parteitages. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 30. S. 481f.

27 W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 32. S. 379.

28 W. I. Lenin: VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz: Über die Neue Ökonomische Politik. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 77.

29 W. I. Lenin an N. I. Bucharin, März/April 1921. In: W. I. Lenin: Briefe. Bd. VII. Berlin 1970. S. 125.

30 Siehe W. I. Lenin: Bericht an den X. Parteitag der KPR. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 32. S. 179.

Anfang 1922 kam es zu einer Politik, die die Interessengegensätze der verschiedenen Klassen effektiv vereinigte. Dieses mußten die Beteiligten jedoch auch praktisch auszuhalten in der Lage sein. Nachdem sich der Ausdruck »Neue Ökonomische Politik« eingebürgert hatte, verwendete auch Lenin diesen Ausdruck. Allerdings greift dieser Ausdruck zu kurz, diese Politik war nicht auf die Wirtschaft beschränkbar. In diese Zeit fallen auch erste Schritte diplomatischer Normalisierung zwischen Sowjetrußland und Westeuropa.

ACHTENS

Die theoretische Methode Lenins ging von der Notwendigkeit der Korrektur des eigenen Denkens aus. In einer Art »Gegeneinander« analysierte er induktiv die Zwecksetzungen und Interessen der handelnden Gruppen und deduktiv die ökonomischen Bedingungen. Die Zyklizität der menschlichen Erfahrungen bedingt auch die Zyklizität der menschlichen Erkenntnis: »Die menschliche Erkenntnis ist nicht (resp. beschreibt nicht) eine gerade Linie, sondern eine Kurve, die sich einer Reihe von Kreisen, einer Spirale unendlich nähert.«[31]

Diese Methodologie der dialektischen Logik bot die theoretische Möglichkeit der Selbstkorrektur, der schrittweisen Überwindung eigener Illusionen, das Überwinden der Unmittelbarkeit, Unvermitteltheit und damit des Umdenkens. Dieses Vorgehen erforderte jedoch theoretisches Selbstbewußtsein, das Vermögen, den inneren Zusammenhang des eigenen Methodensystems zu begreifen. So las Lenin gerade im Zusammenhang mit der schwierigen Entwicklung von 1920–1922 erneut den Briefwechsel von Marx und Engels, Hegel, Aristoteles, Platon. Noch im Herbst 1923, trotz schwerer Krankheit, lieh er sich die Hegelsche »Phänomenologie« und die »Logik« aus der Bibliothek aus.

Im Rückblick bezeichnete er die Fähigkeit zur Abwehr der Interventionstruppen und zur Mobilisierung aller Kräfte für den Krieg als ausgesprochenen Vorzug der Politik der Bolschewiki: »Aber wenn man die Vorzüge weiter fortsetzt als nötig ist, [...] dann werden sie zu Mängeln.«[32]

---

31 W. I. Lenin: Zur Frage der Dialektik. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. S. 344.

32 W. I. Lenin: Die Innen- und Außenpolitik der Republik. Bericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 156.

Das »Zurückgehen« im Rahmen der NÖP sah Lenin nicht als einmalige Ausnahme: Gerade bei einem schwierigen Werk muß man es verstehen, »mehrmals von vorn anzufangen«.[33] Seit dem Frühjahr 1921 sah er die Politik in einem Übergang von revolutionären Methoden zu einer »reformistischen Art«.[34]

Obwohl Lenin gern Hegels Aperçu zitierte, wonach die Geschichte lehrt, daß Völker und Regierungen aus der Geschichte nichts gelernt haben, sprach er beim Übergang zur NÖP auffallend viel von sozialen Lernzyklen. Hegel schränkte seinerzeit ein, daß »Völker und Regierungen« bloß abstrakt denken könnten, mithin zur konkreten Analyse der konkreten Situation, zur Analyse der Einheit der Mannigfaltigkeit, der Einheit von Zusammenhang und Differenz nicht fähig seien. Die Leninsche Methodologie ging von den besten Traditionen des 2500jährigen europäischen Denkens aus und scheute nicht die Mühen der empirisch-soziologischen Analyse von Mißständen und Problembereichen. Insofern enthält die Leninsche Methodologie Ansätze eines Denkens, das über die Fixierung auf die bloß unmittelbaren menschlichen Zwecksetzungen, wie sie von der klassischen englischen politischen Ökonomie (»der Sozialwissenschaft der Bourgeoisie«[35]) begründet wurde, hinauszugehen und durch Selbstkorrektur auch die mittelbaren, langfristigen, nicht beabsichtigten Folgen menschlicher Zwecksetzung einzubeziehen vermochte. Doch eine solche Lebenshaltung erforderte theoretisches Selbstbewußtsein und die Kraft für das mitunter mit Schmerzen verbundene Aushalten von Interessengegensätzen.

NEUNTENS

Die Weiterführung der Ansätze der NÖP in Sowjetrußland zeigte, bei allen Problemen, unerwartete Erfolge in der Beseitigung der verheerenden Kriegsschäden und der Normalisierung des Lebens. Die NÖP erstreckte sich auf Landwirtschaft und Industrie. Lenins Krankheit und

33 W. I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) an den XI. Parteitag der KPR(B). In: Ebenda. S. 262.

34 Siehe W. I. Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus. In: Ebenda. S. 91.

35 Friedrich Engels: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 20. S. 455.

früher Tod verhinderten weitergehende Korrekturen, Wiederzulassung von anderen Parteien u. ä.

Der Abbruch der strategischen Politik der Übergangsperiode durch Stalin ist in diesem Lichte im Kern auf das Unvermögen des Aushaltens von Gegensätzen, der Sehnsucht nach Eindeutigkeit, das »Streben nach einem sicheren Haltepunkt« zurückzuführen. Die NÖP sollte durch eine endgültige Lösung, durch eine »reine sozialistische Gesellschaft« ersetzt werden. Unsicherheit, mangelndes Selbstvertrauen und unbewußte Ängste Stalins hinsichtlich seiner persönlichen Macht führten zur faktischen Wiederherstellung der Kriegswirtschaft, zur Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, zur Anwendung von Terror selbst gegen die eigenen Mitkämpfer und zur Verselbständigung des Terrors. Damit stellte Stalin die Illusion von der »unmittelbaren, kurzen, direkten« Transformation zum Kommunismus, wie sie einst von den linken Kommunisten vertreten wurde, in einer völlig veränderten Situation wieder her. Diese Illusion war nicht mehr heroisch. Die Zwecke der Revolution schlugen in ihr Gegenteil um.

Das Festhalten an den linken Illusionen entsprang der mangelnden Bildung, der mangelnden Kultur, d. h. der Unfähigkeit zur Korrektur der Illusionen einer ganzen Generation. Subjektiv fühlte sich Stalin vielleicht aber sogar als »einsamer, letzter und einzig konsequenter Revolutionär«?

ZEHNTENS

Die Ironie der Geschichte besteht darin, daß nach dem Scheitern des Staatssozialismus die Vertreter der »Marktwirtschaft« ihre unvermittelte, lineare Vorstellung von der einfachen Übertragung des westlichen Wirtschaftssystems auf die ehemaligen staatssozialistischen Länder mit einer Terminologie von »Transformation« zu begründen versuchten, die, unter entgegengesetztem Vorzeichen, einst von linken Kommunisten entwickelt wurde.

II Internationale Dimensionen

CAROLA TISCHLER

»Es ist notwendig, über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden«. Zur Rolle der KPD-Führung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder während des stalinistischen Terrors

Das Wegfallen ideologischer Scheuklappen einerseits und das Bekanntwerden vieler neuer Fakten nach dem Zugang zu den Parteiarchiven in Moskau und Ostberlin andererseits haben den Blick der Forschung zu Recht auf die ungeheuren Verluste gelenkt, die der sogenannte Große Terror der Jahre 1936 bis 1938 unter dem deutschen kommunistischen Exil in der Sowjetunion gefordert hat. Waren es vor der Wende nur einige aus dem Westen, die diese Problematik zu ergründen suchten,[1] so haben sich in den letzten Jahren viele Stimmen erhoben, die den Terror thematisierten.[2] Standen anfangs noch die Bemühungen der KPD-Füh-

1 Vor allem Hermann Weber: »Weiße Flecken« in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt am Main 1989. – Siehe aber auch Hans-Albert Walter: Die Folgen des sowjetischen Staatsterrorismus für die in der Sowjetunion lebenden Exilierten. In: Hans-Albert Walter: Deutsche Exilliteratur 1933–1950. Bd. 2. Stuttgart 1984. – David Pike: Die deutsche Jeshowschtschina. Stalins Säuberungen unter den deutschen Kommunisten. In: David Pike: Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil. Frankfurt am Main 1981.

2 Siehe u. a. In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991. – Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland, 1937–1941. Frankfurt am Main 1990. – Reinhard Müller (Hrsg): Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinbek bei Hamburg 1991. – Meinhard Stark: Deutsche Frauen des GULag. Dissertation. Berlin 1994 (erscheint 1999). – Ulla Plener: Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin. Frankfurt/Oder 1997. – Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 bis 1953. Paderborn 1998.

rung, sich für Verhaftete einzusetzen, im Zentrum des Interesses,[3] so hat sich mit dem Bekanntwerden vieler neuer Details der Blick verschoben. Nicht die Bemühungen, sondern die Unterlassungssünden der KPD bzw. das Mittragen des Terrors sind in den Vordergrund der Betrachtung gerückt. Oft wird dabei auf die Tatsache hingewiesen, daß die KPD-Führung zwar nicht selbst Verhaftungen durchgeführt, aber durch die Bereitstellung negativer Charakteristiken und durch den Entzug des Vertrauens, konkret durch die Aberkennung der Parteimitgliedschaft, vielfach zu der Verhaftung von Parteimitgliedern beigetragen hat. Ziel dieser Darstellung ist eine Untersuchung über die Abfolge von Verhaftung und Parteiausschluß, um sich der Verstrickung der KPD-Spitze in den stalinistischen Terror auf diese Weise zu nähern.

Trotz der bisher umfangreichen biographischen Forschung sind wir, was den Umfang des Exils und das Ausmaß des Terrors betrifft, nach wie vor auf ungefähre Schätzungen angewiesen. Der Grund ist, daß die Bestände der Kaderabteilung der Komintern und die Personalakten der deutschen Vertretung – vom Archiv des früheren NKWD ganz zu schweigen – nicht in Gänze offengelegt werden. Bis dahin werden wir uns mit anderweitigen Quellenhinweisen behelfen müssen. Die Aussage des von der KPD für die Betreuung der KPD-Mitglieder eingesetzten Paul Jäkels wird häufig herangezogen, um das Ausmaß des Terrors innerhalb der deutschen kommunistischen Emigration zu quantifizieren. In seinem Bericht an das ZK der KPD von Ende April 1938 heißt es unter anderem:

»So wurden bis zum 28. April 1938 bei der deutschen Vertretung beim EKKI 842 verhaftete Deutsche gemeldet. Das sind aber nur solche Verhaftungen, die bei der Deutschen Vertretung beim EKKI gemeldet sind. Die wirkliche Zahl der verhafteten Deutschen ist natürlich höher. Von Oktober 1937 bis Ende März 1938 betrug die Zahl der Verhafteten 470. Allein im Monat März 1938 wurden rund 100 verhaftet. Am 9.

3 Siehe Fridrich G. Firsov: Vil'gel'm Pik i Georgij Dimitrov v bor'be za spasenie žertv stalinskich repressij. In: Ežegodnik germanskoj istorii. Moskau 1988. S. 165–171. – Mut gegen Ungesetzlichkeit. Dokumente aus dem Archiv der Komintern über den Kampf für die Rettung von Kommunisten und Internationalisten vor Stalinschen Repressalien. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus. Prag (1989)7. S. 998 bis 1003. – Heinz Voßke: Briefe Wilhelm Piecks an Georgi Dimitroff und D. S. Manuilski aus den Jahren 1937 bis 1941. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (1989)4. S. 488–499.

März 1938 wurden aus dem Politemigrantenheim in Moskau 13, am 11. März 17 und am 12. März zwölf Politemigranten verhaftet. Am 23. März wurden die letzten vier männlichen Politemigranten aus dem PE-Heim verhaftet (der Genosse Louis Ebner befand sich zur Zeit im Sanatorium). In der Provinz, z. B. in Engels, ist kein einziger Deutscher Genosse mehr in Freiheit. In Leningrad betrug die Gruppe deutscher Parteigenossen Anfang 1937 rund 103 Genossen, im Februar 1938 waren es nur noch zwölf Genossen. Diese Zahlen widerspiegeln sich auch in der Beitragszahlung. Während Anfang April 1937 rund 1.300 KPD-Mitglieder ihre Beiträge an die Deutsche Vertretung beim EKKI entrichteten, gibt es jetzt nur noch 378 zahlende Mitglieder [...] Unter den Verhafteten befinden sich eine bedeutende Anzahl Jugendlicher, die zum Teil noch Kinder waren, als sie in die SU gekommen sind. So u. a. der Sohn des Genossen Max Maddalena, der Sohn des Genossen Heinrich Schmitt, beide Söhne von Max Seydewitz usw. Man kann sagen, daß über 70% der Mitglieder der KPD verhaftet sind. Wenn die Verhaftungen in dem Umfang, wie im Monat März 1938 ihren Fortgang nehmen, so bleibt in drei Monaten kein einziges deutsches Parteimitglied mehr übrig.«[4]

Solche Quellen geben schon jetzt ein recht genaues Bild von den Vorgängen in den Jahren des Großen Terrors ab. Die Aussagen können auch deswegen als relativ zuverlässig gewertet werden, weil in der deutschen Vertretung – wie in denen der anderen Parteien sicherlich auch – eine genaue Buchführung betrieben wurde.

ÜBERPRÜFUNG DER POLITISCHEN EMIGRATION DURCH DIE MOSKWIN-KOMMISSION

Die von den – dann verhafteten – Vorgängern Jäkels begonnene genaue Statistik bzw. Charakteristik über die in der Sowjetunion lebenden KPD-Mitglieder setzte vor den Massenverhaftungen ein und war zunächst nicht durch diese motiviert. Anlaß war die im Juni 1936 beendete Aufnahmesperre der sowjetischen Partei, die seit 1933 bestand. Nur ein kleiner Teil der KPD-Mitglieder – jene, die schon vor 1933 in Moskau oder anderswo gearbeitet hatten – war in der UdSSR Mitglied der

4 »Material zur Information« vom 29. April 1938. In: Luitwin Bies: Deutsche Emigranten in der UdSSR. Zwei Dokumente. In: Marxistische Blätter. Essen (1992)5. S. 53.

KPdSU[5] geworden. Es war innerhalb der kommunistischen Parteien allgemein üblich, auf Empfehlung in die jeweilige Landespartei überführt zu werden, wenn man sich längere Zeit in dem betreffenden Land aufhielt. Der große Teil der Emigranten, die nach 1933 ins Land gekommen waren, verblieb jedoch aufgrund der Parteisäuberung der KPdSU und des damit verbundenen Überführungsstopps in der KPD. Einige derer, die schon Mitglieder der sowjetischen Partei geworden waren, wurden allerdings im Zusammenhang mit dem Januarprozeß gegen Sinowjew und Kamenew 1935 ausgeschlossen.

Eine Resolution des Plenums des ZK der KPdSU zu den Ergebnissen der Überprüfung der Parteidokumente, von der »Prawda« im Dezember 1935 veröffentlicht, kleidete diesen Tatbestand in folgende Worte: »Die Aufnahme in die Partei, darunter auch die Aufnahme solcher Personen, die aus anderen Parteien kamen, sowie ausländische Staatsbürger und Mitglieder der kommunistischen Bruderparteien, erfolgte in zahlreichen Fällen ohne individuelle Prüfung jedes Antragstellers, ohne daß er vom Rayonkomitee oder, wenn erforderlich, vom ZK der KPdSU(B) bestätigt wurde, ohne die entsprechenden Empfehlungen, ohne Beachtung der Aufnahmekategorien usw. Durch eine solche Verletzung des Parteistatuts wurden die Voraussetzungen für die Verunreinigungen der Partei geschaffen, und es gelang offenen Parteifeinden der KPdSU(B), in die Partei einzudringen, darunter sogar Spionen ausländischer Spionagedienste, die sich unter dem Deckmantel politischer Emigranten und Mitglieder der kommunistischen Bruderparteien einschlichen.«[6]

Die Komintern wurde durch diesen Wortlaut aufgeschreckt und begann, die Empfehlungen für die Überführung, die sie schon ausgesprochen hatte, zu überprüfen. Nach dem Sekretär des EKKI für Kaderpolitik nannte man die Kommission, die diese Arbeit leistete, Moskwin-Kommission.[7] Gleichzeitig entwickelte die Komintern – in Absprache mit Je-

5 Im Text wird die im Sprachgebrauch der deutschen Quellen seit den zwanziger Jahren anzutreffende Bezeichnung KPdSU benutzt. In russischen Quellen wurde bis Anfang der fünfziger Jahre die sowjetische Partei mit VKP(b) abgekürzt.

6 Resolution des Plenums der ZK der KPdSU(B): Die Ergebnisse der Überprüfung der Parteidokumente, 25. Dezember 1935. In: Eberhard Müller/Hans-Henning Schröder (Hrsg): Partei, Staat und Sowjetgesellschaft. Sozialgeschichtliche Aspekte politischer Macht. Dokumente 1917–1941. Tübingen 1993. S. 408.

7 Siehe Leonid Babičenko: Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. Köln II(1995/1996)5/6. S. 35–39.

show,[8] der zu diesem Zeitpunkt nicht nur Mitglied des EKKI, sondern auch Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender der Kommission für Parteikontrolle war – eine Resolution über die Politemigration, die im Februar 1936 verabschiedet wurde. Ziel des Beschlusses war es, alle Emigranten, die in der einen oder anderen Weise als unzuverlässig angesehen wurden, aus der Sowjetunion auszuweisen.[9]

Aufgrund dieser Überprüfungswelle entstand in der ersten Hälfte des Jahres 1936 bei der deutschen Vertretung eine Liste von etwa 3.000 Personen, von denen bis Oktober des gleichen Jahres mehr als zwei Drittel mit einer Kurzcharakteristik versehen wurden. Geschätzt wurde die Anzahl der deutschen Emigranten von der Parteivertretung auf 4.600.[10] Diese Durchsicht der Kader führte zu dem in der Resolution anvisierten Ergebnis, daß nämlich ein Großteil der Emigranten die Sowjetunion verlassen müsse. Es galt als verdächtig, wenn man nicht mit Parteierlaubnis, sondern als Intourist oder gar als Grenzüberläufer in die Sowjetunion gelangt war, wenn die Angaben über die Dauer der Parteimitgliedschaft offensichtlich gefälscht oder unglaubwürdig waren, oder wenn man selbst oder Verwandte unter Spitzelverdacht standen. Ebenso waren der Kontakt mit der deutschen Botschaft, die Weigerung, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen oder negative Äußerungen über die Verhältnisse in der UdSSR Gründe dafür, eine negative Charakteristik zu erstellen.

Eine umfangreiche Reemigration nach Deutschland, in die übrigens auch vertrauenswürdige KPD-Mitglieder einbezogen werden sollten, um die Partei in Deutschland wieder zu stärken, wurde jedoch nicht mehr durchgeführt. Die Ereignisse nach dem ersten Schauprozeß im August 1936 ließen dies nicht mehr zu. Immerhin waren von den sechzehn Angeklagten fünf Mitglieder der KPD gewesen. Im gleichen Monat lag der KPD bereits eine Liste von vierzig Parteimitgliedern vor, die vom NKWD

---

8 Ein Brief Manuilskis an Jeshow vom 3. Januar 1936, der über diesen Prozeß Auskunft gibt, ist veröffentlicht in Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 bis 1953. Paderborn 1998. S. 99–100.

9 Der Beschluß ist veröffentlicht in Peter Huber: Stalins Schatten in die Schweiz. Zürich 1994. S. 407.

10 Siehe Sitzung des Polbüros der KPD. Bericht des Gen. Degen [d. i. Nuding] über einige Fragen der KPD, 9. Mai 1936. In: Russisches Zentrum für Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Zeit. Moskau (RCChIDNI). Fonds 495. Opis 74. Delo 122a. Blatt 154. – Ausführlicher dazu siehe Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung, Münster 1996. S. 92–98.

verhaftet worden waren. Sprach sich Pieck auch zu diesem Zeitpunkt noch für die Reemigration großer Teile der Parteimitglieder aus,[11] so war die Führung der KPD in der Folgezeit mehr damit beschäftigt, die Verhafteten aus der Partei auszuschließen.

AUSSCHLUSS AUS DER KPD

Ausschlußlisten der KPD sind von September 1936 bis Juni 1938 im Parteiarchiv in Berlin nachweisbar.[12] Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, anhand dieses Quellenbestandes einige Thesen zu formulieren. Die Frage, die an die Quellen gestellt wurde, ist einfach genug: Hat die KPD ihre Parteimitglieder nach deren Verhaftung aus der Partei ausgeschlossen oder bereits vorher? Ein Fehlerquotient muß dabei mit eingerechnet werden. Dieser ist jedoch meiner Einschätzung nach recht gering im Vergleich zu den Möglichkeiten, die eine solche Betrachtung bietet. Es ist der Ansatz einer statistischen Auswertung, die es erlaubt zu beurteilen, ob einzelne Beobachtungen verallgemeinerbar sind oder nicht.

Die erste Sitzung, auf der die Führung der KPD – in der Regel waren es Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Philipp Dengel, Walter Hähnel und Herbert Wehner – Parteimitglieder aus der KPD ausschloß, fand am 3. September 1936 statt. Es ist unzweifelhaft, daß der erste Schauprozeß und die darin involvierten KPD-Mitglieder zu dieser Maßnahme geführt hatten. Bis zur letzten dokumentierten Sitzung am 25. Juni 1938 kam die Führung insgesamt 18mal zusammen, um solche Fragen zu entscheiden. Im Ostberliner Parteiarchiv waren alle Listen bis auf eine – die Liste

11 Am 23. August 1936 schrieb Pieck an Wilhelm Florin unter anderem: »Es muß eine ernste Nachprüfung erfolgen, wer noch in der Emigration verbleiben und wer in das Land zurückkehren soll. Als allgemeine Regel sollte dabei gelten, daß alle diejenigen ins Land zurückkehren, von denen die Nazis kein Material über ihre Tätigkeit haben, die nicht an irgendwelchen Zusammenstößen der Nazis teilgenommen [haben] oder gegen die Mordbeschuldigungen erhoben werden. Ich bin überzeugt, daß 2/3 der Emigranten ins Land zurückgehen können. Eine Anzahl wird vielleicht zunächst [in Deutschland, CT] verhaftet werden, aber wenn ihnen nichts nachgewiesen werden kann, wieder entlassen werden. Diese Maßnahme wird auch dazu beitragen, daß wir unseren Kaderbestand im Lande ideologisch heben.« (In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991. S. 276f.).

12 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv. Berlin (im weiteren SAPMO). RY 1/I 2/3/82.

Nummer 4 vom 28. Januar 1937 mit 39 Namen – vorhanden. Sieht man von denen ab, die aus der russischen Partei ausgeschlossen wurden und deren Ausschluß von der KPD auf diesen Sitzungen lediglich zur Kenntnis genommen wurde, verbleiben 688 Personen, deren Ausschluß die KPD verantwortete. Davon entfielen 87% auf Männer und 13% auf Frauen. Ist die Frage des Geschlechts noch zweifelsfrei zu beantworten, so tauchen bei der Bestimmung, ob vor oder nach der Verhaftung ausgeschlossen wurde, einige Unsicherheiten auf. Sie sind dadurch bedingt, daß die vorhandenen Nachschlagewerke keineswegs vollständig und auch nicht fehlerfrei sind.[13] Bei der Auswertung habe ich deshalb drei Kategorien gebildet: nach der Verhaftung Ausgeschlossene, vor der Verhaftung Ausgeschlossene und unklare Fälle. Da die unklaren Fälle tatsächlich nicht eher zu der einen oder anderen Kategorie tendieren, sollen sie vorläufig beiseite gelassen werden. Es muß sich durch zukünftige Forschung erweisen, ob die hohe Zahl der unklaren Fälle zu unrichtigen Schlußfolgerungen führte.

Von den 688 aufgelisteten Personen wurden 548, d. h. 79,7%, nach ihrer Verhaftung durch das NKWD, 18, d. h. 2,6%, vor ihrer Verhaftung aus der KPD ausgeschlossen. Der Prozentsatz der unklaren Fälle beläuft sich auf 17,7%, d. h. 122 Personen. Unklare Fälle bedeutet, daß es nicht bekannt ist, ob der Betreffende überhaupt verhaftet wurde und wenn ja, ob die Verhaftung nicht doch vor dem Ausschluß erfolgt war. Sieht man die Listen im einzelnen an, so kann man feststellen, daß das Ergebnis vor allem durch zwei Sitzungen beeinflußt wird, die Sitzung vom 22. Juni 1937, auf der 93 Fälle, und die Sitzung vom 21. Dezember 1937, auf der 15 Fälle besprochen wurden. Wurde in allen anderen Sitzungen ausschließlich bzw. fast ausschließlich über verhaftete Personen verhandelt, so ist bei diesen beiden fast ausschließlich über nichtverhaftete Parteimitglieder beraten worden. Die Liste vom Dezember mit 15 Personen weist als Besonderheit außerdem auf, daß sie als einzige mehr Frauen als

13 Zum Nachweis der Verhaftung siehe In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991. – Die Toten von Butowo. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 17. Juni 1993. – Auf dem Donskoe Friedhof beerdigt. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 2. November 1993. – Die Toten von Butowo. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 10. Mai 1994. – Die neuesten Zahlen entstammen Reinhard Müller: »Wir kommen alle dran«. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion. In: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 bis 1953. Paderborn 1998 (im weiteren Reinhard Müller: »Wir kommen alle dran« ...). S. 121–166.

Männer umfaßt. Die einzige zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesicherte Erkenntnis liegt über Otto Busch vor, der vier Monate nach seinem Ausschluß im April 1938 verhaftet wurde. Bei anderen ist die Tatsache, aber nicht der Zeitpunkt der Verhaftung bekannt, so bei Gertrud Staak, Frieda Düwell, Berta Dausacker und Ernst Meyer. Nicht bekannt ist mir, ob Edith Zerber, Ester Millin, Erwin Bach, Ernst Julmann, Erna Tornseifer, Joseph Litwack, Hans Mathey, Edith Just, Gertrud Bobek oder Rudolf Fischer nach ihrem Parteiausschluß je Repressalien unterlagen. Ich vermute, daß auf dieser Liste zum größeren Teil Angehörige von Verhafteten standen.

Die erste, umfangreichere Liste, die im Juni 1937 zusammengestellt wurde, umfaßt einen anderen Personenkreis. Hier sind vermutlich all jene versammelt, die aufgrund der Anfang 1936 begonnenen Überprüfung als irgendwie verdächtigt qualifiziert wurden. Dafür sprechen die gleichlautenden Charakteristiken (Grenzüberläufer, kam mit Intourist, machte falsche Angaben über Parteizugehörigkeit usw.). Warum gerade zu diesem Zeitpunkt, Juni 1937, dieser Personenkreis en bloc aus der Partei verbannt wurde, kann im Moment nicht gesagt werden. Ebensowenig ist bisher das Schicksal von 82 der genannten 93 Personen geklärt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Welche Aussagen sollen aus diesen Beobachtungen nun abgeleitet werden ? Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß ich einen Nexus unterstellt habe zwischen Parteiausschluß und nachfolgender Verhaftung, der in dieser Weise gar nicht gesichert ist, der aber oftmals in den Erinnerungen und auch in der Forschungsliteratur mal untergründig, mal offen ausgesprochen als selbstverständlich angenommen wird. Ich möchte auch betonen, daß meine Schlußfolgerungen durch mein bisheriges Quellenstudium mitbeeinflußt wurden. Möglicherweise werden mich zukünftige Forschungen eines besseren belehren. In diesem Zusammenhang wäre m. E. – wie ich es auch zu Anfang betont habe – nicht ein zufälliger, sondern ein systematischer Quellenzugang wichtig.

Erstens: Die These, daß die KPD im Rahmen des Terrors ihre eigenen Parteikämpfe ausfocht, kann zumindest anhand der Parteiausschlüsse nicht belegt werden. Die fünf Personen, die auf den ersten neun Listen nachweislich nach dem Parteiausschluß verhaftet wurden, spielen meines Wissens in der Geschichte der KPD keine bedeutende Rolle. Es

sind Willi Ferner (im September 1936 ausgeschlossen, im Oktober 1936 verhaftet, 1940 nach Deutschland ausgewiesen), Irma Sauer (im September 1936 ausgeschlossen, 1938 verhaftet), Eberhard Schütz (im Oktober 1936 ausgeschlossen, im Juli 1937 verhaftet), Paul Rackow (im März 1937 ausgeschlossen und im April des gleichen Jahres verhaftet) sowie Hilde Hauschild (im Juni 1937 ausgeschlossen und im November des gleichen Jahres verhaftet). Auch unter den unklaren Fällen sind keine Namen zu finden, die auf frühere Parteikämpfe hinweisen.

Zweitens: Die KPD reagierte auf den Terror, sie agierte nicht. Darauf deutet die Tatsache hin, daß sie in ganz überwiegendem Maße nach der Verhaftung mit Parteiausschluß reagierte. Ein anderes Indiz ist der Umstand, daß in der ersten Ausschlußsitzung, im September 1936, eine Reihe von Personen ausgeschlossen wurden, die bereits 1935 oder Anfang 1936 verhaftet worden waren: Hans Bayer, Harry Wilde, Fritz Virgin, August Hagemeister, Karl Schuster, Hermann Radtke, Wolfram Klose, Willi Werner, Richard Keller, Georg Kaufmann, Herbert Berndt, Hermann und Elisabeth Kupferstein, Henrik Korvin, Richard Gulkow und Richard Mannke. Die Parteispitze hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Veranlassung gesehen, irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Auch wenn sie nicht über jeden Fall informiert gewesen war, so ist es doch unwahrscheinlich, daß sie überhaupt keine Kenntnis von den Vorgängen gehabt hatte. Sie reagierte erst, als im Zusammenhang mit dem Ersten Schauprozeß die öffentliche Kampagne gegen die »Feinde der Sowjetmacht« einen ersten Höhepunkt erreichte.

Drittens: Die Aufzählung der oben genannten Namen aus der ersten Liste könnte auch als Gegenbeweis der These gegenübergestellt werden, daß der Terror zunächst vor allem die früher oppositionellen Kräfte in der KPD heimsuchte. Es ist durchaus denkbar, daß dieser Eindruck in der Forschung durch den selektiven Blick auf die Parteiprominenz entstanden ist. Ich möchte nur die ersten drei oben genannten Namen mit ihren Kurzbiographien anführen:[14]

– Hans Bayer: gebürtig 1890 aus dem Regierungsbezirk Magdeburg, KPD seit 1931, 1933 Haft in Deutschland, kam Ende 1934 in die UdSSR, am 29. Februar 1936 verhaftet;

---

14 Die Angaben sind entnommen aus In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991. – Die korrigierten Verhaftungsdaten siehe Reinhard Müller: »Wir kommen alle dran« ... S. 121ff.

– Harry Wilde: geboren 1908, 1923 KJD, 1928 Mitglied der KPD, Jugend- und Parteifunktionär im Bezirk Sachsen, 1929 in Deutschland zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, kam Ende 1934 in die UdSSR, arbeitete in der ASSR der Wolgadeutschen, wurde am 12. Juni 1936 verhaftet, kam im Lager um;
– Fritz Virgin: geboren am 24. März 1912, seit 1931 Mitglied der KPD, organisiert in Berlin, emigrierte nach illegaler Arbeit 1933 in die UdSSR, arbeitete in der ASSR der Wolgadeutschen, wurde am 23. Februar 1936 verhaftet.

Ein Großteil der auf dieser ersten Liste Stehenden ist im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts geboren und erst Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre Mitglied der KPD geworden, war also unbelastet von den Parteikämpfen der zwanziger Jahre. Daß die KPD sich die Verhaftungen zu Beginn nicht anders als mit der Parteivergangenheit erklären konnte und deshalb in ihren Quellen auch immer wieder darauf rekurrierte, darf nicht dazu führen, ihre eigenen Erklärungsmuster zu übernehmen.

Was kann man festhalten? Die KPD-Führung hat die Beschuldigungen gegen ihre Mitglieder zumindest in den ersten Monaten ohne Zweifel geglaubt. »Das NKWD verhaftet keine Unschuldigen«, war die Devise. Sie hat die Loyalität zum sowjetischen Staat höher gestellt als die zu den eigenen Mitgliedern. Inwieweit ihr Agieren jedoch zur Verhaftung von KPD-Mitgliedern beigetragen hat, ist überhaupt nicht so einfach zu bestimmen, wie es zuweilen getan wird. Auch der Zusammenhang zwischen dem Ausstellen negativer Charakteristiken und der Verhaftung müßte genauer untersucht werden, um eine Verbindung herzustellen. Wurden alle, die von der Kaderabteilung bzw. von der deutschen Vertretung negativ beurteilt wurden, verhaftet? Waren alle, die verhaftet wurden, vorher negativ beurteilt worden? Zu welchem Zeitpunkt wurden die Charakteristiken ausgestellt? Nimmt man den hier vorgestellten Mosaikstein zu den anderen dazu – zum Beispiel zu der Tatsache, daß in den ganzen Jahren des Exils laut den Besucherlisten Stalins die Führung der KPD nicht ein einziges Mal direkt von Stalin empfangen wurde –, so kann man nur konstatieren: die Einflußmöglichkeiten der KPD-Führung waren ziemlich gering.

EVA SEEBER

Die Beseitigung der Kommunistischen Partei Polens (KPP) und die Mitwirkung des Präsidiums des EKKI 1937–1940

Das Thema des Kolloquiums gebietet es, unser Gesichtsfeld über Deutschland und die Sowjetunion hinaus auf das Geschehen in *Polen* auszuweiten.

Die polnische Arbeiterbewegung war – auf Grund der 120jährigen gemeinsamen Geschichte – besonders eng mit der russischen Entwicklung verbunden. Unnötig zu betonen, daß die Sozialdemokratie und in der Folge die Kommunistische Partei Polens selbstbewußte und ebenbürtige Führungspersönlichkeiten hervorgebracht haben, die selbständig nach Wegen zur Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele suchten. Gleichzeitig zeichnete sich die KPP durch ihre internationalistische Tradition und solidarische Haltung aus, was sich nicht zuletzt in ihrer Mitbegründerschaft der Kommunistischen Internationale ausdrückte.

Die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Parteiarbeit im Pilsudski-Polen, die Verfolgung und Illegalität im eigenen Lande zwangen die KPP später allerdings in hohem Maße, die Hilfe der UdSSR und der Komintern zu nutzen. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre geriet die KPP in den Strudel der ideologischen Kämpfe, nachdem die »Bolschewisierung« der Komintern eingesetzt hatte.[1]

Damals gelang es Stalin, die KPP-Mehrheit in der polnischen Parteiführung unter der Leitung von Julian Leszczyński-Lenski für seinen Weg zu vereinnahmen, wodurch die oppositionelle Minderheit um Adolf Warszawski-Warski und Maria Koszutska (alias Vera Kostrzewa) binnen kurzem isoliert war. Nach dem V. Kongreß der Komintern (17. Juni – 8. Juli 1924) sah sich Koszutska, die mutig die Selbständigkeit der Partei und deren ethischen Normen verteidigt hatte, aus dem EKKI gedrängt. Nach-

1 In den Thesen über die Bolschewisierung wurde in Punkt 4 der Sinn und Zweck der Komintern auf eines reduziert: die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien (siehe V. Erw. Tagung des EKKI. In: Elfriede Lewerenz (Hrsg.): Komintern 1919–1943. Berlin 1986. S. 200).

dem sie sich gegen die Anmaßung Stalins gegenüber der KPP und der Trotzki-Opposition aufgelehnt hatte, geriet die gesamte polnische Parteiführung in das Zielfeuer der Attacke gegen den »Luxemburgismus« und den Trotzkismus.

Was einst als Auseinandersetzung, unerbittlich und kompromißlos, aber noch auf politischer Ebene ausgetragen worden war, schlug zu einem bestimmten Zeitpunkt in den schlimmsten physischen Terror gegenüber den polnischen Weggefährten um. Auf dem Höhepunkt des Machtkampfes und der Repressalien gegen die Parteiopposition im Jahre 1937 fielen dann sowohl die »Minderheitsführer« Koszutska, Warski, Walecki als auch die Anhänger aus der sogenannten »Mehrheit« der KPP den »Säuberungen« zum Opfer. Im Zusammenhang damit ereilte die KPP 1938 das Schicksal der vollständigen Auslöschung – tragisch besonders deshalb, weil dies durch jene Kraft geschah, die zu unterstützen und zu schützen die polnischen Kommunisten als höchstes Ziel angesehen hatten.

Diese Verbrechen wurden erst nach langer Verzögerung in den neunziger Jahren von russischen Historikern dokumentiert und bewertet. Doch auch unter den neuen Gegebenheiten brach sich die Wahrheit nur mit Mühe Bahn, da die Verbrechen in der Absicht im Dunkeln gelassen wurden, den schändlichen Verrat Moskaus nicht noch stärker ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Einen ersten Vorstoß hatten polnische und sowjetische Forscher gemeinsam unternommen, nachdem Wojciech Jaruzelski und Michail Gorbatschow den Weg durch einen entsprechenden Beschluß vom 21. April 1987 geebnet hatten. Damals erhielt eine polnische Delegation beschränkten Zugang zu den bisher verschlossenen Archiven, vermochte sich jedoch aus dem zur Verfügung gestellten Stückwerk an Unterlagen noch kein vollständiges Bild von den, nur mit den Verbrechen von Katyn vergleichbaren Tatsachen zu machen. 1992 erschien in Warschau die erste Enthüllung unter dem Titel »Die Tragödie der KPP«.[2]

Mitglied dieser Forschergruppe war der polnische Historiker Ryszard Nazarewicz, der sich in den vorangegangenen Jahrzehnten insbesondere durch seine Forschungen über die zwei Wege des Widerstandes im faschistisch besetzten Polen, über den Warschauer Aufstand, über Katyn

2 Siehe Henryk Cimek/Fridrikh Firsov/Inessa Jazborowska/Lucjan Kieszczyński/Ryszard Nazarewicz (Hrsg.): Tragedia Komunistycznej Partii Polski. Redaktion Jarema Maciszewski. Warszawa 1989 (im weiteren Tragedia KPP ...).

sowie die Ermordung Marceli Nowotkos einen Namen gemacht hatte. Ausgehend davon und von seiner Kompetenz als Erforscher der Stalinverbrechen der Jahre 1937/1938 unternahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung 1995 Anstrengungen, Nazarewicz zu einem Vortrag in Leipzig einzuladen. Inzwischen liegt uns die entsprechende Publikation über »die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des EKKI« in deutscher Sprache vor.[3] Außerdem erschien im vorigen Monat sein neuestes Buch zur polnisch-sowjetischen Problematik im zweiten Weltkrieg, das Einblick in die politischen Folgen des Terrors und der langen Nichtexistenz einer Arbeiterpartei Polens (von 1937/1938 bis 1942) gibt.[4] All das ist Grund genug, sich bei einer Einordnung des Terrors gegenüber Polen auf Nazarewicz' Forschungsergebnisse zu berufen. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, daß Polen in einschlägigen Arbeiten weitgehend ausgespart bleibt.[5]

In Deutschland war die Tatsache des unrechtmäßigen Parteiverbots seit langem Gegenstand des Interesses. Besonders in der DDR wurde es damals viel diskutiert und hinterfragt.

Was nicht ins Bewußtsein drang, war der gewaltsame Hintergrund sowie das Ausmaß des Aderlasses, den die KPP nach, aber auch schon vor der Auflösung durch die Vernichtungsmethoden Stalins erlitt. Es wurde offenbar, so Nazarewicz, daß die KPP von allen kommunistischen Parteien die höchsten Verluste zu erleiden hatte: Keines der in der Sowjetunion lebenden Mitglieder des KPP-Politbüros überlebte die Verfolgung. Von den 19 vom VI. Parteitag 1932 gewählten ZK-Mitgliedern, blieben nur fünf am Leben, von 18 Kandidaten des ZK überlebten nur drei. Außerdem gehörten zu den Opfern der sogenannten Säuberungen alle Mitglieder der KPP-Leitungen und deren Vertreter in der Komintern, der Kommunistischen Jugend-Internationale, der Profintern, der Krestintern, der Internationalen Roten Hilfe (MOPR). Das gleiche Schicksal ereilte auch frühere kommunistische Sejm-Abgeordnete und bekannte Schriftsteller.

---

3 Siehe Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des EKKI. Leipzig 1998 (im weiteren Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ...).

4 Siehe Ryszard Nazarewicz: Armii Ludowej. Dylematy i Dramaty. Warszawa 1998.

5 Siehe Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den Kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Berlin 1993 (im weiteren Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ...).

Von insgesamt 3.817 registrierten Mitgliedern der KPP, die sich im Januar 1936 in der Sowjetunion befanden, (insgesamt hatte die KPP 17.302 Mitglieder) haben nicht mehr als hundert überlebt.[6]

Unter den Opfern waren folgende international bekannte Personen: Julian Leszczyński-Lenski, Adolf Warszawski-Warski, Maria Koszutska-Kostrzewa, Maksymilian Horwitz-Walecki, Edward Próchniak, Henryk Lauer-Brand, Bronisław Bortnowski-Bronkowski, Stanisław Budzyński, Kazimierz Cichowski und Gustaw Reicher-Rwal (beide rief der Apparat des EKKI im Auftrag aus Spanien ab),[7] Jan Paszyn Bielewski, Stanislaw Burzynski, Romana Wolf-Zezierska, Stanisław Bobinski, Antoni Lipski, Stanisław Mertens-Skulski (aus Prag zurückgerufen) und viele andere.[8]

Auf Grund von neuen, aus Partei- und NKWD-Archiven stammenden Dokumenten wurde erkennbar, daß die Repressalien schon *vor* dem Kirow-Attentat vom 1. Dezember 1934 einsetzten.[9]

Soweit die nackten Daten, die zur Ursachenforschung, zumindest aber zur Frage nach dem Warum zwingen. Unter dem Stichwort »Aufspüren der Andersdenkenden« traf der Bannstrahl zuerst die eigenen Leute, speziell die alte Garde aus den Oktobertagen, die – als Zeugen bzw. als aktiv Beteiligte an den in den zwanziger Jahren geführten erbitterten Auseinandersetzungen über den Fortgang der Revolution – jetzt ausgeschaltet werden sollten. Wie der langjährige Leiter des Komintern-Archivs, F. I. Firsow, beschreibt, konnte ein bis zum Jahre 1923 bzw. 1927 zurückliegendes Faktum in einer Biographie, wie die Unterschrift unter eine damals gewichtige Resolution zur Unterstützung der Auffassungen Trotzkis, das Schicksal des Verdächtigen bestimmen. Wie immer sich ein Funktionär später verhielt, dieser Punkt in der Vergangenheit eines noch so verdienstvollen EKKI-Mitgliedes war Grund genug, um ihn in den Jahren 1936 bis 1938 zum Tode zu verurteilen.[10]

Eine zweite Gruppe von Verdächtigen, die in den dreißiger Jahren ins Visier des NKWD geriet, waren die eng mit der Komintern verknüpften

---

6 Siehe Tragedia KPP ... S. 109. – Nazarewicz bezieht sich auf das Zentrale Parteiarchiv in Moskau (jetzt RCChIDNI). Fonds 495. Opis 11. Delo 223. Blatt 226 (Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 7).

7 Siehe Fridrikh I. Firsov: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern. In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ... S. 42.

8 Siehe Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 6f.

9 Siehe Fridrikh I. Firsov: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern. In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ... S. 42.

10 Siehe ebenda. S. 44.

»Politemigranten«, die a priori der »Abweichung« von der zunehmend sektiererischen bürokratischen »Generallinie« verdächtigt bzw. bezichtigt wurden.

Nach der Verfolgung der trotzkistischen »Volksfeinde« eröffnete der Stalin-Befehl vom 9. August 1937 die »nationalen Operationen«, was mit der Verdächtigung ganzer nationaler Flüchtlingsgruppen einherging. Dazu gehörten linke Politiker, die niemals Mitglied der KPP gewesen waren.

Als Begründung ihrer Schuld mußte die angebliche Zugehörigkeit zur POW, einer 1915 von Pilsudski gegründeten Polnischen Militärorganisation, herhalten. Diese war zwar schon seit 1921 aufgelöst, da sie sich aber aus sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Anhängern rekrutiert und eine Rolle im polnisch-sowjetischen Krieg von 1918–1920 gespielt hatte, hielt sich der Verdacht, sie existiere weiter und habe den sowjetischen Geheimdienst und die Spionageabwehr nachhaltig unterwandert.

Es gehörte zu den folgenschwersten Begleiterscheinungen sowjetischer Innenpolitik, daß auf diese Weise Politiker des Verrates bezichtigt wurden, die in schwerster Zeit zu Bündnispartnern geworden waren und anderen politischen Strömungen entstammten. Eines der prominenten Opfer wurde der Vorsitzende der Bauern-Internationale, Tomasz Dąbal, der von derartigen Beschuldigungen einer POW Mitarbeit betroffen war, nachdem er der Strategie des VII. Weltkongresses in Polen Einfluß verschafft und die Volksfrontpolitik erst praktikabel gemacht hatte.[11]

Zu Unrecht des Verrats bezichtigt, wurde er in Belorußland verhaftet und schon Ende 1936 vom NKWD erschossen. Solche Symptome eines Verrats der Volksfrontpolitik und des konsequenten Antifaschismus riefen auch unter den Sympathisanten ganz Europas eine tiefe Enttäuschung und Erschütterung hervor. Unbestritten war es 1935 von Moskau aus für kurze Zeit zu einem Aufbruch im Sinne der Verständigung mit der sozialistischen Bewegung sowie mit anderen antifaschistischen Kräften gekommen.[12] Doch später zeigte sich, daß gleichzeitig skrupellos versucht wurde, die damit verbundene Öffnung zugleich als Möglichkeit zu mißbrauchen, um tief in das Gefüge der antisektiererischen Strömungen innerhalb der Kommunisten und ihrer Sympathisanten einzudringen.

11 Siehe Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 8.

12 Bemerkenswert sind die Hinweise, die Hedeler auf die Reaktion des Schriftstellers André Gide 1936 gibt (siehe Wladislaw Hedeler: Moskauer Schauprozesse. Planung, Inszenierung und Wirkung. Chronik vom 17. Oktober 1938. Berlin 1996 (im weiteren Wladislaw Hedeler: Moskauer Schauprozesse I ...). S. 12, 16 und 18).

Während also der Faschismus stärker und gefährlicher wurde, setzte Stalin innenpolitisch unerbittlich auf Rückkehr zum Sektierertum und zwang auch Dimitroff sehr bald zur gewaltsamen Beendigung der Volksfrontstrategie. Aber nicht genug damit: Jetzt begann die Verfolgung all derer, die auf die Wirksamkeit dieser politischen Öffnung vertraut und die Front gegen Hitler zu verbreitern versucht hatten. Viel bleibt zu tun, um die Ursachen und kaum nachzuvollziehenden Hintergründe aufzuklären.

Daß die Verfolgung nicht ausschließlich und in erster Linie nationalistischen, sondern zutiefst *machtpolitischen* Traumata entsprang, ergibt sich aus der Tatsache, daß die »nationalen Operationen« dem Muster der vorangegangenen Vernichtung *sowjetischer Kommunisten* folgten, wobei abweichende ideologische Auffassungen den Ausschlag gaben.

Bereits der kleinste Zweifel an der Stalinschen Politik oder Kritik bestehender Zustände dienten als Vorwand für eine Verfolgung ohne Maß und Kontrolle, wobei sich der ausführende Apparat zunehmend verselbständigte.

Stalins Terror glich immer mehr einem barbarischen Krieg, der für die gewaltsame Durchsetzung seiner »Generallinie«, d. h. zur Beseitigung einer vorhandenen, aber auch potentiellen Opposition geführt wurde. Es ist nachvollziehbar, daß sich – seit 1923 verstärkt – Widerstand aus den Reihen der Kommunisten formieren mußte. Er vermochte den Verfolgungen keinen Einhalt zu gebieten, sondern zog einen grausamen und uferlosen Terror nach sich.[13] Letztlich ging es nicht mehr um eine »Gefahr« durch Oppositionelle, sondern der Terror verselbständigte sich. Beweis dafür ist die Tatsache, daß neue Aktionen der »Säuberung« bereits mit der Festsetzung von *Sollzahlen* begannen, wie viele Personen der Bannstrahl treffen sollte, so daß auch immer mehr völlig unbeteiligte Menschen betroffen waren.

Bemerkenswert ist jedoch in diesem Zusammenhang das Fazit der Arbeit einer Komintern-Forschungsgruppe der neunziger Jahre: Neue Quellenuntersuchungen hätten die Einschätzung bestätigt, daß es sich trotz alledem um die Ausschaltung von *realer* oder zumindest potentieller Opposition handelte.[14]

---

13 Meines Erachtens gehört es zu den noch ungelösten Aufgaben der Forschung, Aussagen wie die Rykows über die Vorbereitung eines Aufstands zur Zeit des XXVII. Parteitages intensiv zu untersuchen und einzuordnen.

14 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ... S. 104.

Also weder Landesverrat oder Sabotage, wie es in den Begründungen zwecks Täuschung der zunehmend der Not und des Chaos überdrüssigen Öffentlichkeit lautete, waren der eigentliche Ausgangspunkt der Strafaktionen gegen sogenannte »Volksfeinde«, sondern alternative Strategien, Kritik am Stalinschen »Sozialismus«, Mut zum Widerstand gegen die Diktatur.

Daß zeitweilig als Begründung für die Massenrepressalien die Zementierung der »Generallinie« Stalins in den Vordergrund geschoben wurde, beleuchtet andererseits die Tatsache, daß viele Menschen, darunter auch ein großer Teil der Opfer, dem Irrtum verfielen, die gewaltsame Bekämpfung der Opposition sei ein Erfordernis des Existenzkampfes des Sozialismus. Tatsächlich aber rechtfertigte weder diese Anbetung der Generallinie, geschweige denn deren deformierter Inhalt eine Opferung der eigenen Kader.

Trotzki hatte frühzeitig auf die innere Logik der Stalinschen Methoden verwiesen: In der Tat entwickelten sich diese zu einer Strategie der Vernichtung – zwecks Sicherung der Existenzgrundlage nicht des Sozialismus, sondern der Herrschaft der Bürokratie, die politisch und moralisch vor nichts haltmachte.[15]

Neue Forschungen deckten auf, daß sich die Operationen des NKWD seit Sommer 1937 unterschiedslos gegen ganze »verdächtige Nationalitäten« richteten, wenn es zum Beispiel im Befehl Jeshows vom 11. August 1937 hieß, alle *Flüchtlinge aus Polen* seien, »unabhängig davon, wann ihr Übergang in die UdSSR erfolgt war«, zu verhaften[16]; oder wenn ein Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU vom 20. Juli 1937 forderte, die sofortige Verhaftung der *Deutschen*, die in Rüstungsbetrieben arbeiten, vorzunehmen.[17]

Keine der Aktionen berücksichtigte, daß es sich bei der Denunzierung von politischen Emigranten und in der Sowjetunion Schutz suchenden Flüchtlingen um Bündnispartner gegen den drohenden Faschismus

15 Siehe Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie. Berlin 1990. – Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ... S. 105.

16 Siehe Einsatzbefehl Nr. 00485 des NKWD (zit. nach Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 8).

17 Siehe Holger Dehl/Natalija Mussienko: »Hitlerjugend« in der UdSSR? Zu Hintergründen und Folgen einer NKWD-Fälschung 1938. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (1996)1. S. 77 – Siehe auch Wladislaw Hedeler: Moskauer Schauprozesse I ... S. 38.

handelte. Vielmehr erweckten die Verdächtigungen, die Ausdruck einer künstlich angeheizten Ausländer- und Flüchtlingsphobie waren, durch eine unsinnige Propaganda den Eindruck, als handele es sich bei den Betroffenen selbst um Helfershelfer des Faschismus.

Letztlich dienten bestimmte zugespitzte Theorien als Alibi für nationalistische Entartungen, zum Beispiel extreme Schlußfolgerungen aus der »kapitalistischen Umkreisung der UdSSR«. Auch alles, was im Entferntesten an die Auffassung erinnerte, die Trotzki in seiner Kopenhagener Rede von 1932 wiederholt hatte, daß nur »eine europäische und sodann eine Weltföderation sozialistischer Republiken die wirkliche Arena für eine harmonische sozialistische Gesellschaft abgeben kann«,[18] verstand man als Prophezeiung des Unterganges und beseitigte deshalb jegliche Opposition, die mit Trotzki in Verbindung gebracht wurde, gnadenlos.[19] Selbst in den Protokollen der Untersuchungen wurde alles getilgt und verfälscht, was an trotzkistische Auffassungen erinnerte.[20]

Die »nationale Operation« gegen alle polnischen Flüchtlinge war politisch überaus folgenschwer, traf sie doch vorauseilend die aktivsten Kräfte, namentlich die politischen Emigranten, darunter mit Polen ausgetauschte polnische politische Häftlinge sowie ehemalige polnische Funktionäre aus den 1925 in der Sowjetukraine und Sowjetbelorußland gebildeten autonomen polnisch dominierten Rayons. An die Stelle der Beschuldigung wegen ideologischer Abweichungen trat jetzt die auf Entladung der angespannten innenpolitischen Situation zugeschnittene Behauptung, daß sich die Opfer der Spionage und Sabotage für fremde Mächte schuldig gemacht hätten. Um so grausamer war, daß jahrelang auch doppelt unschuldige Angehörige direkt betroffen waren.[21]

Die Chance der Entlassung aus der Haft wurde noch geringer, nachdem die Untersuchungsgremien, die sogenannten NKWD-Troika 1938

---

18 Lew Trotzki: Die russische Revolution. Kopenhagener Rede vom November 1932. S. 14. In: Voltaire Flugschriften. Hrsg. von Michael Schneider. Bd. 29. Berlin o. J.

19 Siehe Isaac Deutscher: Stalin. Berlin 1962. S. 304.

20 Siehe dazu die aufschlußreiche Analyse von Wladislaw Hedeler: Moskauer Schauprozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten«. Von Jeszows Szenario bis zur Verfälschung des Stenogramms zum Prozeßbericht. Berlin 1998. S. 27 (im weiteren Wladislaw Hedeler: Moskauer Schauprozeß II ...).

21 Siehe die Aufhebung eines Befehls Nr. 00689, wonach Ehefrauen der verhafteten Trotzkisten und Rechten nur dann verhaftet werden, wenn sie selbst als gefährliche Elemente eingeschätzt werden (siehe Wladislaw Hedeler, Moskauer Schauprozesse I ... S. 59).

zur vereinfachten Prozedur übergingen, was bedeutete, daß sie Todesurteile bzw. Haftstrafen ohne Überprüfung fällten. Dieser Terror erfaßte immer größere Menschenmassen, zumal das Ende der ursprünglich als Kampagne angelegten »nationalen Operationen« durch einen von Stalin unterzeichneten Befehl des Politbüros vom 31. Januar 1938 auf den 15. April 1938 vertagt worden war.[22] Nach der Absetzung Jeshows im Januar 1939 erhielt der Nachfolger Berija ein Übergabeprotokoll, das als Quelle erhalten blieb. Nach Angaben Pietrows wurden demnach 139.835 Polen in Haft genommen. 111.091 Menschen fanden den Tod durch Hinrichtung, das war verglichen mit allen betroffenen Nationen, mit 79 Prozent an tödlichem Ausgang der höchste Anteil.[23] Schwer und ungewiß blieb das Schicksal der verhafteten Hunderttausenden politischen Gefangenen, die zum Teil erst drei Jahre später, durch den Vertrag Stalins mit dem Chef der polnischen Exilregierung Sikorski, im Dezember 1941 zwecks Bildung einer polnischen Armee entlassen wurden. Als Provokateure bezeichnete polnische Kommunisten erlebten die Befreiung noch später, da sie von den 1941er Dekreten ausgespart wurden und erst nach 1945 zurückkehrten.[24] Doch dazu im Zusammenhang mit dem KPP-Verbot.

Im Herbst 1937 weitete sich das Unrecht gegenüber Polen zu einem präzedenzlosen Verbrechen aus, als sich die Führung der Kommunistischen Internationale zum Vollzugsorgan der Vernichtung der Polnischen Kommunistischen Partei als Ganzes machen ließ: Dieser Vorgang, der sich in drei Akten vollzog, begann damit, daß an Stalin am 28. November 1937 vom Präsidium des EKKI der Vorschlag gerichtet wurde, die Kommunistische Partei Polens aufzulösen. Sie, die zugleich Sektion der Komintern war, wurde beschuldigt, von »Spionen, Provokateuren, Agenten der polnischen Polizei und fremden Aufklärungsdiensten, POW [...] infiltriert und beeinflußt« zu sein.[25] Zum damaligen Zeitpunkt waren bereits alle potentiellen polnischen Verteidiger, die ehemaligen Komintern-Vertreter der KPP, durch Verhaftung ausgeschieden und Widerstand nicht zu erwarten.

---

22 Siehe Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 8. - Nikita Pietrow: Polska Operacja NKWD. In: »KARTA« Niezalezne pismo historyczne. Warszawa (1993)11. S. 36f.

23 Siehe Ryszard Nazarewicz: Armii Ludowej. Dylematy i Dramaty. Warszawa 1998. S. 13.

24 Siehe ebenda.

25 Siehe ebenda. S. 11.

Ein erstes Symptom dafür, daß die Atmosphäre des Schreckens zu diesem Zeitpunkt auch die Komintern erfaßt hatte, schien im September 1937 die Erschießung des Leiters der Komintern-Presseabteilung und Stellvertreters des Komintern-Kaderleiters, des polnischen Kommunisten Antoni Krajewski (Władysław Stein) zu sein. Die Beschuldigung lautete, er habe als »Agent der Polnischen Aufklärung und Leiter des rechts-trotzkistischen Zentrums« im EKKI-Apparat gearbeitet.[26] Heute wissen wir aus Lebensberichten und Quellenuntersuchungen, daß sich die totale Kontrolle der Komintern schon im Zusammenhang mit dem ersten Schauprozeß im August 1936 ankündigte.

So schreibt der damalige Leiter des Komintern-Archivs F. Firsow: Im Prozeß gegen Sinowjew und Kamenjew waren auch die ehemaligen Mitglieder der Parteiorganisation des Kominternapparates, die Polen Fritz David und Alexander Emel (M. I. Lurje) mit angeklagt. Alle diejenigen, die Kontakte mit beiden hatten, wurden aus der Partei ausgeschlossen, weil viele Spione »unter dem Deckmantel der Politemigranten und Mitglieder der kommunistischen Bruderparteien in die Sowjetunion eingedrungen« seien.[27] In einem Schreiben vom 11. August 1936 hatte der Sekretär des Parteikomitees des EKKI von Dimitroff verlangt, bei der »Ermittlung der Ursachen der Verschmutzung« des EKKI-Apparates Unterstützung zu leisten. Danach erfolgte eine Lawine von Verhaftungen, die ihren Ausgang von einer Namensliste vom 31. Juni 1936 nahm. Aus Tagebucheintragungen Dimitroffs vom 11. Februar 1937 geht hervor, daß er von Stalin mit Vorwürfen belegt worden war: »Ihr alle in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände«[28] und: »in der KI bauten die größten Spione ein Nest«.[29] Seither fanden die Verhaftungen (200 Personen in den Jahren 1936–1938) unter direkter Beteiligung der Parteiorganisation der Komintern statt und wurden – abgesehen von Einsprüchen in Einzelfällen – von der Führung des EKKI genehmigt. Firsow als bester Kenner der Vorgänge im Komintern-Apparat schreibt: »So führte

26 Siehe Wladislaw Hedeler: Moskauer Schauprozeß II ... S. 42.

27 Fridrikh I. Firsov: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern. In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ... S. 44. – Siehe im zitierten Sammelband auch S. 91 und 287.

28 Ebenda. S. 47. Er zitiert Dimitroffs Tagebuch (siehe Zentrales Parteiarchiv Sofia. Fonds 146. Opis 2. Delo 3).

29 Ebenda. S. 47.

das Bedürfnis nach Absicherung des totalitären Regimes zur totalen Kontrolle und diese ihrerseits zum totalen Terror.«[30]

Je stärker die Internationale auf diese Weise in den Terror verstrickt wurde, desto hilfloser waren alle im russischen Exil arbeitenden ausländischen kommunistischen Parteien der Gefahr der Einmischung und Vernichtung ausgesetzt.

Der Beschluß einer Auflösung der KPP geschah mit dem Einverständnis Stalins, der der Vorlage Dimitroffs binnen vier Tagen zustimmte. Sein Kommentar lautete, daß man diesen Schritt schon zwei Jahre früher hätte machen sollen und daß die Entscheidung geheim zu halten sei. Das aber sollte für die Ingangsetzung wiederum verhängnisvolle Folgen haben. Denn dadurch erfuhr nicht einmal die betroffene KPP-Führung unter Leon Lipski von dem beispiellosen Willkürakt. Statt dessen wurde die Frage, wie man eine illegale Partei auflöst, zuerst weitab von Polen, unter den polnischen Interbrigadisten in Albacete/Spanien auf den Weg gebracht. Mit der Ausführung betraute man einen Funktionär der Basis, der zudem als Bulgare in Unkenntnis der nationalen Verhältnisse zu handeln gezwungen war.

Die Auflösung war begleitet von einer Säuberungswelle unter »verdächtigen Kommissaren« der 13. Interbrigade. Auch in der Folge kennzeichneten Ignoranz gegenüber der polnischen Führung sowie die Verzögerung der »offiziellen« Beschlußfassung und Veröffentlichung des Beschlusses das gänzlich ungesetzliche Vorgehen Moskaus. Bogdanow (so war der Name des Beauftragten des EKKI) wurde die Aufgabe übertragen, die Partei »von unten« aufzulösen. Zu diesem Zweck lenkte er Helfer nach Paris, die sich nach Einweisung in ihre traurige Aufgabe wieder nach Polen durchschlagen mußten und den Auflösungsbeschluß zu realisieren hatten. Daß dies Monate vor einem Beschluß des EKKI-Präsidiums, ohne jegliche authentische schriftliche Erklärung und gegen den Widerstand Leon Lipskis geschah, erschwerte ihnen die Aufgabe ungemein.

Wenn die das Licht scheuende Begründung des KPP-Verbotes überhaupt an die Öffentlichkeit gelangte, so geschah das entgegen dem Schweige-Befehl und aus der Not fehlender Argumente, mit der die ausführenden Personen zu kämpfen hatten.

Jedenfalls erschien in der Zeitschrift der Komintern ein Artikel eines Autors Swieciecki, der mit dem Titel »Provokateure am Werk« über-

30 Ebenda. S. 50.

schrieben war. Am 16. August 1938 schließlich folgte der zweite Akt: Nach neunmonatiger Verzögerung wurde der dramatische Auflösungsbeschluß offiziell von sechs Mitgliedern des Präsidiums des EKKI namentlich unterzeichnet, und zwar von Dimitroff, Manuilski, Moskwin, Kuusinen, Florin und Ercoli.[31]

Unklar blieb bisher, warum sich diese sechs von siebzehn für diese Tat hergaben. Auch die Frage nach der Verteilung der Schuld kann noch nicht hinreichend beantwortet werden, wenngleich sich Historikerkommissionen diese Frage stellten und erste Veröffentlichungen über die entsprechende Hierarchie der verantwortlichen Personen,[32] die für die Terrorbeschlüsse 1937/1938 verantwortlich waren, einigen Aufschluß geben.

Nazarewicz spricht von einem verhängnisvollen Zerfall der Parteiorganisation nach diesen Ereignissen. Der Auftrag, die politische Arbeit in den verschiedenen Massenorganisationen fortzusetzen, überforderte die verunsicherten Menschen, nicht zu reden davon, daß es im Widerspruch zu den immensen internationalen Gefahren und der verzweifelten Lage Polens stand.

War bisher die KPP-Auflösung noch immer geheim, bzw. nur engsten Kreisen bekannt, so vollzog sich auf dem XXVIII. KPdSU-Parteitag am 11. März 1939 der dritte und letzte Akt mit der öffentlichen Bekanntgabe der Auflösung einschließlich der Wiederholung der unbewiesenen Anschuldigungen. Die Rede Manuilskis beseitigte auch die letzten vagen Hoffnungen, daß zumindest eine differenzierte und nachvollziehbare Erklärung folgen würde.[33]

Ein vom EKKI eingesetzter Funktionär, Bolesław Mołojec unternahm gewisse Anstrengungen, eine *neue* Organisation ins Leben zu rufen. Der Mißerfolg einer damit beabsichtigten Schadensbegrenzung war jedoch vorgezeichnet.

Selbst die Texte, die entstanden, um eine neue Parteigründung vorzubereiten, waren voller falscher und abschreckender Anschuldigungen

---

31 Siehe den Dokumentenanhang in Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 33–37.

32 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten ... S. 103–125.

33 Siehe Ulla Plener (Hrsg.): Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin. Frankfurt/Oder 1997.

früherer kommunistischer Parteifunktionäre. Ein Beispiel bietet der Aufruf vom 26. Mai 1939.[34]

Zudem stürzte die Sowjetunion angesichts des Münchner Abkommens und der bedrohlichen Isolierung in eine dramatische Entscheidungsnot, die sie am 23. August 1939 in einem Nichtangriffspakt mit Deutschland Zuflucht suchen ließ.[35] Die Verwirrung angesichts dieser unerwarteten Wendung erfaßte alle Parteien.

Hatte es im Februar unter den von Spanien nach Frankreich berufenen polnischen Kommunisten noch Diskussionen über die Notwendigkeit der Verteidigung der polnischen Nation gegeben, stellte man nach dem Überfall Hitlers auf Polen ungeachtet der Unterdrückung und Existenzbedrohung Polens selbst die Berechtigung eines patriotischen Anspruchs der Exilregierung Sikorskis in Abrede.

DIE VERZÖGERTE GRÜNDUNG EINER POLNISCHEN ARBEITERPARTEI

Im EKKI-Beschluß vom 16. August 1938 war eine zukünftige Parteigründung in Aussicht genommen worden, die »von niederträchtigen Agenten des Klassenfeindes gesäubert« zum wirklichen Anführer des Befreiungskampfes der polnischen Werktätigen werden sollte.[36] Im Februar wurde in Paris die Zeitschrift »Biuletyn Informacyjny« herausgegeben. Entsprechend Bogdanows Auftrag sollte eine Initiativgruppe unter der Leitung von Bolesław Mołojec gebildet werden, um unter Verzicht auf frühere KPP-Funktionäre zu gegebener Zeit die Neugründung in Polen in die Wege zu leiten. Am 26. Mai 1939 wurde in einem neuen Beschluß der EKKI bestätigt, daß kein Wiederaufbau, sondern eine völlig neue Partei beabsichtigt sei. Nochmals wurde die KPP als Hort der »Fraktionskämpfe« dargestellt, deren Führungskreise »im Dienst ihrer faschistischen Auftraggeber standen« und »gemäß den Direktiven der

34 Siehe den Dokumentenanhang in Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 38–45.

35 Siehe Helga Watzin-Heerdegen: Vertrag oder Verschwörung? Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig (1997)4. S. 45–63.

36 Siehe den Dokumentenanhang in Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens ... S. 37.

Abwehr tätig waren«. Die Polizeiagenten der polnischen Regierung hätten ihr Unwesen in den Führungsorganen der Partei treiben und sie auf den Weg des Sektierertums, der Abtrünnigkeit von der Komintern drängen können. All das sei nur so lange möglich gewesen, weil die polnische Partei nicht im »wahren bolschewistischen Geist erzogen wurde«. Es folgte die stereotype Rechtfertigungsformel, daß »sogenannte oppositionelle Elemente aus der PPS, aus Poalej-Zion usw.« in die KPP eingedrungen seien. Doch hätte im zurückliegenden Probejahr die Basis der Partei ihre Loyalität bewiesen, indem sie den Beschluß ausführte. Daher sei eine Neugestaltung von »*unten nach oben*« dringendes Gebot, diese Partei müsse »auf neuen Prinzipien« aufgebaut werden. Der Nachdruck lag darauf, daß den durch Fraktionstätigkeit und Kontakt mit Provokateuren belasteten ehemaligen Kadern die Wiederaufnahme in die künftige Partei verweigert werden müsse.

Berufen wurde eine Provisorische Führungszentrale der KP Polens. Dieser und andere Beschlüsse wie der vom 23. Juni 1939 blieben, da sie sich als wirklichkeitsfremd erwiesen, auf dem Papier.[37] Nachdem am 26. September 1939 die KP Frankreichs von der Regierung aufgelöst und in die Illegalität getrieben worden war, verlor die noch in Paris befindliche polnische Zentrale ihr letztes politisches Hinterland. Die Ursache für die weitere Verzögerung einer Parteineugründung lag jedoch tiefer. Im Zusammenhang mit dem Vertrag über Grenzen und Freundschaft zwischen der UdSSR und Deutschland vom 28. September 1939 wurde ein Geheimprotokoll unterzeichnet, in welchem beide Seiten erklärten, Agitation zu unterbinden, »die die andere Seite betreffe«.[38] Da die Komintern diese Verträge als gerechtfertigt anerkannte, ließ sie sich auch hinsichtlich der Aktivierung des polnischen Widerstandes offensichtlich bis zum Eintritt in den Krieg die Hände binden. Symptom der neuen Dogmen war ein Artikel von Zofia Dzierzyńska über den »Zerfall des imperialistischen Polen«, der in der Zeitschrift der Komintern erschien.[39] Besonders schwerwiegend war auch, daß der Begriff Faschismus plötzlich in Bezug auf Deutschland vermieden wurde und nun auf Polen angewendet wurde, und zwar im Beschluß des EKKI-Sekretariats. Zudem wurde in einem Artikel Dimitroffs, der in der gleichen Nummer

37 Siehe ebenda. S. 14.

38 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Bd. VIII. Baden-Baden 1956. Dokumente 158–160.

39 Siehe Die Kommunistische Internationale. Moskau (1939)8/9.

der »Komintern« unter dem Titel: »Der Krieg und die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder« erschien, nicht nur der Krieg Polens als ungerecht bezeichnet, sondern auch unterlassen, auf die Verbrechen der Okkupanten hinzuweisen.

Ohne jeden Rückhalt bei der Komintern zu finden, zudem von der eigenen Öffentlichkeit als mitverantwortlich für die Massendeportationen und grundlosen Verhaftungen durch das NKWD in den ostpolnischen Gebieten angesehen,[40] waren die polnischen Kommunisten 1940 dazu verurteilt, tatenlos abzuwarten. Erst später unternahmen sie Versuche, im besetzten Land aus eigener Kraft kleinere Organisationszentren zu schaffen. Unter Berufung auf ihre Parteidisziplin wollten sie nicht so weit gehen, die Parteigründung gegen die Weisung der Komintern vorzunehmen. Indessen war die Mehrzahl der aktiven Linken, wie Nazarewicz berichtet, davon überzeugt, daß die Verträge mit Deutschland zeitlich begrenzt seien und der Konflikt sehr bald ausbrechen müsse.

In der Tat bedurfte die Wendung erst des Überfalls auf die Sowjetunion und einer völlig veränderten internationalen Großwetterlage.

Die Grundlage für eine Verbesserung der politischen Atmosphäre bildete ein Vertragswerk, das angesichts des lebensbedrohenden militärischen Vormarsches der deutschen Wehrmacht zwischen der Sowjetunion und der Sikorski-Regierung geschlossen wurde.[41]

Am 30. Juli 1941 gelang es, die schwierigen Verhandlungen zwischen dem Exilpremier und Botschafter Maiski mit der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Vertrages zum gemeinsamen Kampf gegen Hitlerdeutschland abzuschließen.[42] Als zweiter Schritt folgte am 14. August 1941 ein Militärabkommen, das die rasche Aufstellung einer Polnischen Armee auf dem Territorium der Sowjetunion in die Wege leitete. Knüpfte Sikorski daran die Vision, bei einer zukünftigen vom Osten aus erfolgenden Befreiung Polens über eine eigene polnische Armee und damit eine politische Machtposition verfügen zu können, so rechnete Stalin schon in absehbarer Zeit mit den vereinbarten alliierten Waffenlieferun-

---

40 Damals wußte noch niemand von dem Ende Februar ausgelösten Befehl zur Ermordung der kriegsgefangenen Offiziere der alten Armee, der im März 1943 unter dem Begriff Katyn bekannt wurde.

41 Siehe dazu ausführlich Eva Seeber: Der Konflikt um die Gestalt Nachkriegspolens. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. S. 65-107.

42 Siehe Dokumenty i Materiały do Historii Stosunkow Polsko-Radzieckich. Bd. 7. Warszawa 1973. Dokument 133.

gen und sofort »nach Erreichen der vollen Gefechtsbereitschaft« von zumindest einer Division mit einer wirksamen Unterstützung an der Front.[43] Der Bedarf an waffenfähigen Männern erlöste die Internierten von ihrem Schicksal als Gefangene und brachte auch den Familien der Offiziere und Soldaten bessere Bedingungen. Das war Gegenstand eines Amnestie-Erlasses.[44] Ein halbes Jahr später drängte Stalin sogar auf Gespräche über einen sowjetisch-polnischen Beistandspakt. Dabei brachte er erstmals mögliche Veränderungen der Grenzen Deutschlands zur Sprache, die bisher nur von polnischer Seite geäußert worden waren.[45] Zugleich zeichneten sich abseits von offiziellen Verlautbarungen bei den Gesprächen über Polens Zukunft bemerkenswerte Neuansätze ab. Erstmals gab es im britischen sowie exilpolnischen Lager Hinweise auf ein mögliches Einlenken hinsichtlich der sowjetischen Wünsche in Bezug auf die Westgrenzen der UdSSR zu Polen.[46]

Angesichts von internationalen Veränderungen dieser Dimension erhielt selbst die Komintern-Führung etwas mehr Spielraum.

Mit der Entstehung der Antihitlerkoalition fand die Komintern zu bestimmten Ansätzen zurück, die den Volksfrontbestrebungen und dem VII. Weltkongreß zugrunde gelegen hatten. Hatten bisher die KPP-Mitglieder keinen Zugang zur sowjetischen Partei, geschweige zu Funktionen im besetzten polnischen Territorium gehabt, so deuteten sich seit der Niederlage Frankreichs Veränderungen an. Schließlich erfolgte ein erster Schritt zur Wiederanerkennung, indem ehemalige KPP-Mitglieder in die KPdSU aufgenommen wurden. Bestimmte Personen fanden Zugang zur Politischen Schule der Komintern in Nagornoje, später in Puschkino bzw. Baschkirien.

Ein Lichtblick war das Erscheinen einiger polnischer Zeitschriften und Zeitungen auf sowjetisch besetztem Territorium. Damit erfuhren nicht nur polnische Journalisten und Schriftsteller wieder öffentliche Anerkennung, sondern um die Redaktionen herum vermochten sich Sam-

---

43 Siehe ebenda. Dokument 227.

44 Siehe das Protokoll zum Vertrag über den gemeinsamen Kampf gegen Hitler-Deutschland. In: Ebenda. Dokument 133. S. 232.

45 Siehe Eva Seeber: Der Konflikt um die Gestalt Nachkriegspolens. In: Osteuropa in Tradition und Wandel: Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. S. 74.

46 Siehe ebenda. S. 75. – Wlodzimierz T. Kowalski, Walka dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie (1939-1945). Warszawa 1966. S. 157.

melpunkte für die aktiven polnischen Kräfte zu bilden, die von hier aus um die Vorbereitung einer Parteigründung und entsprechender Leitlinien bemüht waren. Im Juli 1941 zeigten die Initiativen der polnisch-sowjetischen Schriftstellerin Wanda Wasilewska und des aus polnischen Gefängnissen befreiten Alfred Lampe Wirkung, nachdem sich beide zum geeigneten Zeitpunkt unmittelbar an Stalin gewandt hatten. Im Oktober begann sich eine erste Initiativgruppe unter der Leitung des polnischen Kommunisten Jan Turlejski für den Absprung über Polen vorzubereiten. Infolge der verschlechterten Frontlage endete dieser Versuch mit der Opferung der wertvollen Kader und schien erneut auf unbestimmte Zeit verschoben. Endlich gelang Ende Dezember 1941 einer neuen Gruppe die erfolgreiche Landung. Sie wurde Mitte Dezember zu einem letzten Gespräch zu Georgi Dimitroff beordert, nicht ohne einen letzten Versuch zu unternehmen, Überlebende aus den »Säuberungen« aufzufinden und zum Nutzen der Sowjetunion und Polens die Reihen der neuen Partei in Polen zu verstärken. Doch obwohl – wie Zeitzeugen berichteten – Dimitroff Hilfe versprach und die Suche mit Hilfe vorhandener Namenslisten begann, endete der Vorstoß mit der erschütternden Auskunft, »daß diese Personen nicht mehr lebten«.[47] Erst in den neunziger Jahren stieß man zu den Ursachen vor; war doch im Wortlaut einer Instruktion des Berija-Stellvertreters Bogdan Kobalow vom 18. September 1941 – also Monate nach dem Kooperationsvertrag und dem Amnestieerlaß – verfügt worden: daß alle Gefangenen, selbst die wegen Zugehörigkeit zu nationalistischen Geheimorganisationen in der Westukraine und Belorußland zu amnestieren seien, nur eine Gruppe *nicht*, diejenigen, die man auch jetzt noch als: »Mörder und Deserteure aus der Sowjetarmee« sowie als »Provokateure aus der KPP, dem KZMP und anderen Organisationen der Komintern« beschimpfte.[48]

Die neue Partei mit dem programmatischen Namen »Polnische Arbeiterpartei« (PPR) litt seit ihrer am 6. Januar 1942 in strengster Illegalität erfolgten Gründung in Warschau schwer unter den Verbrechen und den Verlusten. Sie war ungeheuer arm an erfahrenen Kadern und stand einer Mauer an Ablehnung gegenüber. Um so entschlossener waren die Parteigründer, neu und eigenständig daran zu arbeiten, den antifaschisti-

47 Ryszard Nazarewicz: Armii Ludowej. Dylematy i Dramaty. Warszawa 1998. S. 45.

48 Siehe Walentina Parsadanowa: Departacija naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapasdnoj Belorussii v 1939–1941 gg. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1998)2. S. 38f.

schen Widerstand zu organisieren. Als eine der Komintern nicht mehr als Sektion angehörende Partei hatte die PPR größere Bewegungsfreiheit.

Der Aufbau gelang auch dank der früheren Beschlüsse durch die weitsichtige Politik solcher Funktionäre wie Władysław Gomułka, die im Lande kleine antifaschistische Gruppen gebildet hatten und so verhinderten, daß die Auflösung der KPP im Jahre 1938 zum Bruch jeglicher Kontinuität und zur endgültigen Vernichtung der Bewegung führte.[49]

49 Ausführlich bei Ryszard Nazarewicz: Drogi do wyzwolenia. Warszawa 1979. S. 44 bis 50.

FRIDO SEYDEWITZ

Zehn Jahre in den Fängen des NKWD (1938–1948). Flucht in die Verfolgung

Heute vor genau sechzig Jahren und zwei Tagen entschied eine sogenannte »Sondersitzung« des NKWD, mich gemäß Artikel 58-6 (Spionage) des Strafgesetzbuches der RSFSR zu acht Jahren Freiheitsentzug im Arbeitserziehungslager zu verurteilen. Die erlittene Untersuchungshaft in der Zeit vom 9. März 1938 bis zum 23. April 1939 wurde mir auf die ausgesprochene Strafe angerechnet. Ein Rechtsmittel gegen diese Entscheidung gab es nicht. Der Entscheidung ging keine Verhandlung voraus, an der ich hätte teilnehmen können. Das Urteil wurde mir nicht ausgehändigt und die Begründung auch nicht vorgelesen. Dies waren die damals staatlich sanktionierten Praktiken für die Aburteilung von »Volksfeinden«.

Laut Bescheinigung des Obersten Gerichts vom 12. November 1961 wurde ich dann nach 23½ Jahren rehabilitiert. Eine Entschädigung für die erlittene Haft von achteinhalb Jahren und die anschließende »Ewige Verbannung« von anderthalb Jahren gab es nicht.

Wie kam es dazu, daß ich in die Fänge des NKWD geriet? Ich wurde in Leipzig am 7. Februar 1919 als zweiter Sohn des Redakteurs und späteren Mitglieds des Reichstages Max Seydewitz geboren. Er gehörte dem linken Flügel der SPD an. 1931 wurde er wegen seiner oppositionellen Tätigkeit gegen die Koalitions- und Tolerierungspolitik der rechten SPD-Führung aus der Partei ausgeschlossen. Um – wie Carl von Ossietzky schrieb – »zu retten, was in der SPD noch an Aktivität und Kampfesmut lebte«, gründete er mit Kurt Rosenfeld und Ernst Eckstein die Sozialistische Arbeiterpartei. Ihre Hoffnung, damit eine Brücke zwischen den Arbeiterparteien gebaut zu haben, erfüllte sich nicht.

Nach dem von den Naziführern am 27. Februar 1933 inszenierten Reichstagsbrand begann die Verfolgung der Arbeiterfunktionäre. Um dem Terror zu entgehen, ging unser Vater in die Illegalität.

Am 12. März 1933 drang in unsere in Berlin befindliche Wohnung eine schwer bewaffnete SA-Kolonne unter Anführung von Walther Ko-

rodi ein. Da sie unseren Vater nicht vorfanden, wurden wir drei in der Wohnung befindlichen Söhne in Geiselhaft genommen. Am 1. April, dem Tag des Judenboykotts, gelang es uns zu flüchten. Wir hielten uns danach noch einen Monat getrennt immer wieder in verschiedenen Quartieren illegal auf. Am 7. Mai überschritten wir illegal bei Zinnwald die tschechische Grenze und gelangten noch am gleichen Tag zu unserem inzwischen nach Prag emigrierten Vater.

Das Emigrantendasein in der Tschechoslowakei war insbesondere für Jugendliche schwer. Außer Asyl gewährte der Staat absolut nichts. Verboten war die Aufnahme von Arbeit sowie jede politische Tätigkeit. An eine berufliche Ausbildung war nicht zu denken. Wer dem zuwider handelte, wurde postwendend abgeschoben.

Trotzdem gingen wir einer Beschäftigung nach. Mein Bruder als technischer Mitarbeiter bei einer Zeitschrift der Liga für Menschenrechte und ich bei einer antifaschistischen Tageszeitung, dem »Prager Mittag«. Organisiert waren wir im Verband der Sozialistischen Jugend.

Wir waren beide begeistert von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion und befaßten uns mit der Frage, wie man als Emigrant dorthin gelangen könnte. Zunächst stattete ich dem sowjetischen Konsulat einen ergebnislosen Besuch ab. Dann wandte ich mich an Zensel Mühsam, die ich von Berlin gut kannte und von der ich wußte, daß sie demnächst nach Moskau weiter emigrieren würde. Sie konnte mir nur sagen, daß dies über Helena Stassowa, die Leiterin der Internationalen Roten Hilfe, in die Wege geleitet worden sei. Unsere Anfrage an sie zeitigte kein Ergebnis.

Dann kam uns der Zufall zu Hilfe. Unser Vater, der in Prag dem Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten angehörte und aktiv in der Volksfrontbewegung tätig war, wurde eines Tages von seinem alten Freund Paul Franken, einem ehemaligen preußischen Landtagsabgeordneten der SPD, aufgesucht. Er war mit einer Gruppe emigrierter Sozialdemokraten in die Sowjetunion gelangt; dort wurden sie als Klassenbrüder mit offenen Armen aufgenommen. Gekommen war er im Auftrag von Wilhelm Pieck, um in Vorbereitung der Brüsseler Konferenz Verbindung zum Arbeitskreis der Revolutionären Sozialisten herzustellen. Die KPD beabsichtigte sich der Volksfrontbewegung anzuschließen.

Ohne unseren Vater davon zu unterrichten, versuchten wir Paul Franken zu veranlassen, nach seiner Rückkehr die entsprechenden Stellen in Moskau für die Verwirklichung unseres Anliegens zu interessieren.

Und welch ein Glück! Für meinen neunzehnjährigen Bruder und für mich mit meinen sechzehn Jahren eröffnete sich die Möglichkeit, in das Land unserer Träume zu gelangen. 1935 im August passierten wir mit echten sowjetischen Pässen die sowjetische Grenze. Moskau nahm uns mit offenen Armen auf. Wir bekamen Unterkunft in einem Emigrantenhotel, Arbeit in einer Maschinenbaufabrik und später einen Studienplatz an der Abendarbeiterfakultät. Wir nahmen als Sowjetbürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teil und lernten Land und Leute kennen. Wir fühlten uns ausgesprochen wohl in unserer neuen Heimat.

Nur eine Sorge begleitete uns ständig: Was wird aus Deutschland? Was geschieht mit den dort unter der Tyrannei lebenden Menschen, und wie wird es mit unseren in Prag zurückgebliebenen Angehörigen weitergehen?

Aber bald gesellten sich neue ungeahnte Sorgen hinzu. Wir schrieben das Jahr 1936. Es liefen die öffentlichen Schauprozesse und gleichzeitig Maßnahmen der sogenannten Säuberungen. Und immer wieder gab es Nachrichten über Verhaftungen von Bekannten, die man niemals mit feindlichen Handlungen hätte in Verbindung bringen können. Die Menschen waren verstört, sie konnten nicht begreifen, was vor sich ging. Sie zermarterten sich das Hirn, was man ihnen möglicherweise vorwerfen könnte. Angst und Besorgnis prägten das Leben.

Vorerst glaubten wir und die Personen in unserer Umgebung ohne eine besonders herausragende politische Vergangenheit, daß mit einer Verfolgung nicht zu rechnen wäre. Konnten wir denn wissen, daß es da Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU gab, mit denen das NKWD angewiesen wurde, Spione der Gestapo aufzuspüren? Das hat das NKWD dann auch vehement getan, ohne echte zu finden. Die »Fünfte Kolonne« mußte ja da sein, und wenn auch nur in Gestalt der Politemigranten.

Als erster von den jugendlichen Emigranten wurde Kurt Torgler, der Sohn des im Reichstagsbrandprozeß angeklagten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Torgler, verhaftet. Die nächsten Opfer waren Hans Beimler, Max Maddalena, Helmut König und noch einige andere aus dem Kreis junger Emigranten. Die Verhaftungswelle erstreckte sich auch auf Mitglieder des Thälmann-Klubs Ausländischer Arbeiter, ferner auf Schüler der deutschen Karl-Liebknecht-Schule, der deutschen Abteilung der Lenin-Arbeiterfakultät und auf ausländische Arbeiter unseres Maschinenbaubetriebes, dem Stankosawod. Aufenthaltsgenehmigun-

gen für ausländische Arbeiter und Spezialisten wurden nicht mehr verlängert. Dies traf zum Teil auch für Emigranten zu. Es spielten sich Tragödien ab. Besonders dann, wenn Männer verhaftet waren und deren Frauen und Kinder das Land verlassen mußten, ohne in Erfahrung bringen zu können, was aus ihrem Ehepartner und Vater geworden war.

Niemand fühlte sich mehr sicher, und keiner konnte sich erklären, warum das alles geschah und wem es nutzen sollte.

Anfang 1938 waren mein Bruder und ich in das Emigrantenheim auf der Uliza Obucha umquartiert worden. Dort lebten etwa zweihundert Emigranten aus den verschiedensten Ländern. Fast jede Nacht wurden dort Verhaftungen vorgenommen. Dies erfolgte aufgrund von Listen, die der Kommandant des Hauses aufzustellen hatte. Von den Verhaftungen blieben zunächst lediglich Frauen mit Kleinstkindern und Schwerkranke verschont.

In der Nacht vom 16. zum 17. Februar 1938 kamen Vertreter des NKWD, um meinen Bruder abzuholen. Nun konnte ich absolut nichts mehr verstehen. Ich war fest davon überzeugt, daß sich mein Bruder in keiner Weise schuldig gemacht hatte.

An einem der nächsten Tage meldete ich mich bei Wilhelm Pieck im Hotel Lux an. Er empfing mich recht freundlich. Mit Anteilnahme hörte er sich meinen Bericht über die Inhaftierung meines Bruders und über die Vorgänge im Emigrantenheim an. Zunächst gab er mir zu verstehen, daß auch er nicht annehme, daß mein Bruder schuldig sei. Er habe sich in der Vergangenheit schon mehrfach für seiner Auffassung nach unschuldige Genossen verbürgt. Seine Bemühungen, sie freizubekommen, waren ohne Erfolg. Da habe es »Geständnisse« gegeben!!! Er sehe nur eine Möglichkeit. Er beabsichtige, Genossen Dimitroff zu bitten, sich in dieser Angelegenheit an höchste Stellen zu wenden.

Nach Abschluß des Gesprächs führte er mich an sein Bücherregal und wies auf eine Reihe von etwa fünfzig Exemplaren eines Buches, dessen Autor mein Vater war. Es handelte sich um das im Malik-Verlag Anfang 1938 erschienene Buch über eine Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus. Es soll eine positive Einschätzung durch Stalin erhalten haben. Anschließend bat mich Wilhelm Pieck, vorerst meinem Vater über die erfolgte Inhaftierung nichts zu berichten. Beruhigt und zuversichtlich verließ ich das Hotel Lux.

Bis zum 8. März 1938 tat sich allerdings nichts. Jedoch in der Nacht vom 8. zum 9. März wurde auch ich abgeholt und in die berüchtigte Lubjanka verbracht.

Dort begann meine Odyssee. Sie unterschied sich in keiner Weise von der, die alle diejenigen durchleben mußten, die ebenfalls in die Fänge des NKWD geraten waren. In der ersten Vernehmung brachte man mir zur Kenntnis, daß gegen mich ein Haftbefehl wegen Spionage vorliege.

Ich darf wohl annehmen, daß die Bücher von Solshenizyn über den »Archipel GULag« und »Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch« allgemein bekannt sind. Viele haben sicher auch die Werke von Warlam Schalamow, Jewgenia Ginsburg, Susanne Leonhard, Trude Richter, Helmut Damerius, Wanda Bronska gelesen, deren Autoren gleichfalls die Stalinsche Inquisition über sich ergehen lassen mußten. Ähnlich wie ihnen ist es auch mir ergangen. Im Rahmen dieses Beitrags kann ich auf Details dessen, was ich in den Jahren von 1938 bis 1948 erleben mußte, nicht eingehen.

Während meiner Untersuchungshaft gab es im Dezember 1938 völlig unerwartet einen Lichtblick. In unserer Gefängniszelle wurde eine Bekanntmachung angebracht, aus der hervorging, daß Lawrenti Berija nunmehr Volkskommissar des Inneren sei. Jeshow war abgelöst worden, und wir hatten die vage Hoffnung, daß unsere Odyssee eine Ende finden werde.

In diesem Zusammenhang gab es auch einen gemeinsamen Beschluß des Rates der Volkskommissare und des ZK der KPdSU »Über Verhaftungen, Untersuchungsführung und Verteidigung« vom 17. November 1938, der sich u. a. auch mit groben Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit bei der Entlarvung von »Volksfeinden« in den Jahren 1937/1938 auseinandersetzte. Die Organe des NKWD wurden – wie es hieß – auf die Fabrikation von Geständnissen, auf Folterungen und Prügel, auf die Erstellung fiktiver Vernehmungsprotokolle hingewiesen. Nach wie vor gebe es Mängel, die auf die Kampagnenhaftigkeit der bisherigen Arbeit zurückzuführen seien. So seien z. B. Zahlen, wie viele Spione zu entlarven seien, vorgegeben worden, ebenso die Zahl der Massenverhaftungen. – Dieser Beschluß war uns natürlich damals nicht bekannt. Im gleichen Monat wurden gemäß Befehl des NKWD und des Generalstaatsanwaltes der UdSSR die »Troikas« abgeschafft.

Aber für alle, die sich in den Fängen des NKWD befanden, änderte sich absolut nichts. Das Prinzip: »Wer sitzt, bleibt sitzen« hatte wie immer Bestand.

An die Stelle der »Troika« trat die Sondersitzung des NKWD, und die befand am 23. April 1939, daß der Bürger Seydewitz, F. M. auf die

Dauer von acht Jahren wegen Spionage ins Besserungsarbeitslager (GULag) zu verbringen sei.

Dies geschah wie folgt. Man verfrachtete mich mit weiteren 79 Häftlingen in einen Viehwagen der Transsibirischen Eisenbahn. Nach einem Monat Fahrt, während der wir den Waggon nie verlassen durften, kamen wir in einem erbärmlichen Zustand in Wladiwostok an. Dort wurden wir mit noch etwa fünftausend weiteren Häftlingen in den Laderaum des Frachtschiffes »Schurma« verstaut. Nach zehn Tagen landeten wir in Magadan, der Hauptstadt des Kolyma-Gebietes. Auf einem offenen LKW ging es dann mit 50 Häftlingen in das 500 km entfernte Tschaiurinsker Tal. Auf einem Hängerschlitten, der von einem Traktor gezogen wurde, schleifte man uns die letzte Strecke durch die Taiga in ein Lager, wo im Tagebau Goldsand gefördert wurde. Mir schien, daß ich am Ende der Welt gelandet war. Es war hinter dem Polarkreis: Kolyma ...

Im Herbst 1938 sollen sich im Lager etwa fünftausend Personen befunden haben. Jetzt zählte man noch an die fünfhundert Häftlinge. Mit den neu hinzugekommenen waren wir etwa sechshundert. Leicht auszurechnen, wie viele von uns das Jahr 1940 erleben könnten.

Der Alltag begann für mich so wie in »Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch«. Und es waren noch viele solcher Tage, die mir bevorstanden – oder auch nicht!!!

Unter strenger Bewachung wurden wir in den Tagebau getrieben. Mit Hacke und Spaten hatte ich der Natur den Goldsand abzuringen und mit der Schubkarre zu der etliche hundert Meter entfernten Goldwaschanlage zu karren. Die vorgeschriebene Norm war nicht erfüllbar. Dem entsprach dann die ohnehin schon kleine minderwertige Brotration.

Nach geraumer Zeit, mir schien es eine Ewigkeit, verschlechterte sich mein Gesundheitszustand derart, daß ich zu keiner Arbeit mehr fähig war. Ich litt an Skorbut und Dysenterie. Im Krankenrevier war ein ehemaliger Schulkamerad aus meiner Berliner Zeit als Sanitäter tätig. Er erreichte, daß ich einer Ärztekommission vorgestellt wurde. Sie muß eine humane Anwandlung gehabt haben, oder sie hatte die Vorgabe noch nicht erfüllt. Jedenfalls wurde ich »aktiert« (abgeschrieben) und in ein in der Nähe von Magadan befindliches Invalidenlager abgeschoben. Nachdem ich mich dort wider alle Erwartung aufgerappelt hatte, schickte man mich zur Arbeit auf einen Schonplatz in der Buchbinderei des Invalidenlagers.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam ich in eine Glasfabrik. Dort wurde ich in kurzer Zeit zum Glasbläser qualifiziert, und ich ent-

wickelte mich zu einem absolut unentbehrlichen Spezialisten. In dieser Fabrik konnte ich bis zu meiner Befreiung am 20. September 1946 überleben. Eigentlich hätte ich am 9. März zur Entlassung kommen müssen. Es gab aber eine NKWD-Entlassungssperre, die erst im September aufgehoben wurde. Noch ein weiteres Jahr und vier Monate mußte ich dann in einer vom NKWD für mich »für alle Ewigkeit« angeordneten Verbannung verbringen.

Nach langen Bemühungen ist es dann meinem Vater, der inzwischen aus schwedischer Emigration nach Deutschland zurückgekehrt war und im Lande Sachsen als Ministerpräsident fungierte, gelungen, mich freizubekommen.

Anfang März 1948 bin ich, fast genau auf den Tag meiner Festnahme als Geisel in Berlin, nach fünfzehn Jahren wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Es war nicht der beste Zeitabschnitt unserer Epoche, in der es mir zuteil geworden ist, mein Leben zu verbringen. Da gab es Hoffnung, sehr viel Kummer, Leid, Enttäuschung und Verzweiflung. Besonders schwer haben mich die Geschehnisse in der Sowjetunion getroffen, die in der Endkonsequenz dazu führten, daß das Rad der Geschichte um ein Jahrhundert zurückgedreht wurde.

KLAUS KINNER

Der Große Terror und das Ende der Volksfrontpolitik. Der Fall Münzenberg

»Der Verräter, Stalin, bist Du!«[1] Diese verzweifelte Anklage Willi Münzenbergs vom 22. April 1939 steht am Ende eines argen Weges der Erkenntnis dieser bedeutenden Gestalt des deutschen und internationalen Kommunismus. Sie steht auch nahezu am Ende seines Lebens. Er wird sie kein Jahr überleben. Die Umstände seines Todes sind daher umstritten. Vieles spricht für die Selbstmordthese. Jedoch drängt die Praxis der Mordkommandos Stalins immer wieder den Verdacht auf, daß Münzenberg ein ähnliches Schicksal fand, wie Trotzki am 21. August desselben Jahres. Von der Duplizität dieser Ereignisse geht eine eigentümliche Suggestion aus, die weit über die Kontroversen zur Todesursache Münzenbergs hinausweist.

Mit Trotzki hatte sich Stalin seines letzten, seines größten Gegenspielers entledigt, den Terror-Prozessen einen krönenden, makabren Abschluß gegeben. Mit Münzenberg war ein herausragender Repräsentant des deutschen und internationalen Kommunismus aus dem Leben geschieden, der ebenfalls vollständig in das Raster des Stalinschen Feindbildes paßte.

Münzenbergs Biographie liest sich wie eine idealtypische Geschichte des deutschen Kommunismus. Hier können nur Stichworte gegeben werden: 1889 geboren, tritt Münzenberg früh in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ein. Der Autodidakt mit nur unregelmäßigem Schulbesuch erwirbt sich im Arbeiterbildungsverein »Propaganda« erste Kenntnisse. Er engagiert sich in der Arbeiterjugendbewegung, zu deren führenden Köpfen er bald gehören sollte. In der Schweiz, wo er zunächst als Hausbursche arbeitete, schloß er sich unter dem Einfluß Lenins der Zimmerwalder Linken an. Er bekannte sich von Anbeginn zu den Bolschewiki und deren »Kampf und Sieg«, so der Titel seiner 1918

1 Willi Münzenberg: Der russische Dolchstoß. In: »Die Zukunft«. Paris vom 22. September 1939.

erscheinenden Broschüre. Aus der Schweiz ausgewiesen, schloß er sich der Stuttgarter Spartakusgruppe an. Münzenberg war Begründer und Spiritus rector der Kommunistischen Jugend-Internationale. 1921 wurde er beauftragt, die internationale Hilfe für die unter den Folgen von Bürgerkrieg und Mißernten leidenden Hungernden in Rußland zu organisieren. Damit erhielt Münzenberg jenes Betätigungsfeld, auf dem er seine überragenden organisatorischen Fähigkeiten voll entfalten konnte. Jetzt entstand, was unter der Bezeichnung »Münzenberg-Konzern« in die Geschichte eingegangen ist, ein Konglomerat von überparteilichen Netzwerken, das über die Nutzung der damals modernsten Printmedien, über Verlage, Zeitungen und Zeitschriften, und des Films einen Einfluß gewinnen konnte, der weit über die kommunistische Arbeiterbewegung hinaus ging und vor allem unter demokratischen und linksliberalen Intellektuellen Bündnispartner gewann. Willi Münzenberg war in der Weimarer Zeit keine Lichtgestalt des alternativen demokratischen Kommunismus. Er tendierte eher zu linksfundamentalistischen Positionen, wie sie Anfang der dreißiger Jahre besonders von Heinz Neumann und Hermann Remmele vertreten wurden, deren Gruppierung er zugerechnet wurde.

Der Sieg des Hitlerfaschismus leitete jedoch bei ihm offensichtlich einen Lernprozeß ein, in dem bisherige absolute Wahrheiten in Frage gestellt wurden. Die Rolle Münzenbergs in der sich nach 1933 dramatisch wandelnden Politik von KPD und Komintern ist relativ gut erforscht. Es sei hier nur auf die wichtigsten Arbeiten verwiesen. Das Basiswerk sind nach wie vor die Erinnerungen seiner Lebensgefährtin Babette Groß.[2] Von den neueren Forschungen ist zu erwähnen die Monographie Harald Wessels.[3] Wertvolles Material und verallgemeinernde Studien finden sich in dem Sammelband, der die Ergebnisse der internationalen Konferenz in Aix-en-Provence zu Münzenberg dokumentiert.[4] Zu erwähnen ist weiter die Studie von Gerhard Paul,[5] die Quellenpublikation von Horst Kühnrich und Fridrich Firsows wichtige Arbeit über

2 Siehe Babette Groß: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Stuttgart 1967.

3 Siehe Harald Wessel: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940. Berlin 1991.

4 Siehe Tania Schlie/Simone Roche (Hrsg.): Willi Münzenberg (1889–1940), ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1995.

5 Siehe Gerhard Paul: Lernprozeß mit tödlichem Ausgang.Willi Münzenbergs Abkehr vom Stalinismus. In: Thomas Koebner [u. a.] (Hrsg.): Politische Aspekte des Exils. München 1990.

die Tagebücher Dimitroffs.[6] Für die Gesamtthematik ist schließlich die Habilitationsschrift von Monika Gibas von Bedeutung.[7]

Die Quellenlage zum Thema ist günstig. Im Bestand des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED – heute zentraler Bestandteil der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv – befindet sich ein reichhaltiger Fundus von KPD- und Komintemakten zu unserer Thematik.

Die vorliegende Studie will weniger den vorliegenden biographischen Arbeiten eine weitere hinzufügen, sondern sie will den »Fall Münzenberg« unter paradigmatischem Aspekt über das Ende der Volksfrontpolitik befragen.

Das letzte Wort der offiziellen Parteigeschichtsschreibung der SED, der nicht mehr erschienene zweite Band der Geschichte der SED bietet zur hier in Frage stehenden Thematik folgende Wertung: »Seit 1937 traten in verschiedenen europäischen Exilländern im Ringen um die Einheitsfront zwischen deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten und um eine antifaschistische deutsche Volksfront erhebliche politische Schwierigkeiten auf. Sie hatten ihre Hauptursache im Übergang der herrschenden Kreise der imperialistischen Westmächte auf einen verschärften antisowjetischen und antikommunistischen Kurs. Dieser war wiederum die Reaktion auf die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, auf die heldenhaften Verteidigungskämpfe in Spanien und auf das Erstarken der kommunistischen Parteien in einer Reihe von Ländern, so in Frankreich, wo die FKP Ende 1937 fast 350.000 Mitglieder zählte. Nichtkommunistische deutsche Hitlergegner im Exil begannen dem zunehmenden politisch-ideologischen und materiellen Druck der Machthaber ihrer imperialistischen Gastländer nachzugeben. Es wurde deutlich, daß sich bürgerliche Hitlergegner und manche Sozialdemokraten immer stärker an der antisowjetischen Komponente der Beschwichtigungspolitik der Regierungen Frankreichs und Großbritanniens orientierten und

---

6 Siehe Horst Kühnrich: »Ein entsetzliches Mißverständnis« – oder was eigentlich dahinter steckte. Bisher unbekannte Schreiben Münzenbergs an Dimitroff, Oktober 1937. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin (1992)2. S. 66–82. – Fridrich Firsov: Aus den Tagebüchern Dimitroffs. In: Mittelweg 36. Hamburg (1998)April/Mai (im weiteren Fridrich Firsov: Aus den Tagebüchern Dimitroffs ...). S. 78–90.

7 Monika Gibas: Die Stellung der KPD zur Weimarer Republik – Historisch-politische Wertung, Demokratieverständnis und antifaschistische Strategieentwicklung im Rahmen der Komintern 1933 bis 1939. Leipzig 1991.

den Antisowjetismus auf ihr Verhältnis zu den deutschen Kommunisten übertrugen; sie versuchten den Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront zu spalten. Willi Münzenberg hatte sich inzwischen politisch und ideologisch von der KPD entfernt, war gegen die Bündnispolitik der Partei aufgetreten und hatte diese besonders bei den bürgerlichen Volksfrontpartnern als unaufrichtig zu diskreditieren versucht. Deshalb wurde er 1938 aller leitenden Funktionen entbunden und Anfang 1939 aus der Partei ausgeschlossen. Die Arbeit des Volksfrontausschusses kam unter diesen Umständen zum Erliegen.«[8]

Wie zu sehen ist, versuchte die Parteigeschichtsschreibung der SED in ihren offiziellen Verlautbarungen bis zu ihrem Ende die tatsächlichen Gründe für das Scheitern der Volksfrontpolitik mit einem dichten Gespinst von Geschichtslegenden zu verschleiern. Dabei war die Bewertung der Politik des VII. Weltkongresses der Komintern und der »Brüsseler« Parteikonferenz der KPD der zentrale Punkt. Das Deutungsmonopol über diese beiden Ereignisse hatte für die Geschichtspolitik der SED einen hohen Rang. Standen sie doch im poststalinistischen Geschichtsbild für die Fähigkeit von KPD und Komintern zur selbstkritischen Erneuerung und schöpferischen Theorieentwicklung. Insofern kam diesen Ereignissen gleichsam eine Scharnierfunktion zu. Die entscheidende Schwäche beider Konferenzen, eine gravierende Kurskorrektur ohne definitiven Bruch mit zurückliegenden Fehlentwicklungen zu versuchen, machten sie in ihrer gestutzten Überlieferung zum idealen Instrument einer Denkfigur, die bis zur späten Honecker-Ära Ausdruck der Denkblockade eines erstarrenden Systems wurde: Kontinuität und Erneuerung. Das Pendant zu Kontinuität – Diskontinuität war suspekt. Noch 1990 stand »Brüssel« im bereits zitierten Band 2 der Geschichte der SED für die Fähigkeit der KPD, »den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden und dem deutschen Volk den Weg zu Frieden, Demokratie und Sozialismus zu weisen.«[9]

Das erst seit 1997 vollständig vorliegende Protokoll der »Brüsseler« Konferenz[10] ermöglicht es nunmehr nachzuvollziehen, ob und inwieweit

8 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 2. Berlin 1990. S. 776 (Druckvorlage).

9 Ebenda. S. 724.

10 Protokoll der »Brüsseler Konferenz« der KPD 1935. Reden, Diskussionen und Beschlüsse. Moskau vom 3.–15. Oktober 1935. Hrsg. von Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber. 2 Bde. München 1997.

das Jahr 1935 tatsächlich eine Wende in der Politik der KPD erbrachte. Die Herausgeber bemerken in ihrer informativen und kenntnisreichen Einleitung zu Recht: Den Teilnehmern an der Konferenz schien es in der durch den VII. Weltkongreß geschaffenen Atmosphäre möglich zu sein, als unumstößlich geltende Auffassungen und Denkmuster kritisch zu hinterfragen. Diese Hoffnungen trogen. Nur für einen kurzen historischen Zeitraum gerieten die Erfordernisse und Zwänge des antifaschistischen Kampfes in Europa, die die Korrektur der irrwitzigen Sozialfaschismusthese und eine flexiblere Haltung zur parlamentarischen Demokratie erforderten, in eine vage und instabile Kongruenz mit Stalins außenpolitischen Intentionen. So fragil diese Konstellation auch war, sie existierte, wirkte fort und intendierte in historischer Phasenverschiebung bemerkenswerte Politikansätze. Die Konzepte von 1935 bewirkten aber eben keine Wende in der Politik von Komintern und KPD. Sie gerieten bei Veränderung der politischen Großwetterlage in den Sog des Stalinschen Machtkalküls, für das die Komintern zunehmend zum Störfaktor wurde. Aber auch die KPD selbst war in ihren verfestigten Parteistrukturen ohne grundlegende Erneuerung an Haupt und Gliedern nicht mehr zu einer dauerhaften Wende in der Lage. Schon bald wurde sie Opfer wie Mittäter im Großen Terror des Stalin-Apparates gegen Kommunisten und drehte angesichts des Verrates Stalins am Antifaschismus Ende der dreißiger Jahre groteske Pirouetten. Gleichzeitig wirkten Orientierungen des Weltkongresses und von »Brüssel« im antifaschistischen Widerstand noch nach, als ihre Initiatoren sie schon wieder preisgegeben hatten. 1935 ist insofern eher eine verlorene Wende. Der Phantomschmerz des Verlustes wirkte und wirkt in der Linken bis in die Gegenwart.

Schon bald nach der »Brüsseler« Konferenz forderte die Komintern-Führung erneut einen prinzipiellen »Kampf gegen die Sozialdemokratie«, wie Wilhelm Pieck in einem Brief an Walter Ulbricht und Franz Dahlem vom 18. November 1935 informierte.[11] Zur gleichen Zeit scheiterten auch die Gespräche der KPD mit der sozialdemokratischen Parteiführung in Prag.

Dagegen gelang es in Paris, mit dem Lutetia-Kreis ein Gremium von Persönlichkeiten zu bilden, das als Keimzelle einer deutschen Volksfront gegen den Hitlerfaschismus gelten konnte. Es war in hohem Maße Willi

11 Wilhelm Pieck an Walter Ulbricht und Franz Dahlem, Moskau am 18. November 1935. In: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv, Berlin (im weiteren SAPMO). RY 1/ I 2/3/284.

Münzenbergs Verdienst, daß es gelang, seit dem Sommer 1935 antifaschistische Kräfte unterschiedlichster politischer Herkunft zusammenzuführen und seit September 1935 in eine organisatorische Form zu fügen, die mit einem Büro unter Vorsitz von Heinrich Mann feste Konturen gewann. Willi Münzenberg hatte den Anspruch des VII. Weltkongresses, eine breite antifaschistische Einheits- und Volksfront zu schaffen, offensichtlich tief verinnerlicht. Was für einen großen Teil des führenden Zirkels von KPD und Komintern politisches Kalkül war, wurde für den Organisator der »Braunbuch«-Kampagne anläßlich des Reichstagsbrandprozesses und engagierten Mitstreiter des Komitees zur Befreiung Ernst Thälmanns zunehmend zu einer höchst persönlichen Angelegenheit. Mit hohem Selbstbewußtsein ausgestattet, sah sich Münzenberg nicht in einer abstrakten Auseinandersetzung mit dem Faschismus, sondern in einer persönlichen Konfrontation auf Leben und Tod mit Adolf Hitler und dem Dritten Reich.

Bereits Anfang 1936 geriet seine Herangehensweise in Konflikt mit der Parteiführung. In den Diskussionen der Programmkommission des Volksfrontausschusses im Februar 1936 gewannen die unterschiedlichen Ansätze im Auftreten Willi Münzenbergs und Philipp Dengels Kontur. Das zentrale Problem war die Stellung der KPD zur bürgerlichen Demokratie. Münzenberg wurde immer wieder der zu weit gehenden Selbstkritik der kommunistischen Linie und der Vertrauensseligkeit gegenüber sozialdemokratischen und bürgerlichen Vertretern geziehen. Ein Brief Philipp Dengels an Wilhelm Pieck vom 6. April 1936 dokumentiert diesen Konflikt schlaglichtartig. Dengel versuchte in seinem Schreiben Pieck die Gegensätze zu erläutern, die sich zwischen ihm und Willi Münzenberg anläßlich der Verhandlungen mit Victor Schiff und Rudolf Breitscheid ergeben hatten.[12] Als Kernpunkt der Differenzen erwies sich dabei das Verständnis der Politik des VII. Weltkongresses. Während Philipp Dengel in diesen Gesprächen letztlich die Position vertrat, »Demokratie bis zum Sturz Hitlers« – so die bündige und sicher kritisch zuspitzende Zusammenfassung Willi Münzenbergs –, warf Dengel diesem vor, die »Schwierigkeiten, die sich aus den verschiedenen Grundansichten zwischen uns und waschechten Sozialdemokraten, wie Br[eitscheid] und Sch[iff] ergeben, auszuweichen und diese Verschiedenheiten zu ver-

12 Philipp Dengel an Wilhelm Pieck, 6.April 1936. In: Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii. Moskau (im weiteren RCChIDNI). Fonds 495. Opis 1. Delo 156.

schmieren«. Münzenberg habe in diesen Gesprächen den Eindruck erweckt, »als ob bis zum 7. Kongress das eigentliche Hindernis für die Einheitsfrontpolitik unsere Partei gewesen sei [...] Man dürfe, so meinte ich, unsere Partei nicht schlechter machen, als sie war.« Dengel warf Münzenberg vor, die Politik des VII. Weltkongresses und der »Brüsseler« Parteikonferenz als »Wendung« dargestellt zu haben und insistierte darauf, »daß unter der Führung Dim[itroffs] und Manu[ilskis] schon seit 1934 die Komintern Schritt um Schritt die Wendung durchgeführt« habe.

Dengels Position dokumentierte ein Grundproblem von KPD und Komintern: ihr Demokratieverständnis. Es gelang der kommunistischen Weltbewegung nicht, zu einem differenzierten Demokratiebegriff vorzustoßen, der die Antinomie bürgerliche und proletarische Demokratie überwand.

Willi Münzenberg – kein Theoretiker – stieß sich zunehmend aus den Zwängen der Praxis heraus an den Dogmen des Marxismus-Leninismus Stalinscher Prägung, denen er selbst in vielerlei Hinsicht verhaftet war. Eine »Komandirowka« nach Moskau mit Befragungen durch die Internationale Kontroll-Kommission der Komintern und die Atmosphäre des beginnenden Terrors gegen Kampfgefährten seit Jahrzehnten taten ein Übriges für Münzenbergs zunehmend kritische Haltung.

Am 24. August 1936 verkündete W. W. Ulrich, Vorsitzender des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, die Urteile im Prozeß gegen das »Trotzkistisch-Sinowjewistische terroristische Zentrum«. Die Todesschüsse gegen alle 16 Angeklagten in der Nacht zum 25. August trafen auch die Volksfrontpolitik. Die Protagonisten dieser Politik konnten die Tragweite und das Ausmaß des verbrecherischen Vernichtungsfeldzuges Stalins noch nicht überschauen. Auch Münzenberg kämpfte nach seiner Rückkehr aus Moskau verbissen um die Ausweitung der Volksfront. Noch verteidigte er die Stalinsche Repressionspolitik in Debatten mit den Bündnispartnern. Unüberhörbar gewannen jedoch die Zweifel an ihr in seinen Äußerungen an Gewicht. Noch mußte es für ihn unvorstellbar sein, daß wenig später schon Untersuchungen anlaufen sollten, die auch ihn zum Ziel absurder Anklagen werden lassen sollten.

Die Reorganisation der Führungsstruktur der KPD brachte im Februar 1937 eine dramatische Veränderung für die Pariser Volksfrontpolitik und für Willi Münzenberg. Die Bildung eines Sekretariats des ZK in Paris mit weitreichenden Vollmachten unter Leitung Walter Ulbrichts verringerte den Handlungsspielraum Willi Münzenbergs erheblich. Indem

ihm Walter Ulbricht auch im Volksfrontausschuß zur Seite gestellt wurde, desavouierte ihn die Parteiführung faktisch. Gleichzeitig wurde er aufgefordert, zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten zur Beratung nach Moskau zu kommen. Der überlieferte Briefwechsel zwischen Willi Münzenberg, Georgi Dimitroff, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht zeugt von einer zunehmenden Bedrängnis, ja Verzweiflung Münzenbergs.[13] Ulbricht wurde für ihn zu einem Gegenspieler, der die Klaviatur des Apparats der Macht und des Terrors kenntnisreich benutzte. Für Ulbricht ging es angesichts der durch ihn mitverschuldeten Rückschläge in der Pariser Volksfrontpolitik um Machterhalt und – als Münzenberg zurückschlug und ein Parteiverfahren gegen ihn beantragte – auch um das Überleben. Die Haltung Wilhelm Piecks ist schwieriger einzuschätzen. Seine herausragende Eigenschaft war wohl, loyal bis zur Selbstverleugnung die jeweilig dominierende Parteilinie durchzusetzen. Seine einzige ernsthafte Widerständigkeit während der Wittorf-Affäre mit den für ihn negativen Folgen, die bis in die Auseinandersetzungen der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nachwirkten, hatte für ihn offenkundig traumatische Folgen mit dem Resultat, sich dem Konformitätsdruck eher zu beugen. Noch komplizierter erweist sich die Bewertung der Position von Dimitroff. War es doch maßgeblich Willi Münzenberg, der in der Solidaritätskampagne anläßlich des Leipziger Prozesses die Weltöffentlichkeit mobilisiert hatte. Letztlich wird auch für Dimitroff die Weigerung eines verantwortlichen Funktionärs, zu einer »klärenden Beratung« in Moskau zu erscheinen, zum casus belli geworden sein, der auch ihn bedrohte. Münzenberg erfüllte – das erkannten 1937/1938 alle verantwortlichen Funktionäre der Komintern resignierend oder triumphierend – alle Voraussetzungen für einen Angeklagten in einem Antikomintern-Prozeß. Seine Biographie prädestinierte ihn geradezu dafür. Seine Demontage im Pariser Volksfrontausschuß ist insofern nicht zu reduzieren auf persönliche Machtkämpfe, wenngleich diese eine große Rolle spielten. Es ging um mehr. Die halbherzige und inkonsequente »Wende« von 1935 war zunehmend zurückgenommen worden. Münzenberg wurde bei diesem Kalkül zunehmend zum unkalkulierbaren Risiko. Dem stand jedoch entgegen, daß er bei den angestrebten Bündnispartnern die unangefochtene Autorität für die kommunistische Bewegung darstellte. Informationen

13 Siehe dazu auch Tania Schlie/Simone Roche (Hrsg.): Willi Münzenberg (1889–1940), ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1995. S. 195–205.

über seine Abberufung aus dem Volksfrontausschuß führten zu eigenartigen Solidaritätsbekundungen bürgerlicher und sozialdemokratischer Kräfte mit Willi Münzenberg. Markantestes Dokument ist ein Brief Heinrich Manns an Georgi Dimitroff. Mit Datum vom 2. Juni 1937 wandte sich Heinrich Mann in einem handschriftlichen Schreiben über Willi Münzenberg an Dimitroff. In seinem Begleitbrief an Münzenberg teilte er mit, daß er über Emil Gumbel von den Schwierigkeiten wüßte, die Münzenberg habe, und gab die Mitteilung Walter Ulbrichts wieder, daß Münzenberg für längere Zeit eine andere Arbeit übernehmen solle. »Meine Meinung ist, daß unser Ausschuß [...] durch Ihre Entfernung einen unerträglichen Verlust erleiden würde. Sie haben sich in hingebender Arbeit großes Vertrauen bei allen Gruppen der Volksfront erworben. Sie stellen zwischen den Parteien und Gruppen eine Verbindung her: ich allein, als Vorsitzender, könnte sie wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten.« In gleichem Sinne war der Brief an Georgi Dimitroff abgefaßt. Der eindringliche Appell Heinrich Manns endete mit der Aufforderung: »Wollen Sie mir bitte glauben, daß die Sache gerade diese Persönlichkeit braucht.«[14] Die Lage Münzenbergs wurde jedoch immer aussichtsloser. Walter Ulbricht führte einen regelrechten verdeckten Feldzug gegen ihn. Berichte an Pieck und Dimitroff belegen das vielfach. Auch objektiv wurde die Verteidigung einer konsequenten antifaschistischen Politik für die deutschen Kommunisten immer absurder. Programmatisch trat die KPD seit 1936 mit der Losung des Kampfes um eine deutsche demokratische Republik auf und wandte sich gegen weitergehende sozialistische Zielvorstellungen, wie sie von ihren Bündnispartnern wie etwa von Vertretern der SAP aufgestellt wurden. Gleichzeitig verteidigte sie immer hysterischer die Repressionen und den Terror in der Sowjetunion und die internationale verbale wie auch, z. B. im Spanien des Bürgerkrieges, blutig reale Trotzkistenhatz.

Es genügt nicht, die KPD und die Komintern vorwiegend als Opfer der Stalinschen Repressalien zu begreifen. Ihre führenden Kräfte und ihr Apparat wurden zunehmend selbst als Mittäter in den mörderischen Mechanismus des Terrors einbezogen. Wie die Unterlagen der von Reinhard Müller dokumentierten Anklageschrift gegen den sogenannten Antikomintern-Block belegen, bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kaderarbeit des EKKI und dem NKWD. Einer der Mittäter, der deutsche Kommunist Georg Brückmann, ehemaliger Referent der Kaderabteilung,

14 Willi Münzenberg an Georgi Dimitroff, 8. Juni 1937. In: SAPMO. RY 5 / I 6/10/66.

beschwor so in einem Brief an Dimitroff aus dem »Inneren Gefängnis« in der Lubjanka seine Linientreue. »Die Mitarbeiter der Kaderabteilung, die mit meiner Arbeit vertraut sind, müssen bestätigen, daß das NKWD von keiner anderen Sektion so viele Materialien erhielt wie von der deutschen.«[15]

Die Tatsache, daß führende Vertreter von KPD und Komintern, wie in Briefen von Pieck und Dimitroff nachzuvollziehen ist, sich in zahlreichen Einzelfällen für Verhaftete und Repressierte einsetzten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie selbst Mittäter wurden und in der tödlichen Logik des Terrors sich seiner Mittel bedienten. Wie nunmehr die Auswertung des Tagebuchs Dimitroffs durch Firsow[16] belegt, kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Beteiligten ernsthaft annehmen konnten, Münzenberg würde tatsächlich im Ergebnis eines gegen ihn eingeleiteten Untersuchungsverfahrens der Internationalen Kontrollkommission im Moskau des Herbstes 1937 wieder zu einer verantwortlichen Arbeit zurückkehren, wie sie in ihren Schreiben suggerierten. Während durch Wilhelm Pieck am 2. November 1937 der »Liebe Freund« zum wiederholten Mal zu einer Unterredung »mit Freunden« eingeladen wurde (»Bei dieser Gelegenheit kann dann auch über Deine weitere Arbeit gesprochen werden. Das wäre längst erledigt, wenn Du nicht Deine Herreise in einer für mich unverständlichen Weise hinausgezögert hättest.«),[17] sprach Walter Ulbricht etwa zeitgleich in einem Bericht nach Moskau bereits Klartext. Er qualifizierte einen Brief Münzenbergs an Pieck vom 24. Oktober 1937 als weiteren Beweis für »den Bruch M.'s mit der KPD«.[18]

Während die Briefe Willi Münzenbergs an Wilhelm Pieck und Georgi Dimitroff Ende 1937/Anfang 1938 wenigstens äußerlich noch von einem freundschaftlichen Ton getragen wurden, war das Verhältnis zu Walter Ulbricht bereits ein offen feindliches.

Noch kämpfte Münzenberg um seinen Platz in der kommunistischen Bewegung. Sein Brief vom 14. Dezember 1937 an Wilhelm Pieck[19] war

15 Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks«. Ein vierter Moskauer Schauprozeß? In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1996. Berlin 1995. S. 199.

16 Fridrich Firsov: Aus den Tagebüchern Dimitroffs ... S. 78–90.

17 Wilhelm Pieck an Willi Münzenberg, Moskau, 2. November 1937. In: SAPMO. RY 5 / I 6/10/66.

18 Ebenda.

19 Siehe ebenda.

erfüllt von diesem Wunsch und gleichzeitig von der zunehmenden Verzweiflung. Münzenberg sah sich seit Monaten »der regelrechten, zügellosen Hetze« ausgesetzt; er versicherte Pieck und über ihn Dimitroff seiner Loyalität und äußerte den Wunsch, für die Komintern zu arbeiten: »Ich will das, gern und freudig. Aber will man das dort? Und woraus soll ich das erkennen?« In intimer Kenntnis der Vorgänge in der Sowjetunion sprang ihm der Widerspruch zwischen dem Ton der Briefe von Wilhelm Pieck und Georgi Dimitroff und der parteioffiziösen Kampagne gegen ihn ins Auge. Wissend um die Gefahr, in die er sich mit einer Reise nach Moskau begab, fragte er drängend: »Wenn ich die Gewißheit habe, als Freund zu fahren und als solcher behandelt zu werden und nicht als Schnorrer oder Anrüchiger, würde das viel erleichtern. Jede, auch die kleinste Geste, die das erraten läßt, würde viele Schwierigkeiten beseitigen.«

Was Münzenberg wohl befürchtete und gleichzeitig nicht glauben wollte war: Stalin hatte den Stab bereits über ihn bereits gebrochen. Und Dimitroff korrespondierte mit ihm im Wissen um die Tatsache, daß die von ihm geforderte Reise Münzenbergs nach Moskau dessen sicheren Tod bedeuten würde. Von Stalin gedrängt, ließ sich die Komintern in eine internationale Hetzkampagne gegen den Trotzkismus treiben. Als Dimitroff am 1. November 1937 einen Beschluß des Sekretariats der Exekutive über den Kampf gegen den Trotzkismus an Stalin sandte, war die Antwort Stalins vom 11. November 1937 herbe Kritik: »Der Beschluß des Sekretariats ist veraltet [...] Die Forderung nach Verstärkung des Kampfes gegen die Trotzkisten auf allen Gebieten genügt nicht. Die Trotzkisten müssen gejagt, erschossen, vernichtet werden. Sie sind weltweit agierende Provokateure, die schlimmsten Agenten des Faschismus.«[20] Im selben Brief verlangte Stalin, Willi Münzenberg nach Moskau zu beordern. »Münzenberg ist ein Trotzkist. Falls er eintrifft, werden wir ihn unverzüglich verhaften. Geben Sie sich Mühe, ihn hierher zu locken.«[21]

Stalin mißbrauchte den führenden Funktionär der Komintern als Lockvogel für das NKWD, und dieser ließ sich mißbrauchen. Ob und inwieweit die Quellen hierbei die Tatbestände hinreichend erhellen, muß offen bleiben. Die Tatsache, daß sich die Akteure dieser gespenstigen

20 Fridrich Firsov: Aus den Tagebüchern Dimitroffs ... S. 83.
21 Ebenda. S. 84.

Szenerie ihres offiziellen wie inoffiziellen Publikums bewußt waren, ist bei der Interpretation der Quellen einzubeziehen.

Während Münzenberg noch mit seinen »Freunden« Pieck und Dimitroff korrespondierte, mobilisierte in der gleichen Zeit Walter Ulbricht die Parteiorganisation der KPD in Paris gegen ihn. Er setzte Gerüchte in Umlauf und benutzte geheimdienstliche Methoden, um Münzenberg zu demontieren. Die Situation im Volksfrontausschuß wurde zunehmend desolater. Willi Münzenberg setzte sich zur Wehr. Am 2. November und ergänzend am 15. Dezember beantragte er bei Georgi Dimitroff ein Parteiverfahren gegen Walter Ulbricht.[22]

Diesem kam in dieser bereits vorentschiedenen Auseinandersetzung nur noch die Aufgabe zu, die Anklagepunkte gegen Münzenberg zusammenzustellen. Das geschah in einem zwölfseitigen Memorandum im Januar 1938.[23] In drei Punkten wurden die Vorwürfe zusammengefaßt: »Die Tätigkeit Münzenbergs gegen die KPD begann, soweit bisher festgestellt werden konnte, nach seiner Rückkehr aus Moskau im Herbst 1936. Sie läßt sich in folgende drei Punkte einteilen:
1. Tätigkeit zur Sprengung des Volksfront-Ausschusses.
2. Tätigkeit zur Schaffung neuer Parteigebilde, die sich gegen die KPD und die Volksfront richteten.
3. Tätigkeit zur Durchkreuzung der Bemühungen des Sekretariats zur Sicherung der ›Pariser Tageszeitung‹ als Organ der deutschen Volksfront.«

Das Memorandum atmete den Geist der Moskauer Anklageschriften. Der Rest war Apparattechnologie. Münzenberg wurde im Frühjahr 1938 (das Datum ist strittig) aus dem Zentralkomitee der KPD ausgeschlossen. Seine Hoffnung, mit dem Abzug Walter Ulbrichts aus Paris das Blatt noch einmal wenden zu können, trog. Die Internationale Kontrollkommission bestätigte Anfang 1939 diesen Ausschluß und überließ es dem ZK der KPD, weitere Beschlüsse bezüglich der Parteimitgliedschaft zu fassen, was dieses auch prompt tat. Es beschloß am 9. April 1939, Willi Münzenberg »wegen prinzipienlosen und doppelzünglerischen Verhaltens, wegen Verbindung mit Trotzkisten und anderen Feinden der Arbeiterbewegung, was alles einem Verrat an der Partei und der Arbei-

22 An das Sekretariat der Komintern z. Hd. des Genossen Dimitroff, Moskau, 15. Dezember 1937. In: SAPMO. RY 5 / I 6/10/67.

23 Memorandum zum Fall Münzenberg, Januar 1938. In: Ebenda.

terbewegung gleichkommt, aus den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands auszustoßen.«[24]

Münzenberg war dem Ausschluß mit seiner am 10. April veröffentlichten Austrittserklärung zuvorgekommen, in der er sich ausdrücklich zu seinen kommunistischen Überzeugungen bekannte. Er ließ jedoch die bislang geübte Zurückhaltung in der Kritik der stalinistischen Entartung der kommunistischen Bewegung fallen. Einen Endpunkt setzte der Abschluß des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Dieser Verrat des Antifaschismus traf Münzenberg ins Mark. Nur so ist der nahezu alttestamentarische Gestus seines berühmten Artikels »Der russische Dolchstoß« zu begreifen, der mit dem Bannfluch endet: »Heute stehen in allen Ländern Millionen auf und rufen nach Osten deutend: Der Verräter, Stalin, bist Du.«[25]

24 »Deutsche Volks-Zeitung«. Prag vom 9. April 1939.
25 Willi Münzenberg: Der russische Dolchstoß. In: »Die Zukunft«. Paris vom 22. September 1939.

HERBERT MAYER

Deutsche und internationale Sozialdemokratie und die Moskauer Prozesse

Die Haltung der SPD und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) zu den Moskauer Prozessen ist eingebettet in grundlegende Entwicklungsprozesse der Sozialdemokratie nach 1917/1918 und in ihre Positionsbestimmung zur Sowjetunion. Die Entwicklung in Sowjetrußland stellte für die deutsche und internationale Sozialdemokratie eine ständige Herausforderung dar. Sie verlangte, Antworten auf Grundfragen der Theorie und Politik sozialistischer Parteien zu finden. Zu diesen gehörten u. a. die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer sozialistischen Entwicklung, Wege, Inhalt und Formen des Übergangs zum Sozialismus sowie das Verhältnis von Demokratie und Diktatur.

Die Sozialdemokratie stand 1917 zunächst an der Seite der russischen Revolution und erachtete die internationale Solidarität der Arbeiterparteien als notwendig. Von Anfang an gab es einflußreiche Kräfte, die eine moralische Verurteilung beschrittener Formen und Wege in den Vordergrund rückten. Die Genfer Sozialisten-Konferenz im Juli 1920, die faktisch die II. Internationale restaurierte, warf den Bolschewiki vor, an Stelle der Demokratie ein »System zaristischer Gewalt«, die Diktatur einer kleinen Minderheit, die Diktatur einer Clique gesetzt zu haben, die sich nur durch Terror aufrechterhalten lasse.[1] Auf der Berliner Konferenz von II. Internationale, Internationaler Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien und Komintern im April 1922, auf der über einen Arbeiterweltkongreß als Schritt zur internationalen Arbeitereinheit verhandelt wurde, lehnten alle Internationalen in einer gemeinsamen Erklärung die Intervention kapitalistischer Regierungen gegen Sowjetrußland ab und forderten die Aufnahme von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller

1 Siehe Bericht vom Zehnten Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. 31. Juli bis 5. August 1920. Brüssel 1921. – Siehe vor allem die Resolution »Politisches System des Sozialismus«. In: Ebenda. S. 36f.

Staaten zu Sowjetrußland.[2] Zugleich sollte sowohl eine internationale Untersuchung der Lage in Georgien[3] erfolgen als auch darauf gedrungen werden, daß im Moskauer Prozeß gegen 47 Sozialrevolutionäre sozialdemokratische Beobachter zugelassen und keine Todesurteile gefällt werden. Weitergehende Forderungen, so nach Selbstbestimmung für die Ukraine, Armenien und Georgien, konnte die II. Internationale auf der Konferenz nicht durchsetzen. Auf der Gründungskonferenz der SAI im Mai 1923 verurteilte die Resolution »Über Rußland« die Verfolgung von Sozialisten, bekundete Sympathie mit »allen sozialistischen Opfern des bolschewistischen Terrors« und forderte – die Sowjetregierung an »ihren proletarischen Ursprung« gemahnend – einen »Verzicht auf das System der terroristischen Parteidiktatur und Übergang zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des Volkes«.[4]

Der schärfste Angriff auf die Sowjetunion aus den Reihen der Sozialdemokraten zu dieser Zeit kam 1925 von Karl Kautsky. Er hatte in seinem im Mai veröffentlichten Memorandum »Die Internationale und Sowjetrußland« jede Solidarität mit Sowjetrußland abgelehnt und Aufstände direkt befürwortet. In der Sowjetmacht sah er den gefährlichsten Feind des Proletariats, der noch schlimmer sei als das Regime Horthys in Ungarn und Mussolinis in Italien. Sie könne nur durch Gewalt abgelöst werden, die SAI dürfe daher nicht von vornherein jeden Aufstand als konterrevolutionär verurteilen und ihren Mitgliedern nicht verbieten, an solchen teilzunehmen.[5] Kautskys Position, unterstützt von den Sozialrevolutionären und der georgischen Mitgliedspartei der SAI, konnte sich auf dem SAI-Kongreß 1925 gegen Bauer, flankiert von den Menschewiki, nicht durchsetzen und fand in der SAI keine Zustimmung. Im Bericht des Sekretariats an den Kongreß war die Resolution des Gründungskongresses »Über Rußland« erneuert worden.[6]

---

2 Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Wien 1922. – Siehe vor allem »Gemeinsame Erklärung der drei Exekutiven«. In: Ebenda. S. 47.

3 In Georgien bestand während des Bürgerkriegs für einige Zeit eine von den Menschewiki gebildete Regierung, die durch die sowjetrussische Armee abgesetzt wurde.

4 Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg. 21. bis 25. Mai 1923. Berlin 1923. S. 14. – Siehe zur nachfolgend genannten Resolution »Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion«: In: Ebenda. S. 12.

5 Siehe Karl Kautsky: Die Internationale und Sowjetrußland. Berlin 1925.

6 Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille. 22. bis 27. August 1925. Berlin 1925. S. 38ff.

Den Kongreß 1928 dominierte eine Sicht, die Faschismus und Kommunismus weitgehend gleichstellte. Der Italiener Turati vertrat gar die Auffassung, wonach der Faschismus nicht nur die Reaktion auf den Bolschewismus, sondern das Wesen des Bolschewismus selbst wäre. In der Resolution formulierte die SAI, »mit aller Kraft« gegen jede Diktatur zu kämpfen, »welche Gestalt immer diese Diktatur annehme«.[7]

1931 wurde in der Sowjetunion ein Prozeß gegen frühere Menschewiki durchgeführt. Sie wurden beschuldigt, auf ausländische Anweisung hin ein »Unionsbüro« der Menschewiki gebildet, »Schädlingsarbeit« geleistet und zusammen mit führenden Kreisen der SAI eine Intervention vorbereitet zu haben. Der russischen und der internationalen Sozialdemokratie wurde vorgeworfen, für einen Krieg der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland, für die Sabotage der sowjetischen Wirtschaftsorganisation, für Aufstände mit dem Ziel des gewaltsamen Sturzes der Sowjetregierung und für die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion einzutreten. Die Angeklagten gestanden. Sie erhielten Strafen zwischen fünf und zehn Jahren Haft. Die Geständnisse waren erpreßt und stimmten mit den Tatsachen nicht überein. So sollte das Mitglied der SAI-Exekutive, Raphael Abramowitsch, im Sommer 1928 – zu einer Zeit, als er an einem Kongreß der SAI teilnahm – in der Sowjetunion persönlich das Unionsbüro angeleitet haben. Gegen die Anklage wandte sich in einer Kampagne die internationale sozialdemokratische Presse. Der Vorsitzende der SAI, Émile Vandervelde, Friedrich Adler und Theodor Dan betonten, daß die Menschewiki einen gewaltsamen Sturz der Sowjetmacht immer bekämpft hätten und die SAI stets für die Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Aggressionskriege eingetreten sei.[8]

Auch nach 1933, nach Hitlers Machtantritt, blieben Positionen dominierend, die Bolschewismus und Faschismus faktisch gleichsetzten. So

---

7 Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Brüssel 5. bis 11. August 1928. Bd. 2. Zürich 1928. S. IX und 6.

8 Zur Anklage siehe Anklageschrift gegen die menschewistische konterrevolutionäre Organisation. In: »Internationale Presse-Korrespondenz«. Berlin vom 3. März 1931. S. 514ff. – Zu den sozialdemokratischen Stellungnahmen siehe u. a. Der Moskauer Prozeß und die SAI. Berlin 1931. – »Internationale Information«. Zürich vom 7. März 1931. S. 103ff. – Ebenda. Zürich vom 14. März 1931. S. 115f. – Ebenda. Zürich vom 18. März 1931. S. 122. – Ebenda. Zürich vom 21. März 1931. S. 127. – Friedrich Adler: Der Moskauer Prozeß und die SAI. In: Der Kampf. Wien (April 1931).

schrieb im Sommer 1933 der damalige SAI-Präsident Vandervelde (Belgien), daß der totale Staat Hitlers zu denselben Konsequenzen führe wie der totale Staat Stalins oder Mussolinis.[9] Zugleich gab es starke Kräfte in der SAI, die national oder international für eine Aktionseinheit mit Kommunisten sowie für ein Bündnis westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien (insbesondere der britischen Labour Party und der französischen SFIO) mit der Sowjetunion, für eine »Einheitsfront in der Weltpolitik«, eintraten. Sie sahen darin die Voraussetzung, die Kriegsgefahr über alle Gegensätze hinweg zu bekämpfen, einen Weltkrieg zu verhindern, die russische Revolution zu verteidigen und den Kampf gegen den internationalen und vor allem den deutschen Faschismus erfolgreich zu führen. In der 1935/1936 in der SAI geführten Debatte über die Haltung im Kriegsfalle vertraten Otto Bauer, Theodor Dan und Jean Zyromski in ihren Thesen »Die Internationale und der Krieg« die Auffassung, daß die Überwindung der Gegensätze und ein Bündnis zwischen dem »demokratischen Sozialismus« des Westen und dem »revolutionären Sozialismus« des Osten notwendig wäre.[10] Hingegen bestand in der SFIO, der dänischen und niederländischen Partei kein »so unbeschränktes Vertrauen in die Politik Sowjetrußlands«, da die Sowjetunion sich in einem Krieg mit den faschistischen Deutschland und Italien verbünden könnte. Auch über die Aktionseinheit mit den Kommunisten gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten. In der Zeit dieser kontroversen Debatten in der internationalen Sozialdemokratie über die Haltung zur Sowjetunion und zur kommunistischen Bewegung fanden die Moskauer Prozesse statt.

Die Gegner einer Aktionseinheit in der Sozialdemokratie sahen sich in ihrer Position bestätigt, für die Befürworter der Einheitsfront türmten sich neue Zweifel und Hindernisse auf. Die Prozesse stellten eine schwere Belastung dar, sie behinderten eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die in einigen Ländern zögerlich begonnen hatte, und verstärkten eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion. Das volle Ausmaß der Repressalien, Verfolgungen und Verbrechen war damals nicht bekannt. Dennoch lösten die Prozesse eine scharfe Welle der Kritik sozialdemokratischer Parteien aus. Der Protest

9 Émile Vandervelde: Die nächsten Aussichten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. In: Der Kampf. Wien (1933)8-9.

10 Siehe Otto Bauer/Theodor Dan/Jean Zyromski: Die Internationale und der Krieg. Wien 1935. – L. Blum: Die Internationale und der Krieg. In: Sozialistische Arbeiter-Internationale. Circular. London, Zürich (1935)95. – Ebenda (1936)56.

der einzelnen sozialdemokratischen Parteien richtete sich auch gegen die kommunistischen Parteien ihrer Länder, die die Prozesse rechtfertigten, was hier nicht weiter betrachtet werden kann. Deutlich verstärkte sich wieder die Ablehnung einer Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten auf nationaler Ebene. Koos Vorrink von der niederländischen SDAP erwiderte auf ein Aktionseinheitsangebot der KP im Juli 1936 brüsk, daß für seine Partei »kein grundsätzlicher Unterschied zwischen einer Diktatur nach dem Muster Hitlers und einer nach dem Muster Stalins« bestehe.[11]

Die SAI und ihre Parteien waren – im Unterschied zu den Prozessen gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre in früheren Jahren – nicht bereit, sich für die Verteidigung der Angeklagten aktiv zu engagieren. Bereits vor Beginn des ersten Prozesses im August 1936 gab es interne Diskussionen, ob ein offizieller Protest und eine Aktion durch die SAI überhaupt zweckmäßig wäre.

Am 21. August 1936 forderten schließlich die Führungsspitzen von SAI und Internationalem Gewerkschaftsbund in einem Telegramm Garantien für einen juristisch einwandfreien Ablauf der Gerichtsverhandlungen und den Verzicht auf Todesstrafen.[12] Die SAI-Exekutive stellte sich im September 1936 mit einer Erklärung hinter diesen Protest und bedauerte die Prozesse. Bei Beginn der nächsten beiden Prozesse 1937 und 1938 verzichtete sie angesichts ihrer Wirkungslosigkeit darauf, diese Erklärung zu erneuern. Friedrich Adler und Louis de Brouckère erklärten auf entsprechende Forderungen: »Wir sind überzeugt, daß der nun beginnende Prozeß einen weiteren schweren Schlag gegen das Ansehen der Sowjetunion in der Welt darstellt, aber wir glauben nicht, daß bei der Verblendung der Moskauer Machthaber irgendeine Intervention im gegenwärtigen Augenblick Erfolg haben könnte.«[13] Auch die Durchführung eines »Gegenprozesses« – im Sinne einer Analogie zum Reichstagsbrandprozeß – hielten sie für nicht zweckmäßig, da er beträchtlichen

11 »Internationale Information«. Beilage Dokumente und Diskussionen. Zürich (1936)7. S. 311.

12 Siehe »Internationale Information«. Zürich vom 25. August 1936. S. 319. – Ebenda. Zürich vom 29. September 1936. 362. – Zur Haltung der führenden Kräfte der SAI siehe ebenfalls »Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen«. Zürich vom 21. August 1936. S. 45. – Ebenda. Zürich vom 25. August 1936. S. 47. – Ebenda. Zürich vom 20. Oktober 1936. S. 55ff. – Ebenda. Zürich vom 22. Januar 1937. S. 2.

13 »Internationale Information«. Zürich vom 22. Januar 1937. S. 10.

Aufwand bedeute und den Angeklagten dadurch sowieso nicht geholfen werden könne.

Weitgehend einmütig wurde, so in Stellungnahmen vom Vorsitzenden der SAI, de Brouckère, oder von Bauer, bezweifelt, daß die vorgebrachten Anklagen des Staatsanwaltes in den Prozessen gegen Bucharin, Radek, Kamenew, hochrangige Militärführer und andere führende Partei- und Staatsfunktionäre zuträfen. Ihnen schien es unwahrscheinlich, daß die Angeklagten angesichts ihrer Mitwirkung an Entstehen und Entwicklung des Sowjetstaats und der Sowjetgesellschaft zu deren Feinden, zu einer »Bande von Verbrechern«, geworden waren. Sich auf den erwähnten Menschewiki-Prozeß beziehend, betonte der Sekretär der SAI, Friedrich Adler: »Aus der Kenntnis dieses Prozesses stammt meine absolute Gewißheit, daß die Moskauer politischen Staatsanwälte planmäßig und bewußt falsche Zeugenaussagen erpressen«, das Problem liege nicht bei den Angeklagten, sondern »bei den Anklägern, bei den Methoden der politischen Justiz in der Sowjetunion«.[14]

Die Selbstbezichtigungen der Angeklagten wurden auch bei den beiden weiteren Schauprozessen für unwahrscheinlich gehalten. »Wir weigern uns, das zu glauben«, schrieb Otto Bauer. »Wären alle diese Beschuldigungen wahr, dann müßte man zugeben, daß es nie und nirgends in der Welt eine Partei gegeben habe, in der es so von Verrätern wimmelte wie in der bolschewistischen Partei der SU, und kaum je ein Land mit so viel Korruption wie das rote Rußland.«[15] Die Selbstbeschuldigungen der Angeklagten gaben Bauer »Rätsel über Rätsel« auf.

Otto Bauer war der herausragendste Exponent linkssozialistischer Kräfte. In seiner kurz vor den Prozessen erschienenen Arbeit »Zwischen zwei Weltkriegen« wie auch dann in einem Artikel zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution hob er die soziale Revolution in Rußland als weltgeschichtlich bedeutend hervor, da Kapital und Großgrundbesitz enteignet wurden, eine gewaltige Industrie entstand, die Bauernwirtschaft kollektiviert, der Analphabetismus zurückgedrängt und das Kulturniveau geho-

---

14 Friedrich Adler: Der Moskauer Hexenprozeß. In: »Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen«. Zürich vom 20. Oktober 1936. S. 58 und 55.

15 Otto Bauer: Das Gericht über die roten Generale. In: Der Kampf. Wien (1937)7. S. 748. – Ähnlich siehe Louis de Brouckère: Ein politischer Prozeß. In: »Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen«. Zürich vom 21. August 1936. S. 45.

ben worden war.[16] Dabei zeichnete er kein idealisiertes Bild der sowjetischen Gesellschaft, sondern verurteilte den Stalinismus und seine Erscheinungsformen. Für ihn blieb die Kritik an der Sowjetunion eine »Kritik innerhalb der Gemeinschaft des Sozialismus, auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus«. Gegen die kapitalistisch-faschistische Welt sei die Sowjetunion weiterhin der mächtigste Bundesgenosse und stärkste Bürgschaft des Sieges: »Wie immer wir uns über die inneren Probleme des Sozialismus mit ihr auseinandersetzen: Gegen die Welt des Kapitalismus und des Faschismus, gegen jeden Angreifer, der sie bedroht, muß das Proletariat der Welt zu ihr stehen – vorbehaltlos, bedingungslos, entschlossen, sie zu verteidigen und zum Siege zu führen.«[17] Vom Gelingen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion hänge die Zukunft des Weltsozialismus ab. Er bedauerte zutiefst den Schaden für das Ansehen der Sowjetunion und der gesamten Arbeiterbewegung, die durch die Prozesse entstanden.

Diese Aspekte, die Gefährdung der Sowjetunion durch die kapitalistische Umkreisung und die Kriegsbedrohung sowie die Bedeutung der Sowjetunion im Kampf gegen den internationalen Faschismus, erlangten einen zentralen Stellenwert in der Positionsbestimmung verschiedener sozialdemokratischer Kräfte. Nicht nur linke Sozialisten sahen in der Sowjetunion den entscheidenden Faktor zur Eindämmung und Überwindung des Faschismus. Adler bekannte sich erneut nicht nur dazu, daß die SAI gegen gewaltsame Veränderungen der Verhältnisse in der Sowjetunion sei, sondern auch dazu, daß es notwendig sei, die Sowjetunion im Kriegsfalle zu verteidigen.[18] Die österreichischen Sozialdemokraten – die Revolutionären Sozialisten – bekundeten in einem Artikel zum Moskauer Prozeß: »Wir schützen in der Sowjetunion ein Stück lebendigen Sozialis-

16 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Bratislava 1936. – Otto Bauer: Nach zwanzig Jahren. In: Der Kampf. Wien (1937)11.

17 Otto Bauer: Nach zwanzig Jahren. In: Der Kampf. Wien (1937)11. – Zu Bauer siehe u. a. auch Otto Bauer: Die Erschießungen in Moskau. In: »Internationale Information«. Zürich vom 29. August 1936. S. 321ff. – Otto Bauer: Grundsätzliches zu den Hinrichtungen. In: Der Kampf. Wien (Oktober 1936). – [Otto Bauer:] Moskauer Prozeß. In: »Arbeiter-Zeitung«. Brünn vom 30. August 1936. – Otto Bauer: Der Trotzkistenprozeß in Moskau. In: Ebenda. Brünn vom 17. Februar 1937. – Otto Bauer: Trotzkismus und Trotzkistenprozesse. In: Der Kampf. Wien (März 1937). – Otto Bauer: Nach zwanzig Jahren. In: Ebenda. Wien (November 1937).

18 Friedrich Adler: Der Moskauer Hexenprozeß. In: »Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen«. Zürich vom 20. Oktober 1936. S. 55.

mus, wir verteidigen in ihr die große Festung der proletarischen Revolution. Ihr Schicksal ist auch unser Schicksal, ihr Sieg unser Sieg.«[19] Sie brachten dabei eine für viele sozialdemokratische Stellungnahmen charakteristische Position zum Ausdruck, nämlich Kritik an der Stalinschen Diktatur als einer Diktatur innerhalb und über die Arbeiterbewegung. Gleichzeitig meinte ein Teil der Sozialdemokraten, daß die Sowjetregierung politisch und historisch ein Recht habe, sich gegen Trotzki und seine Anhänger zu wehren, da deren Parolen im Kriegsfalle zu einer ernsten Gefahr werden könnten. Zugleich distanzierten sich die Sozialdemokraten in ihren Stellungnahmen in der Regel sowohl von den politischen Anschauungen Trotzkis und seiner Anhänger als auch von denen Sinowjews.

Deutlich wurde in der Regel als entscheidender Gegensatz der Sozialdemokratie zur Sowjetunion und zur kommunistischen Bewegung die Stellung zur Demokratie in der Arbeiterbewegung und in den Arbeiterorganisationen betont. Eine wirklich sozialistische Gesellschaft könne nur in freiheitlich-demokratischen Verhältnissen möglich sein. Die Hoffnung vieler Sozialdemokraten auf diese Alternative, auf die Überwindung der Stalinschen Diktatur und auf die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft der Sowjetunion, wurde mit den Prozessen immer weniger realistisch.

Insbesondere die Orientierung auf eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erlitt durch die Prozesse einen schweren Rückschlag. Immerhin gab es seit Oktober 1934 auf internationaler Ebene lose Kontakte. Die Hilfe für das republikanische Spanien bildete in den Kontakten das vermittelnde Bindeglied. Im Oktober 1936 fand ein Treffen der Beauftragten der Komintern, Marcel Cachin und Maurice Thorez, mit den Vertretern der SAI, Louis de Brouckère und Friedrich Adler, statt. Um ein weiteres Treffen im Sommer 1937 in Annemasse gab es heftige Auseinandersetzungen in der SAI, so daß de Brouckère, Adler und der Schatzmeister Joseph van Roosbroeck zunächst ihren Rücktritt angeboten hatten. Sie blieben dann, ohne daß die Differenzen beseitigt wurden, weiter im Amt; spätere Angebote der Komintern lehnten sie entsprechend der Widerstände in der SAI-Führung ab.

---

19 Der Moskauer Prozeß und die internationale Arbeiterbewegung. In: »Die Revolution«. Brünn (September 1936) S. 2 und 10. – Siehe auch Der zweite Moskauer Prozeß. In: »Informationsdienst der RS«. Brünn (Februar 1937). S. 2.

Ähnliche Auffassungen wie in der SAI gab es auch in der deutschen Sozialdemokratie. Ihre Reaktion auf die Prozesse war durch die bestehende Spaltung und die Differenziertheit der verschiedenen Gruppen geprägt. Die SPD war im Juni 1933 verboten worden, sie bestand danach faktisch nicht mehr als einheitliche Organisation. In Deutschland wirkten in den folgenden Jahren vereinzelt illegale sozialdemokratische Gruppen, im Ausland bildeten emigrierte Sozialdemokraten in einzelnen Emigrationszentren verschiedene Gruppen, in Prag hatte sich im Sommer 1933 ein Emigrationsvorstand (SOPADE) konstituiert, der jedoch nicht von allen sozialdemokratischen Gruppen (im Inland und in der Emigration) akzeptiert wurde. Um die bestehende Zersplitterung zu überwinden, gab es bis Kriegsende verschiedene Einigungsversuche. Langfristig wirkten die Moskauer Prozesse und dann der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt 1939 fördernd auf die Annäherung der verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen.

Die Haltung der Kräfte um den Parteivorstand war bestimmt von ihrer Einschätzung der Sowjetunion, die fast für die gesamte Weimarer Republik galt. Danach bestand in der Sowjetunion eine diktatorische Despotie und ein staatskapitalistisches System. Dabei hielt die SOPADE selbst nach dem faschistischen Machtantritt in Deutschland an der immer wieder behaupteten Wesensgleichheit von Faschismus und Kommunismus fest. Symptomatisch war die Einschätzung Friedrich Stampfers vom Herbst 1933: »Was ich dem Kommunismus vorwerfe, ist nicht seine Verschiedenheit vom Faschismus, sondern seine Ähnlichkeit.«[20] Die Moskauer Prozesse verstärkten diese Anschauungen, die die Sowjetunion als terroristisch, diktatorisch und totalitär erscheinen ließen. Sie galten als Ausdruck eines fünfzehnjährigen Machtkampfes in einer zentralistischen bürokratischen Diktatur, in einer Parteidespotie, in der wie in Deutschland Monopolpartei und Staat verschmolzen.[21] Charakteristisch war ein Artikel im »Neuen Vorwärts« vom November 1937, in dem der Kommunismus als Ursache für die Entstehung des Faschismus angesehen wurde: »Stalin war zuerst, dann kam Hitler. Hitler hat von Stalin viel gelernt«, die Sowjetunion sei daher Vorbild der Nazis beim Aufbau des Staats, beim Terror, in der Propaganda und in der wirt-

20 Zit. nach Friedrich Stampfer: Zwischen Kommunismus und Faschismus. In: Erich Matthias (Hrsg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Düsseldorf 1968. S. 193.

21 Siehe u. a. »Neuer Vorwärts«. Karlsbad vom 30. August 1936. – Ebenda. Karlsbad vom 7. Februar 1937.

schaftlichen Organisation.[22] Als die SOPADE im August 1938 ein Angebot der KPD zur Aktionseinheit erhielt, gab es unterschiedliche Auffassungen zwischen den einzelnen Mitgliedern, sie reichten von Friedrich Stampfers Haltung, daß eine Kontaktaufnahme nicht schade, bis zur schroff ablehnenden, selbst eine Antwort ausschließenden Haltung von Curt Geyer.[23] Letztlich entschloß sich die SOPADE zu einer kurzen, keine Gründe nennenden Ablehnung, die Moskauer Prozesse spielten in den Argumenten für die Ablehnung erstaunlicherweise keine Rolle.

Im Gegensatz zur SOPADE hatten sich linkssozialistische Gruppen wie »Neu Beginnen«, der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) gegen eine Gleichsetzung von Faschismus und Sowjetunion gewandt und lange Zeit die Entwicklung in der Sowjetunion insgesamt positiv beurteilt. Die Möglichkeiten der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Westeuropa machten sie abhängig von der Existenz der Sowjetunion. In ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen lehnten sich diese Gruppen nicht an die Sowjetunion an, vielmehr betraf ihre Kritik vor allem die sowjetische Form einer Diktatur (des Proletariats) und der Planwirtschaft.

Die SAP bekannte sich Mitte der dreißiger Jahre wiederholt zur Verteidigung der Sowjetunion, wobei sie gleichzeitig Kritik an ihrer Politik für notwendig hielt.[24] Sowjetrußland galt ihr als ein Staat ohne Kapitalismus und Unternehmer, ohne Großgrundbesitz, als ein Land, das die Elemente für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen habe. Die russischen Erfahrungen dürfe man aber nicht übernehmen, insbesondere nicht den Abbau der innerparteilichen Demokratie und die Diktatur der Stalin-Fraktion in der Partei. In einem Beitrag über die Moskauer Prozesse wurde eine Diktatur des Proletariats als historisch notwendig bezeichnet, doch sei diese in Rußland entartet, und das herrschende Regime sei nicht mit dem Wesen der Sowjetunion gleichzusetzen. Noch auf ihrer Parteikonferenz im Januar 1937 nahm die SAP zur Sowjetunion eine Entschließung mit positiver Bewertung der Sowjetunion an, wobei sie die Sowjetunion weiterhin als Bollwerk des Proletariats verstand und auf positive Seiten in der sowjetischen Gesellschaft verwies. Das

22 Ebenda. Karlsbad vom 14. November 1937.

23 Stiftung und Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Berlin: ZPA. II 145/55.

24 Dazu und zum folgenden siehe Fritz Sternberg: Der Faschismus an der Macht. Amsterdam 1935. S. 55ff. – Neue Front. Paris (Juli 1936). – Ebenda (September 1936). – Ebenda (Oktober 1936). – Ebenda (Februar 1937).

schloß ihren direkten Protest bei den sowjetischen Behörden gegen die Prozesse, die sie für unglaubwürdig hielt, nicht aus. In ihrer Einschätzung der Sowjetunion begann mit den Moskauer Prozessen 1937/1938 allmählich ein Umschwung einzusetzen. Die Partei wandte sich von der Losung »Schutz der Sowjetunion« ab und betonte die Selbständigkeit des internationalen Proletariats, ihre positive Haltung zur Sowjetunion ersetzte sie durch eine starke Kritik an der Stalinschen Politik, die mit Sozialismus nichts zu tun habe.[25]

Ähnlich sah »Neu Beginnen« bis Mitte der dreißiger Jahre in der Sowjetunion den entscheidenden Stützpunkt der internationalen Arbeiterbewegung und trat auch noch 1939 für deren Verteidigung als größtem nichtimperialistischen und proletarischen Machtfaktor ein.[26] Zugleich wurde kritisiert, daß die Sowjetunion demoralisierend auf die Arbeiterbewegung wirke, weshalb eine freiheitlich-demokratische Entwicklung notwendig sei. Insgesamt reagierte »Neu Beginnen« auf die Prozesse relativ zurückhaltend. Es bestand die Auffassung, daß mit den Prozessen eine Umgestaltung der kommunistischen Partei erreicht werden sollte, um eine Oppositionsbildung zu verhindern, zugleich wurden sie als Ausdruck der Unzufriedenheit der Massen und der Krise der Gesellschaft bewertet.

Der ISK bewertete die Entwicklung in der Sowjetunion zwar 1937 noch dahingehend, daß die »Revolution so durchgeführt wurde, wie der ISK sie als notwendig« erachtet habe, doch zeigten die Moskauer Prozesse eine Fehlentwickung der Sowjetunion. Sie seien Ausdruck der Despotie, mit sozialistischer Würde nicht vereinbar, gefährdeten den Weltfrieden und zerstörten die Einheit der Sozialisten und der Gewerkschaftsbewegung, dennoch dürfe bei aller Kritik am Kommunismus nicht zum Reformismus der II. Internationale zurückgekehrt werden.[27]

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt von August 1939 verstärkte in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie die seit den

---

25 Siehe ebenda (Februar 1937). – Ebenda (Oktober 1938). – Ebenda (Juni 1939). – Ebenda (August 1939).

26 Siehe dazu Nachrichten des Auslandsbüros Neu Beginnen. Karlsbad 1935/1936. – (Sozialdemokratischer) »Wochenbrief«. Karlsbad vom 27. August 1936. – Ebenda. Karlsbad vom 8. Februar 1937. – Ebenda (Oktober 1937). – Wandlungen der Sowjetunion. London o. J. – Der kommende Krieg. o. O. 1939.

27 Zum obigen siehe »Sozialistische Warte«. Paris vom 15. September 1936. – Ebenda. Paris vom 21. September 1936. – Ebenda. Paris vom 9. März 1937. – Ebenda. Paris vom 15. November 1937. Ebenda. Paris vom 3. März 1938. – Ebenda. Paris vom 10. März 1938. – Ebenda. Paris vom 18. März 1938.

Terror-Prozessen von Moskau angewachsene Kritik an der Sowjetunion. Der Vertrag stieß auf Unverständnis und Ablehnung. In den sozialdemokratischen Parteien wurden Kampagnen geführt, die auch Vertreter linker Parteiflügel einschlossen, die bisher nachdrücklich für ein Bündnis mit der Sowjetunion eingetreten waren. In der SPD sah sich die SOPADE in ihrer Ablehnung jeglicher Kontakte zu den Kommunisten und ihrer Einschätzung der Sowjetunion als totalitäre Diktatur bestätigt. Sie bezeichnete den Vertrag in einer Erklärung im »Neuen Vorwärts« als Verrat am Frieden, die Sowjetunion habe sich für den deutschen Faschismus entschieden und mit ihm Freundschaft geschlossen, der Vertrag sei ein Schlag der Sowjetunion gegen Frieden und Freiheit.[28] Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt änderte sich endgültig die Position deutscher linkssozialistischer Gruppen zur Sowjetunion. Waren seit den Moskauer Prozessen immer mehr Zweifel deutlich geworden, so wurden nun die politischen Systeme der Sowjetunion und Deutschlands stärker verglichen. Die SAP löste nach dem Vertrag ihre positive Haltung zur Sowjetunion ab durch eine heftige Kritik an der stalinistischen Politik, die mit Sozialismus nichts zu tun habe, mit den Parteien der Komintern dürfe es keine politische Zusammenarbeit geben. »Neu Beginnen« leitete aus dem Nichtangriffspakt ab, daß die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion den Interessen der sozialistischen Gesamtbewegung entgegengesetzt sein könnten, die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus könne und müsse daher auch ohne die Sowjetunion hergestellt werden.[29] Der ISK sah Stalin und Hitler als Aggressoren, der Kampf sei daher auch gegen das »Stalinsche Rußland« und die Komintern-Parteien zu führen.[30] Wenige Wochen vor dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion, am 19. März 1941, entstand in London aus der SOPADE, der SAP, »Neu Beginnen« und der sozialdemokratischen Landesgruppe die »Union deutscher sozialistischer Organisationen«. Das Übertragen des sowjetischen Modells, das diktatorisch und undemokratisch sei, auf Deutschland wurde scharf abgelehnt, eine Einflußnahme der Sowjetunion nach dem Kriege auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sollte verhindert werden.

---

28 Siehe »Neuer Vorwärts«. Karlsbad vom 10. September 1939. – Siehe auch ebenda. Karlsbad vom 27. August 1939.

29 Siehe »Deutsche Inlandsberichte«. Karlsbad vom 1. November 1939.

30 Siehe »Sozialistische Warte«. Paris vom 15. September 1939. – Ebenda. Paris vom 21. Dezember 1939.

Die SAI-Führung nahm weder zum Nichtangriffsvertrag noch zum Kriegsausbruch Stellung. Als sie erst im Februar 1940 zu ihrer – letzten – Exekutivtagung zusammenkam, machte sie kaum einen Unterschied zwischen der Sowjetunion und Deutschland, beide Diktaturen würden Krieg bedeuten. Bereits handlungsunfähig, da über alle grundsätzlichen Fragen der internationalen Politik zerstritten und faktisch bereits zu einem »Informationsbüro« demissioniert, trat die SAI für eine klare Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion ein. Der Einmarsch deutscher Truppen im Mai 1940 in Belgien, wo die Exekutive der SAI ihren Sitz hatte, bedeutete das Ende der SAI. Beim Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 existierte sie nicht mehr. Sozialdemokratische Stellungnahmen zur Sowjetunion mündeten nun in Positionsbestimmungen zur weiteren Rolle der Sowjetunion im Krieg und bei der Gestaltung eines Nachkriegseuropa, sie waren größtenteils von einer ablehnenden Haltung diktiert. Die Einschätzung der Sowjetunion warf weiterhin Schlüsselfragen sozialdemokratischer Theorie und Politik auf wie Demokratie und Diktatur, Weg und Wesen einer sozialistischen Gesellschaft. Die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien standen nun unter veränderten historischen Bedingungen auf neue Weise erneut auf der Tagesordnung.

III Schriftsteller und Terror

WILLI BEITZ

Schriftsteller und Terror – 1937/1938 und die Folgen

Ob Bertolt Brecht, als er einst seinem gedachten Publikum nahelegte, den Kommunismus als »Das Ende der Tollheit«[1] zu begreifen, an Shakespeare gedacht hat? Wir wissen es nicht. Aber er hätte es damals wohl kaum für möglich gehalten, daß wir, die »Nachgeborenen«, nach reichlich einem halben Jahrhundert im Zusammenhang mit dem im Namen des Kommunismus veranstalteten Großen Terror auf den berühmten Satz aus dem »Hamlet«: »Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode« – zurückkommen würden: nämlich in dem Bemühen, die diesem unheimlichen Phänomen zugrunde liegenden ursächlichen Zusammenhänge zu ergründen.

Was die Opfer der Großen Terrors unter den Schriftstellern der UdSSR betrifft, so gibt es, allein wenn man die verheerenden Ausmaße bedenkt, die in manchen Sowjetrepubliken fast die gesamte künstlerische Elite betrafen, nichts zu beschönigen. Und man prüfe einmal: Wer von den weltbekannten Autoren, die den Terror nur als lange andauernden Angstzustand erlebt haben, ansonsten aber »verschont« geblieben sind, konnte danach noch an seine frühere Kreativität anknüpfen? Jede Biographie, auf die man hier eingehen wollte – sei es die von Ehrenburg, Leonow, Fedin, Katajew oder auch Scholochow – würde ein jeweils eigenes Drama von (bis heute noch kaum erforschten) künstlerisch-menschlichen Krisen und Regenerations-Versuchen heraufbeschwören.[2]

---

1 Bertolt Brecht: Lob des Kommunismus. In: Bertolt Brecht: Gedichte. Bd. III: 1930–1933. Berlin und Weimar 1978. S. 71.

2 Der Dramatiker Jewgeni Schwarz (Autor des in der DDR mit riesigem Erfolg aufgeführten Stücks »Der Drache«) hat in seinen erst jüngst veröffentlichten Erinnerungen sensibel gezeichnete Porträts zahlreicher künstlerischer Zeitgenossen entworfen,

Ich behaupte, daß die ganze Doktrin des sozialistischen Realismus der Literatur nicht so viel geschadet hat, wie die den Schriftstellern mit vorgehaltener Pistole eingetriebene Staatsräson.

Im folgenden möchte ich eine Annäherung an das hier zur Debatte stehende Phänomen versuchen, indem ich zwei Begegnungen Stalins und jeweils weiterer Politbüromitglieder mit Schriftstellern im Oktober 1932 und im September 1940, also vor und nach dem Großen Terror, einander gegenüberstelle. Im ersten Falle kam Stalin als höflicher Gast in das Haus des angesehensten Schriftstellers, Maxim Gorki, er mischte sich unters Schriftstellervolk (vierundvierzig geladene Autoren), übernahm leutselig die Rolle des Tamada und entwickelte im Gespräch und in einer längeren Tischrede, locker und scherzhaft, das zuvor im engeren Führungszirkel abgesprochene politische Konzept, das der Gründung eines sowjetischen Schriftstellerverbands den Weg weisen sollte. Er tat alles, um sich im Gegensatz zur bis dahin herrschenden Dogmatik der RAPP-Theoretiker in ein vorteilhaftes Licht zu setzen: Den Schriftstellern sei nicht »der Kopf mit Thesen vollzustopfen«, so Stalin, sondern auf ihre »Lebenskenntnis« sei zu bauen – und warum solle der Verband sie nicht ähnlich wie eine Gewerkschaft sozial umsorgen? Sozialistischer Realismus kam auch vor, doch erst auf Nachfrage und eigentlich nicht als Vorgabe fürs Schreiben, sondern eher als etwas, was sich im Nachhinein ergibt, nämlich wenn der Schriftsteller darstelle, wie das Leben »zum Sozialismus führt«.[3] Egal, ob es sich hier um ein taktisches Betrugsmanöver oder um eine angedachte und bald darauf bedenkenlos verworfene kulturpolitische Option handelte (aus heutiger Sicht spricht alles für das erstere),[4] Stalin hielt es zu diesem Zeitpunkt für angebracht, Schriftstellern als aufmerksamer Zuhörer, ja als eine Art geistiger Partner im Sinne

---

in denen er zu zeigen versucht, wie diese auf den »Druck« einer »höchst komplizierten Zeit« reagiert, sich verändert, ihre Kreativität ganz oder teilweise eingebüßt haben – oder auch sich selber treu geblieben sind (siehe Evgenij Švarc: Telefonnaja knižka. Moskau 1997. S. 66).

3 Siehe Konstantin Zelinskij: Odna vstreča u M. Gor'kogo. (Zapis' iz dnevnika). In: Voprosy literatury. Moskau (1991)5. S. 167. Das Gedächtnisprotokoll des aus der Gruppe der Konstruktivisten hervorgegangenen Literaturkritikers ist wahrscheinlich das einzige Dokument über das besagte Treffen.

4 Selinski, der Stalin während des Gesprächs genau beobachtete, hatte nicht nur seine ungewöhnliche Aufmerksamkeit für alles, was in seiner Gegenwart geredet wurde, sondern auch den in bestimmten Momenten hervortretenden »tigerartigen« Ausdruck seines Gesichts bemerkt (siehe ebenda. S. 156).

der Tradition der russischen Intelligenzija Respekt zu erweisen. Das erweckte Hoffnung. Und diese belebte den Gründungskongreß des Schriftstellerverbands im August 1934.

September 1940: Schriftsteller sind offiziell ins Moskauer Haus des Zentralkomitees geladen. Einziger Tagesordnungspunkt: der nach einem Szenarium des Schriftstellers Alexander Awdejenko entstandene und in den Kinos schon mit großem Publikumserfolg angelaufene Film »Gesetz des Lebens«, dem die »Prawda« jedoch soeben in einem von Shdanow redigierten Artikel das Prädikat »Verleumdung unserer sowjetischen Jugend« ausgestellt hatte. Die Versammlung gleicht einem Tribunal: Dem schonungslos verurteilenden Referat Shdanows folgen die den »Urteilsspruch« – Ausschluß aus dem Verband – bejahenden Reden verschiedener Autoren, unterbrochen von Zwischenrufen und längeren dozierenden und »entlarvenden« Auslassungen Stalins. Dieser insistiert vor allem darauf, daß Awdejenko die Figuren der Feinde blutvoller dargestellt habe als »unsere Menschen«, und er macht obendrein auf eine verdächtige Beziehung des Autors zu einem bereits als »Volksfeind« entlarvten einstigen Schützling Ordshonikidses, einem gewissen Gwacharija, aufmerksam.[5]

Ein schlimmer Wandel hat sich im Umgang der Mächtigen mit der künstlerischen Elite vollzogen. Es erweist sich, daß die Beseitigung der mit einer traditionsgeprägten politischen Kultur verbundenen älteren Generation von Bolschewiki einen kulturellen Einschnitt von viel weiter reichender Bedeutung bewirkt hatte. Von nun an kann jeder beliebige Schriftsteller jederzeit sozusagen regierungsamtlich zur Zielscheibe einer Kampagne erwählt, öffentlich diffamiert, zur Unperson erklärt werden – wenn er sich nur als Exempel für die Ziele der jeweiligen Kampagne eignet – und wenn keine unerwünschten außenpolitischen Auswirkungen zu befürchten sind. Bei Awdejenko handelte es sich zwar um keinen bedeutenden, aber immerhin um einen proletarischen Vorzeigeautor, 1946 werden Autoren von ganz anderem Rang und anderer Herkunft, Achmatowa und Soschtschenko, die Opfer sein.

Beispiele aus dem Bereich der Literatur, der geistigen Kultur überhaupt, legen uns, wie ich meine, eine Betrachtungsweise nahe, welche

---

5 Siehe D. L. Babičenko: Pisateli i cenzory. Sovetskaja literatura 1940-ch godov pod političeskim kontrolem CK. Moskau 1994. S. 22–31. Aus subjektiver Sicht wird der Vorgang auch in den Erinnerungen des von der Maßregelung betroffenen Schriftstellers geschildert. Siehe Aleksandr Avdeenko: Otlučenie. In: Znamja. Moskau (1989)4. S. 92–110.

das Phänomen des Großen Terrors in der ganzen Komplexität des Geflechts von Ursachen, Zielabsichten und tatsächlichen Wirkungen ins Auge faßt. Neuere Publikationen, die Beispiele aus dem Kulturbereich nutzen, werden diesem Anspruch häufig nicht gerecht. Sie können zwar – wie Voslensky[6] – mit interessanten Archivfunden aufwarten, bedienen aber eher ein oberflächliches Leserinteresse, das sich nur in seiner rundweg ablehnenden Haltung zum Realsozialismus bestätigt finden will.[7] Ein gewisser Erkenntniswert kommt allerdings dem Buch von Schentalinski: »Das auferstandene Wort«[8] zu: Die darin enthaltenen Auszüge aus den Verhörprotokollen namhafter Autoren wie Babel oder Pilnjak, in denen sich erzwungene »Geständnisse« und Erfindungen mit verschlüsselten Nachrichten an die Außen- und Nachwelt mischen, dürften die Forschung noch beschäftigen.

Insgesamt erreichen diese neuen Publikationen – es sei denn, sie sind, wie die von Babitschenko, strenger Quellenforschung und einem echten Wahrheitsanspruch verpflichtet – nicht jene Intensität, mit der Schriftsteller der »Tauwetter«-Bewegung unter ungleich schwierigeren Umständen den geschichtlichen, sozialen und individuell-menschlichen Dimensionen, Ursachen und Auswirkungen des Terrors beizukommen suchten. Ich meine hier natürlich vor allem Solshenizyns respekteinflößende künstlerische Dokumentation »Archipel GULag« – ein Buch, das zu einer ersten Historisierung des Terrors in der gesamten Sowjetperiode beigetragen hat. Man mag zu Solshenizyns Konzept stehen wie man will – wir müssen seinen Nachweis ernst nehmen, daß Repression, Gewalt und die Liquidation von Menschen nach dem Oktober 1917 nahezu ununterbrochen, in einander ablösenden Wellen praktiziert wurden. Mochte der Große Terror 1937/1938 daher auch seine spezifischen Ursachen und alles übersteigenden Ausmaße haben, mochte er in seiner innen- wie

---

6 Siehe Michael S. Voslensky: Das Geheime wird offenbar. Moskauer Archive erzählen. 1917–1991. München 1995.

7 Über eine ähnliche Publikation wie die von Voslensky heißt es in einer Rezension treffend: »Was B. bietet, sind vor allem Plaudereien.« (Stephan Grigat: Plaudereien [über Alexander Borschtschagowski: Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin. ...]. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 22. Mai 1998. S. 13.

8 Witali Schentalinski: Das auferstandene Wort. Verfolgte russische Schriftsteller in ihren letzten Briefen, Gedichten und Aufzeichnungen. Aus den Archiven sowjetischer Geheimdienste. Bergisch Gladbach 1996 (die russische Originalfassung erschien 1995 in Moskau).

außenpolitischen Funktionalität sein besonderes Siegel tragen – er war letztlich nur in diesem Umfeld möglich!

Ich möchte hier zweitens an Trifonows Roman »Das Haus an der Uferstraße« erinnern. Über das mitunter befremdliche Verhalten des Romanhelden wird da gesagt, dieses erschließe sich erst in der Rückschau – wie beim Blick aus großer Höhe, aus dem Flugzeug, auf Spuren der Vergangenheit im Wüstensand. Aus dieser Perspektive gewahre man plötzlich »das Skelett der Handlungen, die knöcherne Kontur – es ist die Kontur der Angst [...] Und das saß so tief, hinter so vielen Zwischenwänden, [...] daß es gar nicht zu existieren schien.«[9] Die inneren Verformungen eines unter äußeren Zwängen verbrachten Lebens werden sichtbar gemacht.

Nicht zuletzt denke ich hier auch an Tendrjakows späte Erzählung »Paranja«, in der er schildert, wie eine Wahnsinnige verschiedene Bewohner einer dörflichen Siedlung allein dadurch den polizeilichen Häschern ausliefert, indem sie, dem Volksglauben nach mit Seherkraft begabt, mit dem Finger auf jene zeigt und ihre wirren, politisch »entlarvenden« Sprüche ausstößt. Es bedarf erst eines kriminellen Außenseiters, der nicht viel zu verlieren hat, daß der Teufelskreis durchbrochen wird: Der gefürchtete Totschläger erledigt Paranja – mit der Begründung, es sei immer noch besser, nach dem dafür vorgesehenen Paragraphen verurteilt zu werden als nach Paragraph 58, nämlich als »Volksfeind«. Hier kommt in exemplarischer Weise zum Vorschein, wie sich wahnhafte Elemente des Großen Terrors, die in Bewußtseinszuständen der Massen ihre Basis haben, mit seiner glatt funktionierenden staatlichen Organisiertheit verbinden. Auf Tendrjakows Nachdenken über den Zusammenhang von Massenpsychologie, individuellem Verhalten und – wie er sagt – »gesellschaftlichen Strukturen« sollte man wieder und wieder zurückgreifen!

An dieser Stelle komme ich auf die angesprochene Komplexität des Terror-Phänomens mit seinen verschiedenen Spiegelungen, Nah- und Fernwirkungen zurück. Gerade der neue Umgang der Mächtigen mit den Schriftstellern verrät, wie die Initiatoren des Großen Terrors an der Parteispitze in das damit epidemisch in Umlauf gebrachte Feinddenken

9 Juri Trifonow: Ausgewählte Werke. Bd. 3: Das andere Leben. Das Haus an der Uferstraße. Der Alte. Berlin 1983. S. 267. Noch dichter an den Ereignissen von 1937 und mit autobiographischem Hintergrund ist Trifonows unvollendet gebliebener Roman »Das Verschwinden«.

(um nicht zu sagen Feindpsychose) selber nachhaltig verwickelt und verstrickt waren. Bei dem geschilderten Treffen 1940 wird das Feindbild zu einem Drehpunkt der Wertung eines Kunstwerkes. Und mit der Feststellung, der Film sei eine Verleumdung (kleveta) der sowjetischen Studenten, wird ein Verfahren, eine Sprachregelung vorgegeben, wonach eine Textstelle in einem literarischen Werk wie eine justitiable politisch-verleumderische Äußerung einer realen Person behandelt werden kann. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wird es in jeder Kampagne bis in die fünfziger Jahre hinein Usus werden, einen ins Schußfeld geratenen Autor über sein Werk der kleveta zu bezichtigen.[10] Leonows Stück »Der Schneesturm« (1940): »Verleumdung der sowjetischen Wirklichkeit«, Platonows Erzählung »Die Heimkehr« (1946): »verleumderische Erzählung« (»klevetničeskij rasskaz«), usw. Das ist der unverhüllte Einzug der politischen Strafverfolgung in die Literatur- und Kunstkritik. Oder man könnte es auch mit den Worten eines heutigen Historikers formulieren: nämlich daß das von allen Seiten verrätselte Terror-Geschehen die Rolle eines »regelrechten [...] Diskursgenerator[s]« übernommen habe.[11] Der terroristische Herd dieses epidemischen Diskursphänomens brachte ein ganzes Nest daran sich anknüpfender Begrifflichkeit hervor. Ich nenne nur ein weiteres Beispiel aus dem »Fall Awdejenko«: sein Werk sei *schädlich* heißt es: Wer assoziiert da nicht sogleich die Substantive Schädling (vreditel') oder Schädlingstätigkeit (vreditel'stvo).[12]

---

10 Es muß präzisierend hinzugefügt werden, daß der Gebrauch von Ausdrücken wie »kleveta« oder »klevetničeskij« (Verleumdung, verleumderisch) als beliebtes Mittel zur Diffamierung eines Gegners in der literarisch-politischen Debatte auf die RAPP zurückgeht. Deutlichstes Beispiel ist der vom Kritiker und Funktionär der RAPP Igor Makarjew verfaßte Artikel über Platonows Powest »Zu Nutz und Frommen« (»Vprok«), der im Juni 1931 unter der Überschrift »Kleveta« erschien. Das Stalin-Regime hat, indem es sich mit der Auflösung der RAPP im April 1932 zunächst den Anschein gab, sich von den Praktiken dieser literarischen Organisation zu trennen, in Wirklichkeit deren Erbe angetreten. Es mußte nur der Zeitpunkt kommen, damit demagogische und vernebelnde Winkelzüge des Regimes ad acta gelegt werden konnten. Das also war das eigentlich Neue: Die diffamierenden Praktiken boten sich immer unverhüllter als solche der Zentrale dar, sie gelangten schließlich (wie die entsprechenden Fälle der Jahre 1946/1948 zeigen) sogar in den Text weithin propagierter ZK-Beschlüsse.

11 Fred E. Schrader: Der Moskauer Prozeß 1936. Zur Sozialgeschichte eines politischen Feindbildes. Frankfurt am Main, New York 1995. S. 16.

12 Auch das Stück von Jewgeni Schwarz »Der Drache« wurde 1944 als schädliches Märchen eingestuft.

Und noch ein letzter Aspekt des Problems. Der Große Terror kann ja u. a. auch als Versuch gesehen werden, komplizierte gesellschaftliche Prozesse durch radikal vereinfachte Verfahren (Vereinfachung sowohl in den Erklärungsmustern als auch in den Praktiken) in den Griff zu bekommen – also seitens der Herrschenden und Stalins persönlich Omnipotenz zu beweisen. Mußte nicht von diesem Versuch die große Verführung ausgehen, sich auch weiterhin in den verschiedensten Bereichen (auch in den dafür am wenigsten geeigneten), wenn auch nicht mehr unbedingt terroristischer, so doch »bequemerer« Führungsmethoden zu bedienen?! Vorgänge in der Kulturpolitik lassen jedenfalls diesen Schluß zu. So wurde der zentralistische Dirigismus im Literaturwesen in den vierziger Jahren – mit einer kurzzeitigen Unterbrechung im Kriege – extrem verschärft. Es gab ja bereits ein engmaschiges Netz staatlicher Zensureinrichtungen.[13] Dennoch zogen die Parteiinstanzen zusätzlich die direkte Kontrolle der Zeitschriften an sich und setzten deren Redaktionen obendrein eine Art von Politkommissar vor die Nase. Alles dies wurde so weit und so lange getrieben, bis schließlich die absolute Kontraproduktivität solcher Maßnahmen eklatant zutage trat. Die weitgehende Verödung der Literaturszene in den Nachkriegsjahren war diesem ruinösen Kurs geschuldet, der jegliche Eigeninitiative und jegliche Art von Wagemut von Schriftstellern und Literaturkritikern lahmlegte. In einer Information des Geheimdienstchefs an Shdanow im Oktober 1944 wird die heftige, teils auch resignierende Reaktion gegenüber dieser Art von Araktschejew-Regime dokumentiert. Die Äußerungen von Schriftstellern sprechen Bände. Assejew: »Die Schriftsteller sind jetzt im Staatsdienst, sie schreiben, was befohlen wird.« Tschukowski: »In den Zeitschriften und Verlagen herrschen Öde und Finsternis.« Schklowski: »Prügel, Einschüchterung und Verbote haben sich derartig eingebürgert, daß sie einen schon nicht mehr erschrecken [...] Von den vielen Schlägen ist man ganz taub geworden [...]« Gladkow: »Die Literatur wird erst in 20–30 Jahren wieder auf die Beine kommen.«[14] Die Schraube war überdreht, und so mußten kurz nach Stalins Tod notwendige Korrekturen einsetzen:

---

13 Als Groteske könnte man hier einen Brief des Oberzensors vom Oktober 1945 an die Regierenden zitieren, in dem dieser die »heroische« Arbeit der insgesamt 4.586 Zensoren ins rechte Licht zu rücken sucht und um Orden und Auszeichnungen einkommt (siehe D. L. Babičenko: Pisateli i cenzory. Sovetskaja literatura 1940-ch godov pod političeskim kontrolem CK. Moskau 1994. S. 143f.).

14 Siehe ebenda. S. 98f.

Es war zwingend erforderlich, ein gewisses Maß an Pluralität wiederherzustellen, und die »Tauwetter«-Bewegung erzwang dies auch. Es zeigt sich also, daß es zwar Ambitionen nach totaler Kontrolle des Kulturlebens gegeben hat, die Verwirklichung solcher Ambitionen in der Praxis jedoch höchstens begrenzt und für einige Zeit möglich war. Sie mußte sich totlaufen – so wie selbst dem allumfassenden Terror zu einem bestimmten Zeitpunkt Einhalt geboten werden mußte, um das Land nicht dem völligen Ruin preiszugeben. Auch von daher betrachtet ist die Behauptung, es habe sich in der UdSSR schlechthin um ein totalitäres System gehandelt, in Zweifel zu ziehen.

WOLFGANG GEIER

Wahrnehmungen des Terrors. Der Fall Gide–Feuchtwanger

Seit der Gründung im Jahre 1922 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Ostmitteleuropa und im Fernen Osten im Jahre 1939 besuchten Hunderte namhafte Intellektuelle aus Europa und Übersee die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Sie kamen allein, in kleinen Gruppen mit Angehörigen, Freunden, Kollegen oder in Delegationen der unterschiedlichsten Parteien, Organisationen und Verbände, als Freunde oder Gegner der Partei und des Staates, als enthusiastische Bewunderer oder skeptische Zweifler, als Hoffende oder Enttäuschte, voller ästhetischer beziehungsweise ethischer Zuwendungen oder rationalistischer intellektueller Ablehnungen. Alle oder jedenfalls die meisten – wie sie auch zu diesem merkwürdigen Lande und seiner Bevölkerung, seinen ihnen weithin noch unverständlichen oder unbegreiflichen politischen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten standen – waren voller Neugier und hoher Erwartungen. Es schien für viele zumindest nicht völlig ausgeschlossen, daß dieses Land und seine Gesellschaft vielleicht doch *eine* oder vielleicht *die* historische Alternative zu dem in den zwanziger und dreißiger Jahren die Welt scheinbar vollkommen und dauerhaft beherrschenden Imperialismus sowie dem inzwischen in Europa entstandenen italienischen Staatsfaschismus und deutschen Staatsnationalsozialismus sein könnte. Einige der die UdSSR zwischen der Mitte der zwanziger und dem Ende der dreißiger Jahre besuchenden prominenten europäischen und deutschen Intellektuellen waren von dieser Vorstellung einer historischen Alternative vollkommen überzeugt, sie glaubten daran. Das hat ihr Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen über den Stalinschen Staatsterror in dieser Zeit ebenso schwerwiegend beeinträchtigt wie ihre Fähigkeiten, während des Zweiten Weltkrieges und danach den terroristischen Charakter dieses Regimes begreifen oder verstehen zu wollen. Es trug zu einer bestürzenden intellektuellen Unfähigkeit und/oder beharrlichen moralischen Verweigerung mancher bei, die Epochenfrage nach Wesensgleichheiten zwischen dem Stalinschen großrussischen Bolschewismus und dem Hitlerschen großdeutschen Natio-

nalsozialismus gerade hinsichtlich der im Terror evidenten Parallelen und Identitäten beider Regime auch nur »denken, geschweige denn aussprechen zu wollen«.[1]

Die wenigen, welche dieses Tabu brachen, wurden mit Argwohn und Mißtrauen behandelt, sofern sie politischen beziehungsweise wissenschaftlichen Gremien angehörten, mehr oder weniger unauffällig ausgegrenzt oder demonstrativ ausgeschlossen.

Die Besucher der dreißiger umgab im Gegensatz zu jenen der zwanziger Jahre eine wesentlich veränderte politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation – eine Atmosphäre, ein Klima, das selbst jene wenigstens gespürt haben müssen, welche diese Veränderungen möglicherweise nicht wahrnehmen oder wahrhaben wollten, die mit sich selbst mehr beschäftigt waren als mit den sie umgebenden unheimlichen und bedrohlichen Umständen. Die Zeit der Neuen Ökonomischen Politik, des Proletkults und aller möglichen kulturellen oder künstlerischen Avantgardismen, die Anflüge oder Anzeichen einer gewissen Weltoffenheit und eines neuen »sowjetischen« Lebensgefühls – wie noch in den ROSTA-Fenstern, dem beeindruckenden Film »Zirkus« oder den Bildern Deinekas sichtbar – waren vorüber, begraben unter dem wachsenden Grauen immer unerklärlicher und unbegreiflicher werdender Zustände. Es entstand eine oft schon unwirklich anmutende Stimmung, die sich in einem allgemeinen Mißtrauen, in Bespitzelung, Angst, Lähmung, schließlich in einer Art von Selbstaufgabe, Hoffnungslosigkeit und dem Gefühl vollkommener Hilflosigkeit, schließlich in dem Bewußtsein äußerte, den »Organen« vollkommen ausgeliefert zu sein.

Bereits bis zum Jahre 1934 hatte der Terror im Namen der allmächtigen, einzig wahren und unbesiegbaren Weltanschauung, der Partei und des Staates, inzwischen ausschließlich im Namen und auf Veranlassung

---

1 Diese Epochenfrage ist bis heute Gegenstand von Auseinandersetzungen einander ausschließender Positionen und Argumente, beladen mit moralisierenden Attitüden. Allerdings sind diese Kontroversen vorzugsweise ein deutsches Phänomen, ähnlich wie die deutschen Anstrengungen um »Vergangenheitsbewältigung« – ein Unwort, Unsinn und Ungeist, dessen wörtliche Übersetzung in andere Sprachen kaum sinngemäß möglich ist, geschweige denn die Übermittlung des gemeinten Sinngehalts. Schon die Frage nach der Vergleichbarkeit beider Diktatoren und Diktaturen führt eben anderswo nicht zu bizarren, grotesken »Weltanschauungskriegen« wie in Deutschland, sondern zu seriösen, subtilen historischen Studien wie beispielsweise Alan Bullock: Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin 1991.

des »Führers« (*vožd'*) wahrhaft infernalische Dimensionen angenommen und Hekatomben von Opfern hinterlassen.[2]

Für die Öffentlichkeit in der Sowjetunion, in Europa und in der Welt begann er – obwohl in jener die Geschichte Sowjetrußlands und später der Sowjetunion vielleicht wie keine andere prägenden Sitzung des *Sownarkom* vom Januar 1918 gemeinsam mit der Einrichtung von »Konzentrations«-Lagern, der Vorläufer ihrer späteren Hauptverwaltung (GULag), der Vernichtung der Russischen Orthodoxen Kirche bereits beschlossen – Ende der zwanziger Jahre mit den Schachty-Prozessen und setzte sich fort mit der Dekulakisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft, welche allein in der Ukraine Millionen Tote hinterließ.[3] Im Jahre 1934 wurde Kirow ermordet, und damit war der Vorwand für jene von Stalin, Molotow, Wyschinski, Ulrich, Jagoda, Jeshow, Berija und anderen inszenierte »Säuberung« (*čistka*) geschaffen, für jenen Blutrausch, dessen Opfer höchstens geschätzt werden können, dessen Ursachen, Verlauf und Folgen in der Geschichte der Neuzeit beispiellos sind. Epitheta wie »große Säuberung« oder »großer Terror« sind im übrigen spätere Hinzufügungen vorzugsweise nichtsowjetischer Historiker, Politologen und anderer Interpreten. Sie sind unangemessen, weil sie diesem einmaligen Morden von Partei und Staats wegen eine Art von weltgeschichtlicher »Größe«, außermenschlicher Dimension verleihen und ganz im Sinne der von Lenin und anderen gern vorgenommenen Anleihen bei den Attitüden und dem Vokabular der französischen Revolution so etwas wie »*grande« terreur* assoziieren sollten.

Besonders zwischen 1934 und 1939 lagen das Entsetzen, das Grauen, der Schrecken über dem Land – ein unbeschreiblicher, unausweichlicher, unfaßbarer, das Leben der Menschen unablässig bedrohender und entwertender Zustand. Was Ernst Toller (»Russische Reisebilder«,

---

2 Siehe Robert Conquest: Der große Terror. Sowjetunion 1934–1938. München 1992. – Robert Conquest: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991. – Robert Conquest: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933. München 1988. – Siehe auch die Stalin-Biographien von Robert Payne und Walter Laqueur. – Arkadi Waksberg: Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB. Reinbek bei Hamburg 1993. – Michael S. Voslensky: Sterbliche Götter. Die Lehrmeister der Nomenklatura. Berlin 1991. – Wolfgang Geier: Letzte Stationen der Hoffnung. In: Willi Beitz u. a. (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Leipzig 1998.

3 Siehe Robert Conquest: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933. München 1988.

1926), Walter Benjamin (»Moskauer Tagebuch«, 1926/1927) und andere in den zwanziger Jahren noch wahrnehmen konnten, wenn sie sich wie Benjamin weniger mit sich selbst, sondern mehr mit Land und Leuten beschäftigt hätten, hatte mit der die Besucher der dreißiger Jahre umgebenden »irrationalen Realität« nichts mehr zu tun.

Diese Intellektuellen jedoch, mit geschulter und geschärfter rationaler und emotionaler Sensibilität, hätten diese Zustände wenigstens atmosphärisch oder phänomenologisch wahrnehmen können – vorausgesetzt, sie wollten dies. Unterschiede sind immerhin erkennbar: George Bernard Shaw, der die Gebrechen des viktorianischen wie des zeitgenössischen Kapitalismus analytisch-sarkastisch bloßlegte, brachte am Beginn der dreißiger Jahre während seines Aufenthaltes in der Sowjetunion Elogen über Stalins Größe und Leistungen hervor, die subjektiv peinlich und objektiv zynisch waren. Arthur Koestler hingegen, etwa zur gleichen Zeit im Lande wie Shaw, erfaßten nach ihn erschütternden Begegnungen mit Kolzow, Bucharin und anderen jene entscheidenden Zweifel, die schließlich zum Bruch mit dem stalinisierten Marxismus und Kommunismus, zu »Darkness at noon« (»Sonnenfinsternis«, 1940) und dazu führten, daß der nun als »Renegat« denunzierte Koestler selbst in Kreisen der antifaschistischen Emigration als Unperson betrachtet und behandelt wurde.

Henri Barbusse erschien, gutgläubig, begeisterungsfähig, wie ein »reiner Tor auf der Suche nach dem Gral«, der Erlösung von allen Übeln des Imperialismus und seiner Kriege, nach dem gelobten Land, dem Vorbild für die friedliche Zukunft geeinter Völker in Gestalt des Sowjetvolkes und der Sowjetunion.

Romain Rolland, sympathisierend, distanziert, kritisch-skeptisch, wurde von Stalin als »der größte lebende Schriftsteller, von dem er alles gelesen« habe, empfangen. Rolland wußte sehr wohl, daß er nicht der »größte lebende Schriftsteller« war und daß Stalin schon deshalb seine Schriften nicht gelesen haben konnte, weil sie ihm nicht auf Russisch vorlagen.

In ihren gegensätzlichen Wahrnehmungen des Terrors haben zwei Schriftsteller von europäischem Rang – André Gide[4] und Lion Feucht-

4 André Gide (1869–1951) war einer der bedeutenden französischen Schriftsteller. Vom bibelgläubigen Calvinisten wandelte er sich zum »ästhetischen Immoralisten« und vertrat in seinen Werken eine Philosophie des konkreten, aktiven Individualismus und Hedonismus. Seine Annäherungen an den Marxismus und Kommunismus

wanger[5] – beispielhaft das Verhalten vieler anderer Geistesschaffender aus allen Teilen der Welt gezeigt; durch die von ihnen und um sie erzeugte öffentliche Auseinandersetzung entstand der Fall[6] Gide–Feuchtwanger.

André Gide gehörte seit 1935 dem Präsidium des Internationalen Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur an und reiste auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes von Mitte Juni bis Ende August 1936 in Begleitung von Eugène Dabit, Louis Guilloux, Pierre Herbart (der nach Schnyder in seinem 1937 erschienenen Buch »En U.R.S.S. en 1936« das »von Gide angerichtete Übel wieder gut zu machen« versuchte[7]), Jef Last und Jacques Schiffrin nach Moskau; diese beiden sprachen Russisch.

Die Reisegruppe sollte das sogenannte »Standardprogramm« absolvieren: Gespräche mit Funktionären des Verbandes, Kollegen, weiteren Kultur- und Kunstschaffenden, Besuche von Fabriken, Kolchosen,

---

wurden nach eigenen Bekundungen von Eindrücken in afrikanischen Kolonien (Kongo, Tschad) und »vom Evangelium« geprägt. Gide näherte sich in den dreißiger Jahren sozialistischen und kommunistischen Ideen, Positionen, Organisationen an, wandte sich jedoch besonders unter dem Eindruck seiner UdSSR-Reise und der folgenden Auseinandersetzung von der zunehmend stalinistisch dominierten kommunistischen Bewegung ab. Im Jahre 1947 erhielt er den Nobelpreis für Literatur, die Œuvres complètes erschienen in 17 Bänden 1932–1954.

5 Lion Feuchtwanger (1884–1958) gehörte zu den bedeutenden deutsch-jüdischen Schriftstellern. Seine Romane haben große historische (»Goya«, »Jud Süß«) und zeitgenössische (antifaschistische) Themen. Im Jahre 1933 wurde er von den Nationalsozialisten ausgebürgert, seine Bücher waren in Deutschland bis 1945 verboten. Über Frankreich gelangte er in die USA, wo er bis zu seinem Tode lebte und arbeitete. Im Jahre 1953 erhielt er den Nationalpreis der DDR. In den vergangenen Jahren haben Beschäftigungen mit dem literarischen Werk und dem politischen Verhalten Feuchtwangers wieder zugenommen.

6 Abgesehen von der in der »Prawda« und in »Das Wort«, Moskau, im Jahre 1937 stattfindenden Kampagne gegen Gide beginnt in Kreisen der Emigration eine sachliche Auseinandersetzung mit dem »Fall Gide–Feuchtwanger«, so durch Kurt Hiller: Der Fall Feuchtwanger (Prag 1937). In: Köpfe und Tröpfe. Profile aus einem Vierteljahrhundert. Hamburg, Stuttgart 1950. Hiller beschreibt allerdings auch höchst zwiespältige, gefährliche Eindrücke und Wirkungen: »Gide legt sein Erlebnis in dem berühmten Buch nieder, welches ein phantastischer Erfolg wird; die Nazi-Wespen saugen Honig aus seinen Kelchen; das Prestige der Sowjets bei der europäischen Demokratie steigt nicht gerade« (ebenda. S. 204).

7 Peter Schnyder: Vorwort zu Gides Reiseberichten. In: André Gide: Gesammelte Werke in 12 Bänden. Hrsg. von Raimund Theis und Peter Schnyder. Bd. VI.2: Reisen und Politik. Stuttgart 1996. S. 30.

Sowchosen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, kulturellen Veranstaltungen, wissenschaftlichen Einrichtungen. Am 20. Juni hielt Gide während einer Trauerfeier für den verstorbenen Maxim Gorki auf dem Roten Platz eine kurze Ansprache; sie war nichts weniger als bemerkenswert, enthielt lediglich einige feierliche und nichtssagende Worte; Gide wußte wenig von Gorki, kannte seine Arbeiten kaum. Die Reise führte über Leningrad an das Schwarze Meer, in den Kaukasus. Gide beobachtete interessiert und intensiv, nahm mehr als das vermittelte freundliche und schöne Erscheinungsbild der Sowjetunion, des Sowjetsozialismus, der Sowjetmenschen wahr; im Laufe der Wochen entstand ein insgesamt zutreffender und tiefenscharfer Eindruck vom Wesen dieses politischen Systems und dem Zustand der von ihm geprägten, beherrschten Gesellschaft. Es entstehen Ahnungen von Wirkungen des Terrors, die sich in Bemerkungen zur Diktatur Stalins und ersten Hinweisen auf mögliche ähnliche, vergleichbare Merkmale oder Wesenszüge der Diktaturen Stalins, Hitlers und Mussolinis äußern; auf die Moskauer Prozesse kommt Gide erst in den »Retuschen« zu sprechen, auch unter dem Eindruck von Feuchtwangers Aussagen und in ihrer berechtigten moralischen Verurteilung.

Vor der Reise Gides hatten bereits jene Schauprozesse[8] begonnen, in denen Stalin seine unumschränkte Herrschaft über die Partei, den Staat, das Volk mit einem historisch beispiellosen pseudolegalen psychischen und physischen Terror, durch hunderttausende von Todesurteilen und Hinrichtungen – allein in Moskau durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts unter dem Vorsitz von Ulrich und der Anklagevertretung durch Wyschinski sowie weitere Sondergerichte zwischen 1935 und 1939 etwa 750.000 Opfer – durchsetzte.

Es hatten bereits stattgefunden und wurden fortgesetzt, um nur die wichtigsten zu nennen:
– der Fall des »Bundes der Marxisten-Leninisten« mit Rjutin und weiteren dreißig Spitzenfunktionären;
– der Fall des »Moskauer Zentrums« mit Sinowjew, Kamenew und einem Dutzend weiterer hoher Funktionäre, die zunächst wie im ersten

8 Siehe Robert Conquest: Am Anfang starb Genosse Kirow. Düsseldorf 1970. – Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer. Mit einem Vorwort von Horst Schützler. Berlin 1990. – Anton Antonow-Owsejenko: Stalin – Porträt einer Tyrannei. München 1983. – Theodor Pirker: Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938. München 1963.

Fall noch zu langjährigen Haftstrafen, dann in der Fortsetzung ihrer Prozesse zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden;
– der Fall Moskauer konterrevolutionäre Organisation Gruppe »Arbeiteropposition« mit achtzehn führenden Funktionären des Partei- und Staatsapparates, die zunächst ebenfalls zu Haftstrafen, später zum Tode verurteilt wurden;
– der Kreml-Prozeß mit über hundert Angeklagten, von denen zwischen 1935 und 1939 fast alle umgebracht wurden.

Während Gides Aufenthalt fand vom 19. bis 24. August 1936 jener Prozeß statt, mit dem nun in der Sowjetunion und in aller Welt unmißverständlich und endgültig deutlich wurde, daß sich Stalin seiner nächsten Umgebung durch den mit ideologischen und juristischen Phrasen begründeten Mord von Partei, Staats und Rechts wegen entledigte.

Das »Antisowjetische vereinigte trotzkistisch-sinowjewsche Zentrum« mit Sinowjew, Kamenew und vierzehn anderen hochrangigen Funktionären wurde aller Verbrechen angeklagt, die man sich vorstellen kann – von der Ermordung Kirows bis zur geplanten Ermordung Stalins, ferner des Hoch- und Landesverrats (der konterrevolutionären Verschwörung gegen Partei, Staat und Volk) und so weiter. Am 24. August wurden alle zum Tode verurteilt, wenige Stunden danach (am 25. August) alle erschossen. Diesen Prozeß konnte Gide wenigstens durch die offizielle Berichterstattung wahrnehmen, in seinem ersten Bericht erwähnt er ihn nicht ausdrücklich, erst in den »Retuschen« geschieht dies. So beschreibt er seine Einstellungen vor dem Beginn der Reise und nach den Erfahrungen mit den infamen Reaktionen auf beide Berichte auch mit einem Hinweis auf die Prozesse:

»Vor drei Jahren habe ich meine Bewunderung und meine Liebe für Sowjetrußland bekannt. Ein noch nie erlebtes Experiment hatte man dort gewagt, das das Herz mit Hoffnung füllte und von dem wir einen ungeheuren Fortschritt erwarteten, einen Aufschwung, stark genug in seiner Begeisterung die ganze Menschheit mit sich zu reißen [...] Aber hatte ich mich wirklich anfangs getäuscht? Wer aufmerksam der Wegstrecke gefolgt ist, die Sowjetrußland seit kaum etwas mehr als einem Jahr [Mitte 1936 bis Mitte 1937 – W. G.] durchschritten hat, wird schließlich zu entscheiden vermögen, ob ich es bin, der sich gewandelt hat, oder ob es vielmehr die UdSSR selber ist. – Und mit ›UdSSR‹ meine ich denjenigen, der sie regiert [...] Wir sind von der Sowjetunion hinters Licht geführt worden [...] (Auf Sinowjew, Kamenew und Smirnow hetzt man ihre bisherigen Kameraden Pjatakow und Radek; man legt Wert darauf,

sie ehrlos zu machen, bevor auch sie an die Reihe kommen erschossen zu werden.) Wer sich zu solchem Verrat, zu solcher Niedertracht nicht bereit fände, würde sich selbst zusammen mit dem Freund, den er retten wollte, zugrunde richten. So mißtraut man am Ende allem und jedem. Unschuldige Äußerungen der eigenen Kinder können einen ins Verderben stürzen. Man wagt nicht mehr, in ihrer Gegenwart zu sprechen. Ein jeder überwacht den anderen, überwacht sich selbst, wird überwacht. Es gibt keine ungezwungene Hingabe mehr, kein unbedachtes, freies Sprechen, es sei denn, vielleicht, im Bett mit seiner Frau, sofern man ihrer sicher sein kann [...] Von oben bis unten [...] sind am angesehensten gerade die unterwürfigsten, die feigsten, die fügsamsten, die gemeinsten Genossen. Die den Kopf erheben, werden niedergemäht oder deportiert, einer nach dem anderen [...] Die UdSSR ist nicht das, von dem wir erhofft hatten, daß es sei; das, was sie versprochen hatte, zu werden; das, was sie immer noch zu scheinen sich bemüht. Alle unsere Hoffnungen hat sie verraten. Wenn wir den Zerfall unserer Hoffnung nicht hinnehmen wollen, müssen wir unser Hoffen anderswohin richten. Aber unseren Blick wenden wir nicht von dir, du ruhmreiches und schmerzensreiches Rußland. Wenn du uns zuerst als Vorbild gedient hast, zeigst du uns jetzt [...], in welchem Treibsand eine Revolution versinken kann.«[9]

Im November 1936 veröffentlicht Gide »Retour de l'U.R.R.S.«, gegen den Rat von André Malraux, Roger Martin du Gard und Pierre Herbart. In sechs Teilen schildert er nüchtern, sachlich, kritisch seine Eindrücke aus den verschiedenen Lebensbereichen der Gesellschaft, über die politische, die künstlerische und die Alltagskultur. Seine Grundhaltung ist in keiner Weise ablehnend oder gehässig, nicht denunzierend, aber zunehmend distanziert und wohl auch irritiert. So versucht er, mit Schilderungen negativer Eindrücke erklärende Entschuldigungen oder Rechtfertigungen zu verbinden. Man spürt jenen »argen Weg der Erkenntnis«, wie Feuchtwanger ihn im Untertitel für das Leben seines »Goya« beschrieb – ohne ihn im Unterschied und Gegensatz zu Gide, wie später zu zeigen ist, selber gehen zu können oder zu wollen. Dieser

9 André Gide: Retour de l'U.R.R.S. (Zurück aus Sowjetrußland) November 1936. – Retouches à mon Retour de l'U.R.R.S. (Retuschen an meinem Rußlandbuch) Juni 1936. In: André Gide: Gesammelte Werke in 12 Bänden. Hrsg. von Raimund Theis und Peter Schnyder. Bd. VI.2: Reisen und Politik. Stuttgart 1996. S. 40ff., 137ff. und 165ff.

verbindet die öffentliche (Selbst-)Desillusionierung mit einer sarkastischen Kritik sowjetrussischer Versuche, ihn zu manipulieren und zu korrumpieren (Bankette), mit Beschreibungen von Überheblichkeiten, die von kaum glaublichem Unwissen bestimmt sind (Metro, Lebensstandard, ausländische Bewunderung).

Unmittelbar nach dem Erscheinen des Buches brach ein Sturm der Entrüstung und Empörung los, inszeniert durch Veröffentlichungen der »Prawda« vom Dezember 1936, in denen vom »vergifteten Geifer eines Weißgardisten und französischen Kleinbürgers« die Rede war. In weiteren Artikeln wurde Gide als Opfer antisowjetischer Agenten, Werkzeug der Trotzkisten und Lakai der Faschisten bezeichnet. Rolland hatte sich gegen den Bericht als »Ausdruck eines Abtrünnigen« gewandt. In der Moskauer Zeitschrift »Das Wort«, einer von Brecht, Bredel, Feuchtwanger gegründeten literarischen Monatsschrift, erschien im Februar 1937 die erste öffentliche Äußerung Feuchtwangers zum »Fall Gide« unter der Überschrift »Der Ästhet in der Sowjetunion«. Der Beitrag ist arrogant und – wie Feuchtwanger allerdings in einem ganz anderen Zusammenhang zu sagen pflegte – »degoutant«, er enthält neben ziemlich albernen Ausfällen gegen Gide vor allem eine Lobpreisung Stalins. Andere Linke und Antifaschisten (Brecht, Nizan) beteiligten sich an der Kampagne gegen Gide: Für Bloch war er ein »Verräter« und Feuchtwanger seine politische und moralische Korrektur, wie in »Die neue Weltbühne« vom 15. Juli 1937 zu lesen war. Kurella schrieb gegen Gides »hedonistischen, trotzkistisch-verleumderischen« Bericht, der gehässig und verständnislos sei.

Wenige wie Arnold Zweig, Franz Werfel und Bruno Frank erklärten sich mehr oder weniger deutlich für Gide und gegen Feuchtwanger; Kurt Hiller und Leopold Schwarzschild bemühten sich um eine sachliche Erörterung des »Falles«, wobei sie sich im Grunde mehr für Gides Bericht als für den »Anti-Gide« Feuchtwangers aussprachen. Allerdings waren ihr politisches Ansehen und ihre weltanschauliche Haltung sowohl widersprüchlich als auch umstritten. Gide antwortete schließlich im Juni 1937 mit den »Retouches à mon Retour de l'U.R.R.S.« (»Retuschen zu meinem Rußlandbuch«). In allen Punkten bekräftigte und verstärkte er nun seine ein halbes Jahr früher noch zwischen Zuwendung und Abneigung schwankende Kritik an Stalin, am Terror, am Sowjetsystem grundsätzlich. Der innere Bruch mit dieser Perversion des Marxismus und des Kommunismus war vollzogen. Dies blieb seine Haltung bis zum Lebensende; er bedauerte schließlich, daß er in seinen

Schilderungen der Jahre 1936 und 1937 »die schreckliche Wahrheit« nicht deutlich genug gezeigt habe.

Im November 1936 tritt Lion Feuchtwanger in Begleitung von Ludwig Marcuse und dessen Frau Sascha, der jungen Autorin Lilo Dammert und der amerikanischen Zeichnerin Eva Herrmann eine Reise über Polen und die Tschechoslowakei in die UdSSR an, ebenfalls auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes. Gides Buch war bereits erschienen, Feuchtwanger kannte es, fühlte sich berufen – wurde wohl nachträglich damit beauftragt – öffentlich gegen Gide aufzutreten und schrieb noch während der Reise »Der Ästhet in der Sowjetunion«.[10]

Die Reise dauerte von November 1936 bis Februar 1937. Feuchtwanger hatte keine Russischkenntnisse und war auf mündliche wie schriftliche Übersetzungen oder besser: Übertragungen angewiesen, was für das von ihm gezeichnete Bild der Sowjetunion, den Inhalt seines »Anti-Gide« verheerende Folgen haben sollte.

Zuvor jedoch einige wenige Bemerkungen zu bestimmten Umständen der Reise: Feuchtwanger fuhr, wie gesagt, zunächst nach Polen und in die Tschechoslowakei, um Lesungen beziehungsweise Vorträge zu halten und Verlagsverträge abzuschließen. Der Besuch der Sowjetunion erfolgte auf Einladung und bereits in der erklärten Absicht, etwas für das politische und gesellschaftliche »Experiment« des Sowjetsozialismus und gegen Gides Darstellungen zu tun. Das geschah, wie gesagt, bereits während der Reise. Im Februar 1937 kehrte Feuchtwanger zurück, im gleichen Monat fand der Zweite Internationale Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur in Valencia (Madrid, Barcelona, Paris) statt, dessen Präsidium auch Gide angehörte. Louis Aragon war der Generalsekretär und erweckte in seinen Darlegungen den Eindruck, als ob die kommunistischen und antifaschistischen Schriftsteller Lion Feuchtwanger sozusagen mit der Aufgabe betraut hätten, das von Gide beschmutzte Bild der Sowjetunion, des Sozialismus und Kommunismus wieder zu säubern und daß Feuchtwanger – als deutsch-jüdischer, bürgerlich-liberaler, von den Nationalsozialisten ausgebürgerter, in der Sowjetunion und international hoch angesehener Schriftsteller – diese Aufgabe angenommen habe und dabei sei, sie zu erfüllen. Es gibt über diese Vorgänge keine zuverlässigen Quellen; wenn ein solcher Auftrag bestanden hat, dann ist er Feuchtwanger vertraulich vor Beginn oder öffentlich nach dem Ende der Reise erteilt worden. Wie dem auch sei: Er ließ sich auf

10 Lion Feuchtwanger: Der Ästhet in der Sowjetunion. In: Das Wort. Moskau (1937)2.

diese Kampagne ein, widersprach Aragon nicht, als dieser in Valencia Gide als »Verräter« brandmarkte und schrieb das von ihm erwartete »Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde«.

Sua fata habent libelli: Der Bericht von Gide erschien im Jahre 1936 bei Editions Gallimard, Paris, in einer Auflage von einigen hunderttausend Exemplaren, 1937 kamen die »Retuschen« in großer Auflage heraus. Feuchtwangers Bericht erschien in einem ähnlichen Umfang im Amsterdamer Querido-Verlag, einem deutschen Exilunternehmen. Gleichzeitig kam eine russische Übersetzung mit 200.000 Exemplaren heraus, die nach einiger Zeit aus den Buchhandlungen und Bibliotheken verschwunden war; neben dem Lob Stalins enthielt sie in Andeutungen oder Stichworten auch heikle, tabuisierte Themen. In den Feuchtwanger-Werkausgaben sowohl in der BRD als auch in der DDR war der Text nicht enthalten. Die erste Neuauflage erschien erst im Jahre 1993 in Berlin, auf russisch bereits 1990, zusammen mit Gides Berichten unter dem Titel »Dva vzgljada iz-za rubeža«. Seit Jahren gibt es Arbeiten verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Charakters zum »Fall«, über Gide und/oder Feuchtwanger, teilweise im Zusammenhang mit postmodernen Diskussionen (Derrida).

Die Einzelheiten des Berichtes interessieren hier weniger; sie können in der erwähnten, um Auszüge der KGB-Akten über Feuchtwanger ergänzten Ausgabe nachgelesen werden. Um den Charakter des Autors und die Absicht des Textes zu begreifen, sollen lediglich einige Passagen über Demokratie und Diktatur, die Stalinsche Verfassung von 1936, über die Persönlichkeit Stalin sowie den gerade stattfindenden Schauprozeß, an dem der deutsche Gast kurz teilnehmen durfte, wiedergegeben werden.

Für Feuchtwanger ist in der UdSSR über die Person Stalins der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur dialektisch in einer neuen geschichtlichen Qualität aufgehoben, in einer idealtypischen, historisch paradigmatischen Weise verkörpert.

Eine Grundlage und besonderer Ausdruck dieser Vereinigung ist die gerade verabschiedete Stalinsche Verfassung von 1936, deren Text Feuchtwanger »übersetzt«, das heißt gedeutet vermittelt wird. Es lag keine deutsche Übersetzung vor, anhand derer er sich selbst ein Bild machen konnte. Dies empfindet er jedoch nicht als Mangel, sondern vertraut den Interpreten, wie seine Äußerungen zeigen, vollkommen. Er versteigt sich aufgrund dieser Deutungen dazu, hinsichtlich der Individual- bzw. allgemeinen Menschenrechte grundlegende Unterschiede zwischen dieser und den bürgerlichen Verfassungen festzustellen; in der

neuen Sowjetverfassung sieht er Menschenrechte und Demokratie vereint gesichert. Der »Scheinfreiheit westlicher Demokratien« wird die »wahre Volksfreiheit« in der Sowjetunion entgegengestellt.

Es gibt ein Gespräch mit Stalin, dessen Inhalt merkwürdig unscharf berichtet wird. Feuchtwanger soll sich zu Erscheinungen des Kults um Stalin geäußert und dieser ihm Recht gegeben haben; auch das Thema Juden und Antisemitismus sei erwähnt worden: Stalin habe sich erregt, als man auf die Trotzkisten-Prozesse zu sprechen kam. Bezogen auf Radek, für den er freundschaftliche Gefühle gehabt hätte und von dem er sich verraten fühlte, habe er auf die Judas-Geschichte hingewiesen. Das Thema Juden taucht übrigens noch einmal auf, als Feuchtwanger die Errichtung der »Jüdischen Sozialistischen Republik Birobidshan« lobt. Er hat offensichtlich keine Ahnung, daß es sich nicht um eine »Sozialistische« oder »Autonome Sowjetrepublik«, sondern um ein »Autonomes Gebiet« handelt, das nichts anderes als ein staatliches Getto ist. Im übrigen hat von den namhaften nichtjüdischen und jüdischen intellektuellen Besuchern der UdSSR in den dreißiger Jahren offenbar niemand den Wunsch geäußert, dieses merkwürdige Gebilde zu besuchen – auch Feuchtwanger nicht.

Jedenfalls ist der Gast vom Führer des Sowjetvolkes beeindruckt. Außer anderen Passagen sind diese bemerkenswert:

»War Lenin der Cäsar der Sowjet-Union gewesen, so wurde Stalin zu ihrem Augustus, zu ihrem Mehrer in jeder Hinsicht [...] (und gegen Trotzki) [...] Leo Trotzki, der Schriftsteller, hat die blitzhaften, oft falschen Einfälle, Josef Stalin die langsamen, mühevoll erarbeiteten, gründlich richtigen Gedanken. Trotzki ist eine blendende Erscheinung, Stalin der ins Genialische gesteigerte Typ des russischen Bauern und Arbeiters, prädisponiert zum Sieg, da in ihm die Kraft der beiden Klassen zusammengefaßt ist. Trotzki ist eine schnell verlöschende Rakete, Stalin das wärmende dauernde Feuer.«[11]

Hier zeigt sich, was ein Kritiker Feuchtwangers »subtile Ahnungslosigkeit« genannt hat. Diese Äußerungen werden jedoch durch die Schilderungen des Schauprozesses, den der Gast besuchen durfte, übertroffen. Es ist der Fall des »Parallelen antisowjetischen trotzkistischen Zentrums« mit Pjatakow, Sokolnikow, Radek und anderen, der vom 23.

11 Lion Feuchtwanger: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde (Amsterdam 1937). Berlin 1993. S. 81 und 84.

bis 30. Januar 1937 vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtes unter dem Vorsitz von Ulrich und der Anklagevertretung durch Wyschinski verhandelt wurde. Er endete mit der Erschießung der meisten Angeklagten; Radek wurde später in der Haft ermordet.

Feuchtwanger leitet seine Eindrücke erneut mit Betrachtungen über Stalin ein:

»Ja, gerade unter den Männern, denen Stalin Freund war und die er in hohe Ämter berufen, gab es einige, die dem Worte Trotzkis mehr glaubten als dem Werke Stalins. Sie behinderten dieses Werk, leisteten Widerstand, sabotierten. Sie wurden zur Verantwortung gezogen, ihre Schuld festgestellt. Stalin begnadigte sie, berief sie von neuem in wichtige Ämter. Was mußte der Mann Stalin denken, spüren, als er die Erfahrung machte, daß diese seine Kollegen und Freunde noch immer, trotz des augenscheinlichen Gelingens seines Werkes, seinem Feinde Trotzki anhingen, heimlich mit ihm zettelten und sein eigenes Werk [...] zu sabotieren suchten, um ihre alten Führer ins Land zurückzuholen.«[12]

Feuchtwanger macht sich Sorgen um den öffentlichen Eindruck, den die Prozesse und die Angeklagten erwecken könnten. Der ihm offenbar bekannte Vorwurf, die Geständnisse seien durch Folter erzwungen worden, wird nach seiner Meinung »widerlegt durch die offensichtliche Frische und Vitalität der Angeklagten«. Diese wurden Wochen und Monate für ihr Auftreten präpariert; manche brauchten Stunden, andere Tage, einige Wochen, bis sie physisch und psychisch so zugerichtet waren, daß sie alles »gestanden«, was man in sie hinein und aus ihnen herausgeprügelt hatte. Sie bezichtigten sich der ungeheuerlichsten Verbrechen, und manche forderten für sich den Tod als gerechte Strafe. Nur ganz wenige widerstanden der Folter oder widerriefen vor Gericht ihre bisherigen Aussagen.

»Daß sie *alle* gestehen, erklärt sich daraus, daß man keineswegs sämtliche Trotzkisten, die in das Komplott verwickelt waren, vor Gericht gestellt hat, sondern nur diejenigen, die bis ins letzte überführt waren. Daß die Geständnisse pathetisch klingen, liegt wohl zumeist an der Übersetzung. Der Tonfall des Russischen ist schwer zu treffen, das Russische wirkt, übersetzt, leicht superlativistisch, überschwenglich, befremdlich.«[13] Eine erstaunliche Erklärung für jemanden, der kein Wort Russisch versteht. Aber der Gast wird durch den Verlauf des Prozesses,

12 Ebenda. S. 81.
13 Ebenda. S. 97f.

den er besuchen darf, für diese etwas zwiespältigen Eindrücke entschädigt, seine zaghaften Bedenken werden zerstreut:

»Man darf das Gericht [...] füglich als eine Art Parteigericht ansprechen. Die Angeklagten waren von früher Jugend an Parteiangehörige, manche unter ihnen zählten zu den Führern der Partei [...] Auch der Angeklagte fühlt sich der Partei noch verbunden, und so ist es kein Zufall, daß der Prozeß von Anfang an jenen den westlichen Menschen befremdenden Charakter einer Diskussion trug [...] Die Männer, die da vor Gericht standen, waren keineswegs gemarterte, verzweifelte Menschen vor ihrem Henker [...] Das Ganze glich weniger einem hochnotpeinlichen Prozeß als einer Diskussion, geführt im Konversationston, von gebildeten Männern, die sich bemühten, festzustellen, welches die Wahrheit war und woran es lag, daß geschehen war, was geschehen war. Ja, es machte den Eindruck, als hätten Angeklagte, Staatsanwalt und Richter das gleiche, ich möchte fast sagen, sportliche Interesse, die Geschehnisse lückenlos aufzuklären [...] sie waren durch einen gemeinsamen Zweck verbunden [...] Es ist dieses Grundgefühl, welches Richter und Angeklagte veranlaßt, so einträchtig zusammenzuarbeiten [...] Die Angeklagten waren Anhänger Trotzkis, auch nach seinem Sturz glaubten sie an ihn. Aber sie lebten innerhalb der Sowjet-Union, und was für den verbannten Trotzki ferne, vage Ziffern und Statistiken waren, das wurde für sie zu lebendiger Anschauung. Vor dieser [...] konnte Trotzkis Prinzip, die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft in einem einzigen Land sei unmöglich, auf die Dauer nicht standhalten. Im Laufe des Jahres 1935, angesichts der steigenden Prosperität der Sowjet-Union, mußten die Angeklagten erkennen, daß der Trotzkismus bankrott gemacht hatte [...] Unter diesen Umständen liegt es in der Natur der Sache, daß die Geständnisse sich wie ein erzwungener Hymnus auf das Regime Stalins anhören.«

Im übrigen: Die kritischen Beobachter, welche die weltgeschichtliche Leistung Stalins und die Notwendigkeit dieser Prozesse in Frage stellen, »wollen nicht begreifen, daß man Historie nicht in Handschuhen machen kann. Sie kommen mit ihren absoluten Maßstäben und wollen auf den Millimeter genau messen, bis wohin hier Freiheit und Demokratie geht [...] Für sie heiligt in diesem Fall nicht der Zweck die Mittel, sondern die Mittel schänden den Zweck.«[14]

---

14 Ebenda. S. 99, 93, 100 und 107.

Ist dies nur eine schreckliche Blindheit, oder schwingt hier eine tiefgehende Unsicherheit mit?

Wenn ja, versucht Feuchtwanger sie zu überspielen, indem er einräumt, »daß, obwohl mich der Prozeß von der Schuld der Angeklagten überzeugt hat, ihr Verhalten vor Gericht mir trotz der Argumente der Sowjetleute nicht bis in letzte klargeworden ist [...] Das soll nun beileibe nicht heißen, daß ich an der Führung des Prozesses und an seinen Resultaten mäkeln möchte. Wenn man mich nach der Quintessenz meiner Meinung befragt, dann kann ich vielmehr nach dem Vorbild des gescheiten Essayisten Ernst Bloch den Sokrates zitieren, der, befragt über gewisse Dunkelheiten des Heraklit erwiderte: ›Was ich verstanden habe, ist vortrefflich. Daraus schließe ich, daß das andere, was ich nicht verstanden habe, auch vortrefflich ist.‹«[15]

Das muß man nicht kommentieren, das richtet sich selbst.

Feuchtwanger geht nicht den »argen Weg der Erkenntnis« wie sein Goya und wie viele andere zwischen 1935/1939 (VII. Kongreß der Komintern, Spanischer Bürgerkrieg, Hitler-Stalin-Pakt) und 1953/1956 (Tod Stalins und XX. Parteitag der KPdSU). Im Jahre 1941 besteht er in einem Brief an Arnold Zweig auf seinem Rußlandbild und bemerkt zu den Kritikern seines Berichtes, ihre Äußerungen seien »ziemlich possierlich [...] aber auch reichlich degoutant«.[16] Im Zusammenhang mit seinem Rousseau-Roman rechtfertigt er schließlich im Jahre 1952 eine ihre Kinder fressende Revolution und den Terror, die physische Vernichtung als eine Art ultima ratio.

Was bleibt von der Kontroverse Gide–Feuchtwanger, gibt es Wirkungen oder Spuren wie bei Jacques Derrida »Moscou aller-retour«, Paris 1995, und »Back from Moscow, in the USSR« in: Jutta Georg-Lauer (Hrsg.): Postmoderne und Politik, Tübingen 1992, oder anderen Äußerungen? Zunächst zeigen sich hier sowie in den um die oben genannten entstandenen weiteren Texten (Michail Ryklin) manche aufschlußreiche mittelbare Wirkungen.

In merkwürdigen Äußerungen (Gide als »großer Reisender«, Lettre International, Berlin, Frühjahr '96) erfolgt eine Art von Abrechnung mit seinen Moskau-Eindrücken, ohne den »Anti-Gide« auch nur zu nennen. »Großer Reisender« ist übrigens eine Apostrophierung durch Walter Ben-

15 Ebenda. S. 98.

16 Lion Feuchtwanger: Briefwechsel 1933–1958. Hrsg. von Harold von Hofe. Bd. 1: 1933–1948. Berlin, Weimar 1984. S. 231.

jamin, dessen »Moskauer Tagebuch« über den Aufenthalt vom Dezember 1926 bis Februar 1927 (zehn Jahre später war Feuchtwanger in den gleichen Wochen dort) ein Zeugnis über Unfähigkeiten des bis in manchen Kreisen bis heute Sakrosankten ist, von der sowjetischen Wirklichkeit – allerdings hielt er sich nur in Moskau auf – mehr als die Oberfläche zu erfassen. Aber das war auch nicht der eigentliche Reisegrund: Er wollte in der Nähe von Asja Lacis sein, einer etwas überspannten Frau, die Beziehung zwischen beiden war eine endlose Quälerei. Im übrigen beschäftigte ihn fortwährend die Frage nach der Zweckmäßigkeit eines Eintritts »in die (kommunistische) Partei«.

Die Haltung Feuchtwangers war und wurde kennzeichnend für zeitgenössische Intellektuelle, die sich als bürgerlich-liberal oder -demokratisch, antifaschistisch, als Linke und ähnlich bezeichneten sowie für ihre linken Nachfolger der sechziger bis neunziger Jahre. Es zeigt sich hier eine intellektuelle Unfähigkeit und eine moralische Verweigerung, die geschichtlich beispiellosen Verbrechen Stalins, des genuinen Stalinismus durch die KPdSU in der UdSSR etwa zwischen 1925 und 1955 sowie ihre Fortsetzungen zwischen 1965 und 1985 als solche begreifen und anerkennen zu wollen. Das im Grunde unvorstellbare Ausmaß dieser Verbrechen, die pseudolegale Ermordung von Millionen Menschen im Namen des Leninismus, des Marxismus des 20. Jahrhunderts, der welthistorischen Mission der Sowjetunion, des Sowjetsozialismus/-kommunismus werden nicht nur mit »Argumenten von welthistorischer Dimension« erklärt, »begründet«, »gerechtfertigt«, sondern sie werden auf eine entsetzliche Weise »in Schutz genommen«. Es sind jene Positionen und Argumente von der »Totalitarismus-Debatte« über den »Historiker-Streit« bis zu heutigen Nachzüglern, in denen vorzugsweise deutsche Geistesschaffende mit großem intellektuellem und moralischem Aufwand darauf beharrten und beharren, daß jeder Gedanke an einen möglichen Vergleich zwischen den beiden Diktatoren und Diktaturen, dem Stalinschen großrussischen Bolschewismus und dem Hitlerschen großdeutschen Nationalsozialismus, jedes Nachdenken über Vergleichbar- und Ähnlichkeiten ihrer Merkmale, Wesenszüge und eben auch Verbrechen per se, a prioro, in toto unmöglich, unzulässig, gewissermaßen intellektuell wie moralisch verboten sei, den Nachdenkenden in beiderlei Hinsicht vollkommen disqualifiziere.

Es wurde betont, daß auch nur die Andeutung eines Vergleiches zwischen den Verbrechen Hitlers und denen Stalins dazu führe und dazu diene, die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen zu relativie-

ren – eine bizarre Logik, deren Umkehrschluß das gleiche Totschlagargument liefert und damit die Absurdität solchen Argumentierens zeigt. Es geht auch nicht darum, wie weiter eingewandt wurde, die Opfer beider Diktatoren und Diktaturen gegeneinander aufzurechnen, obwohl gerade jene, die Stalin mit und gegen Hitler in Schutz nehmen, dies immer wieder tun. Wenn aber schon von Millionen Ermordeten die Rede ist, dann ist es aufschlußreich, sich wenigstens einmal vorzustellen, wie viele Millionen Menschen Hitler und Stalin ermorden ließen. Die damit sichtbaren Größenordnungen sind nicht geeignet, ähnliche oder gleiche Wesensmerkmale beider Terrorregime zu leugnen, sondern sie fordern vielmehr, diese zu begreifen. Die Verfechter der »Singularitäts«- und »Relativierungs«-Thesen allerdings selektieren die Millionen Opfer – auch die von Auschwitz – noch einmal in für ihre Positionen und Argumente »brauchbare« und »unbrauchbare« Tote. Solche Geisteshaltungen gehen auf intellektuelle und moralische Vorbilder zurück, wie sie beispielsweise von Feuchtwanger und anderen bürgerlich-liberalen und -demokratischen, linken (sozialistischen und kommunistischen) Intellektuellen zwischen den Weltkriegen, in der antifaschistischen Emigration, in der Komintern, nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder erzeugt wurden – und bis heute erzeugt werden.

Feuchtwanger, obwohl nach dem Kriege anders als andere in den Vereinigten Staaten bleibend, galt weniger im Westen, viel mehr im Osten Deutschlands als einer jener deutschen Intellektuellen, der für die seit 1945 im Osten beschworene gemeinsame Grundlage aller demokratischen Kräfte stehen sollte – den Antifaschismus. Die Annahme, daß dies der gemeinsame Ausgangspunkt für eine demokratische Erneuerung Deutschlands in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik werden könnte, hat sich als säkularer Irrtum und als epochale Täuschung erwiesen. Dieser Antifaschismus – dessen Bezeichnung insofern schon irreführend, verschwommen, als nicht ein diffuser Antifaschismus, sondern ein konkreter Antihitlerismus/-nationalsozialismus erforderlich gewesen wäre – trug von Beginn einen jener Keime der Selbstzerstörungen in sich, an denen der Sozialismusversuch DDR insgesamt zu Grunde ging. Ein historisch-konkreter, dezidierter »Antifaschismus«, also Antihitlerismus/-Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkriege im Osten Deutschlands mußte ein ebenso entschiedener Antistalinismus/-Bolschewismus sein – oder er konnte gar nicht sein. Damit wäre er jedoch ein allen pseudotheoretischen Dogmen und aller durch Komintern und Kominform exekutierten stalinistischen Praxis widersprechender, ja lebensge-

fährlicher Widerspruch in sich gewesen. Dies wurde teilweise nicht begriffen und nicht erkannt, teilweise verschwiegen und verdrängt; diese kontradiktive conditio sine qua non wurde ideologisch unter Anwendung spezifischer agitatorischer und propagandistischer Formen kollektiven psychischen Terrors so lange neutralisiert, manipuliert, umfunktioniert, bis sich wiederum Millionen hoffnungsvoller Menschen gern- und gutgläubig über diesen verlogenen und verdorbenen Antifaschismus täuschen ließen und ihn als Grundlage ihres, wie sie glaubten, gemeinsamen Handels für eine neue Gesellschaft, eine neue Zeit annahmen. Das dies möglich war, hängt auch mit jenen verheerenden intellektuellen und moralischen Wirkungen zusammen, welche Berichte wie der von Lion Feuchtwanger und viele andere ähnliche Äußerungen hinterlassen haben.

Die geschichtliche Folge war der Zusammenbruch jener Gesellschaftsordnung, auf die Gide wie Feuchtwanger und mit ihnen hunderte Millionen Menschen zunächst ihre Hoffnungen gerichtet hatten, von der sie dann enttäuscht wurden, die sie schließlich mit Entsetzen erfüllte und für viele Millionen den Tod bedeutete. Vielleicht ist es eine »gesetzmäßige« Konsequenz oder nur ein »zufälliger« Zynismus der Geschichte, daß jenes System zuletzt zusammenbrach, das am Anfang und im Mittelpunkt jener Berichte stand, über die hier zu sprechen war.

Zu den Autoren dieses Heftes

Dr. phil. Wladislaw Hedeler (geb. 1953); studierte Philosophiegeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; promovierte 1985 in Moskau mit einer Arbeit über Nikolai Bucharin. Hedeler gehört dem Redaktionskollegium von »Berliner Debatte Initial« an. Publizierte u. a. zur Theorie- und Philosophiegeschichte in Rußland bzw. der Sowjetunion, darunter »Nikolai Bucharin. Leben und Werk« (Mainz 1993, zusammen mit Ruth Stoljarowa).

Dr. sc. phil. Ulla Plener (geb. 1933); studierte Geschichte von 1951 bis 1956 und promovierte (1969) bzw. habilitierte (1975) mit Arbeiten zur Geschichte der SPD nach 1945. Sie veröffentlichte zahlreiche Arbeiten zu Problemen der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung sowie zu Ergebnissen biographischer Forschung, darunter »SPD 1945–1949. Konzeption, Praxis, Ergebnisssse« (Berlin 1981), »Lisa Gavric. Die Straße der Wirklichkeit. Bericht eines Lebens« (Berlin 1984), »Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin« (Frankfurt/Oder 1995), »Kurt Schumacher in der ›Schwäbischen Tagwacht‹ über Demokratie und Kommunisten. Aufsätze und Redeberichte (1926–1933)« (Berlin 1995), »Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen in Dokumenten (1902–1946)« (Berlin 1996).

Dr. phil. Bernhard H. Bayerlein (geb. 1949); studierte Romanistik, vergleichende und angewandte Sprachwissenschaften sowie Philosophie und Geschichte an den Universitäten in Mainz, München, Toulouse, Heidelberg, Coimbra und Bochum; ist seitdem im Bereich historische Kommunismusforschung tätig (u. a. »Archives de Jules Humbert-Droz«, La Chaux-de-Fonds), wozu er zahlreiche Publikationen vorlegte. Er promovierte 1987 an der Ruhr-Universität Bochum mit einer Arbeit zu Mechanismen der Transformation des internationalen Kommunismus, in sonderheit zum Prozeß der »Bolschewisierung« und Stalinisierung der Komintern und war danach am Institut für Europapolitik/Centrum für Europäische Studien in Aachen tätig, wo er den Arbeitssektor historische Kommunismusforschung begründete. Seit 1991 ist Bayerlein mit Lehraufträgen an der Universität Köln tätig, u. a. zum Semipräsidentialismus. Seit 1993 gibt er die Kölner »International Newsletter on historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism« heraus, seit 1996 vertritt er den Europarat beim International Committee für the Computarization of the Comintern-Archives, seit Anfang 1999 ist er im Rahmen eines Projektes zur Erstellung eines biographischen Handbuchs der Komintern als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover tätig.

Prof. Dr. phil. Steffen Dietzsch (geb. 1943); studierte von 1965 bis 1973 Philosophie in Leipzig und war danach bis 1991 am Bereich Edition der Akedemie der Wisssenschaften zu Berlin tätig. Seit 1992 erfüllt er Lehraufträge in Marburg, Hagen und Leipzig, seit

1999 am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitet insbesondere in den Arbeitsgebieten allem Immanuel Kant und der deutsche Idealismus, Kulturphilosophie der Neuzeit und philosophische Editionen. Zu seinen Veröffentlichungen zählen u. a. »Dimensionen der Transzendentalphilosophie« (1990), »Fort Denken mit Kant« (1996) und »Kleine Kulturgeschichte der Lüge« (1998).

Prof. Dr. phil. habil. Lutz-Dieter Behrendt (geb. 1941); studierte von 1959 bis 1963 in Jena Slawistik, Geschichte und Pädagogik; Promotion 1969, Habilitation 1977. 1977 wurde er zum Dozenten für Geschichte der UdSSR an der Universität Leipzig berufen, 1986 zum außerordentlichen Professor. Nach Abwicklung des Wissenschaftsbereiches war Behrendt von 1992 bis 1994 in der Sektion Osteuropa der Gesellschaft für Kultursoziologie Leipzig aktiv. Von 1995 bis 1996 arbeitete er im Rahmen eines Projektes der Stiftung Volkswagenwerk an der Universität Tübingen; gegenwärtig ist er Mitarbeiter im Stadtarchiv Deggendorf. Er veröffentlichte zur Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft, zur russischen und sowjetischen Geschichte seit 1900, zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen und zur sowjetischen Nationalitätenpolitik.

Dr. phil. Andreas Eichler (geb. 1954); studierte Philosophie in Leipzig; promovierte in Jena. Heute ist er in einem Kleinverlag tätig und gibt die Kulturzeitschrift »Miriquidi« heraus, publiziert vor allem zu regionalgeschichtlichen und kultursoziologischen Themen, u.a. »Bilder aus dem Limbacher Land« (1999) und »Bürgertum und Industrie im Limbacher Land« (1999).

Dr. Carola Tischler (geb. 1963); studierte Geschichte und Germanistik in Marburg und Göttingen; promovierte 1995. Von 1995 bis 1997 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Insitut für Theaterwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 1997 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas des Instituts für Geschichtswissenschaften der Humbolddt-Universität zu Berlin. Sie veröffentlichte zahlreiche Arbeiten zum Exilland Sowjetunion, darunter »Flucht in die Vertreibung. Deutssche Emigranten im sowjetischen Exil 1933–1945« (1996), »Inventar der Quellen zum deutschsprachigen Rundfunk in der Sowjetunion (1929–1945). Bestände in deutschen und ausländischen Archiven und Bibliotheken« (1997).

Prof. Dr. sc. phil. Eva Seeber (geb. 1932); studierte von 1951 bis 1955 Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und arbeitete danach bis 1969 am Insititut für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien in Leipzig zur neueren Geschichte Polens. 1961 promovierte sie über die Zwangsarbeit von Polen in Deutschland unter der NS-Herrschaft (1964 Buchpublikation). Seit 1969 leitete sie am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin die Abteilung Ost- und Südosteuropa. Ihre Habilitationsschrift von 1981 erschien unter dem Titel »Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzungen um Polen und die ČSR« als Monographie (1984). Seeber publizierte außerdem zu Themen der deutschen Okkupation, zum polnischen Widerstand, zum Wirken der UN-Hilfsorganisation UNNRA in Osteuropa, der vertraglichen Verflechtung der osteuropäischen Staaten und zum Vergleich der begrenzten Souveränität in West und Ost im Kalten Krieg. Sie war Mitglied der Historikerkommission DDR–Polen und der Societas Jablonoviana an der Leipziger Universität.

Frido Seydewitz (geb. 1919); stammt aus der Familie von Max Seydewitz, des damaligen Redakteurs der Hallenser sozialistischen »Volksstimme«, späteren Chefredakteurs des »Sächsischen Volksblattes« in Zwickau und langjährigen Reichstagsabgeordneten der SPD. Seydewitz besuchte zunächst die Volksschule in Zwickau, bis 1930 die Freie Schul- und Werkgemeinschaft in Letzlingen und anschließend die Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln. Anfang März 1933 wurde er in Geiselhaft genommen, aus der er entkommen konnte und Anfang Mai 1933 in die Tschechoslowakei zu seinem dorthin emigrierten Vater flüchtete. Dort trat er dem Sozialistischen Jugendverband bei, war für die von Antifaschisten herausgegebene Tageszeitung »Prager Mittag« tätig und beteiligte sich aktiv am antifaschistischen Widerstandskampf. 1935 emigrierte er in die Sowjetunion, wo er als Montageschlosser arbeitete und die Abend-Arbeiterfakultät besuchte. Am 15. Januar 1938 wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Wenige Wochen später, am 9. März 1938 wurde er vom NKWD verhaftet und auf die Kolyma in den GULag verbracht, wo er über acht Jahre verbringen mußte. Im September 1946 wurde er aus dem »Strafvollzug« entlassen, befand sich jedoch noch bis Januar 1948 in »ewiger Verbannung« auf der Kolyma. Im März 1948 konnte er nach Deutschland zurückkehren, arbeitete zunächst im Dresdner Jugendamt, nahm dann ab 1950 ein Jurastudium auf und war anschließend bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1979 als Staatsanwalt tätig. Am 12. November 1961 erfolgte seine Rehabilitierung durch das Oberste Gericht der UdSSR. Nach 1979 war er u. a. ehrenamtlicher Bezirks- und Landesvorsitzender des IVVdN in Dresden. Seydewitz ist Ehrenvorsitzender des IVVdN.

Prof. Dr. sc. Klaus Kinner (geb. 1946); studierte 1965–1969 Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig und konzentrierte sich in einem anschließenden Forschungsstudium auf Probleme der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der historiographischen und theoriegeschichtlichen Entwicklungen in KPD und Komintern. Davon zeugen zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, u. a. die Monographie »Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933« (Berlin 1982). Einer zweijährigen Tätigkeit als Sekretär der FDJ-Kreisleitung an der Leipziger Universität schloß sich eine Habilaspirantur in Berlin an. Seit 1978 wieder in Leipzig, war Kinner als Oberassistent, Dozent und seit 1981 als ordentlicher Professor am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität tätig. Nach Abberufung und Abwicklung seit 1992 freiberuflich in Lehre und Publizistik tätig, ist er gegenwärtig u. a. Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Dr. sc. phil. Herbert Mayer (geb. 1948); studierte Geschichte an der Universität Leipzig; Promotion A 1979, Promotion B 1988, jeweils zum Problemen der Zeitgeschichte. Thematischer Schwerpunkt seiner Forschungen, Editionen und Veröffentlichungen ist die Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere das Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, die Sozialistische Arbeiterinternationale und die Sozialistische Internationale. In jüngster Zeit publizierte er zur Geschichte der KPD nach 1945, zur Geschichte der SED und zur Berlin-Brandenburgischen Regionalgeschichte.

Prof. Dr. sc. phil. Willi Beitz (geb. 1930); studierte Slawistik und Germanistik an der Universität Greifswald. Promotion 1957, Habilitation 1964, jeweils mit Arbeiten zur modernen russischen Literatur. Während seiner Tätigkeit als Direktor des Instituts für

Slawistik der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg (1962–1969) wurde er 1965 zum Dozenten, 1966 zum Professor für Geschichte der russischen und sowjetischen Literatur berufen. 1969 erfolgte seine Berufung an die Leipziger Universität, wo er ab 1970 Forschungsdirektor und von 1974 bis 1976 Direktor der Sektion Kulturwissenschaften und Germanistik war. Bis 1992 war er am Fachbereich Slawische Literaturen tätig. Von 1986 bis 1990 hatte er die Funktion des Vizepräsidenten der Internationalen Assoziation der Lehrkräfte für russische Sprache und Literatur (MAPRJaL) und Vorsitzenden des zugeordneten Nationalkomitees der DDR inne. Beitz beteiligte sich federführend an Literaturgeschichten zu Literaturen der UdSSR (u. a. Mitherausgeber von Geschichte der russischen Sowjetliteratur. 2 Bde. Berlin 1973 und 1975. – Einführung in die multinationale Sowjetliteratur. Leipzig 1983). Zu seinen vielen Veröffentlichungen, die auf internationale Anerkennung stießen, zählt u. a. »Vom ›Tauwetter‹ zur Perestroika. Russische Literatur zwischen den fünfziger und neunziger Jahren« (Bern u. a. 1994, Mitherausgeber).

Doz. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier (geb. 1937); studierte Philosophie und Soziologie in Leipzig. Nach Promotion und Habilitation arbeitete er bis 1981 am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung. Zur Zeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind Kultursoziologie (Geschichte, Theorien, Methoden) und Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Er ist Präsident der Gesellschaft für Kultursoziologie und Herausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift »Kultursoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«. In jüngster Zeit veröffentlichte er u. a. »Zur Soziologie des Postkommunismus« (Münster, Hamburg 1994), »Zeitbrüche im Osten« (Wiesbaden 1995) und »Rußland und Europa« (Wiesbaden 1996).

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

»Mitteilungen«

Heft 1: [Gründung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig]. Leipzig 1991. 28 S. – *Heft 2:* [Ostdeutscher Identitätswandel]. Leipzig 1991. 35 S. – *Heft 3:* [Faschismus- und Antifaschismusforschung]. Leipzig 1991. 33 S. – *Heft 4:* [Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern]. Leipzig 1991. 34 S. – *Heft 5:* [Verfassungsordnung in den neuen Bundesländern]. Leipzig 1991. 45 S. – *Heft 6:* Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872–1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. Leipzig 1992. 47 S. – *Heft 7:* [Sinti und Roma in Deutschland]. Leipzig 1992. 54 S. – *Heft 8:* Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 28. März 1992. Leipzig 1992. 24 S. – *Heft 9:* [Zum 175. Geburtstag von Karl Marx]. Leipzig 1993. 52 S. – *Heft 10:* [In memoriam Prof. Dr. sc. phil. Gustav Seeber 23. August 1933 – 16. Juni 1992]. Leipzig 1993. 58 S. – *Heft 11:* Eva Müller: Die Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung. Leipzig 1993. 48 S. – *Heft 12:* Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken. Leipzig 1993. 82 S. – *Heft 13:* [Zur Geschichte der DDR]. Leipzig 1993. 54 S. – *Heft 14:* [Zur Geschichte des ADAV und der Lassalle-Rezeption]. Leipzig 1993. 66 S. – *Heft 15:* [Zur Geschichte kommunistischer Parteipraxis im 19. Jahrhundert]. Leipzig 1994. 83 S. – *Heft 16:* [Zur Erbedebatte in der DDR-Historiographie]. Leipzig 1995. 55 S.

Texte zur Literatur

Heft 1: Im Zwielicht des Jahrhunderts. Beiträge zur Hölderlin-Rezeption. Leipzig 1994. 72 S. – *Heft 2:* Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen? Kolloquium zum 60. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933. Leipzig 1995. 76 S. – *Heft 3:* Werner Schubert: Friedrich Nietzsche und seine Nachwelt in Weimar. Leipzig 1997. 103 S. – *Heft 4:* »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S. – *Heft 5:* Leipziger Brecht-Begegnungen 1923–1994. Leipzig 1999. 139 S. – *Heft 6:* Johanna Ludwig (Hrsg.): Betty Lucas bei den Familien Freiligrath und Marx. Londoner Erinnerungen aus dem Jahre 1952. Leipzig 1998. 71 S.

Texte zur politischen Bildung

Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S. (2. Aufl.) – *Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 3:* Manfred Kossok: Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne. Festvortrag auf der außerordentlichen Vollversammlung des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig am 10. Oktober 1992. Leipzig 1992. 44 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 8:* Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. – *Heft 9:* Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern: Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 10:* Elenor Volprich: Langzeitarbeitslosigkeit in Ostsachsen. Leipzig 1994. 55 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 12:* Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13:* Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14:* Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15:* Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16:* Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 18:* Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19:* Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 22:* Andrea Fischer-Tahir/Christian Pommerening: Zwischen Aufstand und Flucht. Zur jüngeren Geschichte Irakisch Kurdistans. Leipzig 1996. 106 S. – *Heft 23:* Horst Harych/Peter Harych: Arbeitslosigkeit und gesundheitliche Folgen in Ostdeutschland – eine Studie im Freistaat Sachsen. Ergebnisse ärztlicher Untersuchungen und Befragungen in den Jahren 1993 und 1994. Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 24:* Der Osten im Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Kolloquium am 30. September 1995 in Dresden. Leipzig 1997. 155 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S. – *Heft 27:* Problemfeld Globalisierung. Leipzig 1999. 41 S.

Texte zur Philosophie

Heft 1: [Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin]. Leipzig 1994. 42 S. – *Heft 2:* [Johann Gottfried Herder und der Fortschritt als Beförderung der Humanität]. Leipzig 1996. 35 S. – *Heft 3:* Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romatischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 4:* Rudolf Rochhausen: Die philosophische Strategie von Gottfried Wilhelm Leibniz. Leipzig 1998. 95 S. – *Heft 5:* Naturwissenschaftliches Weltbild und Gesellschaftstheorie. Kolloquium am 13. Juni 1998 in Dresden. Leipzig 1998. 86 S.

Rohrbacher Manuskripte

Heft 1: Globale Probleme im Meinungsstreit. Leipzig 1995. 84 S. – *Heft 2:* Beiträge zur Methodologie der Wissenschaften. Leipzig 1996. 112 S. – *Heft 3:* Gottfried Wilhelm Leibniz – Wissenschaftliche Methoden heute. Leipzig 1997. 120 S. – *Heft 4:* Überlegungen zur geistigen Situation in unserer Zeit. Leipzig 1999. 111 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4: Außen*politische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen – Grenzen – Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher

Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S.

Texte zur Hochschulpolitik

Heft 1: Vierter Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S. – *Heft 2:* Arno Hecht: Verzwergt und verhunzt, nicht weiter verwendbar. Politisches und menschlich-soziales Umfeld der Hochschulerneuerung im Beitrittsgebiet. Leipzig 1997. 115 S.

Diskurs
Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 2:* Irrtum – Einsicht – Handeln. Beiträge zu Ideologie und Geschichte in linker Politik. Leipzig 1997. 58 S. – *Heft 3:* Klaus Kinner: »Die verlorene Zukunft«. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998. 70 S.

Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig. Hrsg. von Jochen Cerný, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 262 S.

Literaturhistorische Streifzüge. Für Hans Mayer von Schülern der Leipziger Zeit. Herausgegeben von Alfred Klein, Klaus Pezold und Werner Schubert. Leipzig 1996. 312 S.

Walter Friedrich/Peter Förster. Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig 1996. 216 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

»Natürlich – die Tauchaer Straße!« Beiträge zur Geschichte der »Leipziger Volkszeitung«. Hrsg. von Jürgen Schlimper. Leipzig 1997. 519 S.

Hans Mayers Leipziger Jahre. Beiträge des dritten Walter-Markov-Kolloquiums. Hrsg. von Alfred Klein, Manfred Neuhaus und Klaus Pezold. Leipzig 1997. 200 S.

Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch. Leipzig 1997. 392 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Leipzig 1998. 152 S.

Arnulf Burckhardt: Dreizehn auf einen Streich. Die personelle Veränderung der Professorenschaft an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig 1990 bis 1993. Leipzig 1998. 125 S.

Annelies Laschitza: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Leipzig 1998. 151 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Matthias John: Karl Liebknecht in Leipzig. Leipzig 1999. 72 S.

Kurt Finker: Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR. Leipzig 1999. 178 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Jutta Seidel: Das große Dilemma. Leipziger Antifaschisten in der SS-Sturmbrigade »Dirlewanger«. Leipzig 1999. 96 S.

»Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Hrsg. von Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch. Leipzig 1999. 158 S.